

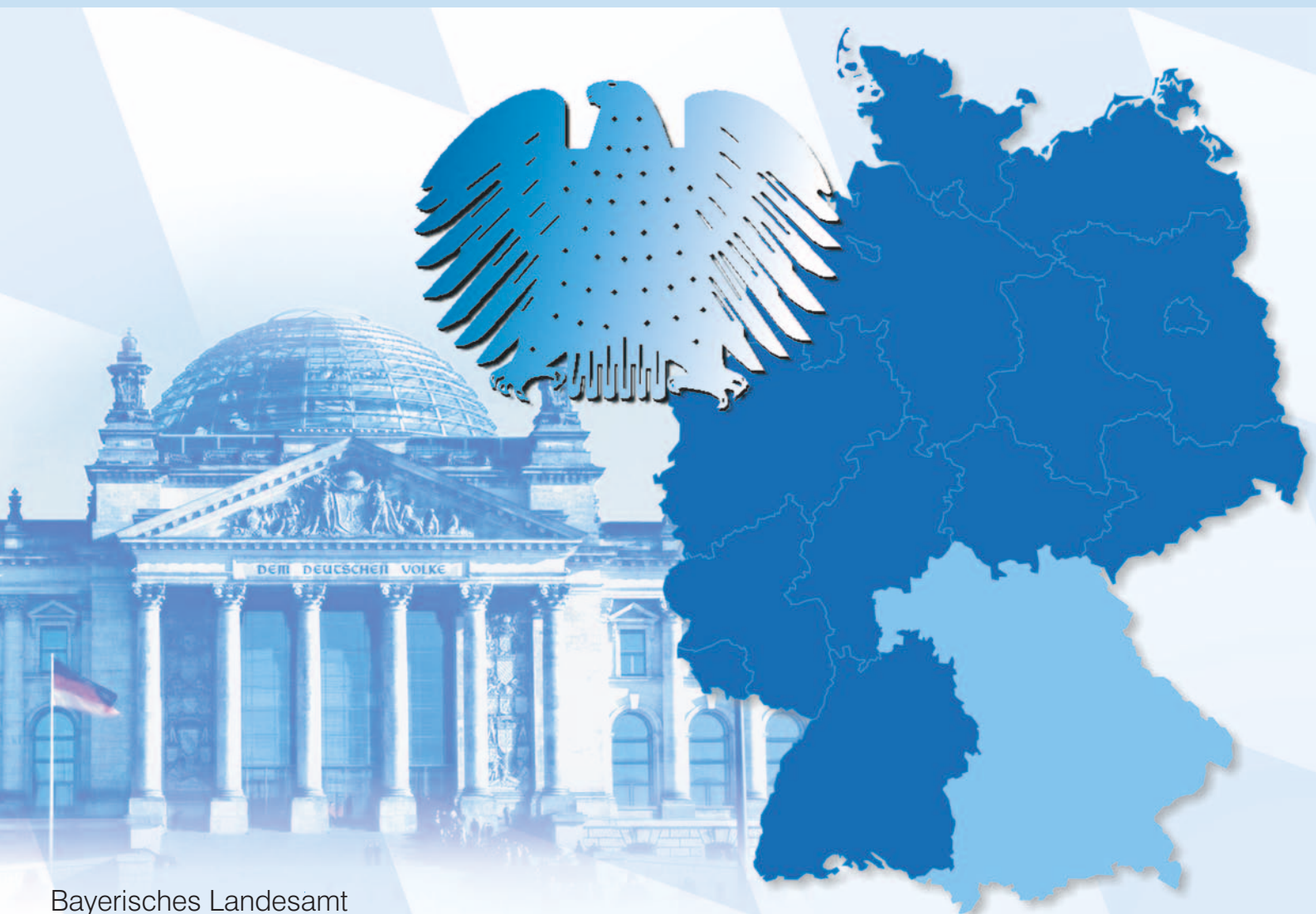


Kennziffer
B VII 1-A-Z

Wahl zum 16. Deutschen Bundestag in Bayern am 18. September 2005

Die Bundestagswahl von A - Z

Die Bundestagswahl von A - Z



Impressum

Erscheinungstermin: August 2005

Auflage: 300

Kennziffer: B VII 1 – A – Z

Verleger, Herausgeber und Druck: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8, 80331 München
Briefanschrift: 80288 München

Telefon: 089 2119-205; Telefax: 089 2119-457
E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de
Internet: www.statistik.bayern.de

© Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, bedürfen der Genehmigung des Herausgebers. In Druckwerken sind für nicht gewerbliche Zwecke Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

**Wahl zum 16. Deutschen Bundestag in Bayern
am 18. September 2005**

Die Bundestagswahl von A bis Z

Informationen der Landeswahlleiterin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungen	4
Erläuterungen	5
Alphabetisches Stichwortverzeichnis	7
Stichwörter von A bis Z	13
Tabellen	
1. Gemeinden und Einwohner der Bundeswahlkreise Bayerns 2005 nach Größenklassen	75
2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949	
2.1 Wahlberechtigte und Stimmen	76
2.2 Sitzverteilung	109
3. Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 in Bayern	
3.1 Wahlkreisergebnisse insgesamt	110
3.2 Wahlkreisergebnisse Urnenwahl	114
3.3 Wahlkreisergebnisse Briefwahl	118
3.4 Wahlkreisergebnisse nach der Höhe des Erststimmenanteils in Prozent	122
4. Ergebnisse der Bundestagswahl 2002	
4.1 Wahlberechtigte und Stimmen nach den Ländern des Bundesgebiets	124
4.2 Zweitstimmen der sonstigen Parteien nach den Ländern des Bundesgebiets	130
4.3 Erststimmen der sonstigen Parteien nach den Ländern des Bundesgebiets	132
4.4 Sitze nach den Ländern des Bundesgebiets.....	134
4.5 Wahlberechtigte und Stimmen nach der Wahlkreiseinteilung 2005	136
5. Ausgewählte Gemeinden Bayerns nach besonderen Merkmalen	140
6. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Wahlkreisen, Kreisen und Gemeinden	
6.1 Wahlbeteiligung	141
6.2 Anteil der ungültigen Zweitstimmen	141
6.3 Anteil der Briefwähler an den Gesamtwählern	142
6.4 Zweitstimmenanteil der CSU	142
6.5 Zweitstimmenanteil der SPD	143
6.6 Zweitstimmenanteil der GRÜNEN	143
6.7 Zweitstimmenanteil der FDP	144
6.8 Zweitstimmenanteil der REP	144
7. Abgeordnetenstatistik	
7.1 Abgeordnete der Bundestagswahl 2002 in Bayern nach Parteien, Altersgruppen und Geschlecht	145
7.2 Abgeordnete bei den Bundestagswahlen in Bayern seit 1965 nach Altersgruppen	145
7.3 Weibliche Abgeordnete bei den Bundestagswahlen in Bayern seit 1949 nach Parteien	146
7.4 Alphabetisches Verzeichnis der weiblichen Abgeordneten der Bundestagswahl 2002 in Bayern	146
7.5 Frauen im Deutschen Bundestag seit 1949	147
8. Regierung und Opposition im Deutschen Bundestag von 1949 bis 2002	148

Inhaltsverzeichnis

Seite

Anhang

1.	Verzeichnis der Bundestagsabgeordneten aus Bayern seit 1949	151
2.	Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger aus Bayern seit 1949	160
3.	Wahlkreiseinteilung Bayerns zur Bundestagswahl 2005	163
4.	Anschriften der Parteien zur Bundestagswahl 2002 in Bayern	168
5.	Zeitlicher Eingang der Schnellmeldungen der Wahlkreise beim Bundeswahlleiter bei der Bundestagswahl 2002	169
6.	Muster-Stimmzettel zur Bundestagswahl 2002	170

Schaubilder

Redaktionsschluss: 31. Juli 2005

Abkürzungen

Abkürzungen der Parteinamen und der Wählergruppen

Kurzbezeichnung oder in dieser Veröffentlichung verwendete Abkürzung	Name
AB 2000	Partei der Alternativen Bürgerbewegung 2000 Deutschlands
APD	AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS
APPD	Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands
B90/Gr	Bündnis 90/Grüne-BürgerInnenbewegungen
BFB - Die Offensive	BUND FREIER BÜRGER - OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND, Die Freiheitlichen
BFB	
BP	Bayernpartei
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
BVP	Bayerische Volkspartei
CHANCE	CHANCE 2000
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CM	CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
CVP	Christliche Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Deutschland	Ab jetzt...Bündnis für Deutschland
DFU	Deutsche Friedens-Union
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
FRAUEN	
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
Tierschutz	
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DMP	Die MittelstandsPartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DPD	DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DRP	Deutsche Reichs-Partei
DSfP	Deutsche Staatspartei
DSU	Deutsche Soziale Union
DVP	Deutsche Volkspartei
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION
FAMILIE	FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS
FDP	Freie Demokratische Partei
FDP/DPS	Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
FORUM	NEUES FORUM
FP Deutschl.	Freiheitliche Partei Deutschlands
FSU	FREISOZIALE UNION - Demokratische Mitte -
FVP	Freie Volkspartei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GRAUE	DIE GRAUEN - Graue Panther
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GRÜNE/B90	
GRÜNE/GAL	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/Grün-Alternative Liste
HP	Humanistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NATURGESETZ	NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
NATUR	
Nichtwähler	Partei der Nichtwähler
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
PASS	Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Pro DM	Initiative Pro D-Mark - neue liberale Partei -
PSG	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale

Noch: Abkürzungen

Noch: Abkürzungen der Parteinamen und der Wählergruppen

Kurzbezeichnung oder in dieser Veröffentlichung verwendete Abkürzung	Name
REP	DIE REPUBLIKANER
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
STATT Partei	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1918 aus der Mehrheitssozialdemokratie entstanden)
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
Zentrum	Zentrumspartei
ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei

Sonstige Abkürzungen

Abs.	Absatz	ggf.	gegebenenfalls
AbgG	Abgeordnetengesetz	i.d.F.	in der Fassung
AG	Aktiengesellschaft	Lfd. Nr.	Laufende Nummer
Art.	Artikel	LL	Landesliste
BGBI	Bundesgesetzblatt	LWG	Landeswahlgesetz
BTW	Bundestagswahl	MdB	Mitglied des Bundestags
BWG	Bundeswahlgesetz	MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
BWO	Bundeswahlordnung	MdL	Mitglied des Landtags
bzw.	beziehungsweise	Nr.	Nummer
d. h.	das heißt	ÖTV	Öffentliche Dienste Transport und Verkehr
d. s.	das sind	Prof.	Professor
dar.	darunter	rd.	rund
dav.	davon	S.	Seite
DDR	Deutsche Demokratische Republik	StGB	Strafgesetzbuch
Dr. h. c.	Doktor honoris causa	u. a.	unter anderem
e.V.	eingetragener Verein	usw.	und so weiter
EG	Europäische Gemeinschaft	z. B.	zum Beispiel
Einschl.	Einschließlich	z. Zt.	zur Zeit
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland		

Erläuterungen

Auf- und Abrundungen

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den Endsummen ergeben.

Sonstige Erläuterungen

Ergebnisse für das Bundesgebiet beziehen sich - soweit keine anderen Angaben gemacht werden - auf den Stand nach dem 3. Oktober 1990.

Die Regelungen der Bundeswahlordnung für die Bundestagswahl 2005 sind in diesem Heft berücksichtigt.

Zum Thema Bundestagswahlen in Bayern sind im Internetangebot (<http://www.statistik.bayern.de/wahlen>) des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung umfangreiche Informationen abrufbar. Hier sind auch das Bundeswahlgesetz (BWG) und die Bundeswahlordnung (BWO) einsehbar.

Noch: Erläuterungen

Zeichenerklärungen

–	Nichts vorhanden	•	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
x	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll	≙	entspricht

Einheiten und Benennungen

DM	Deutsche Mark	v. H.	vom Hundert
ha	Hektar	%	Prozent
km ²	Quadratkilometer	%-P.	Prozentpunkte (Differenz zweier Prozentzahlen)
m ü.NN	Meter über Normal Null	§	Paragraph
Sp.	Spalte		

Gebiet

OB	Oberbayern	GKSt	Große Kreisstadt
NB	Niederbayern	Krfr. St	Kreisfreie Stadt
OPf.	Oberpfalz	Lkr	Landkreis
OFr.	Oberfranken	M	Markt
MFr.	Mittelfranken	St	Stadt
UFr.	Unterfranken		
Schw.	Schwaben		

Alphabetisches Stichwortverzeichnis

	Seite
A	
Abgeordnete	13
Abgeordnetenstatistik	13
Abgeordnetenzahl	14
Ältestenrat	15
Aktives Wahlrecht (siehe Wahlrecht)	15
Allgemeine Wahl (siehe Wahlgrundsätze)	15
Anfechtung der Wahl	15
Aufstellung von Bewerbern (siehe Wahlvorschlag)	15
Aufwandsentschädigung (siehe Diäten)	15
Ausschluss vom Wahlrecht (siehe Wahlrecht)	15
Ausschüsse des Deutschen Bundestags	15
Auszählverfahren (siehe Ergebnisermittlung)	15
B	
Behinderte Wahlberechtigte	16
Beisitzer (siehe Wahlorgane)	16
Berliner	16
Beteiligungsanzeige	16
Bewerber (siehe Wahlvorschlag)	16
Bewerberaufstellung (siehe Wahlvorschlag)	16
Bewerberstatistik	16
Briefwahl	17
Briefwahlergebnisse	18
Briefwahlvorstand (siehe Wahlorgane)	19
Bundeskanzler	19
Bundespräsident	19
Bundesrat	19
Bundesregierung	20
Bundesrepublik Deutschland: Zahlen und Daten	21
Bundestag	22
Bundestagspräsident	22
Bundesversammlung	23
Bundeswahlausschuss (siehe Wahlorgane)	23
Bundeswahlgesetz (BWG)	23
Bundeswahlleiter (siehe Wahlorgane)	23
Bundeswahlordnung (BWO)	23
Bundeswappen	23
C	
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	23
Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union (CDU/CSU)	25
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	25
D	
Deutscher	26
Deutscher Bundestag (siehe Bundestag)	26
d'Hondtsche Sitzberechnung (Höchstzahlverfahren)	26
Diäten	26

Noch: Alphabetisches Stichwortverzeichnis

	Seite
<p>Noch: D</p>	
Direktwahl (siehe Erststimme/Wahlkreis/Wahlsystem/Wahlvorschlag)	27
<p>E</p>	
Einreichung der Wahlvorschläge (siehe Kreiswahlvorschlag)	27
Einspruch gegen das Wählerverzeichnis (siehe Wählerverzeichnis)	27
Ergebnisermittlung	27
Ersatzwahl	28
Erststimme	28
Erststimmenergebnis 2002	28
<p>F</p>	
Falschwähler (siehe Ungültige Stimmen/Wahlberechtigte)	30
Fraktionen	30
Fraktionswechsel	30
Frauen	30
Freie Demokratische Partei (FDP)	30
Freie Wahl (siehe Wahlgrundsätze)	32
Fristen und Termine (siehe Terminplan zur Bundestagswahl 2005)	32
Fünfprozent-Sperrklausel (siehe Sperrklausel)	32
<p>G</p>	
Geheime Wahl (siehe Wahlgrundsätze)	32
Geschichte der Wahlen	32
Gleichheit der Wahl (siehe Wahlgrundsätze)	35
GRÜNE	35
Grundgesetz (GG)	36
Gültigkeit der Wahl	36
<p>H</p>	
Hare-Verfahren	36
Hilfsperson	36
Hochrechnungen	36
<p>I</p>	
Immunität	36
Imperatives Mandat	36
Indemnität	37
Inkompatibilität	37
<p>K</p>	
Koalition	37
Kommunalwahlen	38
Konstruktives Misstrauen	38
Kreiswahlausschuss (siehe Wahlorgane)	38
Kreiswahlleiter (siehe Wahlorgane)	38
Kreiswahlvorschlag	38

Noch: Alphabetisches Stichwortverzeichnis

	Seite
L	
Länderparlamente	38
Landesliste	39
Landeswahlausschuss (siehe Wahlorgane)	39
Landeswahlleiter (siehe Wahlorgane)	39
Landtagswahlen zwischen 2002 und 2005	39
Legislaturperiode (siehe Wahlperiode)	40
Listennachfolger	40
Listenverbindung	41
Listenvereinigung	41
Listenwahl (siehe Wahlsystem/Zweitstimme)	41
Losentscheid	41
M	
Mandatsdauer	41
Mehrheitswahl	41
Minister (siehe Bundesregierung)	41
Ministerpräsidenten (Stand: Mai 2005)	41
Mischwahlsystem	41
Mitgliederversammlung	42
N	
Nachwahl	42
Nichtwähler	42
Niemeyer-Verfahren (siehe Proporzverfahren)	42
O	
Organisation der Wahl	42
P	
Parlament	43
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	43
Parteien	44
Parteienfinanzierung	44
Parteiengesetz	45
Parteilose Bewerber	46
Passives Wahlrecht (siehe Wahlrecht)	46
Plenum	46
Proporzverfahren	46
Prozentpunkte	46
R	
Rechtsgrundlagen	46
Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel	47
Relative Mehrheit (siehe Mehrheitswahl)	47
Repräsentative Wahlstatistik	47

Noch: Alphabetisches Stichwortverzeichnis

	Seite
S	
Schröder Gerhard, Bundeskanzler	47
Sitzeverteilung	48
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	49
Sperrklausel	50
Staatsform	51
Statistik (siehe Repräsentative Wahlstatistik)	51
Stimmenkombination	51
Stimmrecht (siehe Wahlrecht)	51
Stimmzettel	51
T	
Terminplan zur Bundestagswahl 2005	51
Tod eines Bewerbers	51
Tod eines Gewählten (siehe Ersatzwahl/Listennachfolger)	51
U	
Überhangmandate	51
Ungültige Stimmen	52
Unmittelbare Wahl (siehe Wahlgrundsätze)	53
Unterstützungsunterschriften (siehe Wahlvorschlag)	53
V	
Verhältnisswahl	53
Veröffentlichungen	53
Vertreterversammlung (siehe Mitgliederversammlung)	53
Vorgezogene Neuwahlen	53
W	
Wählbarkeit (siehe Wahlrecht)	53
Wählerreserven	54
Wählerverzeichnis	54
Wahl	54
Wahlabend	54
Wahlalter (siehe Wahlrecht)	54
Wahlanfechtung (siehe Anfechtung der Wahl)	54
Wahlausschuss (siehe Wahlorgane)	54
Wahlbehörden (siehe Wahlorgane)	54
Wahlbekanntmachung	55
Wahlbenachrichtigung	55
Wahlberechtigte	55
Wahlberechtigung (siehe Wahlrecht)	56
Wahlbeteiligung	56
Wahlbezirk	57
Wahldauer (siehe Wahlperiode)	58
Wahlfreiheit (siehe Wahlgrundsätze)	58
Wahlgeheimnis	58
Wahlgesetz (siehe Bundeswahlgesetz)	58
Wahlgleichheit (siehe Wahlgrundsätze)	58

Noch: Alphabetisches Stichwortverzeichnis

	Seite
Noch: W	
Wahlgrundsätze	58
Wahlhandlung	58
Wahlkampfkostenerstattung (siehe Parteienfinanzierung)	58
Wahlkosten	59
Wahlkreis	59
Wahlkreisbewerber (siehe Wahlvorschlag)	61
Wahlkreiskommission	61
Wahlkreisvorschlag (siehe Wahlvorschlag)	61
Wahlordnung (siehe Bundeswahlordnung)	61
Wahlorgane	61
Wahlperiode	63
Wahlpflicht	64
Wahlprüfung	64
Wahlraum	64
Wahlrecht	64
Wahlrechtsgrundsätze (siehe Wahlgrundsätze/Wahlsystem)	65
Wahlschein	65
Wahlstatistik	65
Wahlsystem	66
Wahltermin	66
Wahlunterlagen (Aufbewahrung, Vernichtung)	66
Wahlvergehen	66
Wahlvorbereitungsurlaub	66
Wahlvorschlag	66
Wahlvorstand (siehe Wahlorgane)	67
Wahlvorsteher (siehe Wahlorgane)	67
Weimarer Republik von 1919 bis 1933 und ihre Wahlergebnisse	67
Wiederholungswahl	68
Z	
Zweitstimme	68
Zweitstimmenergebnis	68

Stichwörter von A bis Z

Abgeordnete

Laut dem Grundgesetz (Art. 38 Abs. 1) sind die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nicht nur einer Partei. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden (kein imperatives Mandat), sondern nur ihrem Gewissen unterworfen. Die Bundestagsabgeordneten werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Zum Abgeordneten wählbar ist, wer am Wahltag Deutscher ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat (passives Wahlrecht).

Die Abgeordneten genießen Immunität und erhalten als Entschädigung bezeichnete Bezüge (Diäten). Sie können auf ihr Mandat jederzeit verzichten. Scheidet ein Abgeordneter aus dem Bundestag aus, wird der Sitz mit dem nächstfolgenden Listennachfolger aus der Landesliste derjenigen Partei besetzt, für die der Ausgeschiedene bei der Wahl angetreten ist.

Abgeordnetenstatistik

1. Anteil der Gewählten an den Bewerbern

Zur Bundestagswahl am 22. September 2002 bewarben sich in Bayern 493 Männer und Frauen um die 95 auf Bayern entfallenen Bundestagsitze. Lediglich 19,3 % der Bewerber waren erfolgreich und erhielten ein Mandat. Von den 79 CSU-Bewerbern wurden 58 (73,4 %), von den 52 SPD-Bewerbern 26 (50,0 %), von den 60 Bewerbern der GRÜNEN sieben (11,7 %) und von den 45 FDP-Bewerbern vier (8,9 %) gewählt. Die Bewerber der übrigen Wahlvorschläge und die Einzelbewerber kandidierten erfolglos.

Von den 93 der 14. Wahlperiode in Bayern gewählten Bundestagsabgeordneten bewarben sich 16 nicht wieder um einen Sitz im 15. Deutschen Bundestag. Unter den 493 Bewerbern waren 139 Frauen (28,2 %) und unter den 95 Gewählten 31 Frauen (32,6 %). Mit den 31 weiblichen Abgeordneten waren 22,3 % aller zur Wahl gestellten Frauen gewählt. Bei der CSU waren 14 von 17 Bewerberinnen, bei der SPD 12 von 23, bei den GRÜNEN vier von 22 und bei der FDP eine von fünf erfolgreich, d. h. sie wurden gewählt.

Von insgesamt 493 Bewerbern waren 160 Bewerber, d. s. 32,5 %, am Wahltag noch keine 40 Jahre alt. Von den 95 Gewählten waren 15 Personen (15,8 %) noch unter 40 Jahre alt. Bei der CSU betrug der Anteil 27,8 % bei den Bewerbern und 20,7 % bei den Gewählten, bei der SPD 26,9 % bzw. 7,7 %, bei den GRÜNEN 33,3 % bzw. 14,3 % und bei der FDP nur bei den Bewerbern 35,6 %. Bei der letztgenannten Partei war kein Gewählter unter 40 Jahre alt.

2. Erstmals gewählte und wiedergewählte Abgeordnete

Von den 95 bayerischen Abgeordneten zogen 26 Abgeordnete neu in den Bundestag ein. Hieran war die CSU mit 20 Abgeordneten, die SPD mit drei, die GRÜNEN mit zwei und die FDP mit einem Abgeordneten beteiligt. Von den 69 „alten“ Abgeordneten gehörten dem Bundestag 12 Abgeordnete zum Zweiten Mal, 20 zum Dritten Mal, 19 zum Vierten Mal, sechs zum Fünften Mal, einer zum Sechsten Mal, sechs zum Siebenten Mal und fünf zum Achten Mal an. Für die CSU, SPD, GRÜNE und FDP beträgt der Anteil der schon mehrmals gewählten Abgeordneten 60 %, 89 %, 71 %, und 75 %. Die vier Abgeordneten, die zum Achten Mal dem Deutschen Bundestag angehören, sind bei der CSU.

In der Zeit vom 14. August 1949 bis zum 22. September 2002, also in 53 Jahren, waren auf Bayern insgesamt 1 312 Mandate entfallen, die von 447 bayerischen Abgeordneten (davon 55 Frauen) wahrgenommen wurden. In dieser Zahl sind auch die einberufenen Listennachfolger, die während einer Wahlperiode in den Bundestag nachrückten, mit enthalten.

3. Ausgeschiedene bayerische Bundestagsabgeordnete

Zum Beginn der 1. Wahlperiode am 14. August 1949 bis zum 22. September 2002 schieden insgesamt 29 Abgeordnete durch Tod und 39 Abgeordnete durch Verzicht aus dem Bundestag aus. Zwei Abgeordnete wurden zu Richtern beim Bundesverfassungsgericht ernannt.

4. Durchschnittsalter der bayerischen Abgeordneten

Das Durchschnittsalter der bayerischen Mitglieder des Deutschen Bundestags betrug am Wahltag, also am 22. September 2002, 50 Jahre. 1998 lag das Durchschnittsalter der bayerischen Abgeordneten ebenfalls bei 50 Jahren. Am Wahltag waren 15 Abgeordnete noch keine 40 Jahre alt und ein Abgeordneter hatte das allgemeine Pensionsalter von 65 Jahren bereits überschritten. Die Mehrzahl der Abgeordneten, nämlich 40, waren zwischen 50 und 60 Jahre alt, 24 Abgeordnete zwischen 40 und 50 und 15 Abgeordnete zwischen 60 und 65 Jahre.

Das Durchschnittsalter der CSU-Abgeordneten betrug 49 Jahre, das der SPD-Abgeordneten 53 Jahre, das der Abgeordneten der GRÜNEN 46 Jahre und das der FDP-Abgeordneten 53 Jahre. Der älteste Abgeordnete **Otto Schily** von der SPD stand im 71. Lebensjahr, während die jüngste Abgeordnete **Anna Lührmann** von den GRÜNEN erst 19 Jahre alt war.

5. Anteil der Gewählten an den Bewerbern

Zur Bundestagswahl am 22. September 2002 bewarben sich im gesamten Wahlgebiet 3 542 Männer und Frauen um die 603 Bundestagsitze. Danach hatte nur jeder sechste Bewerber Aussicht auf ein Mandat. Unter den 3 542 Bewerbern waren 1 028 (29,0 %) Frauen.

Von den großen Parteien stellte die CDU/CSU mit 570 Bewerbern das größte Angebot. Die SPD benannte 525, die FDP 420, die GRÜNEN 368 und die PDS 344 Bewerber. Aufgrund des Wahlergebnisses ergab sich, dass von der CDU/CSU 43,5 %, von der SPD 47,8 %, von der FDP 11,2 %, von den GRÜNEN 14,9 % und von der PDS 0,6 % der Bewerber gewählt wurden.

Wahlvorschlag	Bewerber		Abgeordnete ¹⁾	
	insgesamt	davon Frauen	insgesamt	davon Frauen
SPD	525	209	251	95
CDU/CSU	570	170	248	57
GRÜNE	368	143	55	32
FDP	420	84	47	10
PDS	344	96	2	2
Sonstige	1 315	326	–	–
Insgesamt	3 542	1 028	603	196

¹⁾ Einschl. Listennachfolger.

Von den 603 gewählten Abgeordneten waren 196 Frauen. Der Frauenanteil betrug 32,5 %. Bei der Bundestagswahl 1998 hatte er 30,8 % betragen.

Die SPD stellte 209 Frauen zur Wahl, die CDU/CSU 170, die GRÜNEN 143, die FDP 84 und die PDS 96. Beim Vergleich der Zahl der gewählten Frauen mit der Zahl der Bewerberinnen ergab sich bei der SPD ein Anteil von 45,5 %, bei der CDU/CSU ein Anteil von 33,5 %, bei den GRÜNEN einer von 22,4 %, bei der FDP einer von 11,9 % und bei der PDS einer von 2,1 %. Demnach waren die Frauen von der SPD erfolgreicher als die von der CDU/CSU.

6. Zusammensetzung des Bundestags

Zum Stand der Wahl 2002 setzte sich der Bundestag aus 409 (67,8 %) Männern und 194 (32,2 %) Frauen zusammen.

Die Verteilung auf die Parteien zeigt folgendes Verhältnis:

SPD 156 (62,2 %) Männer gegenüber 95 (37,8 %) Frauen,
CDU/CSU 193 (77,8 %) gegenüber 55 (22,2 %) Frauen,
GRÜNE 23 (41,8 %) gegenüber 32 (58,2 %) Frauen und
FDP 37 (78,7 %) gegenüber 10 (21,3 %) Frauen.
Die zwei Sitze der PDS belegen Frauen.

Die Zahl der jüngeren Abgeordneten hat gegenüber 1998 etwas zugenommen. Während von den damals Gewählten 158 (23,6 %) Abgeordnete unter 45 Jahren waren, wurden 2002 163 (27,0 %) dieser Altersgruppe gewählt.

Altersschichtung der Abgeordneten

Wahlvorschlag	Abgeordnete			
	ins- gesamt	18	45	65 oder älter
		bis unter		
		45	65	
SPD	251	55	193	3
CDU/CSU	248	74	172	2
GRÜNE	55	22	33	–
FDP	47	10	37	–
PDS	2	2	–	–
Insgesamt	603	163	435	5

Die jüngste Abgeordnete (19 Jahre) des 15. Deutschen Bundestags ist Mitglied der GRÜNEN und der älteste Abgeordnete (70 Jahre) gehört der SPD-Fraktion an.

Abgeordnetenzahl

Auf Beschluss des Deutschen Bundestags wurde die Zahl der Abgeordnetenmandate seit 1949 in mehreren Schritten erhöht. Der Sonderstatus der Stadt Berlin, für die sich im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 23. Oktober 1954 (BGBl 1955 II S. 305) die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich ihre bis dahin ausgeübten Rechte vorbehalten hatten, stand bis 1989 der dortigen Direktwahl entgegen. Die Abgeordnetenzahl von 518 (von 1965 bis ins Jahr 1990) bestand daher im damaligen Wahlgebiet (Bundesgebiet ohne Berlin) aus 496 direkt Gewählten, zu denen 22 vom Berliner Abgeordnetenhaus bestimmte Abgeordnete hinzukamen.

Aufgrund der zwischenzeitlichen Rechtsänderungen fand am 2. Dezember 1990 die erste gesamtdeutsche Wahl statt, für die der Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes der Bundesrepublik Deutschland auf das Gebiet der fünf Länder der bisherigen DDR sowie auf das Gebiet von Berlin (Ost) ausgedehnt wurde. Gegenüber dem bisherigen Gebietsstand ergab sich dadurch eine um 25,6 % höhere Zahl von Wahlberechtigten. Zur Wahl am 2. Dezember 1990 wurde auf Beschluss des Bundestags die Abgeordnetenzahl von bisher 518 auf 656 Bundestagsabgeordnete erhöht; auch in Berlin wurde direkt gewählt. Mit Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 (BGBl I S. 1712), das am 26. Oktober 1998 in Kraft getreten ist, wurde die Abgeordnetenzahl von 656 auf 598 Abgeordnete und damit die Zahl der Wahlkreise von 328 auf 299 herabgesetzt; davon sind nun 299 Abgeordnete durch Mehrheitswahl in den Wahlkreisen zu wählen und 299 Abgeordnete auf den Landeslisten der Parteien in den Ländern. Übersteigt bei einer Partei die Zahl der Direktmandate die Zahl der berechneten Gesamtmandate, dann erhält die betreffende Partei sogenannte Überhangmandate, um die sich die Gesamtzahl der Abgeordneten erhöht. Aus dieser Regelung ergaben sich bei der Bundestagswahl 2002 fünf zusätzliche Abgeordnetenmandate, und zwar vier Mandate für die SPD und ein Mandat für die CDU. Die Zahl der gewählten Bundestagsabgeordneten hat sich somit durch anfallende Überhangmandate auf 603 erhöht. Auch zur weitgehenden Vermeidung von Überhangmandaten wurde das Bundeswahlgesetz enger gefasst. 1949 und 1953 wurden dem Freistaat Bayern entsprechend seinem Anteil an den Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland 78 bzw. 91 Sitze fest zugeteilt. Seit 1957 ergeben sich für die Länder variable Sitzeszahlen entsprechend den Zweitstimmen der an der Sitzverteilung beteiligten Parteien in den einzelnen Ländern.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Anzahl und Art der Mandate in den bisherigen Wahljahren.

Bundestagsmandate seit 1949

Wahltag	Wahlkreismandate	Listenmandate		Unmittelbar Gewählte zusammen	Mittelbar gewählte Berliner Abgeordnete	Mandate insgesamt	darunter entfielen auf Bayern	und zwar	
		zusammen	darunter Überhangmandate					Wahlkreismandate	Listenmandate
14.08.1949	242	160	2	402	19	421	78	47	31
06.09.1953	242	245	3	487	22	509	91	47	44
15.09.1957	247	250	3	497	22	519	82	47	35
17.09.1961	247	252	5	499	22	521	86	47	39
19.09.1965	248	248	–	496	22	518	86	44	42
28.09.1969	248	248	–	496	22	518	84	44	40
19.11.1972	248	248	–	496	22	518	86	44	42
03.10.1976	248	248	–	496	22	518	88	44	44
05.10.1980	248	249	1	497	22	519	89	45	44
06.03.1983	248	250	2	498	22	520	89	45	44
25.01.1987	248	249	1	497	22	519	87	45	42
02.12.1990	328	334	6	662	–	662	86	45	41
16.10.1994	328	344	16	672	–	672	92	45	47
27.09.1998	328	341	13	669	–	669	93	45	48
22.09.2002	299	304	5	603	–	603	95	44	51

Ältestenrat

Der Ältestenrat ist das zentrale Lenkungs- und Koordinationsgremium des Bundestags und unterstützt in dieser Eigenschaft den Bundestagspräsidenten bei der Führung der Geschäfte. Der Bundestagspräsident ist zugleich Vorsitzender des Ältestenrates und leitet dessen Sitzungen. Auch seine Stellvertreter (4 Vizepräsidenten) gehören dem Ältestenrat an (siehe Bundestagspräsident). Weitere Mitglieder (23 Abgeordnete) entsenden die Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke. Sie achten darauf, dass die parlamentarischen Geschäftsführer, die in ihren Treffen die Plenarsitzungen bereits im Detail besprechen, ebenfalls im Ältestenrat sitzen und weitere Empfehlungen zur Festlegung der Tagesordnung und der Redezeiten geben können. Weil die jeweils anstehende Thematik im Bundestag auch von der Arbeit der Bundesregierung beeinflusst wird, nimmt ein Vertreter der Bundesregierung an den Sitzungen des Ältestenrates teil. Neben der einvernehmlichen Besetzung der Vorsitze und stellvertretenden Vorsitze in den einzelnen Ausschüssen zu Beginn einer Wahlperiode kommt dem Ältestenrat immer wieder eine Rolle als Schlichtungsinstrument zu.

Aktives Wahlrecht

siehe Wahlrecht

Allgemeine Wahl

siehe Wahlgrundsätze

Anfechtung der Wahl

Entscheidungen und Maßnahmen, die sich unmittelbar auf das Wahlverfahren beziehen, sind nur mit den im Bundeswahlgesetz und in der Bundeswahlordnung vorgesehenen Rechtsbehelfen sowie im Wahlprüfungsverfahren anfechtbar. Nach dem Wahlprüfungsgesetz muss ein Einspruch spätestens zwei Monate nach dem Wahltag eingehen. Den Einspruch kann jeder Wahlberechtigte, jede Gruppe von Wahlberechtigten und in amtlicher Eigenschaft jeder Landeswahlleiter, der Bundeswahlleiter und der Präsident des Bundestags einlegen. Der Einspruch ist schriftlich beim Bundestag einzureichen.

Aufstellung von Bewerbern

siehe Wahlvorschlag

Aufwandsentschädigung

siehe Diäten

Ausschluss vom Wahlrecht

siehe Wahlrecht

Ausschüsse des Deutschen Bundestags

Die Ausschüsse des Deutschen Bundestags sind Organe des ganzen Parlaments. Ihre Zusammensetzung regelt sich deshalb nach dem Stär-

keverhältnis der Fraktionen, die sich ihrerseits darüber verständigen, wie viele Ausschüsse eingesetzt werden, welche Aufgabengebiete sie erhalten und wie viele Mitglieder sie zählen sollen.

In der laufenden Legislaturperiode hat das Parlament 21 ständige Ausschüsse eingesetzt, denen zwischen 15 und 44 ordentliche Mitglieder und eine gleiche Anzahl von Stellvertretern angehören. Die Namen und Stärke der Ausschüsse zeigt folgende Übersicht:

Ständige Ausschüsse des Deutschen Bundestags

Lfd. Nr.	Ausschuss	Mitglieder
1	Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	15
2	Petitionsausschuss	25
3	Auswärtiger Ausschuss	37
4	Innenausschuss	37
5	Sportausschuss	15
6	Rechtsausschuss	33
7	Finanzausschuss	33
8	Haushaltsausschuss	44
9	Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit	42
10	Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	30
11	Verteidigungsausschuss	30
12	Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	30
13	Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung	40
14	Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	40
15	Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	33
16	Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe	17
17	Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	33
18	Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	23
19	Ausschuss für Tourismus	15
20	Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union	33
21	Ausschuss für Kultur und Medien	17

Von der Verfassung vorgeschrieben ist die Einsetzung des Auswärtigen Ausschusses, des Verteidigungs- und des Petitionsausschusses. Der Haushaltsausschuss, der Wahlprüfungsausschuss sowie der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sind gesetzlich verankert.

Die Verhandlungen des Deutschen Bundestags werden in den Ausschüssen vorbereitet. Die Beratungen werden von federführenden und mitberatenden Ausschüssen durchgeführt. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass die Ausschüsse „zu baldiger Erledigung der ihnen überwiesenen Aufgaben verpflichtet“ sind. Zehn Sitzungswochen nach Überweisung einer Vorlage können eine Fraktion oder 5 % der Mitglieder des Deutschen Bundestags verlangen, dass der Ausschuss durch den Vorsitzenden oder den Berichterstatter dem Deutschen Bundestag einen Bericht über den Stand der Beratung erstattet. Werden Vorlagen an mehrere Ausschüsse überwiesen, sollen die beteiligten Ausschüsse mit dem Federführenden eine angemessene Frist zur Übermittlung ihrer Stellungnahme vereinbaren. In den Ausschüssen kommen Experten der Fraktionen und Gruppen zusammen. Die Arbeitsbereiche der Ausschüsse entsprechen dabei der Aufgabenverteilung der Bundesministerien, was den Grundsatz der parlamentarischen Kontrolle der Regierungstätigkeit verdeutlicht.

Grundsätzlich finden die Beratungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags nicht öffentlich statt. Der Ausschuss kann jedoch beschließen, für einen bestimmten Verhandlungsgegenstand die Öffentlichkeit zuzulassen. In den Ausschüssen werden, im Beisein der Regierungs- und der Bundesratsvertreter, Gesetzentwürfe untersucht und die Gegensätze zwischen Regierung und Opposition, soweit möglich, ausgeglichen.

Auszählverfahren

siehe Ergebnisermittlung

Behinderte Wahlberechtigte

Um die Stimmabgabe einer wahlberechtigten Person zu ermöglichen, die des Lesens unkundig ist oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung der Hilfe bei der Stimmabgabe bedarf, bestimmt diese eine andere Person, deren Hilfe sie sich bei der Stimmabgabe bedienen will, und gibt dies dem Wahlvorstand bekannt. Hilfsperson kann auch ein von der stimmberechtigten Person bestimmtes Mitglied des Wahlvorstands sein. Die Hilfsperson muss geheim halten, was sie bei der Hilfeleistung von der Stimmabgabe eines anderen erfahren hat. Ein blinder oder sehbehinderter Wähler kann sich zur Kennzeichnung des Stimmzettels auch einer Stimmzettelschablone bedienen.

Beisitzer

siehe Wahlorgane

Berliner

Vor der Bundestagswahl 1990 war die Berliner Bevölkerung durch 22 Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertreten. Diese wurden entsprechend der Stärke der Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses von den Berliner Landesabgeordneten gewählt. Seit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989 umfasste dieses Gremium 138 Abgeordnete.

Beteiligungsanzeige

Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, können als solche nur dann einen Wahlvorschlag einreichen, wenn sie spätestens am 90. Tag vor der Wahl dem Bundeswahlleiter ihre Beteiligung an der Wahl schriftlich angezeigt haben und der Bundeswahlausschuss ihre Parteieigenschaft festgestellt hat.

Bewerber

siehe Wahlvorschlag

Bewerberaufstellung

siehe Wahlvorschlag

Bewerberstatistik

In den 17 Landeslisten und den 277 Kreiswahlvorschlägen waren 493 Bewerber aufgestellt. Im Vergleich zu 1998 wurden 213 Bewerber weniger aufgestellt; das bedeutet eine Abnahme von 30,2 %.

Bei der CSU waren 35 und bei der SPD 8 Kandidaten nur auf der Liste vertreten, ohne einen eigenen Wahlkreis zu haben. Insgesamt waren 171 Bewerber auf einer Landesliste und in einem Kreiswahlvorschlag zur

Wahl gestellt, 216 Bewerber standen nur auf einer Landesliste und 106 Bewerber nur auf einem Kreiswahlvorschlag.

Bewerber auf Landeslisten und Kreiswahlvorschlägen in Bayern 2002

Wahlvorschlag	Bewerber			
	insgesamt	auf Landesliste und zugleich auf Kreiswahlvorschlag	nur auf	
			Landesliste	Kreiswahlvorschlag
CSU	79	18	35	26
SPD	52	44	8	–
GRÜNE	60	20	16	24
FDP	45	43	1	1
REP	41	3	31	7
ödp	33	6	12	15
PDS	39	13	7	19
BP	16	4	12	–
Die Tierschutzpartei ...	8	–	8	–
GRAUE	7	3	4	–
PBC	16	5	6	5
NPD	15	–	15	–
DIE FRAUEN	12	–	12	–
CM	12	–	10	2
BüSo	22	9	13	–
AUFBRUCH	19	3	16	–
Schill	10	–	10	–
Übrige	7	–	–	7
Insgesamt	493	171	216	106

1. Frauen als Bewerber

Unter den 493 Bewerbern für den 15. Deutschen Bundestag waren in Bayern 139 Frauen (28,2 % aller Bewerber). Auf der Liste der Feministischen Partei DIE FRAUEN kandidierten nur Frauen. Folgende Parteien verzeichneten hohe Frauenanteile unter ihren Kandidaten: Die Tierschutzpartei (87,5 %), der AUFBRUCH (63,2 %), die CM (50,0 %), die SPD (44,2 %) sowie die GRÜNEN (36,7 %).

Bei der Bundestagswahl 1998 waren unter den 706 Bewerbern 183 Frauen, d. s. 25,9 % aller Bewerber. Um das Direktmandat in einem Bundeswahlkreis bewarben sich 2002 56 Frauen, von denen 46 auch auf einer Landesliste kandidierten.

Weibliche Bewerber auf Landeslisten und Kreiswahlvorschlägen in Bayern 2002

Wahlvorschlag	Bewerber			
	insgesamt	auf Landesliste und zugleich auf Kreiswahlvorschlag	nur auf	
			Landesliste	Kreiswahlvorschlag
CSU	17	5	11	1
SPD	23	19	4	–
GRÜNE	22	4	14	4
FDP	5	5	–	–
REP	8	–	7	1
ödp	7	1	4	2
PDS	10	6	4	–
BP	–	–	–	–
Die Tierschutzpartei ...	7	–	7	–
GRAUE	–	–	–	–
PBC	2	1	–	1

Noch: Weibliche Bewerber auf Landeslisten und Kreiswahlvorschlägen in Bayern 2002

Wahlvorschlag	Bewerber			
	insgesamt	auf Landesliste und zugleich auf Kreiswahlvorschlag	nur auf	
			Landesliste	Kreiswahlvorschlag
NPD	2	–	2	–
DIE FRAUEN	12	–	12	–
CM	6	–	5	1
BüSo	4	4	–	–
AUFBRUCH	12	1	11	–
Schill	2	–	2	–
Übrige	–	–	–	–
Insgesamt	139	46	83	10

2. Mandatsträger als Bewerber

Von 275 wieder kandidierenden Bewerbern gehörten 77 dem Deutschen Bundestag an; 38 von der CSU, 27 von der SPD, 6 von den GRÜNEN, 5 von der FDP und 1 Bewerber von der PDS. Bei den Bewerbern der übrigen 12 Parteien kandidierten keine Mandatsträger.

3. Bewerber nach Altersgruppen

Das Durchschnittsalter aller 493 Bewerber auf den Landeslisten und Kreiswahlvorschlägen betrug 46 Jahre. Die Bewerber der NPD waren mit durchschnittlich 38 Jahren und die der PDS sowie der Schillpartei mit durchschnittlich je 39 Jahren relativ jung. Dagegen haben die Bewerber der Tierschutzpartei das Durchschnittsalter erheblich überschritten. Ihre Bewerber waren mit durchschnittlich 57 Jahren am ältesten.

Den ältesten Bewerber stellten die REP mit 82 Jahren und den jüngsten Bewerber die Partei AUFBRUCH mit 18 Jahren. Unter 25 Jahre alt waren insgesamt 24 Bewerber, darunter 7 bei der PDS, 5 bei den GRÜNEN und je 3 bei der ödp und beim AUFBRUCH; über 75 Jahre alt waren dagegen nur 4 Bewerber.

Altersschichtung der Bewerber

Wahlvorschlag	Bewerber				
	insgesamt	Durchschnittsalter	18	45	65
			bis unter		oder älter
			45	65	
CSU	79	47	25	54	–
SPD	52	47	17	34	1
GRÜNE	60	42	27	33	–
FDP	45	46	19	25	1
REP	41	55	11	20	10
ödp	33	42	19	14	–
PDS	39	39	24	13	2
BP	16	47	5	11	–
Die Tierschutzpartei	8	57	1	5	2
GRAUE	7	53	2	5	–
PBC	16	51	5	10	1
NPD	15	38	11	2	2
DIE FRAUEN	12	46	6	6	–
CM	12	51	5	5	2
BüSo	22	48	10	11	1
AUFBRUCH	19	46	8	9	2
Schill	10	39	7	3	–
Übrige	7	42	3	4	–
Insgesamt	493	46	205	264	24

Briefwahl

1. Wer kann per Brief wählen?

Ein Wahlberechtigter, der in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann sein Wahlrecht durch Briefwahl ausüben, wenn er

- sich am Wahltag während der Wahlzeit aus wichtigem Grund, zu dem auch Urlaubsreisen gehören, außerhalb seines Wahlbezirks aufhält,
- seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt hat und nicht in das Wählerverzeichnis des neuen Wahlbezirks eingetragen worden ist,
- aus beruflichen Gründen oder infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder sonst seines körperlichen Zustands wegen den Wahlraum nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen kann.

Für die Briefwahl ist ein entsprechender Antrag zu stellen.

2. Wann und wo wird der Antrag gestellt?

Der Antrag auf Aushändigung der Briefwahlunterlagen sollte möglichst bald bei der für den Wahlberechtigten zuständigen Gemeindebehörde (in München bei der jeweiligen Bezirksinspektion) gestellt werden. Briefwahlunterlagen können bis Freitag vor der Wahl, 18.00 Uhr beantragt werden, in den Fällen des § 25 Abs. 2 BWO (kein Eintrag im Wählerverzeichnis) oder bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung noch bis zum Wahltag 15.00 Uhr.

Die Ausgabe der Briefwahlunterlagen kann aufgrund des Gesamtablaufes erst nach endgültiger Zulassung der Kreiswahlvorschläge und der Landeslisten und dem Druck der Stimmzettel erfolgen.

3. Welche Unterlagen sind erforderlich?

Der Briefwähler erhält auf seinen Antrag folgende Unterlagen ausgehändigt bzw. übersandt:

- Einen Wahlschein, der von dem mit der Erteilung beauftragten Bediensteten der Gemeindebehörde eigenhändig unterschrieben und mit dem Dienstsiegel versehen sein muss,
- einen amtlichen Stimmzettel seines Wahlkreises,
- einen amtlichen Wahlumschlag,
- einen amtlichen Wahlbriefumschlag und
- ein ausführliches Merkblatt für die Briefwahl, auf dem alles verzeichnet und durch anschauliche Bilder näher erläutert ist, was der Briefwähler zu tun hat. Wer die Angaben des Merkblattes genau beachtet, hat die Garantie, dass er gültige Stimmen abgibt.

4. Wie wird brieflich gewählt?

Eingehende Unterrichtung erfolgt durch das Merkblatt zur Briefwahl, das jeder Wahlberechtigte, der brieflich wählen will, mit den gesamten für die Briefwahl erforderlichen Unterlagen erhält.

5. Wann müssen Wahlbriefe abgesandt werden?

Von größter Wichtigkeit ist es, dass der Briefwähler den Wahlbrief rechtzeitig zur Post gibt; selbstverständlich kann er ihn auch bei der für den Eingang der Wahlbriefe zuständigen Stelle abgeben. Der Wahlbrief muss jedoch spätestens am Wahlsonntag, bis 18.00 Uhr, bei der zuständigen Stelle vorliegen, da um 18.00 Uhr der Wahlakt abgeschlossen und mit der Auszählung der Stimmen begonnen wird. Um ganz sicher zu gehen, sollte der Wahlbrief bereits einige Tage vor dem Wahltag zur Post gegeben werden.

Die Briefwahl kann aber auch sofort nach Erhalt der Briefwahlunterlagen erfolgen und der Wahlbrief sofort danach an die auf dem Umschlag abgedruckte Anschrift geschickt oder dort abgegeben werden. Holt der Wahlberechtigte persönlich die Briefwahlunterlagen ab, so kann er an Ort und Stelle in der Gemeindebehörde brieflich wählen. Der Wahlbrief braucht bei der Aufgabe zur Post innerhalb des Bereichs der Deutschen Post AG nicht frankiert zu werden, anders ist es natürlich, wenn er im Ausland zur Post gegeben wird.

6. Welche Wahlbriefe werden zurückgewiesen?

Bei der Briefwahl sind Wahlbriefe zurückzuweisen, wenn

- der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
- dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beiliegt,
- dem Wahlbriefumschlag kein Wahlumschlag beigelegt ist,
- weder der Wahlbriefumschlag noch der Wahlumschlag verschlossen ist,
- der Wahlbriefumschlag mehrere Wahlumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides statt versehener Wahlscheine enthält,
- der Wähler oder die Hilfsperson die vorgeschriebene Versicherung an Eides statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben hat,
- kein amtlicher Wahlumschlag benutzt worden ist,
- ein Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

Die Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

Briefwahlergebnisse

1. Umfang bei Bundestagswahlen

Von der Möglichkeit per Brief zu wählen, machten in Bayern bei der Bundestagswahl 2002 1 681 337 Wahlberechtigte oder jeder vierte Wähler Gebrauch, das sind 22,7 %. 1 742 979 Personen, d. h. 19,2 % der Wahlberechtigten besorgten sich einen Wahlschein. Von diesen wählten 5 595 in einem Wahlraum (0,3 %), 1 681 337 per Brief (96,5 %) und 56 047 (3,2 %) nahmen trotz des Besitzes eines Wahlscheins an der Wahl nicht teil.

In den einzelnen Wahljahren ergaben sich in Bayern folgende Briefwählerzahlen:

Wahljahr	Briefwähler	
	Anzahl	%
1957	256 958	4,7
1961	322 997	5,7
1965	408 320	7,0
1969	420 565	7,2
1972	548 801	8,3
1976	716 748	10,6
1980	931 486	13,6
1983	799 178	11,4
1987	844 706	12,4
1990	806 576	12,6
1994	974 700	14,5
1998	1 430 378	20,4
2002	1 681 337	22,7

In Bayern lag 2002 von den kreisfreien Städten Würzburg mit 31,3 % und von den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen mit 33,1 % Briefwählern an der Spitze. Dagegen konnten die kreisfreie Stadt Memmingen nur 16,6 % und der Landkreis Coburg nur 14,9 % Briefwähler aufweisen.

In der Gemeinde Wettringen im Lkr Ansbach gab es nur 4,3 % Briefwähler. Dagegen sahen sich in der Gemeinde Oberstdorf (Lkr Oberallgäu) 45,3 % der Wähler angabegemäß außerstande, den Wahlraum aufzusuchen.

Von den abgegebenen gültigen Zweitstimmen der Briefwähler in Bayern entfielen auf die CSU 57,7 % (Urnenwähler: 58,9 %), auf die SPD 25,9 % (Urnenwähler: 26,2 %), auf die GRÜNEN 7,9 % (Urnenwähler: 7,6 %), auf die FDP 5,3 % (Urnenwähler: 4,3 %) und auf die PDS 0,6 % (Urnenwähler: 0,7 %). Auf die sonstigen Parteien sowie die Einzelbewerber fielen 2,5 % (Urnenwähler: 2,4 %) der abgegebenen gültigen Zweitstimmen der Briefwähler.

Die Anzahl der Briefwähler im gesamten Wahlgebiet entwickelte sich bei den bisherigen Bundestagswahlen wie folgt:

Wahljahr	Briefwähler	
	Anzahl	%
1957	1 537 094	4,9
1961	1 891 604	5,8
1965	2 443 935	7,3
1969	2 381 860	7,1
1972	2 722 424	7,2
1976	4 099 212	10,7
1980	4 991 942	13,0
1983	4 135 816	10,5
1987	4 247 949	11,1
1990	4 435 770	9,4
1994	6 389 047	13,4
1998	8 016 002	16,0
2002	8 765 762	18,0

Den höchsten Anteil von Briefwählern verzeichnete bei der Bundestagswahl 2002, wie die folgende Übersicht zeigt, Hamburg mit 25,4 %. Am niedrigsten war der Anteil der Briefwähler mit 10,7 % in Brandenburg.

Anteil der Briefwähler nach Ländern

Land Bundesgebiet	Bundestagswahl	
	2002	1998
	%	
Baden-Württemberg	17,1	15,9
Bayern	22,7	20,4
Berlin	23,6	19,5
Brandenburg	10,7	8,2
Bremen	16,1	15,5
Hamburg	25,4	24,4
Hessen	18,3	16,2
Mecklenburg-Vorpommern	11,2	8,4
Niedersachsen	15,5	14,7
Nordrhein-Westfalen	20,2	18,2
Rheinland-Pfalz	17,6	16,0
Saarland	17,3	15,6
Sachsen	12,5	10,6
Sachsen-Anhalt	12,0	9,7
Schleswig-Holstein	14,7	14,2
Thüringen	12,7	9,6
Bundesgebiet	18,0	16,0

2. Umfang bei Landtagswahlen

Die Briefwählerzahlen bei den Landtagswahlen in Bayern fielen wie folgt aus:

Wahljahr	Briefwähler	
	Anzahl	%
1958	96 112	2,0
1962	144 668	2,9
1966	245 029	4,5
1970	323 698	5,6
1974	431 129	7,5
1978	654 746	11,2
1982	598 203	9,6
1986	641 382	11,1
1990	802 119	14,2
1994	895 336	15,1
1998	1 221 686	19,8
2003	1 210 423	23,3

3. Umfang bei Europawahlen

Nach Feststellung des Statistischen Bundesamts haben bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 2004 über vier Millionen oder 15,5 % der Wähler mittels Briefwahl ihre Stimme abgegeben. In Bayern wurden bei der Europawahl 2004 19,1 % Briefwähler festgestellt.

In den einzelnen Wahljahren ergaben sich in Bayern folgende Briefwählerzahlen:

Wahljahr	Briefwähler	
	Anzahl	%
1979	656 891	14,5
1984	499 756	13,4
1989	638 516	12,4
1994	564 861	11,4
1999	601 100	15,1
2004	693 630	19,1

Die Anzahl der Briefwähler in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich bei den bisherigen Europawahlen wie folgt:

Wahljahr	Briefwähler	
	Anzahl	%
1979	3 064 640	10,9
1984	2 763 673	11,0
1989	3 757 364	13,2
1994	3 954 873	10,9
1999	3 842 178	14,0
2004	4 103 759	15,5

Briefwahlvorstand

siehe Wahlorgane

Bundeskanzler

Der Bundeskanzler ist der Chef der Bundesregierung (z. Zt. **Gerhard Schröder**, SPD). Er wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag ohne Aussprache gewählt und anschließend vom Bundespräsi-

denten ernannt. Erhält der Kandidat des Bundespräsidenten nicht die Mehrheit der Stimmen des Bundestags, so kann der Bundestag binnen 14 Tagen nach der Wahl einen anderen Kandidaten wählen. Die Ernennung erfolgt auch in diesem Fall durch den Bundespräsidenten.

Der Bundeskanzler bestimmt die personelle Zusammensetzung der Regierung; die Ernennungs- bzw. Entlassungsurkunden erhalten die Bundesminister durch den Bundespräsidenten. Der Bundeskanzler ernennt einen Bundesminister zu seinem Stellvertreter (z. Zt. **Joseph (Joschka) Fischer**, GRÜNE). Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik (Richtlinienkompetenz) und trägt dafür die Verantwortung. Durch ein so genanntes konstruktives Misstrauensvotum kann der Bundestag den Bundeskanzler abberufen; dies geschieht dadurch, dass der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Spricht der Bundestag dem Bundeskanzler auf dessen Antrag (Vertrauensfrage) nicht mit der Mehrheit der Mitglieder das Vertrauen aus, kann der Bundespräsident binnen 21 Tagen den Bundestag auflösen, sofern dieser nicht mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen neuen Bundeskanzler wählt.

Bundeskanzler:

Dr. Konrad Adenauer	CDU	20.09.1949 bis 15.10.1963
Prof. Dr. Ludwig Erhard	CDU	16.10.1963 bis 30.11.1966
Dr. Kurt Georg Kiesinger	CDU	01.12.1966 bis 20.10.1969
Willy Brandt	SPD	21.10.1969 bis 06.05.1974
Helmut Schmidt	SPD	16.05.1974 bis 01.10.1982
Dr. Helmut Kohl	CDU	01.10.1982 bis 27.10.1998
Gerhard Schröder	SPD	seit 27.10.1998

Bundespräsident

Der Bundespräsident, wie das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik genannt wird, wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt (Art. 54 Abs. 1 GG). Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestag besitzt und das 40. Lebensjahr vollendet hat. Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre, anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

Der Bundespräsident darf weder der Regierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören. Der Bundespräsident darf kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören. Die Befugnisse des Bundespräsidenten werden im Falle seiner Verhinderung oder bei vorzeitiger Erledigung des Amtes durch den Präsidenten des Bundesrates wahrgenommen. Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten. Er beglaubigt und empfängt die Gesandten. Bundespräsident ist seit 1. Juli 2004 **Horst Köhler**. Er wurde von der Bundesversammlung am 23. Mai 2004 zum Bundespräsident gewählt.

Bundespräsidenten:

Prof. Dr. Theodor Heuss	FDP	13.09.1949 bis 12.09.1959
Heinrich Lübke	CDU	13.09.1959 bis 30.06.1969
Dr. Gustav Heinemann	SPD	01.07.1969 bis 30.06.1974
Walter Scheel	FDP	01.07.1974 bis 30.06.1979
Prof. Dr. Karl Carstens	CDU	01.07.1979 bis 30.06.1984
Dr. Richard von Weizsäcker	CDU	01.07.1984 bis 30.06.1994
Prof. Dr. Roman Herzog	CDU	01.07.1994 bis 30.06.1999
Dr. h. c. Johannes Rau	SPD	01.07.1999 bis 30.06.2004
Prof. Dr. Horst Köhler	CDU	seit 01.07.2004

Bundesrat

Der Bundesrat ist ein aus Mitgliedern der Länderregierungen gebildetes Bundesorgan (Zweite Kammer). Durch den Bundesrat wirken die Länder

bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Der föderative Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland kommt in der Existenz des Bundesrats sichtbar zum Ausdruck. Der Bundesrat besteht derzeit aus 69 (vor der Wiedervereinigung aus 45) Mitgliedern der Regierungen der Länder, die sie bestellen und abberufen; sie können durch andere Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden. Jedes Land hat mindestens drei Stimmen, Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern haben vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern haben fünf und Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern haben sechs Stimmen. Die Stimmen eines Landes können im Bundesrat nur einheitlich abgegeben werden.

Die Länder der Bundesrepublik Deutschland und die Zahl ihrer Bundesratsmitglieder

Land Bundesgebiet	Einwohner in Millionen ¹⁾	Anzahl der Bundesrats- mitglieder ¹⁾	Stärkste Partei (teilweise mit Koalition) in der Landesregierung
Baden-Württemberg	10,7	6	CDU
Bayern	12,4	6	CSU
Berlin	3,4	4	SPD
Brandenburg	2,6	4	SPD
Bremen	0,7	3	SPD
Hamburg	1,7	3	CDU
Hessen	6,1	5	CDU
Mecklenburg-Vorpommern	1,8	3	SPD
Niedersachsen	8,0	6	CDU
Nordrhein-Westfalen	18,1	6	CDU
Rheinland-Pfalz	4,1	4	SPD

Noch: Die Länder der Bundesrepublik Deutschland und die Zahl ihrer Bundesratsmitglieder

Land Bundesgebiet	Einwohner in Millionen ¹⁾	Anzahl der Bundesrats- mitglieder ¹⁾	Stärkste Partei (teilweise mit Koalition) in der Landesregierung
Saarland	1,1	3	CDU
Sachsen	4,4	4	CDU
Sachsen-Anhalt	2,6	4	CDU
Schleswig-Holstein	2,8	4	CDU
Thüringen	2,4	4	CDU
Bundesgebiet	82,5	69	x

¹⁾ Stand: 31.12.2002.

Bundesregierung

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler - seit 27. Oktober 1998 **Gerhard Schröder** (SPD) - und aus den Bundesministern.

Der Bundeskanzler und die Bundesministerinnen und Bundesminister bilden zusammen das Bundeskabinett. Den Vorsitz im Bundeskabinett führt der Bundeskanzler.

Das Kabinett der 15. Legislaturperiode setzt sich nach Ressorts und Namen der Bundesminister wie folgt zusammen:

Das Bundeskabinett der 15. Legislaturperiode

Stand: 22. Oktober 2002

Ressort	Name	Partei	Hauptadresse	Dienstsitz
Bundeskanzler	Gerhard Schröder, MdB	SPD	Bundeskanzleramt Willy-Brandt Straße 1 10557 Berlin Homepage: http://www.bundeskanzler.de	— —
Auswärtiges Amt und Stellvertreter des Bundes- kanzlers	Joseph (Joschka) Fischer, MdB	GRÜNE	Auswärtiges Amt Werderscher Markt 1 10117 Berlin Homepage: http://www.auswaertiges-amt.de	Adenauerallee 99-103 53113 Bonn
Inneres	Otto Schily, MdB	SPD	Bundesministerium des Innern Alt-Moabit 101 D 10559 Berlin Homepage: http://www.bmi.bund.de	Graurheindorfer Straße 198 53117 Bonn
Justiz	Brigitte Zypries	SPD	Bundesministerium der Justiz Mohrenstraße 37 10117 Berlin Homepage: http://www.bmj.bund.de	Adenauerallee 99-103 53113 Bonn
Finanzen	Hans Eichel, MdB	SPD	Bundesministerium der Finanzen Wilhelmstraße 97 10117 Berlin Homepage: http://www.bundesfinanzministerium.de	Graurheindorfer Straße 108 53117 Bonn
Wirtschaft und Arbeit	Wolfgang Clement	SPD	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Scharnhorststraße 34-37 10115 Berlin Homepage: http://www.bmwa.bund.de	Villemombler Straße 76 53123 Bonn
Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	Renate Künast, MdB	GRÜNE	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Rochusstraße 1 53123 Bonn Homepage: http://www.verbraucherministerium.de	Wilhelmstraße 54 10117 Berlin

Noch: Das Bundeskabinett der 15. Legislaturperiode

Stand: 22. Oktober 2002

Ressort	Name	Partei	Hauptadresse	Dienstszitz
Verteidigung	Dr. Peter Struck, MdB	SPD	Bundesministerium der Verteidigung Hardthöhe 53125 Bonn Homepage: http://www.bundeswehr.de	Stauffenbergstraße 18 10785 Berlin
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Renate Schmidt	SPD	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Alexanderplatz 6 10178 Berlin Homepage: http://www.bmfsfj.de	Rochusstraße 8-10 53123 Bonn
Gesundheit und Soziale Sicherung	Ulla Schmidt, MdB	SPD	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung Am Propsthof 78 a 53121 Bonn Homepage: http://www.bmgs.bund.de	Wilhelmstraße 49 10117 Berlin
Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Dr. Manfred Stolpe	SPD	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Invalidenstraße 44 10115 Berlin Homepage: http://www.bmvbw.de	Robert-Schuman-Platz 1 53175 Bonn
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Jürgen Trittin, MdB	GRÜNE	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Heinrich-v.-Stephan-Straße 1 53175 Bonn Homepage: http://www.bmu.de	Alexanderplatz 6 10178 Berlin
Bildung und Forschung	Edelgard Bulmahn, MdB	SPD	Bundesministerium für Bildung und Forschung Heinemannstraße 2 53175 Bonn Homepage: http://www.bmbf.de	Hannoversche Straße 28-30 10115 Berlin
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Heidemarie Wiecezorek-Zeul, MdB	SPD	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Friedrich-Ebert-Allee 40 53113 Bonn Homepage: http://www.bmz.de	Stresemannstraße 94 10963 Berlin

Bundesrepublik Deutschland: Zahlen und Daten

1. In Zahlen (Stand: 31.12.2002)

Land Bundesgebiet	Gemeinden	Einwohner		darunter Ausländer		Fläche		Einwohner je km²	Wahlberechtigte BTW 2002	
	Anzahl		%	Anzahl	%	km²	%		Anzahl	%
Baden-Württemberg	1 111	10 661 320	12,9	1 297 738	12,2	35 752	10,0	298	7 418 781	12,1
Bayern	2 056	12 387 351	15,0	1 174 010	9,5	70 549	19,8	176	9 101 493	14,8
Berlin	1	3 392 425	4,1	444 774	13,1	892	0,2	3 804	2 442 795	4,0
Brandenburg	886	2 582 379	3,1	66 765	2,6	29 477	8,3	88	2 101 025	3,4
Bremen	2	662 098	0,8	82 634	12,5	404	0,1	1 638	484 493	0,8
Hamburg	1	1 728 806	2,1	255 119	14,8	755	0,2	2 289	1 221 783	2,0
Hessen	426	6 091 618	7,4	705 486	11,6	21 115	5,9	288	4 344 854	7,1
Mecklenburg-Vorpommern	979	1 744 624	2,1	37 540	2,2	23 173	6,5	75	1 412 019	2,3
Niedersachsen	1 026	7 980 472	9,7	538 051	6,7	47 618	13,3	168	6 035 170	9,8
Nordrhein-Westfalen	396	18 076 355	21,9	1 979 787	11,0	34 083	9,5	530	13 179 091	21,5
Rheinland-Pfalz	2 306	4 057 727	4,9	311 710	7,7	19 847	5,6	204	3 051 076	5,0
Saarland	52	1 064 988	1,3	90 199	8,5	2 569	0,7	415	821 218	1,3
Sachsen	535	4 349 059	5,3	115 358	2,7	18 413	5,2	236	3 571 995	5,8
Sachsen-Anhalt	1 235	2 548 911	3,1	48 722	1,9	20 445	5,7	125	2 108 941	3,4
Schleswig-Holstein	1 129	2 816 507	3,4	153 426	5,4	15 763	4,4	179	2 172 756	3,5
Thüringen	1 007	2 392 040	2,9	46 632	1,9	16 172	4,5	148	1 965 378	3,2
Bundesgebiet	13 148	82 536 680	100	7 347 951	8,9	357 027	100	231	61 432 868	100

2. Einige geschichtliche Daten

08.05.1945	Kapitulation Deutschlands
05.06.1945	Alliierte übernehmen oberste Gewalt in Deutschland (Vier-Zonen-Einteilung).
01.12.1946	Annahme der Bayerischen Verfassung durch Volksentscheid
01.09.1948	Zusammentritt des Parlamentarischen Rates in Bonn
23.05.1949	Grundgesetz verkündet
14.08.1949	Erste Bundestagswahl
07.09.1949	Erste Bundestagssitzung
15.09.1949	Konrad Adenauer (CDU) zum ersten Bundeskanzler gewählt
09.07.1951	Beendigung des Kriegszustandes mit Frankreich, Großbritannien und USA
17.06.1953	Arbeiteraufstand in Ost-Berlin und in der DDR gegen das SED-Regime und die sowjetische Besatzungsmacht. Der 17. Juni wird am 4. August 1953 zum nationalen Feiertag als „Tag der deutschen Einheit“ bestimmt.
25.06.1953	Bundestag verabschiedet das Wahlgesetz zum Zweiten Deutschen Bundestag (Einführung der Fünfprozent-Sperrklausel).
23.10.1954	Beitritt zur NATO
25.01.1955	Beendigung des Kriegszustandes mit der UdSSR, andere Ostblockländer folgen.
05.05.1955	Bundesrepublik weitgehend souverän
13.08.1961	Bau der Berliner Mauer
22.01.1963	Unterzeichnung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit durch de Gaulle und Adenauer.
17./19.05.1972	Verabschiedung der Ostverträge (keine Beeinträchtigung des Rechts auf Wiedervereinigung)
10.06.1979	Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament
09.11.1989	Öffnung der Berliner Mauer, Beginn der Wiedervereinigung
03.10.1990	Wiedervereinigung durch Beitritt der Länder der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Der 3. Oktober, der Tag der Wiedervereinigung, wird anstelle des 17. Juni zum nationalen Feiertag als „Tag der deutschen Einheit“ bestimmt.
02.12.1990	Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl
01.01.1992	EG-Binnenmarktordnung tritt in Kraft.
01.11.1993	Vertrag von Maastricht tritt in Kraft.
01.01.1995	Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands zur Europäischen Union.
15./16.12.1995	„Euro“ als Name für die künftige gemeinsame Währung festgelegt.
02.05.1998	Dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion beginnt mit 11 Teilnehmerstaaten.
01.01.2002	Der „Euro“ ist gesetzliches Zahlungsmittel.
01.05.2004	Beitritt von 10 Ländern zur Europäischen Union (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern).

Bundestag

Der Bundestag ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland, das auf vier Jahre in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt wird. Die Gewählten sind die Bundestagsabgeordneten (Mitglieder des Bundestags, MdB).

Der Bundestag beschließt die Bundesgesetze, er wählt den Bundeskanzler, wirkt bei der Wahl des Bundespräsidenten in der Bundesversammlung mit; er hat ferner Einfluss auf die Besetzung der Bundesgerichte und übt die parlamentarische Kontrolle über die Regierung aus (Konstruktives Misstrauensvotum gegen den Bundeskanzler, Feststellung des Haushaltsplans, große und kleine Anfragen an die Regierung, Bildung von Untersuchungsausschüssen).

Mit vier Ausnahmen sind derzeit sämtliche Mitglieder der Bundesregierung (Stand: März 2003) gleichzeitig Bundestagsabgeordnete.

Der Bundestag kann in öffentlichen Debatten zu allen politischen Fragen Stellung nehmen. Er behandelt auch die Bitten und Beschwerden der Bevölkerung. Aus seiner Mitte wählt er den Bundestagspräsidenten, das Präsidium und die Mitglieder der Ausschüsse. Wie sich der Deutsche Bundestag hinsichtlich der Parteizugehörigkeit und der Herkunft der Abgeordneten nach Ländern zusammensetzt, ergibt sich aus Tabelle 4.4.

Bundestagspräsident

1. Präsident und Präsidium

Der Präsident des Deutschen Bundestags und seine vier Stellvertreter bilden das oberste Gremium des Deutschen Parlaments (siehe auch Ältestenrat). Die jeweils stärkste Fraktion besitzt das ungeschriebene Recht, den Präsidenten zu stellen. Das ist in dieser Legislaturperiode z. Zt. die SPD bzw. **Wolfgang Thierse**, SPD (seit 26. Oktober 1998). Nachstehend die vier Vizepräsidenten:

Vizepräsident(in)	Fraktion	Seit
Dr. Norbert Lammert	CDU/CSU	Oktober 2002
Susanne Kastner	SPD	Oktober 2002
Dr. Antje Vollmer	GRÜNE	November 1994
Dr. Hermann Otto Solms	FDP	Oktober 1998

Der Präsident vertritt den Deutschen Bundestag. Er ist Adressat aller Gesetzentwürfe, die von der Bundesregierung, vom Bundesrat oder aus der Mitte des Bundestags eingebracht werden und auch anderer Vorlagen der Bundesregierung und des Bundesrates.

Ebenso ist er der Empfänger aller Eingaben, die aus den Reihen des Parlaments stammen oder an den Bundestag gerichtet werden.

2. Die Aufgaben des Präsidenten

- Der Präsident vertritt den Bundestag und regelt seine Geschäfte. Dabei hat er die Würde und die Rechte des Bundestags zu wahren, seine Arbeit zu fördern und die Verhandlungen gerecht und unparteiisch zu führen.
- Dem Präsidenten stehen das Hausrecht und die Polizeigewalt in allen der Verwaltung des Bundestags unterstehenden Gebäuden, Gebäudeteilen und Grundstücken zu.
- Der Präsident ist der oberste Dienstvorgesetzte der Bundestagsbeamten, wobei er bestimmte Personalentscheidungen zusammen mit dem ganzen Präsidium trifft.

Der hohe Rang des Bundestagspräsidenten wird vor allem durch die protokollarische Reihenfolge hervorgehoben. Nach dem Staatsoberhaupt, dem Bundespräsidenten, nimmt er den zweiten Platz ein.

3. Bundestagspräsidenten:

Erich Köhler	CDU	07.09.1949 bis 18.10.1950
Hermann Ehlers	CDU	19.10.1950 bis 29.10.1954
Dr. Eugen Gerstenmaier	CDU	16.11.1954 bis 31.01.1969
Kai-Uwe von Hassel	CDU	05.02.1969 bis 13.12.1972
Annemarie Renger	SPD	13.12.1972 bis 14.12.1976
Prof. Dr. Karl Carstens	CDU	14.12.1976 bis 31.05.1979
Richard Stücklen	CSU	31.05.1979 bis 29.03.1983
Dr. Rainer Barzel	CDU	29.03.1983 bis 25.10.1984
Dr. Philipp Jenninger	CDU	05.11.1984 bis 11.11.1988
Prof. Dr. Rita Süßmuth	CDU	25.11.1988 bis 26.10.1998
Wolfgang Thierse	SPD	seit 26.10.1998

Bundesversammlung

Die Bundesversammlung wählt den Bundespräsidenten ohne Aussprache. Sie besteht aus den Mitgliedern des Bundestags und der gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

Die Bundesversammlung tritt alle fünf Jahre, spätestens 30 Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten zusammen, bei vorzeitiger Beendigung der Amtszeit innerhalb von 30 Tagen danach. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist derjenige gewählt, der in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Im dritten Wahlgang genügt also die relative Mehrheit. Ort und Zeit des Zusammentritts der Bundesversammlung bestimmt der Bundestagspräsident. Die Bundesregierung bzw. in deren Auftrag das Statistische Bundesamt stellt fest, wie viele Mitglieder die einzelnen Landtage zur Bundesversammlung zu wählen haben.

Die gesetzliche Mitgliederzahl des 15. Deutschen Bundestags betrug nach dem Tod der Inhaberin eines nicht nachzubesetzenden Direktmandats am 17. April 2004, 602 Mitglieder. Die Länder haben 603 Delegierte entsprechend der Festsetzung der Bundesregierung vom 16. Januar 2004 gewählt, was der damaligen gesetzlichen Mitgliederzahl des Bundestags entsprach. Eine Anpassung der Länderdelegiertenzahl an die Mitgliederzahl des Bundestags findet nicht mehr statt (vgl. § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung).

Die Landtage wählen die auf die Länder entfallenden Mitglieder nach Vorschlagslisten. Vorschläge zur Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung einreichen. Die 12. Bundesversammlung trat am 23. Mai 2004 zusammen. An diesem Tag wurde **Prof. Dr. Horst Köhler**, CDU, zum Bundespräsidenten gewählt.

Mitglieder der 12. Bundesversammlung (23.05.2004)

Bezeichnung	Anzahl der Mitglieder		
	Bundestag	Delegierte der Länderparlamente	Insgesamt
CDU/CSU	247	295	542
SPD	250	209	459
GRÜNE	55	34	89
FDP	47	35	82
PDS	2	29	31
Sonstige	1	1	2
Insgesamt	602	603	1 205

Bundeswahlausschuss

siehe Wahlorgane

Bundeswahlgesetz (BWG)

BWG in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. März 2005 (BGBl I S. 674).

Textausgaben und Kommentare zum Bundeswahlgesetz und zur Bundeswahlordnung.

Titel	Bemerkungen
Amtliche Bekanntmachung des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung	Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsges. mBH, Postfach 10 05 34, 50445 Bonn

Titel	Bemerkungen
Neufassung des Bundeswahlgesetzes vom 23.07.1993	BGBl I S. 1288, 1594
- letzte Änderung vom 11.03.2005	BGBl I S. 674
Neufassung der Bundeswahlordnung vom 19.04.2002	BGBl I S. 1376
- letzte Änderung vom 30.06.2005	BGBl I S. 1951
Informationen des Bundeswahlleiters	erschieden im Juni 2005
Rechtsgrundlagen für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag	Der Bundeswahlleiter Gustav-Stresemann-Ring 11 65189 Wiesbaden
Bundeswahlgesetz, Bundeswahlordnung	Verlagsgruppe Horst Maier Birkenstraße 18-22 84494 Neumarkt-Sankt Veit

Bundeswahlleiter

siehe Wahlorgane

Bundeswahlordnung (BWO)

BWO in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl I S. 1376), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. Juni 2005 (BGBl I S. 1951).

Bundeswappen

Das heutige Bundeswappen ist eine Schöpfung der Weimarer Republik. In der betreffenden Bekanntmachung vom 11. November 1919 wurde angeordnet, dass das Reichswappen „auf goldgelbem Grund den einköpfigen schwarzen Adler zeigt, den Kopf nach rechts gewendet, die Flügel offen, aber mit geschlossenem Gefieder, Schnabel, Zunge und Fänge von roter Farbe“. Durch die Bekanntmachung vom 20. Januar 1950 wurde dieser Adler vom Bundespräsidenten zum amtlichen Wappen der Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Seitdem ziert er die Amtsschilder der Bundesbehörden im In- und Ausland. Die mittelalterlichen deutschen Könige und Kaiser hatten, anknüpfend an die römischen Feldzeichen, ein- und doppelköpfige schwarze Adler, meist auf gelbem Untergrund, als Symbol des Herrschaftsanspruchs und der Reichsgewalt verwendet. Die deutschen Teilstaaten Tirol, Brandenburg und Preußen sowie der Deutsche Orden hatten ebenso wie später das Kaiserreich ab 1871 den Adler als Reichssymbol gewählt.

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

1. Allgemeines

1945 wurde in den einzelnen Ländern der Besatzungszonen Deutschlands außerhalb Bayerns die Christlich Demokratische Union (CDU) auf der Grundlage des christlichen Weltbildes als überkonfessionelle Partei gegründet. Auf dem ersten Parteitag 1950 erfolgte in Goslar der Zusammenschluss aller CDU-Landesgruppen zu einer Bundespartei. Von Anfang an stand **Dr. Konrad Adenauer** an der Spitze der CDU, die in allen Fragen eine bestimmende Rolle spielte. Zusammen mit der CSU war die CDU, teilweise mit kleineren Parteien, 20 Jahre, nämlich von 1949 bis 1969, Regierungspartei. Von 1982 bis 1998 war dies wieder gegeben, nachdem zwischenzeitlich die Bundesregierung unter der Führung der SPD gebildet worden war. Im Deutschen Bundestag bildete die CDU seit der ersten Legislaturperiode zusammen mit der bayerischen CSU eine gemeinsame Fraktion, nämlich die CDU/CSU-Fraktion.

Bundespräsidenten aus der CDU:

Heinrich Lübke	13.09.1959 bis 30.06.1969
Prof. Dr. Karl Carstens	01.07.1979 bis 30.06.1984
Dr. Richard von Weizsäcker	01.07.1984 bis 30.06.1994
Prof. Dr. Roman Herzog	01.07.1994 bis 30.06.1999
Prof. Dr. Horst Köhler	seit 01.07.2004

Bundestagspräsidenten aus der CDU:

Erich Köhler	07.09.1949 bis 18.10.1950
Hermann Ehlers	19.10.1950 bis 29.10.1954
Dr. Eugen Gerstenmaier	16.11.1954 bis 31.01.1969
Kai-Uwe von Hassel	05.02.1969 bis 13.12.1972
Prof. Dr. Karl Carstens	14.12.1976 bis 31.05.1979
Dr. Rainer Barzel	29.03.1983 bis 25.10.1984
Dr. Philipp Jenninger	05.11.1984 bis 11.11.1988
Prof. Dr. Rita Süssmuth	25.11.1988 bis 26.10.1998

Bundeskanzler aus der CDU:

Dr. Konrad Adenauer	20.09.1949 bis 15.10.1963
Prof. Dr. Ludwig Erhard	16.10.1963 bis 30.11.1966
Dr. Kurt Georg Kiesinger	01.12.1966 bis 20.10.1969
Dr. Helmut Kohl	01.10.1982 bis 27.10.1998

CDU-Vorsitzende:

Dr. Konrad Adenauer	1950 bis 1966
Prof. Dr. Ludwig Erhard	1966 bis 1967
Kurt-Georg Kiesinger	1967 bis 1971
Dr. Rainer Barzel	1971 bis 1973
Dr. Helmut Kohl	1973 bis 1998
Dr. Wolfgang Schäuble	1998 bis 2000
Dr. Angela Merkel	seit April 2000

CDU-Generalsekretäre:

Josef Hermann Dufhues	
(Geschäftsführender Vorsitzender)	1962 bis 1966
Dr. Bruno Heck	
(Geschäftsführendes Präsidialmitglied)	1966 bis 1967
Dr. Bruno Heck	1967 bis 1971
Dr. Konrad Kraske	1971 bis 1973
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf	1973 bis 1977
Dr. Heiner Geißler	1977 bis 1989
Volker Rühle	1989 bis 1992
Peter Hintze	1992 bis 1998
Dr. Angela Merkel	1998 bis 2000
Ruprecht Polenz	April bis Oktober 2000
Laurenz Meyer	2000 bis 2004
Volker Kauder	seit Januar 2005

CDU-Bundesgeschäftsführer:

Dr. Friedrich Holzapfel	1950 bis 1951
Heinz Lubbers	
(als kommissarischer Bundesgeschäftsführer)	1951 bis 1952
Dr. Bruno Heck	1952 bis 1957
Dr. Konrad Kraske	1958 bis 1970
Rüdiger Göb	1970 bis 1971
Ottfried Hennig	1972 bis 1973
Karl-Heinz Bilke	1973 bis 1978
Helmut Holle	1978 bis 1979
Ulf Fink	1979 bis 1981
Peter Radunski	1981 bis 1991
Wilhelm Staudacher	1991 bis 1993
Hans-Joachim Reck	1993 bis 1996
Christian Dürig	1997 bis 1998
Dr. Willi Hausmann	1998 bis 2003
Dr. Johannes von Thadden	seit Januar 2004

2. Programm

Das derzeit gültige Programm der Christlich Demokratischen Union

Deutschlands ist das am 20. bis 23. Februar 1994 in Hamburg beschlossene Grundsatzprogramm, dessen Präambel wie folgt beginnt:

„Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott“.

3. Organisation

Die CDU gliedert sich in Landesverbände, Kreisverbände, Gemeindeverbände und Ortsverbände.

Bundesvorsitzende:

Dr. Angela Merkel, MdB

Stellvertretende Bundesvorsitzende:

Christian Wulff, MdL

Dr. Jürgen Rüttgers, MdL

Dr. Annette Schavan, MdL

Dr. Christoph Böhr, MdL

Generalsekretär:

Volker Kauder, MdB

Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Dr. Angela Merkel, MdB

Bundesgeschäftsführer:

Dr. Johannes von Thadden

Bundesgeschäftsstelle:

Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin

4. Wahlergebnisse

Bei den Bundestagswahlen bis 1987 waren die Landeslisten in neun Ländern (ohne Bayern) verbunden. Seit 1990 sind die Landeslisten in 15 Ländern (ohne Bayern) verbunden.

Eine Listenverbindung mit der CSU ist nicht möglich, weil hierzu u. a. völlige Namensgleichheit Voraussetzung wäre.

Die CDU wies im jeweiligen Wahlgebiet außerhalb Bayerns bei den Bundestagswahlen seit 1949 folgende Ergebnisse auf:

Wahljahr	Zweitstimmenanteil in %	Sitze insgesamt	darunter Wahlkreissitze
1949	31,5	115	91
1953	44,6	191	130
1957	48,2	217	147
1961	43,3	192	114
1965	45,9	196	118
1969	44,4	193	87
1972	42,7	177	65
1976	46,2	190	94
1980	41,7	174	81
1983	46,5	191	136
1987	41,9	174	124
1990	42,5	268	192
1994	39,8	244	177
1998	33,1	198	74
2002	29,5	190	82

Die CDU-Ministerpräsidenten der Länder der Bundesrepublik Deutschland können aus nachstehender Übersicht entnommen werden:

CDU-Ministerpräsidenten der Länder (Stand: Mai 2005)

Land	Name des Ministerpräsidenten
Baden-Württemberg	Günther Oettinger
Hamburg	Ole von Beust (Präsident des Senats und Erster Bürgermeister)
Hessen	Roland Koch
Niedersachsen	Christian Wulff
Nordrhein-Westfalen	Jürgen Rüttgers
Saarland	Peter Müller
Sachsen	Prof. Dr. Georg Milbradt
Sachsen-Anhalt	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
Schleswig-Holstein	Peter Harry Carstensen
Thüringen	Dieter Althaus

Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union (CDU/CSU)

1. Geschichte

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand in allen Teilen des Gebietes außerhalb Bayerns, zunächst unabhängig voneinander, aber mit ähnlichen Grundgedanken, die Christlich Demokratische Union (CDU) und in Bayern die Christlich-Soziale Union (CSU). Im Februar 1947 beschlossen die verschiedenen, seit längerem in Kontakt befindlichen Unionsgruppen die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU Deutschlands“, der alle CDU-Landes- und Zonengruppen sowie die als Partei autonom bleibende bayerische CSU beitraten. Die CSU wollte damals durch ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit das föderative Element im Staatsaufbau der Bundesrepublik unterstreichen.

Die politische Tradition Bayerns hatte diesen Weg vorgezeichnet. Programmatische Unterschiede bestanden zwischen den beiden Parteien kaum. So bildeten sie seit der ersten Legislaturperiode, also seit 1949, trotz manchmal vorhandener Differenzen, im Deutschen Bundestag eine Gemeinschaftsfraktion, die CDU/CSU-Fraktion.

2. Wahlergebnisse

Wahljahr	Zweitstimmen- anteil in %	Sitze		darunter Wahlkreissitze
		Anzahl	%	
1949	31,0	139	34,6	115
1953	45,2	243	49,9	172
1957	50,2	270	54,3	194
1961	45,3	242	48,5	156
1965	47,6	245	49,4	154
1969	46,1	242	48,8	121
1972	44,9	225	45,4	96
1976	48,6	243	49,0	134
1980	44,5	226	45,5	121
1983	48,8	244	49,0	180
1987	44,3	223	44,9	169
1990	43,8	319	48,2	235
1994	41,4	294	43,8	221
1998	35,1	245	36,6	112
2002	38,5	248	41,1	125

Der Zweitstimmenabstand von der CDU/CSU zur SPD betrug in Prozentpunkten 1949 (1,8), 1953 (16,4), 1957 (18,4), 1961 (9,1), 1965 (8,3), 1969 (3,4), 1976 (6,0), 1980 (1,6), 1983 (10,6), 1987 (7,3), 1990 (10,3) und 1994 (5,0), jeweils zu Gunsten der CDU/CSU. 1972 fiel dieser Abstand erstmalig zu Gunsten der SPD aus; er machte 0,9 Prozentpunkte oder 369 149 tatsächliche Wählerstimmen aus. 1998 betrug dieser Abstand sogar 5,8 Prozentpunkte oder 2 851 881 Wählerstimmen. 2002 verringerte sich der Abstand jedoch auf nur 0,01 Prozentpunkte, was exakt 6 027 Wählerstimmen entsprach.

Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)

1. Allgemeines

Die Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. ist die - mit Ausnahme der Bundestagswahl 1957 im Saarland - auf Bayern beschränkte und 1945 als Pendant zur Christlich Demokratischen Union gegründete „Sammelungspartei (Volkspartei) verantwortungsbewusster Bürger aller gesellschaftlichen Gruppen, die als Grundlage der Politik die christliche Bestimmung und Deutung des Menschen und der Welt anerkennen“.

Am 2. Juli 1979 wurde in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erstmals ein Mitglied der CSU, nämlich **Dr. h. c. Franz Josef Strauß**, zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1980 gewählt.

Bundestagspräsident aus der CSU:

Richard Stücklen

31.05.1979 bis 29.03.1983

Parteivorsitzende:

Dr. Josef Müller	1945 bis 1949
Dr. Hans Ehard	1949 bis 1955
Dr. Hanns Seidel	1955 bis 1961
Dr. h. c. Franz Josef Strauß	1961 bis 1988
Dr. Theodor Waigel	1988 bis 1999
Dr. Edmund Stoiber	seit 1999

Ministerpräsidenten aus der CSU:

Fritz Schäffer	1945
Dr. Hans Ehard	1946 bis 1954
Dr. Hanns Seidel	1957 bis 1960
Dr. Hans Ehard	1960 bis 1962
Dr. h. c. Alfons Goppel	1962 bis 1978
Dr. h. c. Franz Josef Strauß	1978 bis 1988
Dr. h. c. Max Streibl	1988 bis 1993
Dr. Edmund Stoiber	seit 1993

2. Programm

Die CSU stellt in § 1 ihrer Satzung (8. Oktober 1999) als Aufgabe der Partei einen Programmpunkt voran: „Die Christlich-Soziale Union erstrebt eine staatliche Ordnung in demokratischer Freiheit und sozialer Verantwortung auf der Grundlage des christlichen Welt- und Menschenbildes. Sie erfüllt ihre Aufgaben in der Mitgestaltung eines modernen Bayern, des deutschen Vaterlandes und Europas“.

3. Organisation

Die CSU gliedert sich in einen Landesverband, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände.

Parteivorsitzender:

Dr. Edmund Stoiber, MdL

Stellvertretende Parteivorsitzende:

Dr. Ingo Friedrich, MdEP
Horst Seehofer, MdB
Barbara Stamm, MdL
Dr. Beate Merk

Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag:

Michael Glos, MdB

Generalsekretär:

Dr. Markus Söder, MdL

Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion:

Joachim Herrmann, MdL

Landesgeschäftsstelle:

Nymphenburger Straße 64, 80335 München

Seit 1945 war die CSU an allen Landesregierungen in Bayern - mit zwei Ausnahmen - beteiligt.

Vom 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946 sowie vom 14. Dezember 1954 bis 16. Oktober 1957 (sogenannte Viererkoalition) stellte die SPD mit **Dr. Wilhelm Hoegner** den Ministerpräsidenten.

Sonst stellte die CSU in Bayern immer den Regierungschef; seit Dezember 1962 ist die CSU die einzige Regierungspartei in Bayern.

4. Wahlergebnisse

Die CSU in Bayern nimmt als Landespartei an der Bundestagswahl teil. Eine Listenverbindung mit der CDU ist nicht möglich, weil hierzu u. a. Namensgleichheit notwendig wäre. Sie ist in Bayern bis auf die Landtagswahl 1950 immer stärkste Partei geworden und hatte bei Bundestagswahlen von 1957 bis 1994 immer die absolute Mehrheit der bayerischen Wählerstimmen erreicht, bei Stimmenanteilen zwischen 51,2 % (1994) und 60,0 % (1976). 1998 fiel sie erstmals wieder unter die 50 %-Marke. 2002 erreichte sie jedoch wieder die absolute Mehrheit mit 58,6 %.

Auch bei den Landtagswahlen seit 1970 erhielt sie die absolute Stimmenmehrheit. Die CSU wies in Bayern und im Bundesgebiet bei Bundestagswahlen bisher folgende Ergebnisse auf:

Wahljahr	Bayern	Bundes- gebiet	Sitze im Bundestag insgesamt	darunter Wahlkreis- sitze
	Zweitstimmenanteil in %			
1949	29,2	5,8	24	24
1953	47,8	8,8	52	42
1957 ¹⁾	57,2	10,1	53	47
1961	54,9	9,6	50	42
1965	55,6	9,6	49	36
1969	54,4	9,5	49	34
1972	55,1	9,7	48	31
1976	60,0	10,6	53	40
1980	57,6	10,3	52	40
1983	59,5	10,6	53	44
1987	55,1	9,8	49	45
1990	51,9	7,1	51	43
1994	51,2	7,3	50	44
1998	47,7	6,7	47	38
2002	58,6	9,0	58	43

¹⁾ Ohne Saarland.

5. Bundesregierungen

Die CSU war von 1949 bis 1969 und von 1982 bis 1998 an der Bundesregierung beteiligt.

Deutscher

Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

Deutscher Bundestag

siehe Bundestag

d'Hondtsche Sitzberechnung (Höchstzahlverfahren)

Der belgische Mathematiker **Viktor d'Hondt** entwickelte im Jahr 1882 ein Verfahren, das im Verhältniswahlssystem die Sitzverteilung für die Parteien durch Quotientenbildung regelt. Dieses Verfahren wurde bei den Bundestagswahlen bis 1983 angewandt. Nach diesem Verfahren wird die auf jede Partei entfallene Stimmenzahl nacheinander durch 1, 2, 3 usw. geteilt und das Ergebnis in einer Tabelle angeschrieben. Diese Zahlen (Quotienten) werden nach ihrer Höhe quer durch die Parteien numeriert. Sobald auf diese Weise so viele „Höchstzahlen“ gebildet sind, wie Sitze zu vergeben sind, werden die auf die Parteien entfallenen Höchstzahlen (= Sitze) festgestellt.

Beispiel:

Wahlergebnis						
A-Partei		B-Partei		C-Partei		
Erhaltene Stimmen						
6 500		6 000		2 000		
Verteilung von 5 Sitzen						
Teiler	Höchst- zahl	Sitz- folge	Höchst- zahl	Sitz- folge	Höchst- zahl	Sitz- folge
1	6 500	1	6 000	2	2 000	–
2	3 250	3	3 000	4		
3	2 167	5	2 000	–		
4	1 625	–				
Demnach zuzuteilende Sitze	x	3	x	2	x	–

Ein anderes Sitzverteilungsverfahren ist z. B. die Verteilung der Sitze nach dem mathematischen Proporz (Verhältnis) der Stimmen zueinander (siehe Proporzverfahren/Sitzeverteilung).

Diäten

Diäten sind die Bezüge der Abgeordneten eines Parlaments. Im Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestags (Abgeordnetengesetz - AbgG) sind sie als Entschädigungen bezeichnet. Die Abgeordneten erhalten:

1. Entschädigung

Ein Mitglied des Bundestags erhält eine monatliche Abgeordnetenentschädigung in Höhe von 7 009,– Euro.

Der Präsident des Bundestags erhält eine monatliche Amtszulage von 7 009,– Euro und zusätzlich eine monatliche Amtsaufwandsentschädigung von 1 023,– Euro.

Seine fünf Stellvertreter erhalten die Hälfte eines Monatsbetrages (3 504,50 Euro) und eine zusätzliche monatliche Amtsaufwandsentschädigung von jeweils 307,– Euro.

2. Amtsausstattung

Ein Mitglied des Bundestags erhält zur Abgeltung seiner durch das Mandat veranlassten Aufwendungen eine Amtsausstattung als Aufwandsentschädigung. Die Amtsausstattung umfasst Geld- und Sachleistungen. Ein Mitglied des Bundestags erhält eine monatliche Kostenpauschale für den Ausgleich insbesondere von

a) Bürokosten zur Einrichtung und Unterhaltung von Wahlkreisbüros außerhalb des Sitzes des Bundestags, einschließlich Miete und Nebenkosten, Inventar und Büromaterial, Literatur und Medien sowie Porto,

- b) Mehraufwendungen am Sitz des Bundestags und bei Reisen mit Ausnahme von Auslandsdienstreisen,
- c) Kosten für Fahrten aller Verkehrsmittel der Deutschen Bahn AG und Flüge, in Ausübung des Mandats innerhalb der Bundesrepublik Deutschland,
- d) sonstigen Kosten für andere mandatsbedingte Kosten (Repräsentation, Einladungen, Wahlkreisbetreuung usw.), die auch sonst nicht aus dem der Lebensführung dienenden beruflichen Einkommen zu bestreiten sind.

Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern werden gegen Nachweis ersetzt. Zur Amtsausstattung gehören auch die Bereitstellung eines eingerichteten Büros am Sitz des Bundestags, die Benutzung der Verkehrsmittel (§ 16 AbgG) und der Dienstfahrzeuge des Bundestags und die Bereitstellung und Nutzung des gemeinsamen Informations- und Kommunikationssystems sowie die sonstigen Leistungen des Bundestags. Ein Mitglied des Bundestags, dem ein Dienstwagen des Bundes zur ausschließlichen Verfügung steht, erhält eine um 25 v. H. verminderte Kostenpauschale.

3. Übergangsgeld

Ein ausscheidendes Mitglied mit einer Mitgliedschaft von mindestens einem Jahr erhält Übergangsgeld. Das Übergangsgeld wird in Höhe der Abgeordnetenentschädigung für jedes Jahr der Mitgliedschaft einen Monat geleistet, höchstens jedoch 18 Monate lang. Eine Mitgliedschaft im Bundestag von mehr als einem halben Jahr gilt als volles Jahr.

4. Altersentschädigung

Ein Abgeordneter erhält nach seinem Ausscheiden eine Altersentschädigung, wenn er das 65. Lebensjahr vollendet und dem Bundestag acht Jahre angehört hat. Mit jedem weiteren Jahr bis zum 18. Jahr der Mitgliedschaft im Bundestag entsteht der Anspruch auf Altersentschädigung ein Lebensjahr früher. Dabei wird eine Wahlperiode mit vollen vier Jahren angerechnet, soweit sie über zwei Jahre hinausgeht.

5. Höhe der Altersentschädigung

Die Altersentschädigung bemisst sich nach der monatlichen Abgeordnetenentschädigung. Sie erhöht sich um 3 v. H. für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft bis zum 23. Jahr. Die Zeit der Wahrnehmung der Ämter des Präsidenten und seiner Stellvertreter wird der Berechnung der Altersentschädigung einschließlich der Amtszulage zugrunde gelegt.

6. Berücksichtigung von Landtagszeiten

Zeiten der Mitgliedschaft im Parlament eines Landes der Bundesrepublik Deutschland gelten auf Antrag als Zeiten der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag. Werden dadurch die Voraussetzungen für einen Anspruch nach diesem Gesetz erfüllt, so wird Altersentschädigung gezahlt.

Direktwahl

siehe Erststimme/Wahlkreis/Wahlsystem/Wahlvorschlag

Einreichung der Wahlvorschläge

siehe Kreiswahlvorschlag

Einspruch gegen das Wählerverzeichnis

siehe Wählerverzeichnis

Ergebnisermittlung

1. Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk

a) Wähler

Nach Öffnen der Wahlurne werden die Stimmzettel entnommen und - falls vorhanden - mit dem Inhalt der Wahlurne(n) des/der beweglichen Wahlvorstands/Wahlvorstände vermischt. Nachdem sich der Wahlvorsteher davon überzeugt hat, dass die Wahlurne leer ist, werden die Stimmzettel gezählt. Daraufhin werden die im Wählerverzeichnis eingetragenen Stimmabgabevermerke gezählt und festgestellt, wie viele Personen mit Wahrschein gewählt haben.

b) Stimmen

Es werden Stimmzettelschichten gebildet (u. a. ein Stapel mit ungekennzeichneten Stimmzetteln, ein Stapel mit Anlass zu Bedenken gebenden Stimmzetteln) und die Stimmzettel anschließend vom Wahlvorsteher und seinem Stellvertreter geprüft. Danach werden die Stimmen gezählt (gültige Erst-, Zweitstimmen, ungültige Erst-, Zweitstimmen). Falls sich zahlenmäßige Abweichungen bei den Zählungen ergeben, wird erneut gezählt, bis sich eine Übereinstimmung zwischen den Zählungen ergibt.

Das Wahlergebnis im Wahlbezirk wird vom Wahlvorstand festgestellt und vom Wahlvorsteher mündlich bekannt gegeben.

2. Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses

a) Wähler

Nach Öffnen der Wahlurne werden die Wahlumschläge entnommen. Nachdem sich der Wahlvorsteher davon überzeugt hat, dass die Wahlurne leer ist, werden die Wahlumschläge ungeöffnet gezählt. Danach werden die Wahlscheine gezählt.

b) Stimmen

Die Wahlumschläge werden geöffnet, die Stimmzettel entnommen und Stapel gebildet (u. a. ein Stapel mit leeren Wahlumschlägen und ungekennzeichneten Stimmzetteln, ein Stapel mit Wahlumschlägen, die mehrere Stimmzettel enthalten). Nachdem die Stimmzettel vom Wahlvorsteher und seinem Stellvertreter geprüft wurden, werden die Stimmen gezählt (gültige Erst-, Zweitstimmen, ungültige Erst-, Zweitstimmen). Falls sich zahlenmäßige Abweichungen bei den Zählungen ergeben, wird erneut gezählt, bis sich Übereinstimmung zwischen den Zählungen ergibt.

Das Briefwahlergebnis wird vom Wahlvorstand festgestellt und vom Wahlvorsteher mündlich bekannt gegeben.

3. Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses im Wahlkreis

Der Kreiswahlleiter prüft die Wahlurnenbeschriften der Wahlvorstände auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit. Er stellt nach dem Muster der Anlage 30 BWO aufgrund der Wahlurnenbeschriften das endgültige Ergebnis der Wahl im Wahlkreis und der Wahl nach Landeslisten wahlbezirksweise unter Hinzufügen des Briefwahlergebnisses zusammen und bildet für die Gemeinden und Kreise Zwischensummen, soweit möglich unter Einbeziehung der Briefwähler. Ergeben sich aus der Wahlurnenbeschriftung oder aus sonstigen Gründen Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit des Wahlgeschäfts, so klärt sie der Kreiswahlleiter so weit als möglich auf.

Nach Berichterstattung durch den Kreiswahlleiter ermittelt der Kreiswahlausschuss das Wahlergebnis des Wahlkreises und stellt fest

- die Zahl der Wahlberechtigten,
- die Zahl der Wähler,
- die Zahlen der gültigen und ungültigen Erststimmen,
- die Zahlen der gültigen und ungültigen Zweitstimmen,
- die Zahlen der für die einzelnen Bewerber abgegebenen gültigen Erststimmen,
- die Zahlen der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen gültigen Zweitstimmen.

Der Kreiswahlausschuss ist berechtigt, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen des Wahlvorstandes vorzunehmen und über die Gültigkeit abgegebener Stimmen abweichend zu beschließen. Ungeklärte Bedenken vermerkt er in der Niederschrift. Der Kreiswahlausschuss stellt ferner fest, welcher Bewerber im Wahlkreis gewählt ist.

4. Ermittlung und Feststellung des Zweitstimmenergebnisses im Land

Der Landeswahlleiter prüft die Wahlniederschriften der Kreiswahlausschüsse und stellt danach die endgültigen Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen des Landes nach dem Muster der Anlage 30 BWO zum Wahlergebnis des Landes zusammen.

Nach Berichterstattung durch den Landeswahlleiter ermittelt der Landeswahlausschuss das Zweitstimmenergebnis im Land und stellt fest

- die Zahl der Wahlberechtigten,
- die Zahl der Wähler,
- die Zahlen der gültigen und ungültigen Zweitstimmen,
- die Zahlen der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen gültigen Zweitstimmen und
- die Zahlen der für die Sitzverteilung zu berücksichtigenden Zweitstimmen der einzelnen Landeslisten (bereinigte Zahlen).

Der Landeswahlausschuss ist berechtigt, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Wahlvorstände und Kreiswahlausschüsse vorzunehmen.

5. Feststellung des Ergebnisses der Landeslistenwahl

Der Bundeswahlleiter prüft die Wahlniederschriften der Landeswahlausschüsse. Er stellt nach den Niederschriften der Landes- und Kreiswahlausschüsse

- die Zahlen der Zweitstimmen der Landeslisten jeder Partei zusammen und ermittelt
- die Gesamtzahl der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen,
- den Vom-Hundert-Satz des Stimmenanteils der einzelnen Parteien im Wahlgebiet an der Gesamtzahl der gültigen Zweitstimmen,
- die Zahl der von den einzelnen Parteien im Wahlgebiet errungenen Wahlkreissitze,
- die bereinigten Zweitstimmenzahlen der Landeslisten und Listenverbindungen jeder Partei,
- die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber, die nach § 6 Abs. 1 Satz 3 des BWG von der Gesamtzahl der Abgeordneten abzuziehen sind.

Er berechnet die Stimmenzahlen der einzelnen Landeslisten und Listenverbindungen der Parteien und verteilt die Sitze auf die Landeslisten und Listenverbindungen. Entsprechend errechnet er, wie sich die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze auf die einzelnen Landeslisten verteilen.

Nach der Berichterstattung durch den Bundeswahlleiter ermittelt der Bundeswahlausschuss das Gesamtergebnis der Listenwahl und stellt für das Wahlgebiet fest

- die Zahl der Wahlberechtigten,
- die Zahl der Wähler,
- die Zahlen der gültigen und ungültigen Zweitstimmen,
- die Zahlen der auf die Parteien entfallenden gültigen Zweitstimmen,
- die Parteien, die nach § 6 Abs. 6 BWG
 - an der Verteilung der Listensitze teilnehmen,
 - bei der Verteilung der Listensitze unberücksichtigt bleiben,
- die bereinigten Zahlen der auf die einzelnen Listenverbindungen entfallenden Zweitstimmen,
- die Zahl der Sitze, die auf die einzelnen Listenverbindungen und Landeslisten entfallen,
- welche Landeslistenbewerber gewählt sind.

Der Bundeswahlausschuss ist berechtigt, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Landeswahlausschüsse vorzunehmen.

Ersatzwahl

Scheidet ein Wahlkreisabgeordneter aus dem Bundestag aus, der einer Wählergruppe oder einer Partei angehört, für die keine Landesliste im betreffenden Land zugelassen war, so findet in diesem Wahlkreis spätestens 60 Tage nach seinem Ausscheiden eine Ersatzwahl statt. Diese unterbleibt, wenn feststeht, dass innerhalb von sechs Monaten ein neuer Deutscher Bundestag gewählt wird. Den Wahltag bestimmt der Landeswahlleiter.

Erststimme

Die Erststimme ist auf der linken Stimmzettelhälfte abzugeben. Mit ihr wird der Wahlkreisabgeordnete gewählt. Gewählt ist derjenige Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Es genügt also die relative Stimmenmehrheit. Eine weitere Bedeutung hat die Erststimme nicht; außer beim Anfallen von Überhangmandaten hat sie keine Auswirkung auf die Gesamtzahl der Sitze, die ein Wahlvorschlag erhält. Hierfür sind grundsätzlich die Zweitstimmen maßgebend.

Ein Wahlkreisbewerber (= Direktbewerber) kann - muss aber nicht - auch auf der Landesliste seiner Partei stehen. Wird ein Wahlkreisbewerber direkt gewählt, dann bleibt er auf der Landesliste unberücksichtigt. Für eine Partei, die in einem Wahlkreis nur um Zweitstimmen wirbt, die dort also eine Landesliste, aber keinen Wahlkreisbewerber zur Wahl stellt, bleibt das entsprechende Feld auf der linken Stimmzettelhälfte leer.

Einzelbewerber ohne Parteibezug bzw. Direktbewerber von Parteien, die keine Landesliste einreichen, sind auf der linken Stimmzettelhälfte in alphabetischer Reihenfolge der Parteinamen oder der Kennwörter aufgeführt, jedoch erst im Anschluss an die letzte auf der rechten Stimmzettelhälfte abgedruckte Landesliste.

Erststimmenergebnis 2002

Das Erststimmenergebnis zeigt das Abschneiden der Wahlkreisbewerber (Direktbewerber) auf. Gewählt ist, wer die relative Mehrheit in einem

Wahlkreis erringt. Auf die Gesamtsitzzahl haben die Erststimmen keinen Einfluss. 2002 wurden in der Bundesrepublik Deutschland in 299 Wahlkreisen 299 Direkt-Abgeordnete mit Hilfe der Erststimmen gewählt.

Nach dem Erststimmenergebnis bei der Bundestagswahl 2002 nahm die CSU mit einer absoluten Mehrheit von 58,9 % die erste, die SPD mit 29,1 % die zweite und die GRÜNEN mit 5,9 % die dritte Stelle ein. Es folgten die FDP mit 4,1 %, die PDS und die ödp mit je 0,6 % und die REP mit 0,4 %. Alle anderen Wahlvorschläge lagen unter 0,4 %.

Den größten Erststimmengewinn mit 708 706 Stimmen oder 7,1 Prozentpunkten hatte die CSU zu verzeichnen. Die SPD-Erststimmen nahmen um 348 194 Stimmen bzw. 6,5 Prozentpunkte gegenüber 1998 ab.

Die Erststimmen der FDP und der GRÜNEN wiesen gegenüber 1998 eine Zunahme um 116 796 bzw. 113 168 Stimmen oder 1,5 bzw. 1,3 Prozentpunkte auf. Dagegen mussten die REP einen Rückgang von 2,6 Prozentpunkten (182 125 Erststimmen) hinnehmen.

Erststimmenergebnisse 2002 und 1998

Wahlvorschlag	Erststimmen					
	2002		1998		Veränderung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-P.
CSU	4 311 178	58,9	3 602 472	51,8	708 706	7,1
SPD	2 128 729	29,1	2 476 923	35,6	-348 194	-6,5
GRÜNE	431 884	5,9	318 716	4,6	113 168	1,3
FDP	298 096	4,1	181 300	2,6	116 796	1,5
PDS	44 438	0,6	22 599	0,3	21 839	0,3
ödp	41 438	0,6	81 645	1,2	-40 207	-0,6
REP	27 065	0,4	209 190	3,0	-182 125	-2,6
Sonstige	31 833	0,4	61 467	0,9	-29 634	-0,4
Insgesamt	7 314 661	100	6 954 312	100	360 349	x

Nur die CSU, die SPD, die GRÜNEN und die FDP stellten in allen 44 Wahlkreisen Kandidaten zur Direktwahl. Die PDS war in 32 Wahlkreisen und die ödp in 21 Wahlkreisen mit Direktkandidaten vertreten.

Sieben Parteien stellten zwischen einem und zehn Direktbewerber und vier Parteien keinen einzigen Kreiswahlvorschlag. Darüber hinaus traten in Bayern sieben Wählergruppen bzw. Einzelbewerber an, welche lediglich Erststimmen gewinnen konnten.

Nach dem Erststimmenergebnis fielen von den 44 Wahlkreisen 43 Wahlkreise an die CSU und ein Wahlkreis an die SPD. Dieser Wahlkreis, der eine SPD-Mehrheit erhielt, war der Wahlkreis 219 München-Nord. Mit diesem Ergebnis verlor die SPD sechs Wahlkreise an die CSU. Keine der anderen Parteien konnte 2002 ein Direktmandat erlangen.

Die SPD erreichte mit diesem Ergebnis einen Rückschlag. Konnte sie im Wahljahr 1998 noch sieben Wahlkreise für sich gewinnen, so war es 2002 nur noch ein Wahlkreis.

Bei der ersten Bundestagswahl im Jahre 1949 konnte die SPD 12 Wahlkreise, in den Wahljahren 1965, 1969 und 1972 jeweils 8, 10 und 13 Wahlkreise für sich gewinnen. Ihr Erststimmenergebnis in den anderen Wahljahren fiel derart zurück, dass sie in den Wahljahren 1983 und 1994 nur jeweils einen Wahlkreis für sich gewonnen hatte; 1987 war an die SPD kein Wahlkreis gefallen.

Unter den gewählten Wahlkreisbewerbern erreichten die höchsten Erststimmenanteile die Bewerber

Ernst Hinsken	(Wahlkreis 232) mit 74,6 %
Max Straubinger	(Wahlkreis 231) mit 73,0 %
Dr. Peter Ramsauer	(Wahlkreis 226) mit 69,0 %.

Mit den geringsten Erststimmenanteilen erhielten ein Wahlkreismandat die Bewerber

Dr. Axel Berg	(Wahlkreis 219) mit 43,5 %
Dr. Hans-Peter Uhl	(Wahlkreis 222) mit 44,3 %
Dr. Peter Gauweiler	(Wahlkreis 221) mit 44,4 %.

Der höchste absolute Abstand zwischen der Erststimmenzahl des gewählten Wahlkreisbewerbers und dessen stärkstem Mitbewerber ergab sich im Wahlkreis 225 Starnberg mit 86 389 Stimmen bzw. einem Vorsprung von 41,3 Prozentpunkten.

Der höchste relative Vorsprung des gewählten Wahlkreisabgeordneten war im Wahlkreis 232 Straubing mit 55,7 Prozentpunkten zu verzeichnen. Am knappsten war der absolute Vorsprung des gewählten Direktkandidaten im Wahlkreis 219 München-Nord, wo der Abstand zum zweitstärksten Bewerber nur 348 Stimmen betrug und mit 0,2 Prozentpunkten der geringste relative Erststimmenabstand war.

Bayernweit lag der Anteil der für die Wahlkreisbewerber der CSU abgegebenen Erststimmen lediglich um 0,3 %-Punkte über dem Anteil der für diese Partei abgegebenen Zweitstimmen. Bei der SPD betrug dieser Abstand 3,0 %-Punkte. In 20 Wahlkreisen lag der Erststimmenanteil des CSU-Wahlkreisbewerbers unter dem Zweitstimmenanteil seiner Partei. In acht der 44 Wahlkreise war dies beim jeweiligen SPD-Wahlkreisbewerber der Fall.

Aus nachfolgender Übersicht können die Stimmen ohne Einfluss auf die Sitzverteilung entnommen werden. So hatten 2 934 848 gültige Erststimmen für erfolglose Bewerber neben 101 572 ungültigen Erststimmen keinen Einfluss auf die Sitzverteilung.

Stimmen ohne Einfluss auf die Sitzverteilung bei der Bundestagswahl 2002

Regierungsbezirk	Nichtwähler x 2 (Stimmen)	Ungültige Stimmen (Erst- und Zweitstimmen)	Erststimmen für erfolglose Bewerber	Zweitstimmen für erfolglose Parteien	Einflusslose Stimmen insgesamt	Wahl- berechtigte x 2 (Stimmen)	Sp. 5 : Sp. 6 in %
	1	2	3	4	5	6	7
Oberbayern	1042482	43 895	951 225	74 031	2 111 633	5 930 678	35,6
Niederbayern	378718	16 309	217 079	20 450	632 556	1 803 970	35,1
Oberpfalz	306474	16 401	255 233	17 639	595 747	1 658 198	35,9
Oberfranken	323686	14 954	295 831	21 854	656 325	1 725 904	38,0
Mittelfranken	468664	20 041	477 772	32 945	999 422	2 476 334	40,4
Unterfranken	353558	20 280	353 502	29 495	756 835	2 022 492	37,4
Schwaben	496938	23 311	384 206	33 411	937 866	2 585 410	36,3
Bayern	3 370 520	155 191	2 934 848	229 825	6 690 384	18 202 986	36,8

Falschwähler

siehe Ungültige Stimmen/Wahlberechtigte

Fraktionen

Die Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens 5 % der Mitglieder des Bundestags, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die aufgrund gleichgerichteter politischer Ziele nicht miteinander im Wettbewerb stehen. Schließen sich Mitglieder des Bundestags abweichend hiervon zusammen, bedarf die Anerkennung als Fraktion der Zustimmung des Bundestags. Der 15. Deutsche Bundestag hat 603 Mitglieder und vier Fraktionen. Er setzte sich im September 2002 aus

251 Abgeordneten der SPD
248 Abgeordneten der CDU/CSU
55 Abgeordneten der GRÜNEN und
47 Abgeordneten der FDP

und zwei direkt gewählten Abgeordneten der PDS zusammen.

Die Fraktionen werden von einem Fraktionsvorsitzenden geleitet. Der Einfluss der Fraktionsvorsitzenden und der Mitglieder der Fraktionsvorstände ist beträchtlich. Zusammen mit den Vorsitzenden der Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften gehören die Fraktionsvorsitzenden zu den wichtigsten Parlamentariern.

Fraktionswechsel

Der Abgeordnete, der seine Partei (Fraktion) verlässt, muss nicht gleichzeitig aus dem Parlament ausscheiden und seinen Sitz räumen; er bleibt als Volksvertreter Mitglied des Bundestags. Er kann dabei entweder fraktionslos werden oder einer anderen Fraktion beitreten.

Laut Art. 38 Abs. 1 Grundgesetz ist der Abgeordnete als Vertreter des ganzen Volkes nur seinem Gewissen unterworfen und nicht an Aufträge und Weisungen gebunden. Ein Listennachfolger jedoch, der aus der Partei ausgetreten ist, auf deren Wahlvorschlag er sich um ein Mandat beworben hat, kann nicht für einen ausgeschiedenen Abgeordneten in den Bundestag eintreten.

Frauen

Unter den 603 Abgeordneten (Stand: 4. Oktober 2002) des 15. Deutschen Bundestags sind 194 Frauen, was einer Quote von 32,2 % entspricht. Diese Quote wird von der CDU/CSU mit 22,2 % bzw. 55 weiblichen Abgeordneten und von der FDP mit 21,3 % bzw. 10 Abgeordneten unterschritten. Von den GRÜNEN wurde diese Quote mit 58,2 % bzw. 32 Abgeordneten und von der SPD mit 37,8 % bzw. 95 Abgeordneten überschritten. Die PDS wies eine Quote von 100 % bzw. 2 Abgeordneten auf.

Unter den 3 544 Bewerbern der Bundestagswahl 2002 befanden sich 1 028 (29,0 %) Frauen. Als Bewerber um die 299 Wahlkreismandate waren bei der Bundestagswahl 2002 1 944 Kandidaten, darunter 466 (24,0 %) Frauen, aufgestellt worden. 1 248 der 1 944 Wahlkreisbewerber bzw. 370 (29,6 %) Frauen kandidierten gleichzeitig auf einer Landesliste.

In den 299 Wahlkreisen wurden 74 (24,7 %) Frauen direkt gewählt. Wie sich die in den Bundestag gewählten weiblichen Abgeordneten auf die Wahlvorschläge verteilen, ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

Wahlvorschlag	Abgeordnete insgesamt	davon gewählt			
		im Wahlkreis		auf Landesliste	
		zusammen	darunter Frauen	zusammen	darunter Frauen
SPD	251 ¹⁾	171	57	80 ¹⁾	38
CDU	190 ¹⁾	82	9	108 ¹⁾	34
CSU	58	43	6	15	6
GRÜNE	55	1	–	54	32
FDP	47	–	–	47	10
PDS	2	2	2	–	–
Alle	603¹⁾	299	74	304¹⁾	120

¹⁾ Einschl. 5 Überhangmandate (4 für die SPD und 1 für die CDU).

In Bayern betrug der Anteil der aufgestellten Wahlkreiskandidatinnen 21,7 % (79 von 364). Direkt gewählt wurden 5, außerdem 22 über die Landesliste.

In den Bayerischen Landtag 2003 wurden 45 Frauen gewählt, davon waren 14 von der CSU, 22 von der SPD und 9 von den GRÜNEN. Dies entspricht einer Gesamtquote von 22,1 %.

Freie Demokratische Partei (FDP)

1. Geschichte

Im Dezember 1948 wurde aus den verschiedenen liberalen Landesgruppen die FDP als Bundespartei gegründet. 1949 bis 1957 und 1961 bis 1966 bestand eine Koalition mit der CDU/CSU, 1969 bis 1982 mit der SPD, 1982 bis 1998 wieder mit der CDU/CSU.

Bundespräsidenten aus der FDP:

Prof. Dr. Theodor Heuss	13.09.1949 bis 12.09.1959
Walter Scheel	01.07.1974 bis 30.06.1979

Bundesvorsitzende:

Prof. Dr. Theodor Heuss	1948 bis 1949
Franz Blücher	1949 bis 1954
Dr. Thomas Dehler	1954 bis 1957
Reinhold Maier	1957 bis 1960
Dr. Erich Mende	1960 bis 1968
Walter Scheel	1968 bis 1974
Hans-Dietrich Genscher	1974 bis 1985
Martin Bangemann	1985 bis 1988
Dr. Otto Graf Lambsdorff	1988 bis 1993
Dr. Klaus Kinkel	1993 bis 1995
Dr. Wolfgang Gerhardt	1995 bis 2001
Dr. Guido Westerwelle	seit 2001

Landesvorsitzende in Bayern:

Dr. Thomas Dehler	1946 bis 1956
Dr. Albrecht Haas	1956 bis 1964
Dr. Klaus Dehler	1964 bis 1967
Dietrich Bahner	1967 bis 1969
Josef Ertl	1969 bis 1983
Manfred Brunner	1983 bis 1989
Josef Grünbeck	1989 bis 1991
Dr. Max J. Stadler	1991 bis 1998
Hermann Karl Stützer	1998 bis 2000
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger	seit 2000

2. Programm

Die erste der Freiburger Thesen beginnt mit folgenden Sätzen: „*Liberalismus nimmt Partei für Menschenwürde durch Selbstbestimmung. Er tritt ein für den Vorrang der Person vor der Institution. Er setzt sich ein für größtmögliche Freiheit des einzelnen Menschen und Wahrung der*

menschlichen Würde in jeder gegebenen oder sich verändernden politischen und sozialen Situation“. Die Freiburger Thesen wurden 1971 beschlossen, ergänzt durch die „*Kieler Thesen*“ vom November 1977, das „*Liberale Manifest*“ von 1985 und die „*Wiesbadener Grundsätze*“ von 1997.

3. Organisation

Die Partei gliedert sich in Landesverbände. Die Landesverbände können nach ihren örtlichen Bedürfnissen Untergliederungen schaffen.

Bundvorsitzender:

Dr. Guido Westerwelle, MdB

Stellvertretende Bundvorsitzende:

Rainer Brüderle, MdB

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Cornelia Pieper, MdB

Vorsitzender der Bundestagsfraktion:

Dr. Wolfgang Gerhardt, MdB

Generalsekretär:

Dirk Niebel, MdB

Landesvorsitzende in Bayern:

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Bundesgeschäftsstelle:

Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

Landesgeschäftsstelle:

Agnesstraße 47/IV, 80798 München

4. Wahlergebnisse

Die FDP war bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 1990 die viertstärkste Partei. Diesen Platz musste sie 1994 an die GRÜNEN abgeben und ist seit der Bundestagswahl 1994 die fünftstärkste Partei. Sie erhielt in den einzelnen Wahljahren folgende Zweitstimmenanteile:

Wahljahr	Bayern	Bundesgebiet	Übrige Länder
	%		
1949	8,5	11,9	12,8
1953	6,2	9,5	10,3
1957	4,6	7,7	8,4
1961	8,7	12,8	13,6
1965	7,3	9,5	9,9
1969	4,1	5,8	6,1
1972	6,1	8,4	8,8
1976	6,2	7,9	8,3
1980	7,8	10,6	11,2
1983	6,2	7,0	7,1
1987	8,1	9,1	9,3
1990	8,7	11,0	11,4
1994	6,4	6,9	7,0
1998	5,1	6,2	6,4
2002	4,5	7,4	7,9

5. Sitze im Bundestag

Der FDP als der viertstärksten Fraktion im Deutschen Bundestag gehören seit der Bundestagswahl 2002 47 Abgeordnete an. Das sind vier Abgeordnete mehr als 1998.

Die Entwicklung der Zahl der FDP-Abgeordnetensitze im Deutschen Bundestag verlief seit 1949 wie folgt:

Wahljahr	FDP-Sitze im Bundestag	
	insgesamt	davon stellte Bayern
1949	52	7
1953	48	6
1957	41	4
1961	67	8
1965	49	7
1969	30	4
1972	41	5
1976	39	6
1980	53	7
1983	34	6
1987	46	7
1990	79	9
1994	47	6
1998	43	5
2002	47	4

6. Wahlkreissitze (Direktsitze)

Bei Bundestagswahlen hat die FDP in den ersten drei Wahljahren Direktmandate erhalten (1949: 12; 1953: 14; 1957: 1). Lediglich 1953 wurden in Bayern zwei Direktmandate gewonnen, und zwar in den damaligen Wahlkreisen 221 Coburg und 223 Hof. Im Wahljahr 1990 konnte sie erstmals ein Direktmandat im Wahlkreis 291 Halle-Altstadt gewinnen.

7. Beteiligung an Bundes- und Landesregierungen

An den Bundesregierungen war die FDP von 1949 bis 1957 mit der CDU/CSU und anderen politischen Gruppen beteiligt. Von 1961 bis 1966 und von 1982 bis 1998 bildete die FDP mit der CDU/CSU und von 1969 bis 1982 mit der SPD die Regierung (kleine Koalition). Elf Jahre lang, nämlich von 1957 bis 1961 (CDU/CSU-Regierung), von 1966 bis 1969 (Große Koalition, also CDU/CSU und SPD) und von 1998 bis 2002 (SPD-Regierung) stand die FDP in Opposition zur Regierung.

Wie aus nachstehender Übersicht ersichtlich, ist die FDP in Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein an der Landesregierung beteiligt.

Wahltag	Gebiet	Stimmenanteil in %	Sitze
Landtagswahl			
25.03.2001	Baden-Württemberg	8,1	10
21.09.2003	Bayern	2,6	–
21.10.2001	Berlin	9,9	15
19.09.2004	Brandenburg	3,3	–
25.05.2003	Bremen	4,2	1
29.02.2004	Hamburg	2,8	–
02.02.2003	Hessen	7,9	9
22.09.2002	Mecklenburg-Vorpommern	4,7	–
02.02.2003	Niedersachsen	8,1	15
22.05.2005	Nordrhein-Westfalen	6,2	12
25.03.2001	Rheinland-Pfalz	7,8	8
05.09.2004	Saarland	5,2	3
19.09.2004	Sachsen	5,9	7
21.04.2002	Sachsen-Anhalt	13,3	17
20.02.2005	Schleswig-Holstein	6,6	4
13.06.2004	Thüringen	3,6	–
Europawahl			
13.06.2004	Bundesgebiet	6,1	7
Bundestagswahl			
22.09.2002	Bundesgebiet	7,4	47

In Bayern war die FDP acht Jahre lang an der Landesregierung beteiligt, nämlich während der sogenannten Viererkoalition (14. Dezember 1954 bis 16. Oktober 1957) im Kabinett **Dr. Wilhelm Hoegner II.**, im Kabinett **Dr. Seidel I** (16. Oktober 1957 bis 9. Dezember 1958), **Dr. Seidel II** (9. Dezember 1958 bis 26. Januar 1960) und **Dr. Ehard IV** (26. Januar 1960 bis 11. Dezember 1962). Seit 1982 wurde die FDP nur einmal, nämlich 1990, in den Bayerischen Landtag gewählt.

Freie Wahl

siehe Wahlgrundsätze

Fristen und Termine

siehe Terminplan zur Bundestagswahl 2005

Fünfprozent-Sperrklausel

siehe Sperrklausel

Geheime Wahl

siehe Wahlgrundsätze

Geschichte der Wahlen

1808 Erste Stadtparlamente in Preußen

Die vernichtende Niederlage gegen Napoleon und eine enorme Staatsverschuldung bereiteten in Preußen den Boden für Reformen. Die Städteordnung von 1808 gewährte den Kommunen Selbstverwaltungsrechte. Das Bürgerrecht erhielt nun unabhängig von seinem Stand auf Antrag, wer über Grundbesitz, ein bestimmtes Einkommen oder einen Gewerbebetrieb verfügte. Voraussetzung für das aktive Wahlrecht für alle Männer war ein Mindesteinkommen (150-200 Taler), der so genannte Zensus. Das passive Wahlrecht war an Grundbesitz gebunden.

1814/15 Restauration durch den Wiener Kongress

Nach dem Sieg über Napoleon restaurierte der Wiener Kongress die absolute Macht der Herrscherhäuser in Europa. Für Deutschland wurde kein Nationalstaat sondern der Deutsche Bund, ein loser Staatenbund der „*souveränen*“ Fürsten und freien Städte, geschaffen. Die am 8. Juni 1815 paraphierte Bundesakte forderte zwar in Artikel 13: „*In allen Bundesstaaten wird eine Landesständische Verfassung stattfinden*“. Aber nur schleppend erhielten die kleinen Staaten Verfassungen. In Preußen und Österreich wurde diese Forderung der Bundesakte nicht verwirklicht. Letztlich lag es im Ermessen der Landesherren, welche politischen Mitwirkungsmöglichkeiten die Bürger erhielten.

1816-1866 Der Bundestag ein Gesandtenkongress der Fürsten

Die Bundesversammlung des Deutschen Bundes, später Bundestag genannt, war ein reiner Kongress von Gesandten der Fürsten und freien

Städte. Politischen Einfluss besaß er faktisch nicht. Jedoch wurde er von den Fürsten dazu benutzt, im gesamten Deutschen Bund gültige Maßnahmen zur Unterdrückung liberaler Bestrebungen zu beschließen. Beispielsweise schränkten die Karlsbader Beschlüsse (1819) den Austausch politischer Meinungen weitgehend ein.

1818 ff. Erste Verfassungen in deutschen Staaten

Nur einzelne Staaten hatten sich bereits vor dem Wiener Kongress Verfassungen gegeben. Ab 1818 erhielten insbesondere süddeutsche Staaten Verfassungen. Die Fürsten folgten damit der Aufforderung des Artikels 13 der Bundesakte des Deutschen Bundes, die Verfassungen geordnet hatte. Damit verbunden war die Einführung von Zweikammerparlamenten, denen unterschiedliche Rechte zugebilligt wurden. Diese tasteten jedoch die Souveränität der Fürsten nicht an. Der Adel dominierte in der Regel die erste Kammer. Die Zusammensetzung der zweiten Kammer wurde in öffentlichen und meist indirekten Wahlen bestimmt. Das Wahlrecht war auf Männer beschränkt und an einen unterschiedlich hohen Zensus geknüpft. Nur Bürger mit entsprechendem Grundbesitz, Einkommen oder Amt durften wählen. Beispielsweise besaßen in Bayern damals nur ca. 6 % der Männer das aktive und nur 1,2 % der Männer das passive Wahlrecht.

1848 Das nationale Vorparlament in der Paulskirche

Die Abdankung des französischen Königs im Februar 1848 und die Gründung der französischen Republik wirkten in Deutschland heftig nach. Immer stärker wurde der Ruf nach einer Nationalversammlung. Schließlich bereitete ein Ausschuss des Bundestags des Deutschen Bundes die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern vor. Dieses so genannte Vorparlament tagte vom 31. März bis zum 3. April 1848. Es bestand aus 574 Mitgliedern, die zum größten Teil Abgeordnete in Landtagen oder von Stadtverordneten gewählt, zu einem Teil jedoch nur aufgrund ihrer Prominenz berufen worden waren. Seine wesentliche Leistung bestand darin, die Wahl zu einer Nationalversammlung vorzubereiten. Im Mai 1848 fanden die Wahlen zur „*Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung*“ statt. Für je 50 000 Männer wurde ein Abgeordneter gewählt. Das Wahlrecht war an die „*Selbstständigkeit*“ geknüpft. Dieses Kriterium wurde in den deutschen Staaten sehr unterschiedlich interpretiert. Nach Schätzungen besaßen etwa 85 % der Männer das aktive und passive Wahlrecht. Frauen hatten kein Wahlrecht, Arbeiter nicht in allen Staaten. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 40 % und 75 %.

Aber nicht alle Wahlkreise entsandten tatsächlich Abgeordnete. Deshalb hatte die Nationalversammlung nur etwa 585 Mitglieder. An der Eröffnungssitzung nahmen sogar nur 330 Abgeordnete teil.

1848-49 Die Nationalversammlung in Frankfurt

Die „*Deutsche Verfassungsgebende Nationalversammlung*“ von 1848 ist das erste demokratisch gewählte Parlament für Deutschland. Seine wichtigsten Ziele sind die Erarbeitung einer freiheitlichen Verfassung, die Grundrechte verbrieft, und die Einsetzung einer nationalen Regierungsgewalt. Im Dezember 1848 wird ein Grundrechtekatalog für alle Deutschen beschlossen. Er enthält unter anderem die Gleichheit vor dem Gesetz, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Presse- und Versammlungsfreiheit und das Recht auf Freiheit der Person.

Erst im März 1849 wird eine Deutsche Reichsverfassung verabschiedet. Sie sah einen Reichstag bestehend aus Volkshaus und Staatenhaus vor. Die Mitglieder des Volkshauses sollten nach dem Prinzip der Mehrheitswahl in gleicher, geheimer und direkter Abstimmung gewählt werden. Wahlberechtigt waren danach alle männlichen Deutschen mit einem Alter von mindestens 25 Jahren, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte waren. Schon wenig später scheitert die Paulskirchenversammlung jedoch. Der zum Erbkaizer gewählte preußische König Friedrich Wilhelm IV. schlägt die Krone aus. Außerdem hebt er die Mandate der preußischen Abgeordneten auf. Schließlich wird das nach Stuttgart geflüchtete Rumpfparlament von württembergischem Militär gewaltsam aufgelöst.

1849-1918 Dreiklassenwahlrecht in Preußen

Am Widerstand von König und Konservativen scheiterte auch der Verfassungsentwurf der preußischen Nationalversammlung. Der preußische König löste die Versammlung schließlich auf. Per Verordnung vom 30. Mai 1849 wurde dann in Preußen das Dreiklassenwahlrecht für das Abgeordnetenhaus eingesetzt, das bis 1918 in Preußen in Kraft blieb. Das aktive Wahlrecht stand allen Männern nach Vollendung des 24. Lebensjahres zu. Fürsorgeempfänger waren davon ausgenommen. Die Abgeordneten wurden indirekt, also über Wahlmänner, gewählt. Dazu wurden die Wähler je nach ihren Steuerzahlungen in drei Klassen eingeteilt. Der ersten Klasse gehörten Bürger mit besonders hohem Steueraufkommen, in der Regel Großgrundbesitzer und Adelige, der zweiten Klasse Bürger mit mittlerem Steueraufkommen, meist Kaufleute, und alle übrigen der dritten Klasse an. Tatsächlich umfasste die dritte Klasse ca. 83 % der Wähler.

Jede Klasse bestimmte ein Drittel der Wahlmänner in öffentlicher und mündlicher Wahl. Die Wahlmänner wiederum wählten die Abgeordneten gemeinsam und wiederum öffentlich. Dank dieses Systems hatte die Stimme eines Wählers der ersten Klasse ungefähr das 17,5fache Gewicht der Stimme eines Wählers der dritten Klasse. Außerdem konnte das Wahlverhalten wirksam beeinflusst werden, weil die Wahl nicht geheim war.

1867-1871 Reichstagswahlen im Norddeutschen Bund

Im von Preußen dominierten Norddeutschen Bund wurde der Reichstag nach dem Reichswahlgesetz gewählt, das von der Nationalversammlung 1849 in der Paulskirche verabschiedet worden war. Wahlberechtigt waren Männer über 25 Jahre. Die Wahlen waren allgemein, gleich, geheim und direkt.

1871-1918 Kaiserreich und Reichstag

Nach dem Sieg über die französische Armee wird das Deutsche Reich ausgerufen und der preußische König zum deutschen Kaiser proklamiert. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes wird ohne substantielle Änderungen auf das Reich übertragen. Damit gilt auch hier ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht nach dem Mehrheitswahlsystem. Fast alle deutschen Männer über 25 Jahre besitzen das aktive und das passive Wahlrecht. Frauen bleiben hingegen ausgeschlossen. Die Wahlkreise werden so festgelegt, dass sie ungefähr einen gleich hohen Bevölkerungsanteil, d. h. ca. 100 000 Einwohner repräsentieren. Allerdings bleibt diese Wahlkreiseinteilung bis 1918 unverändert. Wegen der drastischen Landflucht gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt sich ein großes Ungleichgewicht. Vergleichsweise dünn besiedelte ländliche Regionen sind genauso stark im Reichstag vertreten wie die industriellen Ballungszentren.

1918 Republikgründung und Frauenwahlrecht

Die Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg war Ende 1918 unübersehbar. Zudem verweigerten Marinemannschaften und Soldaten in zunehmendem Maße Befehle. Im November 1918 eskalierte die Situation so weit, dass der amtierende Reichskanzler Prinz Max von Baden die Regierungsgeschäfte an den Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, übergab. Gleichzeitig dankte der Kaiser ab. Ebert bildete daraufhin einen Rat der Volksbeauftragten, der paritätisch mit je drei Mitgliedern von SPD und USPD besetzt war. Am selben Tag, am 9. November 1918, riefen Karl Liebknecht die „sozialistische Republik“ und Philipp Scheidemann die „Deutsche Republik“ aus. Zwei Tage später wurde der Waffenstillstand unterzeichnet. Ende November 1918 beschloss der Rat der Volksbeauftragten, eine verfassungsgebende Nationalversammlung wählen zu lassen. Am 20. Dezember bestätigte eine Mehrheit auf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte diesen Beschluss.

Alle Bürger über 20 Jahre erhielten das aktive und passive Wahlrecht, erstmals auch Frauen. Am 19. Januar 1919 fanden allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen zur Nationalversammlung statt.

1919 Verhältniswahlsystem in der Weimarer Republik

Die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung ersetzte das bis dahin gültige Mehrheitswahlrecht. Das jetzt eingeführte Verhältniswahlsystem war dreistufig aufgebaut.

- Für jeweils 60 000 Stimmen, die in einem der 35 Wahlkreise gewonnen wurden, erhielt eine Partei einen Parlamentssitz.
- Die Reststimmen wurden nun im Wahlkreisverband - bestehend aus mehreren Wahlkreisen - gesammelt. Für jeweils 60 000 Reststimmen im Wahlkreisverband erhielt eine Partei einen weiteren Parlamentssitz.
- Die danach verbleibenden Reststimmen wurden auf Reichsebene erneut gesammelt und nach demselben Schlüssel in Sitze umgesetzt.

In der letzten Verteilungsstufe wurden allerdings nur die Parteien berücksichtigt, die im gesamten Reichsgebiet angetreten waren und bereits in den ersten beiden Stufen mindestens ein Mandat erzielt hatten. Die Anzahl der Sitze im Reichstag war also unmittelbar von der Wahlbeteiligung abhängig. Dadurch schwankte die Anzahl der Abgeordneten des Reichstages von Wahlperiode zu Wahlperiode.

1933-1945 Machtergreifung und Entdemokratisierung

Am 30. Januar 1933 ernannte der Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Erstmals wurden Nationalsozialisten an der Reichsregierung beteiligt. Bereits am 1. Februar wurde der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März angesetzt. Als am 27. Februar 1933 der Reichstag nach Brandstiftung ausbrannte, war dies der willkommene Anlass. Noch in derselben Nacht wurden durch die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ die wesentlichen politischen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt. Die Verfolgung der politischen Gegner erhielt so einen scheinbar legalen Deckmantel. Und sofort begann eine Verhaftungswelle insbesondere der Mitglieder der KPD.

Der neu gewählte Reichstag entmachtete sich selber. Das so genannte Ermächtigungsgesetz erlaubte es Reichskanzler Hitler und der Reichsregierung für eine Dauer von vier Jahren Gesetze, auch verfassungsändernde Gesetze, ohne Beteiligung des Reichstages oder Reichsrates zu erlassen. Bei der Abstimmung wurden die Abgeordneten der KPD schon nicht mehr zugelassen. Gegen die Stimmen der SPD stimmte der Reichstag diesem Gesetz am 23. März 1933 zu. Danach hatte der Reichstag politisch keine Bedeutung mehr.

Die SPD wurde kurze Zeit später, im Juni 1933, verboten. Die anderen Parteien lösten sich danach „freiwillig“ auf. Seitdem war nur noch die NSDAP als Partei zugelassen und kandidierte allein bei den folgenden Wahlen.

Bereits im Februar 1933 wurden der preußische Landtag und die kommunalen Vertretungen in Preußen aufgelöst. Die übrigen Länderparlamente wurden durch zwei Gleichschaltungsgesetze und ein Gesetz über den Neuaufbau des Reiches bis Januar 1934 beseitigt.

1945/46 Neubeginn, erste Wahlen nach der Kapitulation

Schon kurz nach der deutschen Kapitulation wurden in der sowjetischen Besatzungszone Parteien und Gewerkschaften wieder zugelassen. In den westlichen Zonen geschah dies ab August 1945. Bereits Anfang 1946 vereinigen sich in der Ostzone SPD und KPD auf starken Druck hin während eines Vereinigungsparteitages zur SED. Erste Gemeindewahlen fanden in der amerikanischen Zone im Januar 1946 statt. Im Oktober werden in der sowjetischen Zone die ersten Landtage gewählt.

1947-1949 Volkskongress und Verfassung der DDR

Ende 1947 wurde durch die SED ein „Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ initiiert, der scheinbar eine Verfassung für ganz Deutschland ausarbeiten soll. Jedoch sind seine Vertreter nicht durch demokratische Wahlen legitimiert. Im März 1948 wählt der zweite Volks-

kongress als ständiges Organ den Deutschen Volksrat. 25 % seiner Mitglieder stammten aus den Westzonen. Die von ihm erarbeitete Verfassung wird am 19. März 1949 einstimmig verabschiedet.

Am 15. und 16. Mai 1949 finden die Wahlen zum dritten Deutschen Volkskongress in der sowjetischen Besatzungszone statt, allerdings nach Einheitslisten. Trotz erheblicher Wahlfälschungen entfallen nur ca. 66 % der Stimmen auf diese Einheitslisten. Die mehr als 2 000 Mitglieder des dritten Deutschen Volkskongresses setzten den 2. Deutschen Volksrat ein, der 330 Mitglieder hatte. Am 7. Oktober 1949 ratifizierte der 2. Deutsche Volksrat die Verfassung der DDR und erklärte sich zur provisorischen Volkskammer. Die Deutsche Demokratische Republik ist gegründet.

1948-1949 Grundgesetz für Westdeutschland

Der Neubeginn in Westdeutschland wurde wesentlich durch die Alliierten bestimmt. Sie überreichten am 1. Juli 1948 den Ministerpräsidenten der Länder in den Westzonen mit den so genannten „Frankfurter Dokumenten“ ihre Vorstellungen.

Diese Dokumente enthielten

1. Grundzüge für eine Verfassung,
2. die Forderung zur Überprüfung der Ländergrenzen,
3. die Grundzüge für ein Besatzungsstatut.

Die Ministerpräsidenten setzten nach mehreren Beratungen einen Ausschuss von Verfassungsexperten ein, den so genannten Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, der vom 10. bis 23. August 1948 einen Vorschlag für ein Grundgesetz erarbeitete.

Gewählt von den Landtagen von 11 westdeutschen Ländern trat am 1. September 1948 der Parlamentarische Rat zu seiner konstituierenden Sitzung in Bonn zusammen. Seine Aufgabe war, ein Grundgesetz zu erarbeiten, welches er schließlich auch am 8. Mai 1949 mit einer Mehrheit von 53 zu 12 Stimmen beschloss.

Nach Genehmigung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneure und der Zustimmung durch die Mehrheit der Landtage, wurde es am 23. Mai 1949 verkündet: Die Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland. Im Grundgesetz wurde das allgemeine, freie, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht verankert. Das aktive Wahlrecht hatten Wahlberechtigte ab dem 21. Lebensjahr, das passive erst ab dem 25. Lebensjahr.

Auf die verfassungsrechtliche Festlegung des Wahlsystems konnte sich der parlamentarische Rat jedoch nicht verständigen. Während CDU, CSU und die Deutsche Partei ein Mehrheitswahlsystem befürworteten, sprachen sich SPD und die übrigen Parteien für die Einführung des Verhältniswahlrechts aus. Man einigte sich schließlich auf ein Bundeswahlgesetz, das nur für die erste Bundestagswahl am 14. August 1949 Bestand hatte.

Das bei dieser Wahl verwendete System entsprach im Wesentlichen dem Heutigen. Allerdings hatte jeder Wähler nur eine Stimme. Mit dieser wählte er sowohl einen Kandidaten aus seinem Wahlkreis als auch die Landesliste einer Partei. Wie viele Sitze einer Partei über eine Landesliste zustanden, errechnete sich aus der Anzahl ihrer Stimmen in den Wahlkreisen des betreffenden Landes. Bereits zur ersten Wahl existierte eine 5 %-Hürde, die allerdings bis 1953 nur in Bezug auf das Ergebnis innerhalb eines Bundeslandes galt. Alternativ musste ein Wahlkreismandat direkt errungen werden, damit eine Partei in den Bundestag einziehen konnte.

Eine weitere Besonderheit der ersten Bundestagswahl war: Schied ein direkt gewähltes Mitglied aus dem Bundestag aus, dann mussten Nachwahlen im entsprechenden Wahlkreis stattfinden. Dadurch kam es in der ersten Legislaturperiode zu 14 Nachwahlen. Diese Regelung wurde ab der zweiten Legislaturperiode geändert. Scheidet ein Abgeordneter aus, so rückt jetzt fast immer ein Kandidat der entsprechenden Landesliste nach. Nur wenn ein unabhängiger Abgeordneter ausscheidet, kommt es zu Nachwahlen.

1953 Erst- und Zweitstimme

Zur zweiten Bundestagswahl wurde das Wahlverfahren auf unser heutiges System der personalisierten Verhältniswahl mit Erst- und Zweitstimme umgestellt. Zudem musste eine Partei die in den Bundestag einziehen wollte, fortan die 5 %-Hürde bundesweit überspringen. Jedoch galt weiterhin ein errungenes Direktmandat ebenfalls als ausreichend für den Einzug einer Partei ins Parlament. Der erste Deutsche Bundestag hatte noch 402 gewählte Abgeordnete und 19 vom Berliner Abgeordnetenhaus entsandte Vertreter. Für die zweite Legislaturperiode stieg die Anzahl auf 484 Mandate. Hinzu kamen fortan 22 Vertreter des Berliner Abgeordnetenhauses, die proportional zu den Parteistärken in der Stadt entsandt wurden.

1957 5 %-Hürde bundesweit und Briefwahl

Zur dritten Bundestagswahl wurde das Wahlgesetz erneut geändert. Wollte eine Partei in den Bundestag einziehen, so musste sie nunmehr mindestens 5 % der Stimmen bundesweit oder drei Direktmandate erringen. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit der Briefwahl eingeführt. Wahlberechtigte, die am Wahltag nicht den Wahlraum in ihrem Bezirk aufsuchen konnten, konnten jetzt per Post mitwählen. Die Zahl der zu vergebenen Mandate im Bundestag erhöhte sich auf 494, hinzu kamen Vertreter des Berliner Abgeordnetenhauses.

1972 Aktives Wahlrecht mit 18

Bei der Bundestagswahl 1972 durften erstmals auch die 18 bis 21jährigen mitwählen. Allerdings erhielten sie zunächst nur das aktive Wahlrecht. Ab dem vollendeten 21. Lebensjahr erwarb man das passive Wahlrecht. Erst 1975 (Bundestagswahl 1976) wurde die Volljährigkeit auf 18 Jahre gesenkt, die Voraussetzung für das passive Wahlrecht ist.

1979 Direktwahlen zum Europäischen Parlament

Bis 1979 bestand das Europäische Parlament aus Delegationen der nationalen Parlamente. Im Juni 1979 fanden die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Allerdings gibt es kein einheitliches europäisches Wahlrecht. Vielmehr findet in jedem Staat das nationale Wahlrecht Anwendung. In Deutschland werden die Abgeordneten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt.

1987 Wahlrecht für Deutsche im Ausland

Die im Gebiet des Europarates lebenden Deutschen und die innerhalb der letzten zehn Jahre ins übrige Ausland verzogenen Deutschen erhalten zu dieser Bundestagswahl erstmals das aktive Wahlrecht, sofern sie vor ihrem Wegzug mindestens drei Monate in Deutschland ihren Wohnsitz hatten.

Bei der Auszählung der Mandate für den Bundestag kommt ab 1987 das Verfahren Hare-Niemeyer zur Anwendung. Es ersetzt das d'Hondt-Verfahren. Das Berechnungsverfahren nach Hare-Niemeyer erlaubt eine mathematisch genauere Übertragung des Stimmenverhältnisses auf das Sitzverhältnis. Es führt insbesondere für die kleinen Parteien zu einem gerechteren Ergebnis.

1990 Erste freie Wahlen in der DDR

Die Massendemonstration in Leipzig läutet am 9. Oktober 1989 die letzte Phase der SED-Alleinherrschaft ein. Am 18. März 1990 finden die ersten demokratischen Wahlen der 144 Abgeordneten der Volkskammer der DDR statt.

1990 Erste gesamtdeutsche Wahlen

Der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 folgte zwei Monate später die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Die aus den Vorbehalten der Alliierten her-

rührende Sonderregelung für die Berliner Abgeordneten wird abgeschafft. Die Zahl der Bundestagsmandate von bis dahin 496 Sitzen wird um 22 Sitze für Berliner Abgeordnete und weitere 138 Sitze für das Gebiet der neuen Länder auf 656 erhöht. Die Zahl der Wahlkreise steigt auf 328.

Um bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl auch den ostdeutschen Parteien bessere Chancen zu geben, wurden für diese Wahl Sonderregelungen eingeführt. Zum einen galt eine gespaltene 5 %-Klausel: Für die Parteien reichte es aus, entweder im alten Bundesgebiet oder den neuen Bundesländern mindestens 5 % der Zweitstimmen zu erhalten, um in den Bundestag einzuziehen. Zum anderen bestand für Parteien und andere politische Vereinigungen in den neuen Bundesländern die Möglichkeit, gemeinsame Wahlvorschläge und Listen einzureichen. So sollte ihre Benachteiligung gegenüber den etablierten und bekannten Parteien ausgeglichen werden. Außerdem galten für diese Wahl verkürzte Fristen für die Einreichung der Wahlvorschläge.

1994 Kommunalwahlrecht für EU-Ausländer

Mit der Umsetzung des Maastrichter EU-Vertrages in deutsches Recht wird den in Deutschland wohnenden EU-Ausländern das kommunale Wahlrecht gewährt. Sie können ab diesem Zeitpunkt die Gemeindevertretungen mitbestimmen.

1996 Kommunales Wahlrecht ab 16

Bei Kommunalwahlen in Niedersachsen dürfen erstmals auch die 16- und 17-jährigen mitwählen. Sie erhalten das aktive Wahlrecht. Bestrebungen zur Senkung des Wahlalters bilden sich auch in anderen Ländern.

1998 Parlamentsreform

Auf Vorschlag der im September 1995 vom Bundestag eingesetzten Reformkommission zur Verkleinerung des Parlaments, beschließen die Abgeordneten im Oktober 1996 die Zahl der Wahlkreise auf 299 und die Zahl der Abgeordneten um 58 auf 598 zu reduzieren. Allerdings galt diese Änderung erst für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag, die am 22. September 2002 stattfand. Um das Gewicht der Stimmen in allen Wahlkreisen möglichst gleich zu gestalten, wurden zusätzlich die Vorschriften für den Zuschnitt eines Wahlkreises überarbeitet: So soll fortan eine Neuabgrenzung der Wahlkreise bereits dann stattfinden, wenn in einem Wahlkreis die Bevölkerungszahl um mehr als 15 % vom Durchschnitt der sonstigen Wahlkreisbevölkerung abweicht. Beträgt die Abweichung sogar 25 %, so muss eine Neuabgrenzung zwingend erfolgen.

Gleichheit der Wahl

siehe Wahlgrundsätze

GRÜNE

1. Allgemeines

GRÜNE ist die Kurzbezeichnung der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die 1980 in der Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde. Diese Partei bezeichnet sich selbst als grundlegende Alternative zu den herkömmlichen Parteien und vertritt vorrangig ökologische Belange. Am 3. Dezember 1990 schlossen sich die GRÜNEN mit den GRÜNEN der ehemaligen DDR zu einer Partei zusammen.

Zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 traten die GRÜNEN nur in Westdeutschland an; die Ost-GRÜNEN stellten sich zusammen mit dem Bündnis 90 in Ostdeutschland zur Wahl und zogen mit acht Abgeordneten in den Bundestag ein. Die GRÜNEN haben sich im Mai 1993 mit der Partei BÜNDNIS 90 vereinigt unter dem Namen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und sind seit der Bundestagswahl 1994 drittstärkste Kraft im Bundestag mit 49 Abgeordneten bzw. 47 (1998).

Seit der Bundestagswahl 1998 sind die GRÜNEN in Koalition mit der SPD an der Regierung beteiligt. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein bildete bis 2005 diese Partei mit der SPD die Regierungskoalition.

2. Programm

Die Partei GRÜNE beginnt ihren derzeit gültigen Grundkonsens mit folgender Präambel: „Wir, DIE GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, aus den Oppositionskulturen der beiden deutschen Staaten gewachsen, schließen uns zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen, um als gemeinsame politische Kraft unter den neuen nationalen und globalen Herausforderungen für unsere demokratischen Reformziele zu kämpfen und politische Verantwortung zu übernehmen“.

3. Organisation

Die Bundespartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gliedert sich in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände. Der sechsköpfige Bundesvorstand wird von einem sechzehnköpfigen Parteirat unterstützt.

Bundeschäftsführer:

Claudia Roth, MdB
Reinhard Bütikofer

Bundesgeschäftsführerin:

Steffi Lemke

Vorsitzende der GRÜNEN-Bundestagsfraktion:

Katrin Dagmar Göring-Eckhardt, MdB
Krista Sager, MdB

Landesvorsitzende in Bayern:

Theresa Schopper
Sepp Daxenberger, MdL

Vorsitzende der GRÜNEN-Landtagsfraktion:

Christine Stahl, MdL
Dr. Josef Dürr, MdL

Bundesgeschäftsstelle:

Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin

Landesgeschäftsstelle:

Sendlinger Straße 47, 80331 München

4. Bisherige Wahlergebnisse

Wahltag	Gebiet	Stimmenanteil in %	Sitze
Landtagswahl			
25.03.2001	Baden-Württemberg	7,7	10
21.09.2003	Bayern	7,7	15
21.10.2001	Berlin	9,1	14
19.09.2004	Brandenburg	3,6	–
25.05.2003	Bremen	12,8	12
29.02.2004	Hamburg	12,3	17
02.02.2003	Hessen	10,1	12
22.09.2002	Mecklenburg-Vorpommern	2,6	–
02.02.2003	Niedersachsen	7,6	14
22.05.2005	Nordrhein-Westfalen	6,2	12
25.03.2001	Rheinland-Pfalz	5,2	6
05.09.2004	Saarland	5,6	3
19.09.2004	Sachsen	5,1	6
21.04.2002	Sachsen-Anhalt	2,0	–

Wahltag	Gebiet	Stimmenanteil in %	Sitze
Noch: Landtagswahl			
20.02.2005	Schleswig-Holstein	6,2	4
13.06.2004	Thüringen	4,5	–
Europawahl			
13.06.2004	Bundesgebiet	11,9	13
Bundestagswahl			
22.09.2002	Bundesgebiet	8,6	55

Parteien durch die Gesamtzahl der zu verteilenden Sitze geteilt wird. Anschließend werden die Stimmen der einzelnen Parteien durch die so errechnete „Wahlzahl“ geteilt, um auf diese Weise die Sitze, die auf jede Partei entfallen, zu erhalten. In dieser Erstverteilung werden nur ganze Sitze zugeteilt. Die bei dieser Berechnung regelmäßig verbleibenden Zahlenbruchteile werden dann in der Reihenfolge ihrer Höhe zur Verteilung der noch nicht vergebenen Sitze herangezogen. Wenn auch die Sitzverteilung bei den Bundestags- und Europawahlen sowie bei den Landtagswahlen ab 1994 nicht nach der Methode Hare vorgenommen wird, sondern gemäß dem Proporzverfahren nach Niemeyer, so erbrächte doch die Anwendung des Hare-Verfahrens dasselbe Ergebnis (siehe Proporzverfahren).

Grundgesetz (GG)

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 wurde für eine Übergangszeit als Provisorium geschaffen; es sollte so lange gelten, bis eine „von dem deutschen Volke“ in freier Entscheidung beschlossene Deutsche Verfassung in Kraft tritt. Im Gegensatz zur Bayerischen Verfassung wurde das Grundgesetz nicht durch eine Volksabstimmung beschlossen, sondern von den Vertretern der damaligen 11 Länderparlamente im Parlamentarischen Rat. Nunmehr gilt dieses Grundgesetz seit über 56 Jahren. In der Präambel war von Anfang an das gesamte deutsche Volk aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Die Wiedervereinigung des geteilten Deutschland erfolgte am 3. Oktober 1990.

Auf Einladung Bayerns wurde vom Verfassungsausschuss (Verfassungs- oder Herrenchiemsee-Konvent) der Ministerpräsidenten im alten Schloss der Herreninsel im Chiemsee vom 10. bis 25. August 1948 der Entwurf eines Grundgesetzes erarbeitet, der die Grundlage für die Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung, des Parlamentarischen Rates, bilden sollte. Am 1. September 1948 trat in Bonn der Parlamentarische Rat erstmals zusammen. Er bestand aus 65 Mitgliedern, die in den 11 Länderparlamenten gewählt wurden; Berlin entsandte fünf Vertreter, die nicht stimmberechtigt waren. Die eingehenden Beratungen des Verfassungsentwurfs endeten am 8. Mai 1949 mit der Annahme des Grundgesetzes mit 53 gegen 12 Stimmen.

Der Bayerische Landtag verweigerte mit 101 gegen 64 Stimmen dem Grundgesetz seine Zustimmung, bejahte jedoch die Zugehörigkeit Bayerns zur Bundesrepublik Deutschland. Die Ablehnung des Grundgesetzes im Bayerischen Landtag war wegen der zu wenig föderalistischen Ausrichtung des Grundgesetzes erfolgt. Bayern konnte sich u. a. in der Auffassung, dass der Bundesrat ein dem Bundestag gleichberechtigtes Gesetzgebungsorgan sein sollte, nicht durchsetzen; die Zuständigkeiten des Bundesrates in entscheidenden Länderfragen waren nach Ansicht der Mehrheit eingeschränkt. Auch die Aufteilung der Steuereinnahmen ließ für die Zukunft Spannungen zwischen Bund und Ländern erwarten.

Gültigkeit der Wahl

Die Landeswahlleiter und der Bundeswahlleiter prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes, der Bundeswahlordnung und der Bundeswahlgeräteverordnung durchgeführt worden ist. Nach dem Ergebnis der Prüfung entscheiden sie, ob ein Einspruch gegen die Wahl einzulegen ist. Über die Gültigkeit der Wahl zum Deutschen Bundestag entscheidet der Bundestag.

Hare-Verfahren

Das Grundprinzip dieses nach dem Engländer **Thomas Hare** benannten Sitzverteilungsverfahrens geht davon aus, dass zuerst die Gesamtzahl der maßgeblichen Stimmen aller an der Sitzverteilung teilnehmenden

Hilfsperson

Ein Wähler, der des Lesens unkundig ist oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung gehindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen, zu falten oder selbst in die Wahlurne zu werfen, bestimmt eine andere Person, deren Hilfe er sich bei der Stimmabgabe bedienen will, und gibt dies dem Wahlvorstand bekannt. Diese Hilfsperson darf keine Entscheidungshilfe leisten und muss geheim halten, was sie bei der Hilfeleistung erfahren hat. Ein blinder oder sehbehinderter Wähler kann sich zur Kennzeichnung des Stimmzettels auch einer Stimmzettelschablone bedienen.

Hochrechnungen

Hochrechnungen von Stichproben (= Ergebnisse ausgewählter Wahlbezirke) kurz nach Abschluss der Wahl erbringen sehr frühe, wenn auch nur angenäherte und ungesicherte Aussagen über den Wahlausgang. Die Hochrechnungen beruhen auf der nach wissenschaftlicher Methode erfolgten Auswahl einer bestimmten Anzahl von Wahlbezirken, deren Ergebnisse sofort nach der Auszählung der Stimmen im Wahllokal durch eine beauftragte Person weitergegeben werden. Die Wahldaten werden mit anderen Merkmalen, wie mit früheren Wahlergebnissen, soziologischer Gliederung der Bevölkerung u. a. in Verbindung gebracht. Etwa eine Stunde nach Schließung der Wahllokale liegen bereits so viele Meldungen vor, dass erste Aussagen zum Wahlergebnis und zur Sitzverteilung möglich sind. In den folgenden Stunden werden die Hochrechnungen fortgeschrieben und analysiert nach soziologischen Daten und nach der Fluktuation der Wähler. Im Verlauf des Wahlabends treten dann zunehmend die von den amtlichen Wahlorganen (z. B. Bundeswahlleiter, Landeswahlleiter) verkündeten vorläufigen amtlichen Wahlergebnisse an die Stelle dieser Hochrechnungen. Zu diesen Wahlmeldungen werden die entsprechenden Vergleichszahlen aus der vorangegangenen Wahl mit angegeben, so dass sich auch hier weitere Aussagen über den Wahlausgang ergeben.

Immunität

Ein Abgeordneter kann wegen einer strafbaren Handlung für die Zeit seines Mandats grundsätzlich nur mit Genehmigung des Deutschen Bundestags verfolgt werden. Ohne diese Genehmigung besteht für die Strafverfolgung ein Verfahrenshindernis. Sinn der Immunität ist es, die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu sichern, aber auch das Ansehen des Parlaments zu schützen. Es handelt sich folglich um ein Parlamentsrecht und nicht um ein Abgeordnetenrecht.

Imperatives Mandat

Das imperative Mandat gilt als unvereinbar mit dem demokratischen Prinzip. Es bedeutet die Abhängigkeit des Abgeordneten von Parteimitglie-

dem oder bestimmten Interessenverbänden. Der Abgeordnete wäre in diesem Fall nur Vollzugsorgan. Dies widerspricht dem sogenannten freien Mandat, das unsere Verfassung entsprechend den demokratischen Grundsätzen fordert. Der Abgeordnete ist danach nur seinem Gewissen verantwortlich und nicht an Aufträge gebunden.

Indemnität

Der Abgeordnete darf zu keiner Zeit, also auch dann nicht, wenn er sein Mandat nicht mehr ausübt, wegen einer Stimmabgabe oder Äußerung im Deutschen Bundestag, in einer Ausschuss- oder Fraktionssitzung (nicht dagegen in einer Partei- oder Wahlveranstaltung) mit Ausnahme von verleumderischen Beleidigungen zur Verantwortung gezogen werden. Die Indemnität, die der ungestörten, meinungsoffenen Parlamentsarbeit dient, gilt insbesondere für alle gerichtlichen Verfahren einschließlich zivilrechtlicher Klagen.

Inkompatibilität

Die Inkompatibilität, d. h. die Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Ausübung öffentlicher Funktionen in verschiedenen Gewalten, wird aus dem Grund-

satz der Gewaltenteilung hergeleitet. Im Wahlrecht bedeutet sie, dass Angehörige des öffentlichen Dienstes (Beamte, Angestellte, Arbeiter) nicht gleichzeitig ein Abgeordnetenmandat innehaben können bzw., dass dieser Personenkreis seine Tätigkeit in der Verwaltung für die Zeit der Mandatsausübung ruhen lassen muss.

Koalition

Eine Partei, die bei einer Wahl nicht die absolute Mehrheit der Sitze erreicht, ist bei einer Regierungsbildung genötigt, eine Koalition (Bündnis) einzugehen. Ist keine weitere Partei bereit, mit dieser Partei eine Koalition zu bilden, so muss diese, auch wenn sie die stärkste Partei des Parlaments sein sollte, in die Opposition gehen.

In der Nachkriegsgeschichte des Deutschen Bundestags hat nur einmal, und zwar 1957, eine Fraktion, nämlich die CDU/CSU, die absolute Mehrheit der Sitze erreicht. Sie erhielt damals mit 50,2 % der Stimmen 270 von 497 Gesamtsitzen, also 54,3 % der Sitze.

Damals ging die CDU/CSU trotz dieser für sie günstigen Situation eine Koalition mit der Deutschen Partei (DP) ein.

Anzahl der Kabinettsitze in den Koalitionen 1949 bis 2002

(Stand zu Beginn der angegebenen Kabinettszeit)

Wahlperiode	Kabinett	Anzahl der Kabinettsmitglieder einschließlich Kanzler				
Kleine Koalition						
		CDU	CSU	FDP	DP ¹⁾	GB/BHE ²⁾
1.	Adenauer I (CDU) (20.09.1949 bis 19.10.1953)	6	3	3	2	–
2.	Adenauer II (CDU) (20.10.1953 bis 28.10.1957)	8	3	4	2	2
3.	Adenauer III (CDU) (29.10.1957 bis 13.11.1961)	12	4	–	2	–
4.	Adenauer IV (CDU) (14.11.1961 bis 15.10.1963)	12	4	5	–	–
	Erhard I (CDU) (16.10.1963 bis 25.10.1965)	12	4	5	–	–
5.	Erhard II (CDU) (26.10.1965 bis 30.11.1966)	13	5	4	–	–
Große Koalition						
		CDU	CSU	SPD	–	–
	Kiesinger (CDU) (01.12.1966 bis 21.10.1969)	8	3	9	x	x
Kleine Koalition						
		SPD	FDP	Parteilos	–	–
6.	Brandt I (SPD) (21.10.1969 bis 15.12.1972)	12	3	1	x	x
7.	Brandt II (SPD) (15.12.1972 bis 06.05.1974)	13	5	–	x	x
	Schmidt I (SPD) (16.05.1974 bis 14.12.1976)	12	4	–	x	x
8.	Schmidt II (SPD) (15.12.1976 bis 14.12.1980)	12	4	–	x	x
9.	Schmidt III (SPD) (15.12.1980 bis 01.10.1982)	12	4	–	x	x

Noch: Anzahl der Kabinettsitze in den Koalitionen 1949 bis 2002
(Stand zu Beginn der angegebenen Kabinetszeit)

Wahlperiode	Kabinett	Anzahl der Kabinettsmitglieder einschließlich Kanzler				
Noch: Kleine Koalition						
		CDU	CSU	FDP	–	–
10.	Kohl I (CDU) (01.10.1982 bis 29.03.1983)	8	4	3	x	x
	Kohl II (CDU) (30.03.1983 bis 11.03.1987)	8	5	3	x	x
11.	Kohl III (CDU) (12.03.1987 bis 17.01.1991)	10	5	4	x	x
12.	Kohl IV (CDU) (18.01.1991 bis 15.11.1994)	11	4	5	x	x
13.	Kohl V (CDU) (16.11.1994 bis 26.10.1998)	11	4	3	x	x
		SPD	GRÜNE	Parteilos	–	–
14.	Schröder I (SPD) (27.10.1998 bis 21.10.2002)	12	3	1	x	x
15.	Schröder II (SPD) (seit 22.10.2002)	11	3	–	x	x

¹⁾ DP = Deutsche Partei.- ²⁾ GB/BHE = Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten.

Kommunalwahlen

Zu den Kommunalwahlen zählen in Bayern folgende Wahlen:

1. Wahl der Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten
2. Wahl der Landräte in den Landkreisen
3. Wahl der berufsmäßigen oder ehrenamtlichen ersten Bürgermeister in den kreisangehörigen Gemeinden
4. Wahl der Stadträte in den kreisfreien Städten und Wahl der Gemeinderäte in den kreisangehörigen Gemeinden
5. Wahl der Kreistage in den Landkreisen
6. Wahl der Bezirkstage in den Wahlkreisen (= Regierungsbezirke)

Konstruktives Misstrauen

Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder (z. Zt. 302 Mitglieder) einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muss diesem Ersuchen entsprechen. Zwischen dem Antrag und der Wahl müssen 48 Stunden liegen (Art. 67 GG).

Kreiswahlausschuss

siehe Wahlorgane

Kreiswahlleiter

siehe Wahlorgane

Kreiswahlvorschlag

Die Kreiswahlvorschläge sind dem Kreiswahlleiter, Landeslisten dem Landeswahlleiter gemäß § 19 BWG spätestens am 66. Tag vor der Wahl bis 18.00 Uhr schriftlich einzureichen. Landeslisten können nur von Parteien eingereicht, Kreiswahlvorschläge können außer von Parteien auch von Wahlberechtigten eingereicht werden. Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, können einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie spätestens am 90. Tag vor der Wahl dem Bundeswahlleiter ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt haben und der Bundeswahlausschuss ihre Parteieigenschaft festgestellt hat (§ 18 Abs. 4 BWG). Die Kreiswahlvorschläge dieser Parteien und Wahlberechtigten müssen von mindestens 200 Wahlberechtigten des betreffenden Wahlkreises, die Landeslisten dieser Parteien von mindestens 2 000 Wahlberechtigten unterzeichnet sein (siehe Wahlvorschlag).

Länderparlamente

Der föderalistische Staatsaufbau (Bundesstaat) der Bundesrepublik Deutschland ist so gestaltet, dass neben dem Deutschen Bundestag (derzeit 603 Abgeordnete) und der Bundesregierung in jedem Land ein eigenes Landesparlament (derzeit zusammen 1 840 Abgeordnete) und eine eigene Landesregierung besteht.

Zusammensetzung der Länderparlamente

(Stand: Juni 2005)

Land	Abgeordnete						
	CDU ¹⁾	SPD	GRÜNE ²⁾	FDP ³⁾	PDS	Sonstige ⁴⁾	zusammen
Baden-Württemberg	63	45	10	10	–	–	128
Bayern	124	41	15	–	–	–	180
Berlin	35	44	14	15	33	–	141
Brandenburg	20	33	–	–	29	6	88
Bremen	29	40	12	1	–	1	83
Hamburg	63	41	17	–	–	–	121
Hessen	56	33	12	9	–	–	110
Mecklenburg-Vorpommern	25	33	–	–	13	–	71
Niedersachsen	91	63	14	15	–	–	183
Nordrhein-Westfalen	89	74	12	12	–	–	187
Rheinland-Pfalz	38	49	6	8	–	–	101
Saarland	27	18	3	3	–	–	51
Sachsen	55	13	6	7	31	12	124
Sachsen-Anhalt	48	25	–	17	25	–	115
Schleswig-Holstein	30	29	4	4	–	2	69
Thüringen	45	15	–	–	28	–	88
Insgesamt	838	596	125	101	159	21	1 840

¹⁾ Bayern: CSU.- ²⁾ Hamburg: GRÜNE/GAL.- ³⁾ Baden-Württemberg: FDP/DVP.- ⁴⁾ Brandenburg und Bremen: DVU, Sachsen: NPD, Schleswig-Holstein: SSW.

Landesliste

Spätestens am 66. Tag vor dem Wahltag, also am 23. Juli 2002 bis 18.00 Uhr, waren die Landeslisten beim Landeswahlleiter und die Kreiswahlvorschläge beim Kreiswahlleiter einzureichen. Im Freistaat Bayern wurden nach der Entscheidung des Landeswahlausschusses vom 31. Juli 2002 17 Landeslisten mit 493 Bewerbern um die auf den Listen zu vergebenden Bundestagsitze zur Wahl zugelassen.

Die 17 Landeslisten wurden vom Landeswahlleiter nach Listennummern wie folgt geordnet:

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Kurzbezeichnung
1	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	CSU
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD
3	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	GRÜNE
4	Freie Demokratische Partei	FDP
5	DIE REPUBLIKANER	REP
6	Ökologisch-Demokratische Partei	ödp
7	Partei des Demokratischen Sozialismus	PDS
8	Bayernpartei	BP
9	Mensch Umwelt Tierschutz	Die Tierschutzpartei
10	DIE GRAUEN - Graue Panther	GRAUE
11	Partei Bibeltreuer Christen	PBC
12	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD
13	Feministische Partei DIE FRAUEN	DIE FRAUEN
14	CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten	CM
15	Bürgerrechtsbewegung Solidarität	BüSo
16	Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit	AUFBRUCH
17	Partei Rechtsstaatlicher Offensive	Schill

Zur Bundestagswahl 1998 waren 22 Landeslisten in Bayern mit 608 Bewerbern eingereicht worden. Für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag im Jahr 2002 wurden in Bayern fünf Landeslisten weniger vorgelegt und eine um 115 Bewerber niedrigere Zahl an Kandidaten zur Wahl gestellt

als 1998. Darüber hinaus traten in Bayern sieben Wählergruppen bzw. Einzelbewerber an, 1998 waren es noch 16, welche lediglich Erststimmen gewinnen konnten.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei), die Nationaldemokratische Partei (NPD), die Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN) und die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill) haben keine Wahlvorschläge eingereicht.

Vier Parteien stellten Kreiswahlvorschläge in allen 44 bayerischen Wahlkreisen, nämlich die CSU, die SPD, die GRÜNEN und die FDP. Die PDS war mit 32 Wahlkreisen mit Direktkandidaten vertreten. Acht Parteien stellten zwischen einem und 21 Direktbewerber und vier Parteien keinen einzigen Kreiswahlvorschlag.

Landeswahlausschuss

siehe Wahlorgane

Landeswahlleiter

siehe Wahlorgane

Landtagswahlen zwischen 2002 und 2005

1. Landtagswahlen

Die Ergebnisse von Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen zwischen zwei Bundestagswahlen werden verschiedentlich nicht nur mit der jeweiligen vorangegangenen Landtagswahl, sondern auch mit der vorangegangenen Bundestagswahl verglichen und als gewisse Testwahl für die nächste Bundestagswahl verstanden.

Wenn auch bei Landtagswahlen zum Teil bundespolitische Themen behandelt werden, so entscheiden sich erfahrungsgemäß die Wähler bei Bundestagswahlen anders als bei Landtagswahlen. Der Blick auf zurückliegende Landtagswahlen zeigt, dass die Wahlbeteiligung bei diesen Wahlen deutlich niedriger ausfiel als bei der Bundestagswahl 2002. Dies zeigt sich besonders im Saarland und Bayern, wo der Unterschied sogar 24,5 bzw. 24,4 Prozentpunkte betrug. Inzwischen liegt die Differenz in acht Bundesländern zwischen 14,1 und 21,0 Prozentpunkten und in drei Ländern zwischen 9,5 und 12,3 Prozentpunkten. In Mecklenburg-Vorpommern fand die Landtagswahl am gleichen Tag wie die Bundestagswahl statt.

Land Bundesgebiet	Wahlbeteiligung in %		
	Bundestagswahl 2002	Landtags- wahl	Wahljahr
Baden-Württemberg	81,1	62,6	2001
Bayern	81,5	57,1	2003
Berlin	77,6	68,1	2001
Brandenburg	73,7	30,3	2004
Bremen	78,8	61,3	2003
Hamburg	79,6	68,7	2004
Hessen	80,1	64,6	2003
Mecklenburg-Vorpommern ¹⁾ ..	70,6	70,6	2002
Niedersachsen	81,0	67,0	2003
Nordrhein-Westfalen	80,3	63,0	2005
Rheinland-Pfalz	80,0	62,1	2001
Saarland	80,0	55,5	2004
Sachsen	73,7	59,6	2004
Sachsen-Anhalt	68,8	56,5	2002
Schleswig-Holstein	80,7	66,5	2005
Thüringen	74,8	53,8	2004
Bundesgebiet	79,1	x	x

2. Landtagswahltermine

Nach der Bundestagswahl 2002 wurden in der Reihenfolge der Termine in den nachstehenden Ländern die Landtagswahlen durchgeführt:

Lfd. Nr.	Land	Landtagswahl
1	Hessen	am 02.02.2003
2	Niedersachsen	am 02.02.2003
3	Bremen	am 25.05.2003
4	Bayern	am 21.09.2003
5	Hamburg	am 29.02.2004
6	Thüringen	am 13.06.2004
7	Saarland	am 05.09.2004
8	Brandenburg	am 19.09.2004
9	Sachsen	am 19.09.2004
10	Schleswig-Holstein	am 20.02.2005
11	Nordrhein-Westfalen	am 22.05.2005

In Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt finden die nächsten Landtagswahlen im Jahr 2006 statt.

In den darauf folgenden Jahren werden die Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen, Bremen, Bayern und Hamburg stattfinden.

3. Abweichungen

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Abweichungen der Stimmenanteile bei den jeweils aktuellen Landtagswahlen gegenüber der Bundestagswahl 2002.

Abweichungen der Stimmenanteile bei Landtagswahlen gegenüber der Bundestagswahl 2002

Land	Wahltag	Landtagswahl					Bundestagswahl 2002					Abweichung				
		CDU/ CSU	SPD	GRÜNE	FDP	PDS	CDU/ CSU	SPD	GRÜNE	FDP	PDS	CDU/ CSU	SPD	GRÜNE	FDP	PDS
		%					%					%-Punkte				
Baden-Württemberg	25.03.2001	44,8	33,3	7,7	8,1 ¹⁾	x	42,8	33,5	11,4	7,8 ¹⁾	0,9	2,0	-0,2	-3,7	0,3	-0,9
Rheinland-Pfalz	25.03.2001	35,3	44,7	5,2	7,8	0,0	40,2	38,2	7,9	9,3	1,0	-4,9	6,5	-2,7	-1,5	-1,0
Berlin	21.10.2001	23,8	29,7	9,1	9,9	22,6	25,9	36,6	14,6	6,6	11,4	-2,1	-6,9	-5,5	3,3	11,2
Sachsen-Anhalt	21.04.2002	37,3	20,0	2,0	13,3	20,4	29,0	43,2	3,4	7,6	14,4	8,3	-23,2	-1,4	5,7	6,0
Mecklenburg-Vorpommern	22.09.2002	31,4	40,6	2,6	4,7	16,4	30,3	41,7	3,5	5,4	16,3	1,1	-1,1	-0,9	-0,7	0,1
Hessen	02.02.2003	48,8	29,1	10,1	7,9	x	37,1	39,7	10,7	8,2	1,3	11,7	-10,6	-0,6	-0,3	-1,3
Niedersachsen	02.02.2003	48,3	33,4	7,6	8,1	0,5	34,5	47,8	7,3	7,1	1,0	13,8	-14,4	0,3	1,0	-0,5
Bremen	25.05.2003	29,8	42,3	12,8	4,2	1,7	24,6	48,6	15,0	6,7	2,2	5,2	-6,3	-2,2	-2,5	-0,5
Bayern	21.09.2003	60,7	19,6	7,7	2,6	x	58,6	26,1	7,6	4,5	0,7	2,1	-6,5	0,1	-1,9	-0,7
Hamburg	29.02.2004	47,2	30,5	12,3 ²⁾	2,8	x	28,1	42,0	16,2 ²⁾	6,8	2,1	19,1	-11,5	-3,9	-4,0	-2,1
Thüringen	13.06.2004	43,0	14,5	4,5	3,6	26,1	29,4	39,9	4,3	5,9	17,0	13,6	-25,4	0,2	-2,3	9,1
Saarland	05.09.2004	47,5	30,8	5,6	5,2	2,3	35,0	46,0	7,6	6,4 ³⁾	1,4	12,5	-15,2	-2,0	-2,8	0,9
Brandenburg	19.09.2004	19,4	31,9	3,6	3,3	28,0	22,3	46,4	4,5 ⁴⁾	5,8	17,2	-2,9	-14,5	-0,9	-2,5	10,8
Sachsen	19.09.2004	41,1	9,8	5,1	5,9	23,6	33,6	33,3	4,6	7,3	16,2	7,5	-23,5	0,5	-1,4	7,4
Schleswig-Holstein	20.02.2005	40,2	38,7	6,2	6,6	0,8	36,0	42,9	9,4	8,0	1,3	4,2	-4,2	-3,2	-1,4	-0,5
Nordrhein-Westfalen	22.05.2005	44,8	37,1	6,2	6,2	0,9	35,1	43,0	8,9	9,3	1,2	9,7	-5,9	-2,7	-3,1	-0,3

¹⁾ FDP/DVP. - ²⁾ GRÜNE/GAL. - ³⁾ FDP/DPS. - ⁴⁾ GRÜNE/B90.

Legislaturperiode

siehe Wahlperiode

Listennachfolger

Alle nicht gewählten Bewerber auf einer Landesliste einer im Bundestag

vertretenen Partei sind Listennachfolger, sofern sie nicht bereits direkt in einem Wahlkreis gewählt oder nach Aufstellung der Landesliste aus der entsprechenden Partei ausgeschieden sind. Wenn ein gewählter Bewerber stirbt oder die Annahme der Wahl ablehnt oder wenn ein Abgeordneter stirbt oder sonst aus dem Bundestag ausscheidet, wird der Sitz durch den nächsten Listennachfolger aus der Landesliste der Partei besetzt, für die der Ausgeschiedene bei der Wahl angetreten ist. Ist die Liste erschöpft, bleibt der Sitz unbesetzt. Die Feststellung, wer als Listennachfolger eintritt, trifft der Landeswahlleiter.

Listenverbindung

Landeslisten derselben Partei gelten als verbunden, soweit nicht erklärt wird, dass eine oder mehrere beteiligte Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Diese Regelung galt erstmals bei der Bundestagswahl 1976. Früher mussten sich die Landeslisten derselben Partei durch eine gesonderte Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter verbinden. Verbundene Listen gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Listen als eine Liste. Die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze werden auf die beteiligten Landeslisten im Verhältnis ihrer Zweitstimmen verteilt.

Listenvereinigung

Bei der Bundestagswahl 1990 war es ausnahmsweise möglich, gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und anderen politischen Vereinigungen oder deren Landesverbänden, die am 3. Oktober 1990 ihren Sitz im Gebiet der ehemaligen DDR hatten auch in Form von Listenvereinigungen einzureichen. Sie durften sich in einem Land nur an einer Listenvereinigung beteiligen. Listenvereinigungen schlossen eine eigenständige Liste oder eigenständige Kreiswahlvorschläge der beteiligten Parteien und anderen politischen Vereinigungen im betreffenden Land aus.

Die Vorschriften des Bundeswahlgesetzes über Wahlvorschläge galten sinngemäß für Listenvereinigungen, z. B. die Anwendung der Fünfprozent-Sperre. Seit der Bundestagswahl 1994 gilt wieder ein einheitliches Wahlrecht für das gesamte Wahlgebiet.

Listenwahl

siehe Wahlsystem/Zweitstimme

Losentscheid

Bei der Bundestagswahl wird in folgenden Fällen ein Losentscheid herbeigeführt:

- Haben zwei oder mehr Bewerber die gleiche absolute Stimmenzahl erreicht, dann wird keine Stichwahl durchgeführt, sondern der Sitz wird durch Losentscheid vergeben. Die Losziehung wird in der Sitzung des Kreiswahlausschusses, in der die Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt, durch den Kreiswahlleiter vorgenommen.
- Jede Landesliste erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Danach zu vergebende Sitze sind den Landeslisten in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei der Berechnung ergeben, zuzuteilen. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los.

Mandatsdauer

Die Mandatsdauer ist nicht identisch mit der Wahlperiode. Die Mandatsdauer beginnt mit dem Erwerb der Mitgliedschaft im Bundestag und endet mit Ablauf der Wahlperiode. Der Erwerb der Mitgliedschaft im Bundestag tritt mit Eingang der Annahmeerklärung des Gewählten beim Landeswahlleiter ein, jedoch nicht vor Ablauf der Wahlperiode des letzten Bundestags. Die Wahlperiode des 15. Deutschen Bundestags endet mit dem ersten Zusammentritt des 2005 neu gewählten Deutschen Bundestags.

Mehrheitswahl

Bei der absoluten Mehrheitswahl ist derjenige Bewerber gewählt, der mehr als die Hälfte der Stimmen erhält. Bei der relativen Mehrheitswahl, die z. B. für die Bestimmung der Wahlkreisabgeordneten für den Bundestag gilt, genügt zum Erlangen des Mandats die höchste Anzahl unter den für die verschiedenen Bewerber abgegebenen Erststimmen, auch wenn dies weniger als die Hälfte aller Erststimmen sind.

Minister

siehe Bundesregierung

Ministerpräsidenten (Stand: Mai 2005)

Land	Name	Partei
Baden-Württemberg	Günther Oettinger	CDU
Bayern	Dr. Edmund Stoiber	CSU
Berlin	Klaus Wowereit ¹⁾	SPD
Brandenburg	Matthias Platzeck	SPD
Bremen	Dr. Henning Scherf ²⁾	SPD
Hamburg	Ole von Beust ²⁾	CDU
Hessen	Roland Koch	CDU
Mecklenburg-Vorpommern	Dr. Harald Ringstorff	SPD
Niedersachsen	Christian Wulff	CDU
Nordrhein-Westfalen	Jürgen Rüttgers	CDU
Rheinland-Pfalz	Kurt Beck	SPD
Saarland	Peter Müller	CDU
Sachsen	Prof. Dr. Georg Milbradt	CDU
Sachsen-Anhalt	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	CDU
Schleswig-Holstein	Peter Harry Carstensen	CDU
Thüringen	Dieter Althaus	CDU

¹⁾ Regierender Bürgermeister. - ²⁾ Präsident des Senats und Erster Bürgermeister.

Mischwahlsystem

Das kombinierte Mehrheits- und Verhältniswahlsystem der Bundesrepublik Deutschland ist ein Mischwahlsystem. Die Mehrheits- oder Persönlichkeitswahl kommt bei der Erststimmenvergabe, die Verhältniswahl mit starren Listen der Parteien bei der Zweitstimmenvergabe zum Tragen. Der grundsätzliche Charakter der Bundestagswahl als einer Verhältniswahl wird durch die Auswahl der 299 Wahlkreisabgeordneten nach dem Prinzip der Mehrheitswahl nicht aufgehoben, da sich die Gesamtzahl der auf die einzelnen Parteien entfallenden Sitze (abgesehen von etwaigen Überhangmandaten) nach den Grundsätzen der Verhältniswahl ergibt.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung zur Wahl eines Wahlkreisbewerbers ist eine Versammlung der im Zeitpunkt ihres Zusammentritts im Wahlkreis zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Mitglieder der Partei. Eine besondere Vertreterversammlung ist eine Versammlung der von einer derartigen Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte gewählten Vertreter. Die allgemeine Vertreterversammlung ist eine nach der Satzung der Partei (§ 6 des Parteiengesetzes) allgemein für bevorstehende Wahlen von einer derartigen Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte bestellte Versammlung.

Nachwahl

1. Voraussetzung

Eine Nachwahl findet statt,

- a) wenn in einem Wahlkreis oder in einem Wahlbezirk die Wahl nicht durchgeführt worden ist (z. B. Hochwasserkatastrophe),
- b) wenn ein Wahlkreisbewerber nach der Zulassung des Kreiswahlvorschlages, aber noch vor der Wahl, stirbt.

Die Nachwahl soll im Fall a) spätestens drei Wochen und im Fall b) spätestens sechs Wochen nach dem Tag der Hauptwahl stattfinden. Den Tag der Nachwahl bestimmt der Landeswahlleiter.

2. Bisherige Nachwahlen in Bayern

Eine solche Nachwahl fand in Bayern zur Bundestagswahl vom 19. September 1965 statt. Sie wurde 14 Tage nach der Hauptwahl, also am 3. Oktober 1965, im damaligen Wahlkreis 236 Schweinfurt durchgeführt. Dort war zwei Tage vor der Wahl der Wahlkreisbewerber der DFU, **Prof. Dr. Dr. Ernst Meier** verstorben. Gewählt wurde damals der Bewerber der CSU mit 60,8 % der gültigen Erststimmen. In der ersten Wahlperiode des Deutschen Bundestags mussten Nachwahlen dann durchgeführt werden, wenn ein im Wahlkreis Direktgewählter während der Wahlperiode aus dem Deutschen Bundestag ausschied. In Bayern fanden damals drei Nachwahlen statt, nämlich in den Wahlkreisen Kulmbach, Donauwörth und Nürnberg-Fürth.

Nichtwähler

Die Differenz zwischen den Zahlen der Wahlberechtigten und der Wähler ergibt die Zahl der Nichtwähler. 1 685 260 Personen, d. s. 18,5 % der Wahlberechtigten, blieben 2002 in Bayern der Wahl fern. Nachdem die Zahl der Nichtwähler im Jahre 1990 mit 2 203 826 den höchsten Stand erreicht hatte - sie machten 25,6 % der Wahlberechtigten aus - nahmen sie seither wieder ab.

Wahlberechtigte, Nichtwähler und Wahlenthaltung seit 1949

Wahl-jahr	Gebiet ¹⁾	Wahl-berechtigte	Nichtwähler	Anteil Bayerns	Wahl-enthaltung
				in %	
1949	Bayern	5 984 175	1 132 599	16,9	18,9
	Bundesgebiet	31 207 620	6 712 006	x	21,5
1953	Bayern	6 134 820	871 003	18,8	14,2
	Bundesgebiet	33 120 940	4 641 390	x	14,0
1957	Bayern	6 240 499	770 152	17,8	12,3
	Bundesgebiet	35 400 923	4 328 029	x	12,2
1961	Bayern	6 551 728	837 183	18,2	12,8
	Bundesgebiet	37 440 715	4 591 091	x	12,3
1965	Bayern	6 752 380	949 376	18,6	14,1
	Bundesgebiet	38 510 395	5 094 188	x	13,2

Noch: Wahlberechtigte, Nichtwähler und Wahlenthaltung seit 1949

Wahl-jahr	Gebiet ¹⁾	Wahl-berechtigte	Nichtwähler	Anteil Bayerns	Wahl-enthaltung
				in %	
1969	Bayern	6 851 646	1 013 922	19,7	14,8
	Bundesgebiet	38 677 235	5 154 171	x	13,3
1972	Bayern	7 375 146	748 930	20,3	10,2
	Bundesgebiet	41 446 302	3 684 713	x	8,9
1976	Bayern	7 547 820	782 981	20,1	10,4
	Bundesgebiet	42 058 015	3 892 262	x	9,3
1980	Bayern	7 827 420	972 640	19,7	12,4
	Bundesgebiet	43 231 741	4 939 565	x	11,4
1983	Bayern	8 012 989	992 924	20,6	12,4
	Bundesgebiet	44 088 935	4 809 406	x	10,9
1987	Bayern	8 320 069	1 523 368	21,4	18,3
	Bundesgebiet	45 327 982	7 102 688	x	15,7
1990	Bayern	8 623 570	2 203 826	16,4	25,6
	Bundesgebiet	60 436 560	13 440 645	x	22,2
1994	Bayern	8 767 500	2 023 339	15,9	23,1
	Bundesgebiet	60 452 009	12 714 010	x	21,0
1998	Bayern	8 875 328	1 848 517	17,1	20,8
	Bundesgebiet	60 762 751	10 815 664	x	17,8
2002	Bayern	9 101 493	1 685 260	13,1	18,5
	Bundesgebiet	61 432 868	12 850 107	x	20,9

¹⁾ 1949 bis 1987 ohne Berlin, 1949 und 1953 noch ohne Saarland. Ab 1990 durch Wiedervereinigung erweitertes Wahlgebiet.

Niemeyer-Verfahren

siehe Proporzverfahren

Organisation der Wahl

1. Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses (Schnellmeldung)

In den rund 13 600 Wahlbezirken (Wahlräume) und in den rund 2 800 Briefwahlvorständen Bayerns (Bundesgebiet: rund 80 000 Wahlbezirke und voraussichtlich etwa 10 100 Briefwahlvorstände) werden jeweils fünf bis neun Personen ehrenamtlich tätig sein. Unter Berücksichtigung aller Wahlorgane und deren Mitarbeiter werden in Bayern insgesamt rund 110 000 Personen mit der Durchführung der Bundestagswahl 2005 befasst sein.

Die Wahlbezirke melden das Ergebnis der Wahl an ihre Gemeinde (2 056 in Bayern). Die kreisangehörigen Gemeinden melden ihrerseits an die zuständigen Landratsämter, die ebenso wie die kreisfreien Städte das ermittelte Ergebnis an ihren Kreiswahlleiter weitergeben.

Die Kreiswahlleiter stellen die Kreisergebnisse (Kreisfreie Stadt, Landkreis, Landkreisteil, jeweils einschließlich der Briefwahl) zum Wahlergebnis zusammen und teilen dieses telefonisch, mittels Telefax oder auf sonstigem elektronischen Weg der Landeswahlleiterin in München als vorläufiges Ergebnis mit.

Die Landeswahlleiterin prüft dieses Ergebnis rechnerisch und leitet es durch Datenfernübertragung an den Bundeswahlleiter weiter, der sich zu dieser Zeit in Berlin aufhalten wird. Die Landeswahlleiterin ermittelt aus den 45 Wahlergebnissen das vorläufige Landesergebnis.

Der Bundeswahlleiter stellt sowohl aus den 299 Wahlergebnissen als auch aus den 16 Landesergebnissen das Bundesergebnis zusammen.

men, berechnet die Sitze für die Parteien auf Bundes- und Landesebene und ermittelt damit, welche Bewerber auf den Landeslisten vorläufig als gewählt gelten.

Das Ergebnis dieser Berechnung, die erst erfolgen kann, wenn alle 299 Wahlkreisergebnisse vorliegen, teilt er unverzüglich den Landeswahlleitern mit.

2. Ermittlung und Feststellung des endgültigen Ergebnisses

Die Ermittlung des endgültigen Ergebnisses erfolgt in den Tagen nach dem Wahltag durch die Kreiswahlleiter und Landeswahlleiter nach den inzwischen eingesandten Wahl Niederschriften und Anlagen der Wahlbezirke, Gemeinden und Landratsämter. Das endgültige Ergebnis stellen die Kreiswahlausschüsse (299), die Landeswahlausschüsse (16) und der Bundeswahlausschuss regelmäßig in den drei auf den Wahltag folgenden Wochen fest.

3. Versorgung der Medien mit Wahlnachrichten

Die Medien, d. h. Rundfunk, Fernsehen und Presse, werden vom Kreiswahlleiter ebenso wie von der Landeswahlleiterin und vom Bundeswahlleiter mit den entsprechenden Daten versorgt. Dazu zählen Erst- und Zweitstimmenzahlen, Prozentzahlen und Vergleichszahlen der vorausgegangenen Bundestagswahl sowie die Namen der vorläufig als gewählt geltenden Bewerber. Auch für die nächste Bundestagswahl wird im Internet mit einem umfangreichen Angebot an Auswertungstabellen und Graphiken über die aktuelle Bundestagswahl informiert. Zusätzlich können Antworten auf alle wahlrelevanten Fragen, die Ergebnisse früherer Wahlen seit 1946 sowie Strukturdaten für Bayern und die Wahlkreise abgerufen werden.

Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl wird dieses Angebot insbesondere von den Medien, die ohne großen Zeitaufwand fast alle für ihre Berichterstattung notwendigen Informationen dem Angebot im Internet entnehmen können, genutzt.

Mit der Bekanntgabe der ersten Wahlkreisergebnisse ist zwischen 20.00 und 21.00 Uhr, mit der des vorläufigen Endergebnisses etwa um Mitternacht zu rechnen; es wird schon am Tag nach dem Wahltag veröffentlicht. Die Veröffentlichung endgültiger amtlicher Wahlergebnisse kann erst später erfolgen.

Parlament

Der Begriff Parlament (lat. parlamentum „Gespräch“) wird auf die gewählte Volksvertretung (Legislative = gesetzgebendes Staatsorgan) angewandt. Es wird z. B. vom Bundesparlament, von den Länder- und Stadtparlamenten gesprochen. Hiermit sind der Bundestag, die Landtage und die Stadträte gemeint.

Dieser Begriff kommt auch in folgenden Wortzusammensetzungen vor: Parlamentarischer Rat (Verfassungsgebende Versammlung aus 65 Mitgliedern der Landtage, die vom 1. September 1948 bis 23. Mai 1949 in Bonn unter Präsident **Konrad Adenauer** den Entwurf des Grundgesetzes ausarbeiteten), Parlamentarischer Staatssekretär, Parlamentarismus, Parlamentarier, Parlamentsfriede, parlamentarische Minderheit.

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Ab 17. Juli 2005: Die Linkspartei.PDS (Die Linke.)

1. Allgemeines

PDS ist die Kurzbezeichnung der Partei des Demokratischen Sozialismus, die 1989 als Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegründet wurde.

2. Programm

Das derzeit gültige Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, beschlossen auf der 1. Tagung ihres 3. Parteitagess vom 29. bis 31. Januar 1993, strebt folgendes an: „*Uns eint das Streben nach einer Welt des Friedens, der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie. Gemeinsam sind wir der Ansicht, dass der kapitalistische Charakter der modernen Gesellschaften ursächlich verantwortlich ist für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation und Kultur, den militaristischen Charakter der internationalen Beziehungen, der Krise der globalen Ökosphäre und das unbeschreibliche Elend vor allem auf der südlichen Hemisphäre.*“

3. Organisation

Die Partei gliedert sich in Landesverbände, nachgeordnete Gebietsverbände und Organisationen der Basis.

Bundesvorsitzender:

Prof. Dr. Lothar Bisky

Stellvertretende Bundesvorsitzende:

Dagmar Enkelmann

Katja Kipping

Prof. Dr. Wolfgang Methling

Bundesgeschäftsführer:

Rolf Kutzmutz

Bundesschatzmeister:

Uwe Hobler

Landessprecher in Bayern:

Eva Bulling-Schröter

Reinhold Rückert

Bundesgeschäftsstelle:

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Landesgeschäftsstelle:

Schwanthalerstraße 139, 80331 München

4. Wahlergebnisse

Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 zog die PDS mit 17 Abgeordneten erstmals in den Bundestag ein. 1994 gewann die PDS in Ost-Berlin vier Direktmandate und sicherte sich trotz eines Stimmenanteils unter 5 % (4,4 %) den Wiedereinzug in den Bundestag.

Mit einem Zweitstimmanteil von 5,1 % bei der Bundestagswahl 1998 lag sie erstmalig bundesweit über 5 %. Bei der Bundestagswahl 2002 (4,0 % Zweitstimmanteil) konnte die PDS nur noch zwei Direktmandate erringen, und zwar in Ost-Berlin im Wahlkreis 86 (Berlin-Marzahn-Hellersdorf) mit 37,7 % und im Wahlkreis 87 Berlin-Lichtenberg) mit 39,6 %.

Wahltag	Gebiet	Stimmenanteil in %	Sitze
Landtagswahl			
25.03.2001	Baden-Württemberg	x	x
21.09.2003	Bayern	x	x
21.10.2001	Berlin	22,6	33
19.09.2004	Brandenburg	28,0	29
25.05.2003	Bremen	1,7	–
29.02.2004	Hamburg	x	x
02.02.2003	Hessen	x	x
22.09.2002	Mecklenburg-Vorpommern	16,4	13
02.02.2003	Niedersachsen	0,5	–
22.05.2005	Nordrhein-Westfalen	0,9	–

Wahltag	Gebiet	Stimmenanteil in %	Sitze
Noch: Landtagswahl			
25.03.2001	Rheinland-Pfalz	0,0	–
05.09.2004	Saarland	2,3	–
19.09.2004	Sachsen	23,6	31
21.04.2002	Sachsen-Anhalt	20,4	25
20.02.2005	Schleswig-Holstein	0,8	–
13.06.2004	Thüringen	26,1	28
Europawahl			
13.06.2004	Bundesgebiet	6,1	7
Bundestagswahl			
22.09.2002	Bundesgebiet	4,0	2

Parteien

Den politischen Parteien ist im Art. 21 GG ein Mitwirken bei der politischen Willensbildung des Volkes zugeordnet. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und die Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben. Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Bei Bundestagswahlen ist die Einreichung von Landeslisten und damit der Gewinn sämtlicher 299 Listenmandate den Parteien vorbehalten. Der Bundeswahlausschuss stellt daher am 72. Tag vor der Bundestagswahl für alle Wahlorgane verbindlich fest, welche politischen Vereinigungen, die ihre Absicht der Beteiligung an der Wahl angezeigt haben, als Parteien anzuerkennen sind. Nach § 2 des Parteiengesetzes sind Parteien Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten.

Mitglieder einer Partei können nur natürliche Personen sein. Eine Vereinigung verliert ihre Rechtsstellung als Partei, wenn sie sechs Jahre lang weder an einer Bundestagswahl noch an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hat. Politische Vereinigungen sind nicht Parteien, wenn ihre Mitglieder oder die Mitglieder ihres Vorstands in der Mehrheit Ausländer sind oder ihr Sitz bzw. ihre Geschäftsleitung sich außerhalb des Geltungsbereichs des Parteiengesetzes befindet.

Parteienfinanzierung

1. Grundlagen

Nach dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zur staatlichen Parteienfinanzierung vom 9. April 1992 wurde diese vom Gesetzgeber im Parteiengesetz mit Wirkung vom 1. Januar 1994 grundlegend neu geregelt. Die bis dahin praktizierte Wahlkampfkostenersatzung für die einzelnen Wahlen auf Bundes- und Länderebene wurde abgelöst durch eine allgemeine jährliche Finanzierung (Neufassung des Parteiengesetzes vom 31. Januar 1994).

Die Parteien erhalten staatliche Mittel als Teilfinanzierung der allgemein ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden und im Parteiengesetz konkretisierten Tätigkeiten. Maßstab für die Verteilung dieser Mittel ist die Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft. Die Verwurzelung wird gemessen zum einen am Erfolg, den eine Partei bei der jeweils letzten Europa- und Bundestagswahl und den jeweils letzten Landtagswahlen erzielt hat, zum anderen am Umfang von Zuwendungen natürlicher Personen. Zuwendungen in diesem Sinne sind eingezahlte Mitglieds- oder Mandatsträgerbeiträge und rechtmäßig erlangte Spenden.

2. Anspruchsvoraussetzungen

Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung haben grundsätzlich diejenigen Parteien, die nach dem endgültigen Wahlergebnis der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 % oder bei einer der jeweils letzten Landtagswahlen 1 % der abgegebenen gültigen Stimmen für ihre Listen erreicht haben. Ist eine Liste für die Partei nicht zugelassen, entsteht ein Anspruch, wenn die Partei 10 % der in einem Wahl- oder Stimmkreis abgegebenen gültigen Erststimmen erreicht hat. Ab 1. Januar 2005 wurde für den Anspruch auf den so genannten Zuwendungsanteil das Stimmenquorum auf Länderebene auf 5 % heraufgesetzt, es sei denn, die Partei hat in drei der jeweils letzten Landtagswahlen 1 % erreicht (Drei-Länder-Quorum).

Weitere Anspruchsvoraussetzungen sind die Vorlage des jeweils letztfälligen, den Gesetzesvorschriften entsprechenden Rechenschaftsberichts und - für nicht bereits im Vorjahr anspruchsberechtigte Parteien - ein schriftlicher Antrag auf Festsetzung und Auszahlung der staatlichen Mittel.

3. Anspruchsumfang

Für jede anspruchsberechtigte Partei wird jährlich für die bei den jeweils letzten Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen insgesamt erzielten gültigen Stimmen bis zu einer Gesamtzahl von 4 Mio. Stimmen je Stimme ein Betrag von 0,85 Euro sowie für darüber hinaus erzielte Stimmen 0,70 Euro je Stimme in Ansatz gebracht (Wählerstimmenanteil).

Für den Parteien von natürlichen Personen gewährte Zuwendungen (eingezahlte Mitglieds- oder Mandatsträgerbeiträge oder rechtmäßig erlangte Spenden) bis zu einer Gesamthöhe von 3 300 Euro je Person und Jahr wird ein Betrag von 0,38 Euro je Euro angesetzt (Zuwendungsanteil). Den jeweiligen Gesamtbetrag der der Berechnung des Zuwendungsanteils zugrunde zu legenden Zuwendungen weisen die Parteien in ihrem Rechenschaftsbericht für das dem Anspruchsjahr vorangegangene Jahr aus.

Zuwendungen natürlicher Personen über den berücksichtigungsfähigen Betrag von 3 300 Euro hinaus sind ebenso wie Zuwendungen von juristischen Personen grundsätzlich zulässig, bleiben aber bei der Berechnung des Zuwendungsanteils außer Ansatz und werden nur bei der Ermittlung der relativen Obergrenze berücksichtigt.

Da für die Festsetzung für das Jahr 2002 zum 15. Februar 2003 der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2001 maßgebend ist, in dem die alte Höchstgrenze in Höhe von 6 000 DM galt, wird bei dieser Festsetzung insoweit noch der Höchstbetrag in Höhe von umgerechnet 3 067,75 Euro zugrunde gelegt.

4. Obergrenzen

Die Summe der staatlichen Finanzierung aller Parteien darf eine „absolute Obergrenze“ nicht überschreiten. Von 1994 bis 1997 betrug sie nach der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts-Urteils, den Umfang der bisherigen staatlichen Parteienfinanzierung nicht zu erhöhen, und nach den entsprechenden Empfehlungen der vom damaligen Bundespräsidenten einberufenen unabhängigen Kommission zur Parteienfinanzierung 230 Mio. DM.

Nach einer die Geldwertentwicklung berücksichtigenden Anhebung dieser Grenze auf 245 Mio. DM für die Jahre 1998 bis 2001 ist die absolute Obergrenze ab dem Jahr 2002 auf 133 Mio. Euro festgesetzt worden.

Die Berechnung des Anspruchsumfangs führt regelmäßig zu einem die absolute Obergrenze übersteigenden Betrag, so dass eine proportionale Kürzung der jeweiligen staatlichen Mittel aller anspruchsberechtigten Parteien erforderlich wird. Das hat zur Folge, dass die Parteien tatsächlich nicht die genannten Beträge je Wählerstimme und Zuwendungs-Euro erhalten, sondern entsprechend gekürzte Beträge. Wegen des aus der Verfassung abgeleiteten Verbots einer überwiegender staatlichen Parteienfinanzierung darf die staatliche Finanzierung bei den einzelnen Parteien die Summe ihrer jährlich selbst erwirtschafteten Einnahmen nicht überschreiten (relative Obergrenze). Ist letztere niedriger, beschränkt sich die staatliche Teilfinanzierung der betreffenden Partei auf die Summe dieser Eigeneinnahmen.

5. Festsetzung und Auszahlung

Der Präsident des Deutschen Bundestags legt im Rahmen der ihm durch das Parteiengesetz übertragenen Aufgaben einer mittelverwaltenden Behörde jährlich zum 15. Februar die Höhe der staatlichen Mittel der anspruchsberechtigten Partei für das vorangegangene Jahr (Anspruchsjahr) fest. Den hierbei zu berücksichtigenden Rechenschaftsbericht für das Vorjahr hat die Partei bis zum 30. September des Anspruchsjahres beim Präsidenten des Deutschen Bundestags einzureichen. Dieser kann die Abgabefrist um bis zu 3 Monate verlängern. Reicht eine Partei ihren Rechenschaftsbericht nicht fristgerecht ein, verliert sie endgültig den Zuwendungsanteil. Hat eine Partei ihren Rechenschaftsbericht auch nicht bis zum 31. Dezember des dem Anspruchsjahr folgenden Jahres eingereicht, verliert sie zudem endgültig den Wählerstimmenanteil. Die Fristen werden nur dann gewährt, wenn der Rechenschaftsbericht der vorgegebenen Gliederung entspricht und den Prüfungsvermerk trägt.

Die Auszahlung der errechneten Mittel erfolgt an die Landes- und Bundesverbände der Parteien. Die Landesverbände erhalten von den auf die Gesamtpartei entfallenden staatlichen Mitteln einen Betrag in Höhe von 0,50 Euro für jede für die Partei bei der letzten Landtagswahl abgegebenen Stimme und zwar grundsätzlich unabhängig von der Kürzung auf die absolute Obergrenze einerseits und von dem erhöhten Rechnungsansatz für die ersten 4 Mio. Stimmen andererseits; beides wirkt sich in der Regel nur auf Bundesebene aus. Die hiernach auf die Landesverbände der Parteien entfallenden Beträge teilt der Präsident des Deutschen Bundestags den Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente, die für die Mittelverwaltung auf Landesebene zuständig sind, verbindlich mit. Die Auszahlung der übrigen staatlichen Mittel erfolgt durch den Bund an den Bundesverband (bei Landesparteien an den Landesverband).

6. Abschlagszahlung

Im Hinblick auf die Festsetzung zum 15. Februar des Folgejahres haben die Parteien, für die im Vorjahr Mittel festgesetzt worden sind, ohne weiteren Antrag Anspruch auf Abschlagszahlungen jeweils zur Mitte der vier Quartale in Höhe von höchstens 25 % des für das Vorjahr festgesetzten Betrages. Liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass es zu einer Rückzahlungsverpflichtung kommen könnte, kann die Gewährung von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden. Die Abschlagszahlungen werden bei der Festsetzung zum 15. Februar des jeweiligen Folgejahres verrechnet. Überzahlungen müssen unverzüglich zurückgezahlt werden.

7. Rechenschaftspflicht der Parteien

Über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen müssen alle Parteien unabhängig davon, ob sie Anspruch auf eine direkte staatliche Finanzierung haben, in einem nach Gesamtpartei, Bundesverband, Landesverbänden und nachgeordneten Gebietsver-

bänden unterteilten Rechenschaftsbericht Rechnung legen. Der Umfang und die Gliederung des Rechenschaftsberichts sind gesetzlich vorgegeben; der Vermögensbilanz ist zudem ein bestimmter Mindestanforderungen genügender Erläuterungsteil hinzuzufügen. Der Rechenschaftsbericht ist von einer unabhängigen Stelle zu prüfen (Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ausnahmsweise auch Buchprüfer und Buchprüfungsgesellschaft) und mit dem entsprechenden Prüfungsvermerk beim Präsidenten des Deutschen Bundestags einzureichen, der ihn als Bundestagsdrucksache veröffentlicht.

Der Präsident des Deutschen Bundestags hat zu prüfen, ob der Rechenschaftsbericht den Vorschriften des Parteiengesetzes entspricht. Liegen ihm konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass im Rechenschaftsbericht einer Partei enthaltene Angaben unrichtig sind, hat er den Sachverhalt in einem besonders geregelten Verfahren - ggf. unter Hinzuziehung von unabhängigen Wirtschaftsprüfern - aufzuklären. In diesem Fall dürfen staatliche Mittel nur vorläufig festgesetzt und gegen Sicherheitsleistung in Höhe der möglichen Zahlungsverpflichtung der Partei ausgezahlt werden. Das Ergebnis der Prüfung wird in den Bericht über die Rechenschaftsberichte der Parteien aufgenommen, der ebenfalls als Bundestagsdrucksache veröffentlicht wird.

Die jährlichen Rechenschaftsberichte der Parteien enthalten Angaben über deren Einnahmequellen, die sich etwa wie folgt aufgliedern lassen:

Die Mitglieder einer Partei müssen Mitgliedsbeiträge bezahlen, die meist nach dem Einkommen gestaffelt sind. Mitgliederstarke Parteien mit hoher Zahlungsmoral ihrer Mitglieder liegen hier besonders günstig. Spenden, die ebenso wie die Mitgliedsbeiträge steuerlich begünstigt werden, machen einen erheblichen weiteren Teil der Parteienfinanzierung aus.

Die Herkunft von Spenden, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr 10 000 Euro übersteigen sind unter Angabe des Namens oder der Anschrift des Spenders sowie über die Gesamthöhe der Spende im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen. Spenden, die insgesamt die im Einzelfall die Höhe von 50 000 Euro übersteigen, sind dem Präsidenten des Deutschen Bundestags unverzüglich und unabhängig von der späteren Rechnungslegung anzuzeigen, um sie unter Angabe des Zuwenders zeitnah in einer gesonderten Bundestagsdrucksache veröffentlichen zu können.

Aus nachstehender Übersicht können die wichtigsten Einnahmen der Parteien entnommen werden:

Wichtigste Einnahmen der Parteien im Rechnungsjahr 2000

Art	Einnahmen in Tausend Euro					
	SPD	CDU	CSU	GRÜNE	PDS	FDP
Mitgliedsbeiträge ...	77 587	55 470	10 488	9 466	9 016	5 644
Spenden	12 631	28 512	6 935	4 311	3 485	8 464
Staatliche Mittel	47 772	40 501	8 717	8 289	7 050	7 424
Gesamt	137 990	124 483	26 140	22 066	19 551	21 532

Quelle: Deutscher Bundestag.

Parteiengesetz

Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 i.d.F. der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl I S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl I S. 3673).

Auszug:

§ 6 Satzung und Programm

- (1) Die Partei muss eine schriftliche Satzung und ein schriftliches Programm haben. Die Gebietsverbände regeln ihre Angelegenheiten

durch eigene Satzungen, soweit die Satzung des jeweils nächsthöheren Gebietsverbandes hierüber keine Vorschriften enthält.

(2) Die Satzungen müssen Bestimmungen enthalten über

- Namen sowie Kurzbezeichnung, sofern eine solche angewendet wird, Sitz und Tätigkeitsgebiet der Partei,
- Aufnahme und Austritt der Mitglieder,
- Rechte und Pflichten der Mitglieder,
- zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder und ihren Ausschluss,
- zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände,
- allgemeine Gliederung der Partei,
- Zusammensetzung und Befugnisse des Vorstands und der übrigen Organe,
- der Beschlussfassung durch die Mitglieder- und Vertreterversammlungen vorbehaltene Angelegenheiten,
- Voraussetzung, Form und Frist der Einberufung der Mitglieder- und Vertreterversammlungen sowie Beurkundung der Beschlüsse,
- Gebietsverbände und Organe, die zur Einreichung (Unterzeichnung) von Wahlvorschlägen für Wahlen zu Volksvertretungen befugt sind, soweit hierüber keine gesetzlichen Vorschriften bestehen,
- eine Urabstimmung der Mitglieder und das Verfahren, wenn der Parteitag die Auflösung der Partei oder des Gebietsverbandes oder die Verschmelzung mit anderen Parteien beschlossen hat. Der Beschluss gilt nach dem Ergebnis der Urabstimmung als bestätigt, geändert oder aufgehoben,
- Form und Inhalt einer Finanzordnung, die den Vorschriften des Fünften Abschnitts dieses Gesetzes genügt.

(3) Der Vorstand hat dem Bundeswahlleiter die

- Satzung und das Programm der Partei,
- Namen der Vorstandsmitglieder der Partei und der Landesverbände mit Angabe ihrer Funktionen,
- Auflösung der Partei oder eines Landesverbandes mitzuteilen.

Änderungen zu den ersten beiden Punkten sind bis zum 31. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres anzuzeigen. Die Unterlagen können beim Bundeswahlleiter von jedermann eingesehen werden. Abschriften dieser Unterlagen werden auf Anforderung gebührenfrei erteilt.

(4) Bei Parteien, deren Organisation sich auf das Gebiet eines Landes beschränkt (Landesparteien), gelten die Regelungen des Parteiengesetzes für den Landesverband.

Parteilose Bewerber

An Bundestagswahlen können Wahlberechtigte als Einzelbewerber teilnehmen, aber nur in einem Wahlkreis als Direktbewerber auftreten und somit nur Erststimmen erhalten. Die Kandidatur auf Landeslisten zur Gewinnung von Zweitstimmen ist den Parteien vorbehalten.

Passives Wahlrecht

siehe Wahlrecht

Plenum

Das Plenum, die Gesamtheit aller Abgeordneten, verhandelt öffentlich in Sitzungen. Während der Plenarsitzungen werden alle Vorlagen behandelt sowie Wahlen durchgeführt. Termin und Tagesordnung jeder Sitzung werden im Ältestenrat vereinbart sowie der Bundesregierung und dem Bundesrat mitgeteilt. Die Sitzungen werden vom Bundestagspräsidenten oder einem seiner Stellvertreter geleitet. Auf Antrag eines Zehntels seiner Mitglieder oder auf Antrag der Bundesregierung kann der Bundestag mit einer Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausschließen. Über den Antrag wird in nicht öffentlicher Sitzung entschieden.

Proporzverfahren

Die Verhältniswahl bietet mehrere Möglichkeiten, die Sitzverteilung zu berechnen. Das bei Bundestagswahlen seit 1987 angewandte Proporzverfahren (nach Niemeyer) geht davon aus, dass der Stimmenanteil einer Partei auf die zu verteilenden Sitze übertragen wird, d. h. sie erhält den Anteil an den Sitzen, der ihrem Zweitstimmenanteil entspricht.

$$\frac{\text{Gesamtzahl der Sitze} \times \text{Zweitstimmen der Partei}}{\text{Gesamtzahl der Zweitstimmen aller an der Sitzverteilung teilnehmenden Parteien}} = \text{Sitzzahl der Partei}$$

Jede Partei erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Danach noch zu vergebende Sitze werden in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei der Berechnung nach obiger Formel ergeben haben, zugeteilt. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das Los.

Dieses Verfahren wird für die Verteilung der nach Landeslisten zu besetzenden Sitze bei der Bundestagswahl seit 1987 angewendet und ist auch bei der Europawahl und bei den Landtagswahlen der meisten Länder der Bundesrepublik (in Bayern ab 1994) eingeführt (siehe d'Hondtsche Sitzberechnung).

Prozentpunkte

Der Unterschied zweier Prozentzahlen wird in Prozentpunkten ausgedrückt. Gelingt es z. B. einer Partei, von einer Bundestagswahl zur nächsten ihren Zweitstimmenanteil von 25,1 % auf 30,1 % zu erhöhen, so entspricht dieser Anstieg des Anteils 5,0 Prozentpunkten.

Rechtsgrundlagen

1. Grundgesetz (GG)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2002 (BGBl. I S. 2863).

2. Bundeswahlgesetz (BWG)

BWG in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. März 2005 (BGBl. I S. 674).

3. Bundeswahlordnung (BWO)

BWO in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl I S. 1376), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. Juni 2005 (BGBl I S. 1951).

4. Bundeswahlgeräteverordnung (BWahlGV)

Verordnung über den Einsatz von Wahlgeräten bei Wahlen zum Deutschen Bundestag und der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland vom 3. September 1975 (BGBl I S. 2459), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. April 1999 (BGBl I S. 749).

5. Wahlprüfungsgesetz (WPrüfG)

Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951 (BGBl I S. 166), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. April 1995 (BGBl I S. 582).

6. Parteiengesetz

Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 i.d.F. der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl I S. 149), zuletzt geändert durch Neuntes Gesetz vom 22. Dezember 2004 (BGBl I S. 3673).

7. Weitere in eine Bundestagswahl einwirkende Gesetze

- Abgeordnetengesetz (AbgG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27. Dezember 2004 (BGBl I S. 3835).
- Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl I S. 3322), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. März 2005 (BGBl I S. 969).
- Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) vom 12. März 1951 (BGBl S. 243) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl I S. 1473), zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2004 (BGBl I S. 3396).
- Geschäftsordnung (GO) des Deutschen Bundestags in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1980 (BGBl I S. 1237), zuletzt geändert laut Bekanntmachung vom 28. Februar 2005 (BGBl I S. 668).

Bezugsnachweis für das Bundesgesetzblatt:

Einzelnummern des Bundesgesetzblatts (BGBl) sind erhältlich durch

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H.
Postfach 13 20
53003 Bonn

Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel

Die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien richtet sich nach der Zahl der Zweitstimmen, die sie bei der letzten Bundestagswahl im Land erreicht haben. Die übrigen Landeslisten schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien an. In Bayern wurden danach die ersten fünf Plätze 2002 wie folgt vergeben:

Partei	Zweitstimmen (Bundestagswahl 2002)	
	Anzahl	%
CSU	4 315 080	58,6
SPD	1 922 551	26,1
GRÜNE	562 483	7,6
FDP	332 675	4,5
REP	50 118	0,7

Die Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge richtet sich nach der Reihenfolge der entsprechenden Landeslisten. Wenn eine Partei mit Landesliste in einem Wahlkreis keinen Kreiswahlvorschlag aufgestellt hat, bleibt im betreffenden Wahlkreis das entsprechende Feld auf der linken Stimmzettelhälfte leer. Sonstige Kreiswahlvorschläge - ohne Landeslisten - schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien oder der Kennwörter an.

Relative Mehrheit

siehe Mehrheitswahl

Repräsentative Wahlstatistik

Nachdem die Repräsentativstatistik 1994 und 1998 ausgesetzt war (aufgrund von Gesetzen), wurde für die Bundestagswahl 2002 wieder eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Die rechtliche Grundlage hierzu enthält das "Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland" (Wahlstatistikgesetz - WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl I S. 1023), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Januar 2002 (BGBl I S. 412). Nach § 2 WStatG sind in den ausgewählten Wahlbezirken repräsentative Wahlstatistiken insbesondere über die Wahlbeteiligung sowie über die Wähler und ihre Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppen zu erstellen.

Schröder Gerhard, Bundeskanzler

Geboren in Mossenberg	am 7. April 1944
Lehre als Einzelhandelskaufmann	bis 1961
Abendschule, Mittlere Reife	1962 bis 1964
Eintritt in die SPD	1963
Kolleg des 2. Bildungsweges mit Abitur	1964 bis 1966
Studium der Rechtswissenschaften an der Universität in Göttingen	1966 bis 1971
1. juristisches Staatsexamen	1971
2. juristisches Staatsexamen	1976
Mitglied der ÖTV	seit 1973
Zulassung als Rechtsanwalt	1976
Vorstandsmitglied des SPD-Bezirks Hannover	seit 1977
Juso-Bundesvorstand	1978 bis 1980
selbstständiger Rechtsanwalt in Hannover	1978 bis 1990
Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover	1983 bis 1993
Mitglied des SPD-Parteivorstandes	seit 1986
Mitglied des Präsidiums der SPD	seit Mai 1989
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen	1990 bis 1998
Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen	1994 bis 1998
Mitglied des Landtags	1986 bis 1998
Mitglied des Bundestags	1980 bis 1986
gewählt zum Bundeskanzler	27. Oktober 1998
Mitglied des Bundestags	seit 1998
Bundesvorsitzender der SPD	1999 bis 2004

Sitzeverteilung

1. Verteilung der Bundestagsitze auf die Parteien

1949 und 1953 wurde durch das Wahlgesetz bestimmt, wie viele Abgeordnete auf das einzelne Land der Bundesrepublik Deutschland entfielen. Auf Bayern trafen damals 78 bzw. 91 Mandate als Festquote. Seit 1957 ist diese Regelung weggefallen. Für die Verteilung der Abgeordneten auf die Parteien sind allein die Zweitstimmen der Parteien maßgebend. Um zur Mandatsverteilung überhaupt zugelassen zu werden, sind seit 1953 nur diejenigen Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 % der insgesamt abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens drei Direktmandate erworben haben. Für das gesamte Wahlgebiet wurden die insgesamt zu vergebenden 598 Sitze auf die (verbundenen) Landeslisten nach dem prozentualen Anteil der Parteien an den gültigen Zweitstimmen (Proporzverfahren) verteilt.

Aus nachstehender Übersicht kann die Sitzverteilung im Bundesgebiet entnommen werden.

Sitzeverteilung im Bundesgebiet 2002 und 1998

Partei	Wahljahr	Zahl der Sitze		
		insgesamt	davon	
			Wahlkreissitze	Listensitze
SPD	2002	251	171	80
	1998	298	212	86
CDU/CSU	2002	248	125	123
	1998	245	112	133
GRÜNE	2002	55	1	54
	1998	47	–	47
FDP	2002	47	–	47
	1998	43	–	43
PDS	2002	2	2	–
	1998	36	4	32
Insgesamt	2002	603	299	304
	1998	669	328	341

Im Wahljahr 2002 fielen fünf Überhangmandate, und zwar vier für die SPD und ein Überhangmandat für die CDU an. Im Wahljahr 1998 waren es 13 Überhangmandate für die SPD.

95 Mandate entfielen 2002 auf Bayern, 1998 waren es 93 Mandate. Die CSU erhielt bei der Bundestagswahl 2002 58 Sitze, davon 43 Wahlkreissitze und 15 Listensitze, die SPD 26 Sitze, davon einen Wahlkreissitz und 25 Listensitze. Auf die GRÜNEN entfielen sieben Listensitze und auf die FDP vier Listensitze. Während die CSU 11 Sitze und die GRÜNEN einen Sitz hinzugewinnen konnten, verloren die SPD acht Sitze und die FDP einen Sitz. Die PDS musste ihren 1998er Sitz abgeben und erhielt in Bayern keinen Sitz mehr.

Sitzeverteilung in Bayern 2002 und 1998

Partei	Wahljahr	Zahl der Sitze		
		insgesamt	davon	
			Wahlkreissitze	Listensitze
CSU	2002	58	43	15
	1998	47	38	9
SPD	2002	26	1	25
	1998	34	7	27
GRÜNE	2002	7	–	7
	1998	6	–	6
FDP	2002	4	–	4
	1998	5	–	5
PDS	2002	–	–	–
	1998	1	–	1
Insgesamt	2002	95	44	51
	1998	93	45	48

Bei der CSU standen 58,6 % der Wählerstimmen 61,1 % der Sitze gegenüber.

Ähnlich ist das Verhältnis bei der SPD, 26,1 % der Wählerstimmen brachten 27,4 % der Sitze. Diese Tatsache, dass also der prozentuale Anteil der Sitze erfolgreicher Parteien an den Gesamtsitzen größer ist als der prozentuale Anteil der Stimmen dieser Parteien an den Gesamtstimmen, ist auf das Ausscheiden derjenigen Parteien von der Sitzberechnung zurückzuführen, die die Fünfprozent-Sperrklausel nicht übersprungen haben.

Stimmen- und Sitzverteilung 2002 in %

Partei	Zweitstimmenverteilung		Sitzverteilung	Sp. 3 - Sp. 2 in %-Punkten
	aller Parteien	der erfolgreichen Parteien		
	in %			
	1	2	3	4
CSU	58,6	60,5	61,1	0,6
SPD	26,1	27,0	27,4	0,4
GRÜNE	7,6	7,9	7,3	– 0,6
FDP	4,5	4,7	4,2	– 0,5
Erfolgreiche Parteien	96,8	100	100	x
Übrige Parteien	3,2	x	x	x
Insgesamt	100	x	x	x

2. Unterverteilung der Sitze

Nachdem auf Grund der Erstverteilung feststeht, wie viel Sitze jede Partei (verbundene Landeslisten) im gesamten Wahlgebiet erhält, erfolgt die Unterverteilung der Parteisitze auf die einzelnen Länder, und zwar wieder nach der mathematischen Proportion der Zweitstimmenergebnisse in den Ländern.

3. Errechnen der Anzahl der Listensitze für die einzelnen Landeslisten

Sobald feststeht, wie viel Sitze eine Partei in einem Land erhält (siehe 2.), wird von dieser Zahl die Zahl der von der betreffenden Partei im Land gewonnenen Wahlkreissitze abgezogen. Das Ergebnis ist die Anzahl der Landeslistensitze für diese Partei.

4. Auf die Länder entfallende Sitzezahlen

Wie viele Sitze auf ein Land entfallen, steht also erst nach den Verteilungsrechnungen nach 1. und 2. fest. Die endgültige Zahl der auf ein Land insgesamt entfallenden Bundestagssitze wird also ausschließlich vom Wahlergebnis her bestimmt.

Im Gegensatz hierzu wurden bei der ersten und zweiten Bundestagswahl nach dem jeweils geltenden Bundeswahlgesetz die Sitzezahlen für die Länder fest vergeben (Bayern 1949: 78, 1953: 91).

Günstig für die Gesamtzahl der Sitze eines Landes wirken sich seit 1957 aus:

Hohe Wahlbeteiligung, wenig ungültige Zweitstimmen und geringe Anzahl von Zweitstimmen für erfolglose Landeslisten (= Parteien, die unter die Fünfprozent-Sperrklausel fallen und keine drei Direktsitze erhalten).

5. Wahlkreis- und Listensitze im 15. Deutschen Bundestag für Bayern:

Sitze	zusammen	davon			
		CSU	SPD	GRÜNE	FDP
Wahlkreissitze	44	43	1	–	–
Listensitze	51	15	25	7	4
Insgesamt	95	58	26	7	4

6. Wahlkreis- und Listensitze 2002 für das Bundesgebiet:

Sitze	zu- sammen	davon					
		SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	PDS
Wahlkreissitze	299	171	82	43	1	–	2
Listensitze	304	80	108	15	54	47	–
Insgesamt	603¹⁾	251	190	58	55	47	2

¹⁾ Einschl. 5 Überhangmandate (4 für die SPD und 1 für die CDU).

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

1. Allgemeines

Entstehung 1875 in Gotha durch die Vereinigung des 1863 von **Ferdinand Lassalle** gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit der 1869 von **August Bebel** und **Wilhelm Liebknecht** gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Gothaer Programm). 1890 erfolgte Umbenennung in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).

1916 spaltete sich eine radikale Gruppe unter Führung von **Hugo Haase** und **Karl Kautsky** ab und bildete 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Der äußerste linke Flügel unter **Karl Liebknecht** und **Rosa Luxemburg** gründete im gleichen Jahr den „*Spartakusbund*“ als selbstständige Organisation, aus der 1919 die Kommunistische Partei (KPD) hervorging. 1945 wurde die SPD von ihrem ersten Vorsitzenden **Dr. Kurt Schumacher** († 1952) neu gegründet.

Bundespräsidenten aus der SPD:

Dr. Gustav Heinemann	01.07.1969 bis 30.06.1974
Dr. h. c. Johannes Rau	01.07.1999 bis 30.06.2004

Bundestagspräsidenten aus der SPD:

Annemarie Renger	13.12.1972 bis 14.12.1976
Wolfgang Thierse	seit 26.10.1998

Bundeskanzler aus der SPD:

Willy Brandt	21.10.1969 bis 06.05.1974
Helmut Schmidt	16.05.1974 bis 01.10.1982
Gerhard Schröder	seit 27.10.1998

Bundesvorsitzende:

Dr. Kurt Schumacher	1945 bis 1952
Erich Ollenhauer	1952 bis 1963
Willy Brandt	1963 bis 1987
Dr. Hans-Jochen Vogel	1987 bis 1991
Björn Engholm	1991 bis 1993
Rudolf Scharping	1993 bis 1995
Oskar Lafontaine	1995 bis 1999
Gerhard Schröder	1999 bis 2004
Franz Müntefering	seit 2004

Bundesgeschäftsführer:

Hans-Jürgen Wischniewski	1968 bis 1971
Holger Börner	1972 bis 1976
Egon Bahr	1976 bis 1981
Peter Glotz	1981 bis 1987
Anke Fuchs	1987 bis 1991
Karlheinz Blessing	1991 bis 1993
Günter Verheugen	1993 bis 1995
Franz Müntefering	1995 bis 1998
Ottmar Schreiner	1998 bis 1999
Matthias Machnig	1999 bis 2002
Franz-Josef Lersch-Mense	2003 bis 2004
Karl-Josef Wasserhövel	seit 2004

Ministerpräsident aus der SPD:

Dr. Wilhelm Hoegner	1945 bis 1946
Dr. Wilhelm Hoegner	1954 bis 1957

Landesvorsitzende in Bayern:

Dr. Wilhelm Hoegner	1946 bis 1947
Waldemar von Knoeringen	1947 bis 1963
Volkmar Gabert	1963 bis 1972
Dr. Hans-Jochen Vogel	1972 bis 1977
Dr. Helmut Rothemund	1977 bis 1985
Dr. Rudolf Schöfberger	1985 bis 1991
Renate Schmidt	1991 bis 2000
Wolfgang Hoderlein	2000 bis 2003
Ludwig Stiegler	seit 2004

2. Programm

Die SPD beginnt ihr derzeit gültiges Grundsatzprogramm vom 20. Dezember 1989 mit folgendem Satz: „*Wir Sozialdemokraten, Frauen und Männer, kämpfen für eine friedliche Welt und eine lebensfähige Natur, für eine menschenwürdige, sozial gerechte Gesellschaft. Wir wollen Bewahrenswertes erhalten, lebensbedrohende Risiken abwenden und Mut machen, Fortschritt zu erstreiten.*“

3. Organisation

Die SPD gliedert sich in Bezirke, Unterbezirke und Ortsverbände. In Ländern mit mehr als einem Bezirk können nach politischer Zweckmäßigkeit Landesverbände als weitere Organisationsgliederung gebildet werden, wenn alle Bezirke des Landes zustimmen.

Bundesvorsitzender:

Franz Müntefering, MdB

Stellvertretende Bundesvorsitzende:

Wolfgang Clement
Kurt Beck
Ute Vogt, MdB
Wolfgang Thierse, MdB
Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB

Bundesgeschäftsführer:

Karl-Josef Wasserhövel

Generalsekretär:

Klaus Uwe Benetter

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion:

Ludwig Stiegler, MdB

Vorsitzender der SPD-Bayern:

Ludwig Stiegler, MdB

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion:

Franz Maget, MdL

Bundesgeschäftsstelle:

Willy-Brandt-Haus
 Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Landesgeschäftsstelle:

Oberanger 38/II, 80331 München

4. Wahlergebnisse

Ein Vergleich der Zweitstimmenanteile der SPD, der CDU, der CSU und der FDP zeigt, dass die SPD mit Ausnahme der Wahljahre 1953, 1957 und 1990 immer die stärkste Bundespartei war. Die Situation wird aber anders, wenn den SPD-Stimmenanteilen die gemeinsamen Stimmenanteile von CDU und CSU gegenübergestellt werden. Die Stim-

menanteile von CDU/CSU waren bei fast allen Bundestagswahlen mit Ausnahme der von 1972, 1998 und 2002 höher als die der SPD. In diesen beiden Wahljahren wurde die SPD-Fraktion stärkste Fraktion im

Deutschen Bundestag und stellt seit Oktober 1998 in Koalition mit den GRÜNEN die Bundesregierung. In den einzelnen Wahljahren erreichte die SPD im Bundesgebiet folgende Ergebnisse:

Ergebnisse der SPD im Bundesgebiet und in Bayern

Wahljahr	Zweitstimmenanteil in %	Bundestagssitze	Sitzeanteil in %	Zweitstimmenanteil in Bayern in %	Auf Bayern entfallene Mandate	Wahlkreissitze im Bundestag	darunter Bayern
1949	29,2	131	32,6	22,7	18	96	12
1953	28,8	151	31,0	23,3	25	45	3
1957	31,8	169	34,0	26,4	25	46	–
1961	36,2	190	38,1	30,1	28	91	5
1965	39,3	202	40,7	33,1	30	94	8
1969	42,7	224	45,2	34,6	31	127	10
1972	45,8	230	46,4	37,8	33	152	13
1976	42,6	214	43,1	32,8	29	114	4
1980	42,9	218	43,9	32,7	30	127	5
1983	38,2	193	38,8	28,9	26	68	1
1987	37,0	186	37,4	27,0	24	79	–
1990	33,5	239	36,1	26,7	26	91	2
1994	36,4	252	37,5	29,6	29	103	1
1998	40,9	298	44,5	34,4	34	212	7
2002	38,5	251	41,6	26,1	26	171	1

5. Beteiligungen an Landes- und Bundesregierungen

Die SPD stellt z. Zt. in Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz den Regierungschef. Von 1949 bis 1966 und von 1982 bis 1998 war die SPD in der Opposition. Seit 1998 stellt sie in Koalition mit den GRÜNEN die Bundesregierung. Die SPD stellte von 1969 bis 1982 in Koalition mit der FDP (kleine Koalition) den Bundeskanzler und die Bundesregierung. Von 1966 bis 1969 bildete sie zusammen mit der CDU/ CSU eine große Koalition.

In Bayern stellte die SPD vom 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946, ferner während der Zeit der sogenannten Viererkoalition vom 14. Dezember 1954 bis 16. Oktober 1957 mit **Dr. Wilhelm Hoegner** den Ministerpräsidenten. Desgleichen war die SPD am Kabinett **Schäffer** (28. Mai 1945 bis 28. September 1945), **Dr. Ehard I** (21. Dezember 1946 bis 20. September 1947) und **Dr. Ehard III** (18. Dezember 1950 bis 14. Dezember 1954) beteiligt.

SPD-Ministerpräsidenten der Länder (Stand: Juni 2005)

Land	Name des Ministerpräsidenten
Berlin	Klaus Wowereit ¹⁾
Brandenburg	Matthias Platzeck
Bremen	Dr. Henning Scherf ²⁾
Mecklenburg-Vorpommern	Dr. Harald Ringstorff
Rheinland-Pfalz	Kurt Beck

¹⁾ Regierender Bürgermeister. - ²⁾ Präsident des Senats und Erster Bürgermeister.

Sperrklausel

Wahlvorschläge, auf die weniger als 5 % der Zweitstimmen im Bundesgebiet entfallen bzw. die weniger als drei Wahlkreise direkt (über die Erststimme) gewinnen, werden von der Sitzverteilung auf die Landeslisten ausgeschlossen.

Bei der Bundestagswahl 1990 galt die Fünfprozent-Sperrklausel mit der Maßgabe, dass Parteien mindestens 5 % der gültigen Zweitstimmen entweder im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Westberlin nach dem Stand vom 2. Oktober 1990 erhalten haben müssen oder

aber im Gebiet der vormaligen DDR einschließlich der Wahlkreise 257 bis 261 in Berlin.

Ein direkt erworbenes Mandat verbleibt einem parteilosen Bewerber oder einer Partei in jedem Fall. Die Zweitstimmen derjenigen Wähler, die ihre Erststimme für einen erfolgreichen Einzelbewerber bzw. Direktkandidaten einer Partei ohne Landesliste abgegeben haben, bleiben bei der Sitzverteilung nach Landeslisten unberücksichtigt.

Wenn Einzelbewerber oder Parteienbewerber ohne erfolgreiche Landesliste Direktsitze erwerben, verringert sich die Anzahl der im Verhältnis der Zweitstimmen zur Verteilung stehenden Sitze um diese Mandate, z. B. zwei Mandate an Einzelbewerber: es werden statt 598 (Sitze insgesamt im Deutschen Bundestag) nur 596 Sitze verteilt.

Gegen die Sperrklausel wurden verschiedentlich, vor allem mit dem Argument der Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, Verfassungsgerichte angerufen. Diese haben zwar diese Sperrklausel als eine „Modifikation der Gleichheit in der Verhältniswahl unter dem Gesichtswinkel einer Bekämpfung der Splitterparteien“ wiederholt akzeptiert; eine Sperrklausel darf nach diesen Urteilen allerdings nicht höher sein, als es die Gefahr der Parteienzersplitterung rechtfertigt, grundsätzlich nicht höher als 5 %. In anderen Staaten kommen Sperrklauseln mit Prozentsätzen unter 5 % vor.

In der Weimarer Verfassung gab es keine Sperrklausel. Deshalb konnten im Reichstag auch mehr Parteien vertreten sein als im heutigen Bundestag.

Bei der ersten Bundestagswahl im Jahr 1949 reichte es im Übrigen, wenigstens 5 % der Stimmen in einem Bundesland oder ein Direktmandat zu erringen, um im Bundestag einen Sitz zu erhalten. In der Folge wurde die Sperrklausel auf das ganze Wahlgebiet bezogen. Dies führte zu einer Beschränkung der Sitzverteilung auf nur wenige Parteien.

Folgende Parteien (als Fraktionen bzw. Gruppen) waren im Deutschen Bundestag vertreten:

1961 - 1983:	CDU/CSU, SPD, FDP
1983 - 1990:	CDU/CSU, SPD, FDP, GRÜNE
1990:	CDU/CSU, SPD, FDP, als Gruppe: GRÜNE und PDS
1994:	CDU/CSU, SPD, FDP, GRÜNE, als Gruppe: PDS
1998:	CDU/CSU, SPD, FDP, GRÜNE, PDS
2002:	CDU/CSU, SPD, FDP, GRÜNE, als Fraktionslose: PDS

Welche Veränderungen die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag 2002 bei einer Verteilung ohne Sperrklausel erfahren hätte, zeigt die folgende Übersicht:

Sitzverteilung mit und ohne Fünfprozent-Sperrklausel

Partei	Sitze mit Sperrklausel			Sitze ohne Sperrklausel			Veränderung
	be-rechnet	Über-hang	zu-sammen	be-rechnet	Über-hang	zu-sammen	
SPD	247	4	251	230	4	234	- 17
CDU	189	1	190	177	1	178	- 12
CSU	58	-	58	54	-	54	- 4
GRÜNE	55	-	55	51	-	51	- 4
FDP	47	-	47	44	-	44	- 3
PDS	2	-	2	24	-	24	22
REP	-	-	-	4	-	4	4
GRAUE	-	-	-	1	-	1	1
Tierschutz	-	-	-	2	-	2	2
NPD	-	-	-	3	-	3	3
ödp	-	-	-	1	-	1	1
PBC	-	-	-	1	-	1	1
DIE FRAUEN	-	-	-	1	-	1	1
BP	-	-	-	-	-	-	-
Familie	-	-	-	-	-	-	-
CM	-	-	-	-	-	-	-
BüSo	-	-	-	-	-	-	-
HP	-	-	-	-	-	-	-
Die Violetten	-	-	-	-	-	-	-
AUFBRUCH	-	-	-	-	-	-	-
ZENTRUM	-	-	-	-	-	-	-
KPD	-	-	-	-	-	-	-
PRG	-	-	-	-	-	-	-
Schill	-	-	-	5	-	5	5
Bundesgebiet	598	5	603	598	5	603	-

Staatsform

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Das Parlament heißt Deutscher Bundestag. Die Ländervertretung ist der Bundesrat, dessen Zustimmung zu bestimmten Gesetzen erforderlich ist. Wahlrecht besteht für alle über 18 Jahre alten Bürger. Das Bundesgebiet umfaßt seit Oktober 1990 16 Länder.

Statistik

siehe Repräsentative Wahlstatistik

Stimmenkombination

Der Wähler hat bei Bundestagswahlen die Möglichkeit, seine Erststimme (für einen Wahlkreisbewerber) und seine Zweitstimme (für die Bewerber einer Landesliste) derselben Partei oder aber verschiedenen Wahlvorschlagsträgern zu geben.

Durch die Vergabe beider Stimmen auf demselben Stimmzettel ist bei den Bundestagswahlen feststellbar, wie der Wähler die Erst- und Zweitstimme kombiniert hat.

Die Repräsentativstatistik macht es darüber hinaus möglich, zu ermitteln, wie Männer und Frauen in den einzelnen Altersstufen die Erst- und Zweitstimme kombiniert haben.

Stimmrecht

siehe Wahlrecht

Stimmzettel

Der Stimmzettel enthält

1. für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten die Namen der Bewerber der zugelassenen Kreiswahlvorschläge; außerdem bei Kreiswahlvorschlägen von Parteien die Namen der Parteien und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, bei anderen Kreiswahlvorschlägen statt des Parteinamens und der Kurzbezeichnung das Kennwort,
2. für die Wahl nach Landeslisten die Namen der Parteien und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, sowie die Namen der ersten fünf Bewerber der zugelassenen Landeslisten. Erst wenn die Stimmzettel gedruckt vorliegen, können die Briefwahlunterlagen ausgegeben werden.

Terminplan zur Bundestagswahl 2005

Ein ausführlicher Terminkalender wurde in Heft 1.1 der Informationen der Landeswahlleiterin des Freistaates Bayern zur Bundestagswahl 2005 veröffentlicht.

Tod eines Bewerbers

Bei Tod eines Bewerbers vor der Zulassung des Wahlvorschlags, also vor dem 58. Tag vor der Wahl, kann der Wahlvorschlagsträger (Vertrauensperson) einen anderen Bewerber benennen.

Bei Tod eines Wahlkreisbewerbers nach der Zulassung des Kreiswahlvorschlags, aber noch vor der Wahl, muss eine Nachwahl stattfinden. Die Nachwahl soll spätestens sechs Wochen nach dem Tag der Hauptwahl stattfinden. Den Tag der Nachwahl bestimmt der Landeswahlleiter.

Tod eines Gewählten

siehe Ersatzwahl/Listennachfolger

Überhangmandate

Überhangmandate kommen dann zu Stande, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erringt, als ihr nach ihrem Anteil an Zweitstimmen dort zustehen würden. Wenn z.B. einer Partei in einem Bundesland nach ihrem Anteil an Zweitstimmen 15 Mandate zustehen, sie aber mit den Erststimmen in 17 Wahlkreisen ihre Kandidaten durchbringt, erhält sie zwei Überhangmandate. Einem direkt gewählten Abgeordneten kann das Mandat nicht wieder weggenommen werden.

Die Gesamtzahl der Mandate erhöht sich um die Zahl der Überhangmandate, die im Übrigen ein Abweichen vom Grundsatz der reinen Verhältniswahl bedeuten.

Bisher entstandene Überhangmandate:

Jahr	Land	Überhangmandate	Partei
1949	Baden-Württemberg	1	CDU
	Bremen	1	SPD
1953	Hamburg	1	DP
	Schleswig-Holstein	2	CDU
1957	Schleswig-Holstein	3	CDU
1961	Saarland	1	CDU
	Schleswig-Holstein	4	CDU
1980	Schleswig-Holstein	1	SPD
1983	Bremen	1	SPD
	Hamburg	1	SPD
1987	Baden-Württemberg	1	CDU
1990	Mecklenburg-Vorpommern	2	CDU
	Sachsen-Anhalt	3	CDU
	Thüringen	1	CDU
1994	Baden-Württemberg	2	CDU
	Mecklenburg-Vorpommern	2	CDU
	Sachsen	3	CDU
	Sachsen-Anhalt	2	CDU
	Thüringen	3	CDU
	Brandenburg	3	SPD
	Bremen	1	SPD
1998	Brandenburg	3	SPD
	Hamburg	1	SPD
	Mecklenburg-Vorpommern	2	SPD
	Sachsen-Anhalt	4	SPD
	Thüringen	3	SPD
2002	Hamburg	1	SPD
	Sachsen	1	CDU
	Sachsen-Anhalt	2	SPD
	Thüringen	1	SPD

Ungültige Stimmen

1. Rechtslage

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

- nicht amtlich hergestellt ist oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
- keine Kennzeichnung enthält,
- den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen läßt,
- einen Zusatz oder Vorbehalt enthält,
- bei der Briefwahl nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben worden ist, jedoch eine Zurückweisung nicht erfolgt ist,
- bei der Briefwahl in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung nicht erfolgt ist.

In den Fällen a), b), e) und f) sind beide Stimmen ungültig.

Mehrere bei der Briefwahl in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen. Ist bei der Briefwahl der Wahlumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig. Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

2. Entwicklung der ungültigen Stimmen

Ungültige Erststimmen wurden bei der Bundestagswahl 2002 in Bayern von 101 572 Wählern abgegeben; dies entspricht einem Anteil von 1,4 %; 1998 betrug der Anteil 1,0 %.

Im Bundesgebiet war der Anteil der ungültigen Erststimmen mit 1,5 % höher als in Bayern. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen betrug 2002 in Bayern 0,7 % (53 619) und im Bundesgebiet 1,2 % (586 281).

Ungültige Erst- und Zweitstimmen in Bayern und im gesamten Wahlgebiet

Wahltag	Gebiet ¹⁾	Ungültige			
		Erststimmen		Zweitstimmen	
		Anzahl	%	Anzahl	%
14.08.1949	Bayern	123 953	2,6	x	x
	Bundesgebiet	763 216	3,1	x	x
06.09.1953	Bayern	190 172	3,6	190 261	3,6
	Bundesgebiet	959 790	3,4	928 278	3,3
15.09.1957	Bayern	166 983	3,1	196 706	3,6
	Bundesgebiet	916 680	3,0	1 167 466	3,8
17.09.1961	Bayern	136 235	2,4	227 583	4,0
	Bundesgebiet	845 158	2,6	1 298 723	4,0
19.09.1965	Bayern	164 676	2,8	161 513	2,8
	Bundesgebiet	979 158	2,9	795 765	2,4
28.09.1969	Bayern	158 592	2,7	107 236	1,8
	Bundesgebiet	809 548	2,4	557 040	1,7
19.11.1972	Bayern	97 596	1,5	62 426	0,9
	Bundesgebiet	457 810	1,2	301 839	0,8
03.10.1976	Bayern	82 213	1,2	51 144	0,8
	Bundesgebiet	470 109	1,2	343 253	0,9
05.10.1980	Bayern	110 102	1,6	68 415	1,0
	Bundesgebiet	485 645	1,3	353 115	0,9
06.03.1983	Bayern	78 491	1,1	55 174	0,8
	Bundesgebiet	434 176	1,1	338 841	0,9
25.01.1987	Bayern	90 817	1,3	57 714	0,8
	Bundesgebiet	482 481	1,3	357 975	0,9
02.12.1990	Bayern	80 145	1,2	52 561	0,8
	Bundesgebiet	720 990	1,5	540 143	1,1
16.10.1994	Bayern	68 285	1,0	51 158	0,8
	Bundesgebiet	788 643	1,7	632 825	1,3
17.09.1998	Bayern	72 499	1,0	52 343	0,7
	Bundesgebiet	780 507	1,6	638 575	1,3
22.09.2002	Bayern	101 572	1,4	53 619	0,7
	Bundesgebiet	741 037	1,5	586 281	1,2

¹⁾ 1949 bis 1987 ohne Berlin, 1949 und 1953 noch ohne Saarland. Ab 1990 durch Wiedervereinigung erweitertes Wahlgebiet.

Unter den 44 Wahlkreisen wies der Wahlkreis 248 Aschaffenburg mit 1,0 % den höchsten ungültigen Zweitstimmenanteil aus. Der niedrigste ungültige Zweitstimmenanteil bestand im Wahlkreis 223 München-Land mit 0,5 %.

In Bayern gab es 12 Gemeinden, in denen 2002 keine ungültigen Zweitstimmenabgaben auftraten. Der entsprechende Höchstwert lag bei 3,4 % (Gemeinde Haundorf, Lkr Weißenburg-Gunzenhausen, Mittelfranken).

3. Ungültige Briefwählerstimmen

Die ungültigen Erst- und Zweitstimmen der Briefwähler haben im Vergleich zur Bundestagswahl 1998 zugenommen.

Bei den Erststimmen erhöhte sich der ungültige Briefwählerstimmenanteil von 0,8 % (1998) auf 1,0 % (2002), bei den Zweitstimmen nahm dieser Anteil von 0,5 % auf 0,3 % ab.

Briefwähler mit ungültiger Stimmabgabe in Bayern

Wahljahr	Briefwähler insgesamt	Ungültige Briefwählerstimmen			
		Erststimmen		Zweitstimmen	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1957	256 958	3 398	1,3	3 202	1,2
1961	322 997	2 236	0,7	3 749	1,2
1965	408 320	3 188	0,8	2 940	0,7
1969	420 565	4 078	1,0	2 258	0,5
1972	548 801	3 390	0,6	1 975	0,4
1976	716 748	4 242	0,6	2 119	0,3
1980	931 486	7 676	0,8	4 545	0,5
1983	799 178	5 649	0,7	3 448	0,4
1987	844 706	7 359	0,9	3 693	0,4
1990	806 576	6 451	0,8	3 097	0,4
1994	974 700	6 287	0,6	3 492	0,4
1998	1 430 378	11 181	0,8	7 112	0,5
2002	1 681 337	16 323	1,0	5 856	0,3

Unmittelbare Wahl

siehe Wahlgrundsätze

Unterstützungsunterschriften

siehe Wahlvorschlag

Verhältnisswahl

Bei der Verhältniswahl erhalten die kandidierenden Parteien Abgeordnetensitze grundsätzlich im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen. Dies zielt im Rahmen der Wahlgleichheit auf einen weitgehend gleichen Erfolgswert der abgegebenen Stimmen.

Das Wahlsystem der Bundestagswahl sieht eine Verhältniswahl in Verbindung mit der Mehrheitswahl vor. Im Rahmen der Personenwahl wird grundsätzlich die Hälfte der Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen nach dem System der relativen Mehrheitswahl bestimmt. Gewählt ist demnach der Bewerber, der die meisten (Erst-) Stimmen auf sich vereinigt (siehe Mehrheitswahl). Nach dem System der Verhältniswahl wird bei der Bundestagswahl die Gesamtsitzezahl je Wahlvorschlag aufgrund der Zweitstimmen berechnet.

Die durch Mehrheitswahl in den Wahlkreisen erworbenen Direktmandate werden auf die Gesamtmandate angerechnet. Die nach dieser Anrechnung noch verfügbaren Mandate ergeben die jeweiligen Listensitze (siehe Sitzverteilung).

Das System der reinen Verhältniswahl wird eingeschränkt durch die Sperrklausel sowie ggf. durch Überhangmandate.

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen zur Bundestagswahl 2005

Titel	erscheint
Die Bundestagswahl von A bis Z (Kennziffer B VII 1-A-Z)	August 2005
Vergleichszahlen, Abgeordnete (Kennziffer B VII 1-0)	August 2005

Noch: Veröffentlichungen zur Bundestagswahl 2005

Titel	erscheint
Terminkalender (Kennziffer B VII 1-1.1)	August 2005
Wahlleiter (Kennziffer B VII 1-1.2)	August 2005
Wahlvorschläge, Bewerber (Kennziffer B VII 1-2)	August 2005
Vorläufiges Ergebnis (Kennziffer B VII 1-3)	am Montag, 19. September 2005
Endgültiges Ergebnis (Kennziffer B VII 1-4)	ca. 2 Wochen nach dem Wahltag
Bundestagswahlen in Bayern 1949 bis 2005 (Kennziffer B VII 1-4/Z)	ca. Oktober 2005
Regionalergebnisse (Kennziffer VII 1-4/G)	ca. Februar 2006
Text - Tabellen - Schaubilder (Kennziffer B VII 1-4/T)	ca. April 2006
Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik (Kennziffer B VII 1 - 5)	ca. Dezember 2005

Vertreterversammlung

siehe Mitgliederversammlung

Vorgezogene Neuwahlen

Für vorgezogene Neuwahlen gibt es nach dem GG zwei verschiedene Möglichkeiten:

1. In Art. 68 ist festgelegt, dass „*der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen 21 Tagen den Bundestag auflösen*“ kann, wenn ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestags gefunden hat. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt. Wenn der Bundestag aufgelöst wird, müssen gemäß Art. 39 Abs. 1 GG Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen stattfinden.
2. Von sich aus kann der Bundespräsident den Bundestag nur dann auflösen, wenn ein Kanzler nicht mit der absoluten Mehrheit der Abgeordneten gewählt worden ist. Nach Art. 63 GG ist auf Vorschlag des Bundespräsidenten zum Bundeskanzler gewählt, wer die Mehrheit der Mitglieder des Bundestags auf sich vereinigt. Gelingt das nicht, kann der Bundestag innerhalb von 14 Tagen nach dem Wahlgang mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen einen Kanzler wählen. Kommt eine Wahl innerhalb dieser Frist nicht zustande, findet unverzüglich ein neuer Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen (sogenannte einfache Mehrheit) erhält. Erhält der Gewählte die absolute Mehrheit, muss der Bundespräsident ihn innerhalb von sieben Tagen zum Bundeskanzler ernennen. Erreicht der Gewählte nur die einfache Mehrheit, muss der Bundespräsident ihn innerhalb der gleichen Frist entweder ernennen oder den Bundestag auflösen.

Wählbarkeit

siehe Wahlrecht

Wählerreserven

Der Wahlkampf der Parteien hat u. a. das Ziel, möglichst viele Wähler zu ihren Stammwählern hinzuzugewinnen. Ein Zugewinn kann aus den Wählerreserven kommen. Zu diesen zählen von der vorangegangenen Wahl die Nichtwähler, die Wechselwähler, die Falschwähler und die Wähler erfolgloser Parteien, außerdem die Erstwähler. Die Zahl der Wechselwähler ist durch die amtliche Statistik nicht feststellbar. Aus Untersuchungen von Meinungsforschungsinstituten ergibt sich, dass ein erheblicher Prozentsatz der Wähler Wechselwähler sind.

Wählerverzeichnis

Die Wahlberechtigten eines Wahlbezirks sind in ein Verzeichnis, das sogenannte Wählerverzeichnis, eingetragen. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann wählen. Ins Wählerverzeichnis werden alle Wahlberechtigten eingetragen, die am 35. Tag vor der Wahl bei der Meldebehörde der Gemeinde gemeldet sind. Die im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen erhalten spätestens am 21. Tag vor der Wahl eine Wahlbenachrichtigungskarte, auf der vermerkt ist, in welchem Wahlraum das Wahlrecht ausgeübt werden kann. Die Wählerverzeichnisse liegen nicht mehr wie bisher öffentlich aus. Stattdessen besteht gemäß § 17 Abs. 1 BWG an den Werktagen vom 20. bis 16. Tag vor der Wahl das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis. Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann innerhalb dieser Einsichtsfrist Einspruch einlegen.

Das Recht auf Einblick ins Wählerverzeichnis bezüglich eines Dritten besteht nur, wenn Tatsachen glaubhaft gemacht werden, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Aktiv muss ein Wahlwilliger bezüglich eines eventuellen Einspruchs gegen das Wählerverzeichnis dann werden, wenn er bei Beginn der Einsichtsfrist noch keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat. Besondere Regelungen für die Eintragung ins Wählerverzeichnis sind getroffen für Beamte und Angestellte der diplomatischen Vertretungen, für in den Mitgliedstaaten des Europarates Lebende, für Auslandsdeutsche, für Seeleute, für Soldaten und für Strafgefangene.

Nach Abschluss des Wählerverzeichnisses ist die Teilnahme an der Wahl für nicht eingetragene Personen nur noch mittels Wahlschein möglich. Der nicht in das Wählerverzeichnis eingetragene Wahlberechtigte kann noch bis zum Wahltag, 15.00 Uhr, einen Wahlschein bzw. Briefwahlunterlagen erhalten,

- a) wenn er nachweist, dass er ohne sein Verschulden
 - den Einspruch gegen das Wählerverzeichnis innerhalb der Einsichtsfrist oder
 - die Antragsfrist auf Eintragung in das Wählerverzeichnis versäumt hat,
- b) wenn sein Recht auf Teilnahme an der Wahl erst nach Ablauf der Fristen nach Buchstabe a) entstanden ist oder
- c) wenn sein Wahlrecht im Einspruchsverfahren festgestellt worden und die Feststellung erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses zur Kenntnis der Gemeindebehörde gelangt ist.

Wahl

Die Wahl gehört als grundlegende politische Willensäußerung des Volkes und als originär verfassungsrechtliches Teilnahmerecht zu den Staatsakten, die den Normen des Verfassungsrechts unterliegen. In den repräsentativen Demokratien müssen Wahlen periodisch wiederkehren, um dem Volk in gewissen zeitlichen Abständen die Möglichkeit zu geben, seinen politischen Willen kundzutun. In vielen Ländern wird dem Volk auch zwi-

schen den nur in mehrjährigen Abständen anfallenden Wahlterminen eine unmittelbare Willenskundgebung ermöglicht. Das Volk kann sich dabei zu besonders wichtigen Angelegenheiten unmittelbar äußern (Volksabstimmung, Volksentscheid, Referendum).

Wahlabend

1. Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 wird die Landeswahlleiterin des Freistaates Bayern, Vizepräsidentin **Brigitta Brunner**, aus dem Amtsgebäude des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, Neuhauser Straße 8 in München, die Öffentlichkeit am Wahlabend laufend über die eingehenden Wahlmeldungen informieren.

Mehrere Telefax- und Telefonstellen werden die Meldungen des vorläufigen Erst- und Zweitstimmenergebnisses der 45 Wahlkreise entgegennehmen. Zahlreiche Mitarbeiter werden für die Ermittlung und Veröffentlichung der Ergebnisse tätig sein.

Die Meldungen werden einer Plausibilitätskontrolle unterzogen, das Vergleichsergebnis von 2002 hinzugefügt und die Einzelergebnisse für die Wahlkreise, die zusammengefassten Ergebnisse der jeweils vorliegenden Wahlkreise und schließlich das vorläufige Endergebnis für Bayern ausgedruckt sowie im Internet dargestellt.

Die Übermittlung der Ergebnisse zum Bundeswahlleiter erfolgt mittels Datenfernübertragung. Erfahrungsgemäß ist mit dem vorläufigen Gesamtergebnis für Bayern um Mitternacht zu rechnen.

2. Die Kreiswahlleiter werden ebenso wie die Landeswahlleiter noch in der Wahlnacht die Ergebnisse für ihren Bereich den Vertretern der Medien und der Parteien mitteilen.
3. Der Bundeswahlleiter, dem die Gesamtleitung für die Abwicklung der Bundestagswahl obliegt, wird am Wahlabend die Öffentlichkeit über die Einzel- und Zwischenergebnisse sowie das vorläufige Endergebnis unterrichten.
4. Bedingt durch die gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfungen wird das endgültige Wahlergebnis voraussichtlich in der dritten Woche nach der Bundestagswahl bekanntgegeben werden können.

Wahlalter

siehe Wahlrecht

Wahlanfechtung

siehe Anfechtung der Wahl

Wahlausschuss

siehe Wahlorgane

Wahlbehörden

siehe Wahlorgane

Wahlbekanntmachung

Durch die Wahlbekanntmachung weist die Gemeinde die Wahlberechtigten auf Einzelheiten im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl hin, z. B. wo, wie und zu welchen Öffnungszeiten der Wähler abstimmen kann, auf den Inhalt der Stimmzettel, auf die Möglichkeit der Briefwahl, auf die Strafbarkeit von Verstößen gegen die Wahlvorschriften und auf die Regelung, dass jeder sein Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben kann.

Wahlbenachrichtigung

Die Benachrichtigung der Wahlberechtigten über deren Eintragung in das Wählerverzeichnis muss durch die Gemeinden spätestens bis zum 21. Tag vor der Wahl erfolgt sein. Am 20. Tag vor der Wahl beginnt die Bereithaltung des Wählerverzeichnisses zur Einsichtnahme. Der Wahlbürger soll also bis zu diesem Zeitpunkt wissen, ob er im Wählerverzeichnis steht oder nicht. Wer nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann während der Einsichtsfrist (Werktag vom 20. bis 16. Tag vor der Wahl) Einspruch gegen das Wählerverzeichnis einlegen. Die Wahlbenachrichtigung soll zur Stimmabgabe mitgebracht werden. Im Wahl-

raum, also bei der Stimmabgabe, ist im Zweifelsfall die Feststellung der Identität des Wahlberechtigten auch mittels Personalausweis möglich. Auf der Wahlbenachrichtigungskarte wird auch auf den Wahlraum, die Wahlzeit sowie auf die Möglichkeit der Wahl mit Wahlschein und durch Briefwahl hingewiesen.

Wahlberechtigte

Am 22. September 2002 waren in Bayern insgesamt 9 101 493 Personen wahlberechtigt. Diese Zahl bedeutete gegenüber 1998 eine Zunahme von 226 165 Wahlberechtigten bzw. um 2,5 %.

Der Anteil der Wahlberechtigten an der bayerischen Bevölkerung betrug 73,5 %. Seit 1972 sind auch 18 bis 20jährige Personen wahlberechtigt. Nicht nur dadurch, sondern auch durch die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung hat sich der Anteil der Wahlberechtigten an der Wohnbevölkerung stetig erhöht.

Die Zahl der Wahlberechtigten in Bayern wird bei der bevorstehenden Bundestagswahl 2005 voraussichtlich über 9,2 Millionen betragen. Bei der Bundestagswahl 2002 waren im gesamten Wahlgebiet 61 432 868 Personen wahlberechtigt.

Wahlberechtigte und Wohnbevölkerung seit 1949

Wahltag	Gebiet ¹⁾	Wahlberechtigte			Bevölkerung		
		insgesamt	Veränderung gegenüber vorhergehender Wahl in %	Anteil an der Bevölkerung in %	Stichtag	insgesamt	Veränderung gegenüber vorhergehender Wahl in %
14.08.1949	Bayern	5 984 175	x	64,9	31.12.1949	9 220 049	x
	Bundesgebiet	31 207 620	x	62,9		49 635 700	x
06.09.1953	Bayern	6 134 820	2,5	67,0	31.12.1953	9 161 966	- 0,6
	Bundesgebiet	33 120 940	6,1	64,1		51 639 600	4,0
15.09.1957	Bayern	6 240 499	1,7	67,9	31.12.1957	9 192 827	0,3
	Bundesgebiet	35 400 923	6,9	65,6		53 993 800	4,6
17.09.1961	Bayern	6 551 728	5,0	68,3	31.12.1961	9 591 864	4,3
	Bundesgebiet	37 440 715	5,8	66,2		56 589 100	4,8
19.09.1965	Bayern	6 752 380	3,1	66,8	31.12.1965	10 100 944	5,3
	Bundesgebiet	38 510 395	2,9	64,9		59 296 591	4,8
28.09.1969	Bayern	6 851 646	1,5	64,8	31.12.1969	10 568 917	4,6
	Bundesgebiet	38 677 235	0,4	63,2		61 194 500	3,2
19.11.1972	Bayern	7 375 146	7,6	68,4	31.12.1972	10 778 661	2,0
	Bundesgebiet	41 446 302	7,2	67,1		61 809 378	1,0
03.10.1976	Bayern	7 547 820	2,3	69,9	31.12.1976	10 804 236	0,2
	Bundesgebiet	42 058 015	1,5	68,5		61 441 996	- 0,6
05.10.1980	Bayern	7 827 420	3,7	71,6	31.12.1980	10 928 151	1,1
	Bundesgebiet	43 231 741	2,8	70,1		61 657 945	0,4
06.03.1983	Bayern	8 012 989	2,4	73,0	31.12.1983	10 969 503	0,4
	Bundesgebiet	44 088 935	2,0	71,9		61 306 669	- 0,6
25.01.1987	Bayern	8 320 069	3,8	75,5	31.12.1986	11 026 490	0,5
	Bundesgebiet	45 327 982	2,8	74,1		61 140 461	- 0,3
02.12.1990	Bayern	8 623 570	3,6	75,3	31.12.1990	11 448 823	3,8
	Bundesgebiet	60 436 560	33,3	75,8		79 753 227	30,4
16.10.1994	Bayern	8 767 500	1,7	73,5	31.12.1994	11 921 944	4,1
	Bundesgebiet	60 452 009	0,0	74,1		81 538 603	2,2
27.09.1998	Bayern	8 875 328	1,2	73,4	31.12.1998	12 086 548	1,4
	Bundesgebiet	60 762 751	0,5	74,1		82 037 011	0,6
22.09.2002	Bayern	9 101 493	2,5	73,5	31.12.2002	12 387 351	2,5
	Bundesgebiet	61 432 868	1,1	74,4		82 536 680	0,6

¹⁾ 1949 bis 1987 ohne Berlin, 1949 und 1953 noch ohne Saarland. Ab 1990 durch die Wiedervereinigung erweitertes Wahlgebiet.

Das Wahlergebnis bezieht sich immer auf die insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen. Aufschlussreich ist jedoch die Berechnung des

Wahlergebnisses, die nicht von den gültigen Stimmen ausgeht, sondern von den Wahlberechtigten.

Wahlberechtigte nach Wähler mit und ohne Erfolg bzw. Nicht- und Falschwähler in % seit 1949

Wahljahr	Wahlberechtigte	Zweitstimmen der Parteien mit Vertretung im Deutschen Bundestag	darunter					Zweitstimmen der Parteien ohne Vertretung im Deutschen Bundestag	Nichtwähler und Falschwähler	davon	
			CSU	SPD	FDP	GRÜNE	PDS			Nichtwähler	Falschwähler
1949	100	75,7	23,1	18,0	6,8	x	x	3,3	21,0	18,9	2,1
1953	100	70,8	39,6	19,3	5,1	x	x	11,9	17,3	14,2	3,1
1957	100	74,5	48,3	22,4	3,9	x	x	10,0	15,5	12,3	3,2
1961	100	78,6	46,0	25,2	7,3	x	x	5,2	16,3	12,8	3,5
1965	100	80,3	46,5	27,7	6,1	x	x	3,3	16,5	14,1	2,4
1969	100	77,8	45,5	28,9	3,4	x	x	5,8	16,4	14,8	1,6
1972	100	88,1	49,0	33,7	5,4	x	x	0,9	11,0	10,2	0,8
1976	100	88,1	53,4	29,2	5,6	x	x	0,9	11,1	10,4	0,7
1980	100	85,1	49,9	28,4	6,8	x	x	1,6	13,3	12,4	0,9
1983	100	86,3	51,7	25,1	5,4	4,0	x	0,6	13,1	12,4	0,7
1987	100	79,3	44,7	21,8	6,6	6,2	x	1,7	19,0	18,3	0,7
1990	100	67,9	38,3	19,7	6,4	3,4	0,2	5,9	26,2	25,6	0,6
1994	100	71,8	39,1	22,6	4,9	4,8	0,4	4,5	23,7	23,1	0,6
1998	100	73,7	37,5	27,1	4,0	4,7	0,5	4,9	21,4	20,8	0,6
2002	100	78,9	47,4	21,1	6,2	3,7	0,5	2,0	19,1	18,5	0,6

Von 100 Wahlberechtigten wählten 2002 in Bayern 78,9 % erfolgreiche Parteien, die an der Sitzverteilung beteiligt werden konnten, 2,0 % wählten erfolglose Parteien, die keine Vertretung im Bundestag erreichten und 19,1 % beteiligten sich überhaupt nicht an der Wahl oder wählten ungültig.

Von den 78,9 % der Wahlberechtigten, die eine erfolgreiche Partei wählten, entschieden sich 47,4 % für die CSU, 21,1 % für die SPD, 6,2 % für die FDP, 3,7 % für die GRÜNEN und 0,5 % für die PDS.

Von den 2,0 % der Wahlberechtigten, die durch ihre Wahl Parteien ihre Stimme gaben, denen der Erfolg versagt blieb, wählten 0,6 % die REP, je 0,3 % die ödp und die Tierschutzpartei und 0,2 % bis 0,0 % wählten neun weitere verschiedene Parteien.

Von den 19,1 % der Nicht- und Falschwähler wählten 0,6 % bewusst oder unbewusst falsch und 18,5 % blieben der Wahlurne überhaupt fern bzw. enthielten sich somit ihrer Stimme.

Wahlberechtigung

siehe Wahlrecht

Wahlbeteiligung

1. Begriff

Die Wahlbeteiligung wird in einer Prozentzahl ausgedrückt. Sie bringt zum Ausdruck, wie viele von 100 Wahlberechtigten in einem bestimmten Gebiet an der Wahl teilgenommen haben. Sie ist ein wichtiger Indikator für das Interesse, das die Bürger in verschiedenen Regionen und Jahren den Wahlen entgegengebracht haben. Auch die Anteile der Nichtwähler werden dadurch offenbar.

2. Berechnung

$$\text{Wahlbeteiligung in \%} = \frac{\text{Wähler} \times 100}{\text{Wahlberechtigte}}$$

3. Entwicklung der Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wähler betrug in Bayern bei der Bundestagswahl 2002 7 416 233 Personen, was einer Wahlbeteiligung von 81,5 % (1998: 79,2 %) entspricht. Sie schwankte in Bayern bei den bisherigen Bundestagswahlen zwischen 74,4 % (1990) und 89,8 % (1972). Der Unterschied zwischen niedrigster und höchster Wahlbeteiligung beträgt somit 15,4 Prozentpunkte. Das arithmetische Mittel aller Wahlbeteiligungen an Bundestagswahlen betrug in Bayern 84,1 %.

Eine Zunahme der Wahlbeteiligung ergab sich in 42 bayerischen Wahlkreisen. Am höchsten war die Zunahme der Wahlbeteiligung mit 5,5 Prozentpunkten im Wahlkreis 231 Rottal-Inn, am geringsten im Wahlkreis 239 Coburg mit 0,1 Prozentpunkten. In 2 Wahlkreisen ergab sich eine Abnahme der Wahlbeteiligung, und zwar im Wahlkreis 245 Nürnberg-Nord mit 0,2 Prozentpunkten und im Wahlkreis 246 Nürnberg-Süd mit 0,7 Prozentpunkten. Die höchste Wahlbeteiligung ergab sich im Wahlkreis 223 München-Land mit 86,0 %, die niedrigste wie schon 1998, 1994 und 1990 im Wahlkreis 228 Deggendorf mit 77,1 %.

In den Gemeinden ergaben sich Wahlbeteiligungen zwischen 95,6 % in Wattendorf (Lkr Bamberg) und 58,0 % in Bruckberg (Lkr Ansbach) wie schon bei der Bundestagswahl 1998.

Bei den Landtagswahlen in Bayern von 1946 bis 1998 lagen die Wahlbeteiligungen zwischen 65,9 % (1990) und 82,4 % (1954). Das Mittel aller Wahlbeteiligungen bei Landtagswahlen liegt bei 75,5 % und ist damit durchschnittlich um 10,0 Prozentpunkte niedriger als bei Bundestagswahlen.

Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen im ganzen Bundesgebiet schwankte zwischen 77,8 % (1990) und 91,1 % (1972). Der Abstand von der niedrigsten zur höchsten Wahlbeteiligung beträgt damit 13,3 Prozentpunkte, der Durchschnittswert aller Wahlen 85,0 %.

Im innerdeutschen Vergleich rangierte die Wahlbeteiligung in Bayern 2002 auf dem 1. Platz (Maximum: Bayern mit 81,5 %, Minimum: Sachsen-Anhalt mit 68,8 %). Sie lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 79,1 %.

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung seit 1949

Wahljahr	Gebiet ¹⁾	Wahlberechtigte	Wähler	Anteil Bayerns	Wahlbeteiligung
				in %	
1949	Bayern	5 984 175	4 851 576	19,8	81,1
	Bundesgebiet	31 207 620	24 495 614	x	78,5
1953	Bayern	6 134 820	5 263 817	18,5	85,8
	Bundesgebiet	33 120 940	28 479 550	x	86,0
1957	Bayern	6 240 499	5 470 347	17,6	87,7
	Bundesgebiet	35 400 923	31 072 894	x	87,8
1961	Bayern	6 551 728	5 714 545	17,4	87,2
	Bundesgebiet	37 440 715	32 849 624	x	87,7
1965	Bayern	6 752 380	5 803 004	17,4	85,9
	Bundesgebiet	38 510 395	33 416 207	x	86,8
1969	Bayern	6 851 646	5 837 724	17,4	85,2
	Bundesgebiet	38 677 235	33 523 064	x	86,7
1972	Bayern	7 375 146	6 626 216	17,5	89,8
	Bundesgebiet	41 446 302	37 761 589	x	91,1
1976	Bayern	7 547 820	6 764 839	17,7	89,6
	Bundesgebiet	42 058 015	38 165 753	x	90,7
1980	Bayern	7 827 420	6 854 780	17,9	87,6
	Bundesgebiet	43 231 741	38 292 176	x	88,6
1983	Bayern	8 012 989	7 020 065	17,9	87,6
	Bundesgebiet	44 088 935	39 279 529	x	89,1
1987	Bayern	8 320 069	6 796 701	17,8	81,7
	Bundesgebiet	45 327 982	38 225 294	x	84,3
1990	Bayern	8 623 570	6 419 744	13,7	74,4
	Bundesgebiet	60 436 560	46 995 915	x	77,8
1994	Bayern	8 767 500	6 744 161	14,1	76,9
	Bundesgebiet	60 452 009	47 737 999	x	79,0
1998	Bayern	8 875 328	7 026 811	14,1	79,2
	Bundesgebiet	60 762 751	49 947 087	x	82,2
2002	Bayern	9 101 493	7 416 233	15,3	81,5
	Bundesgebiet	61 432 868	48 582 761	x	79,1

¹⁾ 1949 bis 1987 ohne Berlin, 1949 und 1953 noch ohne Saarland. Ab 1990 durch Wiedervereinigung erweitertes Wahlgebiet.

4. Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen

Die Wahlbeteiligung als Merkmal für das politische Interesse nahm mit der Größe der Gemeinde fast durchgehend ab. In Gemeinden unter 500 Einwohnern betrug die Wahlbeteiligung 2002 83,9 % und in der größten Stadt Bayerns, in der Landeshauptstadt München, nur noch 80,3 %.

Einschließlich der Gemeinden unter 20 000 Einwohner lag die Wahlbeteiligung mit 82,9 % über dem ermittelten Durchschnitt von 81,5 %. Insgesamt betrug der Anstieg der Wahlbeteiligung von 1998 auf 2002 2,3 Prozentpunkte.

Am größten war die Zunahme der Wahlbeteiligungsziffer von 1998 auf 2002 in den Gemeindegrößenklassen von 500 bis unter 1 000 Einwohnern, von 1 000 bis unter 2 000 und von 2 000 bis unter 3 000, nämlich je 3,6 Prozentpunkte.

Die geringste Zunahme (0,3 Prozentpunkte) war in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern zu verzeichnen.

In Gemeinden unter 500 Einwohnern und in Gemeinden von 300 000 bis unter 500 000 Einwohnern war eine Abnahme der Wahlbeteiligung von 4,0 bzw. 0,5 Prozentpunkten zu verzeichnen.

Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse (Gemeinden mit ... Einwohnern zum 31.12.2001)	Gemeinden	Wahlberechtigte in %	Wahlbeteiligung in %		Unterschied in %-Punkten
			2002	1998	
unter 500	2	0,0	83,9	87,9	- 4,0
500 bis unter 1 000	132	0,9	84,9	81,3	3,6
1 000 bis unter 2 000	604	7,4	84,2	80,6	3,6
2 000 bis unter 3 000	362	7,4	83,8	80,2	3,6
3 000 bis unter 5 000	418	13,5	83,9	80,6	3,3
5 000 bis unter 10 000	314	17,7	82,7	80,1	2,6
10 000 bis unter 20 000	160	17,8	81,4	79,2	2,2
20 000 bis unter 50 000	46	10,9	79,7	78,0	1,7
50 000 bis unter 100 000	10	4,9	76,4	76,1	0,3
100 000 bis unter 200 000	5	4,7	77,9	77,4	0,5
200 000 bis unter 300 000	1	2,0	77,2	76,2	1,0
300 000 bis unter 500 000	1	3,7	78,2	78,7	- 0,5
500 000 oder mehr	1	9,2	80,3	77,7	2,6
Bayern	2 056	100	81,5	79,2	2,3

5. Streuung der Wahlbeteiligungsziffern 2002

Die Wahlbeteiligungsziffern in den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen hat 2002 eine Streuung ergeben, nach der die überwiegende Mehrzahl der kreisfreien Städte in der Wahlbeteiligungsgruppe bis unter 78,0 % und die der Landkreise in der Gruppe 82,0 % oder mehr liegen.

Streuung der Wahlbeteiligung 2002

Wahlbeteiligung	Kreisfreie Städte	Landkreise	Gemeinden
bis unter 78,0 %	20	3	156
78,0 % bis unter 80,0 %	3	7	181
80,0 % bis unter 82,0 %	2	14	291
82,0 % oder mehr	-	47	1 428
Bayern	25	71	2 056

Von den 2 056 Gemeinden Bayerns hatten 1 501 Gemeinden, d. s. 73,0 % aller Gemeinden, eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung.

In 15 Gemeinden lag die Wahlbeteiligung in Höhe des Landesdurchschnitts (81,5 %). In 540 Gemeinden (= 26,3 % aller Gemeinden) fiel eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung an. In diesen Gemeinden lag die Wahlbeteiligung zwischen 58,0 und 81,4 %. Die mittelfränkische Gemeinde Bruckberg im Landkreis Ansbach hatte mit 58,0 % die niedrigste und die oberfränkische Gemeinde Wattendorf im Landkreis Bamberg mit 95,6 % die höchste Wahlbeteiligung aufzuweisen.

75,0 % aller Gemeinden von Unterfranken, nämlich 231 Gemeinden hatten eine Wahlbeteiligung von als 82,5 % und mehr. Die Gemeinden des Regierungsbezirks Unterfranken stehen damit in der Wahlbeteiligung mit 82,5 % an der Spitze. In Niederbayern dagegen wiesen 169 Gemeinden, d. s. 65,5 % aller niederbayerischen Gemeinden, eine Wahlbeteiligung bis unter 82,5 % auf.

Wahlbezirk

1. Allgemeine Wahlbezirke

Der Wahlbezirk ist die unterste Einheit der regionalen Einteilung zur Bundestagswahl. Die Gemeinde bestimmt, welche Wahlbezirke zu bilden sind. Diese sollen so abgegrenzt sein, dass allen Wahlberechtig-

ten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. So soll kein Wahlbezirk mehr als 2 500 Einwohner umfassen.

Die Anzahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirks darf andererseits aber nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Für jeden Wahlbezirk ist ein Wahlvorstand zuständig. Er besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und weiteren drei bis sieben Beisitzern.

2. Sonderwahlbezirke

Für Krankenhäuser, Altenheime, Altenwohnheime, Pflegeheime, Erholungsheime und gleichartige Einrichtungen mit einer größeren Anzahl von Wahlberechtigten, die keinen Wahlraum außerhalb der Einrichtung aufsuchen können, soll die Gemeindebehörde bei entsprechendem Bedürfnis Sonderwahlbezirke zur Stimmabgabe für Wahlscheininhaber bilden.

3. Briefwahl„bezirke“

Die Stimmen der Briefwähler werden durch Briefwahlvorstände erfasst, die für eine oder mehrere Gemeinden innerhalb eines Wahlkreises zuständig sein können.

Bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag gab es in Bayern insgesamt 16 513 Wahlbezirke (13 336 Allgemeine Wahlbezirke, 10 Sonderwahlbezirke und 3 167 Briefwahlbezirke).

Wahldauer

siehe Wahlperiode

Wahlfreiheit

siehe Wahlgrundsätze

Wahlgeheimnis

Die Einhaltung des Wahlgeheimnisses ist ein wichtiger Wahlgrundsatz. Die Wahl wäre ganz oder teilweise als ungültig zu erklären, wenn dieser Grundsatz nicht eingehalten würde. Das Grundrecht der geheimen Wahl ist unauflöslich mit dem der freien Wahl verbunden.

Die gesetzlichen Regelungen haben in allen ihren Bestimmungen die Einhaltung des Wahlgeheimnisses zu berücksichtigen; sie müssen direkt und indirekt für das Wahlgeheimnis eintreten. Die Verletzung des Wahlgeheimnisses ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bedroht. Auch und besonders im Zusammenhang mit der repräsentativen Wahlstatistik, d. h. mit den Statistiken über Geschlecht und Altersgliederung der Wähler, die nur mittels gekennzeichneten Stimmzettels machbar sind, wird durch geeignete Vorkehrungen die Verletzung des Wahlgeheimnisses ausgeschlossen.

Der Einhaltung des Wahlgeheimnisses dienen u. a.: Aufstellung von Wahlblenden in den Wahlräumen zur unbeobachteten Kennzeichnung des Stimmzettels, Verwendung eines Umschlags für den Stimmzettel bei der Briefwahl. Die unterschiedliche Handhabung von Wahlumschlägen bei der Urnenwahl - bei Bundestagswahlen wurden sie bis 2002 verwendet, bei den Landtagswahlen in Bayern und in anderen Ländern nicht - hat bislang keinen Unterschied in der Wahrung des Wahlgeheimnisses ergeben.

Wahlgesetz

siehe Bundeswahlgesetz

Wahlgleichheit

siehe Wahlgrundsätze

Wahlgrundsätze

Gemäß Art. 38 GG werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestags in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Die **Allgemeinheit** der Wahl besagt, dass alle Staatsbürger unabhängig von Geschlecht, Rasse, Einkommen, Besitz, Stand, Bildung oder Religionszugehörigkeit ein Stimmrecht haben.

Die **Unmittelbarkeit** der Wahl bedingt die Direktwahl der Abgeordneten. Zwischen Wähler und Bewerber werden also keine Wahlmänner eingeschaltet, die dann erst ihrerseits die eigentliche Wahl vornehmen.

Freie Wahl bedeutet, dass der Wähler sein Wahlrecht ohne Zwang oder sonstige unzulässige Beeinflussung von außen ausüben kann. Diese Grundsätze sind Voraussetzungen für eine freie Wahl. Wichtig sind hier besonders die Freiheiten der öffentlichen Meinungsäußerung und das Recht auf ungehinderte Informationen.

Die **Gleichheit der Wahl** bedeutet das Verbot, das Stimmengewicht der Wahlberechtigten nach Bildung, Religion, Vermögen, Rasse, Geschlecht, politischer Einstellung oder Wohngebiet (Wahlkreis) zu differenzieren. Es besteht ein enger Zusammenhang mit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl.

Die **geheime Wahl** erfordert, dass die Stimmabgabe geheim zu erfolgen hat. Grundsätzlich geschieht dies durch die Abgabe eines Stimmzettels, der geheim, d. h. unbeobachtet, gekennzeichnet sein muss.

Wahlhandlung

Unter Wahlhandlung wird alles verstanden, was mit der Stimmabgabe im Wahlraum am Wahltag zusammenhängt:

Hinweisung der Beisitzer durch den Wahlvorsteher auf ihre Verpflichtung zur unparteiischen Wahrnehmung ihrer Aufgabe, Berichtigung des Wählerverzeichnisses durch den Wahlvorsteher nach dem Verzeichnis der etwa nachträglich ausgestellten Wahlscheine, Prüfung der Wahlurnen, Stimmabgabe selbst, nach der Abstimmung Schließung des Wahlraums (18.00 Uhr).

Während der Wahlhandlung sowie der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses hat jedermann zum Wahlraum Zutritt, soweit das ohne Störung des Wahlgeschäfts möglich ist. Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses gehört nicht zur eigentlichen Wahlhandlung.

Wahlkampfkostenerstattung

siehe Parteienfinanzierung

Wahlkosten

Der Bund erstattet den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben. Die Kosten für die Versendung der Wahlbenachrichtigungen und der Briefwahlunterlagen sowie die Erfrischungsgelder für die Mitglieder der Wahlvorstände werden den Ländern im Wege der Einzelabrechnung ersetzt. Die übrigen Kosten werden durch einen festen Betrag je Wahlberechtigten erstattet. Er beträgt derzeit für Gemeinden bis 100 000 Wahlberechtigte 0,45 Euro und für Gemeinden mit mehr als 100 000 Wahlberechtigten 0,70 Euro.

Für die Durchführung der bisherigen Bundestagswahlen hat der Bund den Ländern folgende Beträge erstattet:

Wahljahr	Kostenerstattung in Euro (gerundet)
1949	(Kosten wurden von den Ländern getragen)
1953	2 367 000
1957	2 687 000
1961	3 496 000
1965	4 543 000
1969	6 238 000
1972	12 365 000
1976	18 209 000
1980	24 168 000
1983	29 457 000
1987	30 295 000
1990	46 234 000
1994	50 450 000
1998	58 439 000
2002	62 727 000

Von dem Betrag für 2002 entfielen rd. 10,5 Millionen Euro auf Bayern.

Wahlkreis

1. Begriff

Der Wahlkreis ist bei der Bundestagswahl die regionale Einheit für die Mehrheitswahl. Das Wahlrecht beruht zwar in erster Linie auf einer Verhältniswahl, aber es sind doch starke Elemente der Mehrheitswahl enthalten, weshalb auch von einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gesprochen wird. Bei den Wahlkreisen handelt es sich um sogenannte Einpersonen-Wahlkreise, was bedeutet, dass in jedem Wahlkreis nur ein Bewerber direkt gewählt wird.

Die Bundesrepublik Deutschland war von 1990 bis 1998 in 328 (vorher 248) Wahlkreise eingeteilt, wovon 45 Bayern zugeordnet waren. Durch das Gesetz zur Neueinteilung der Wahlkreise für die Wahl zum Deutschen Bundestag vom 1. Juli 1998 (BGBl I S. 1698) gab es ab 2002 nur noch 299 Wahlkreise, wovon auf Bayern 44 entfielen. In diesen Wahlkreisen wurde jeweils mittels der Erststimmen der Wahlkreisabgeordnete gewählt. Gewählt ist, wer die relative Mehrheit, also die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Ab 2005 wurden Bayern wieder 45 Wahlkreise zugeordnet.

2. Einteilung

Die Wahlkreiseinteilung ist Bestandteil des Bundeswahlgesetzes. Die Beschreibung der Wahlkreiseinteilung Bayerns zur Bundestagswahl 2005 ist im Anhang dieses Heftes abgedruckt. Das Schaubild 1 zeigt die Wahlkreiskarte Bayerns, Tabelle 1 enthält Angaben zur Größe der bayerischen Wahlkreise.

Der für 2005 gültigen Wahlkreiseinteilung wurde die Zahl der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002 zugrunde gelegt. Bei der

zeit 299 Wahlkreisen im Wahlgebiet entfielen auf einen Wahlkreis durchschnittlich 251 467 Einwohner.

Die folgende Übersicht zeigt die Aufteilung der 299 Wahlkreise zum 16. Deutschen Bundestag auf die 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland.

Deutsche Bevölkerung und Wahlkreise nach Bundesländern

Land	Deutsche Bevölkerung am 31.12.2002	Anzahl der Wahlkreise	Deutsche Bevölkerung je Wahlkreis	Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl in %
Baden-Württemberg	9 363 582	37	253 070	0,6
Bayern	11 213 341	45	249 185	- 0,9
Berlin	2 947 651	12	245 638	- 2,3
Brandenburg	2 515 614	10	251 561	0,0
Bremen	579 464	2	289 732	15,2
Hamburg	1 473 687	6	245 615	- 2,3
Hessen	5 386 132	21	256 482	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 707 084	7	243 869	- 3,0
Niedersachsen	7 442 421	29	256 635	2,1
Nordrhein-Westfalen	16 096 568	64	251 509	0,0
Rheinland-Pfalz	3 746 017	15	249 734	- 0,7
Saarland	974 789	4	243 697	- 3,1
Sachsen	4 233 701	17	249 041	- 1,0
Sachsen-Anhalt	2 500 189	10	250 019	- 0,6
Schleswig-Holstein	2 663 081	11	242 098	- 3,7
Thüringen	2 345 408	9	260 601	3,6
Bundesgebiet	75 188 729	299	251 467	x

3. In Bayern trafen nach dem Stand vom 31. Dezember 2002 auf einen Wahlkreis durchschnittlich 249 185 Deutsche Einwohner. Für das ganze Bundesgebiet lag dieser Durchschnitt mit 251 467 Einwohnern um 2 282 Einwohner höher.

Nach der Flächenangabe (Stand: 1. Januar 2002) war der Wahlkreis 242 Ansbach mit 3 041 km² der größte und der Wahlkreis 243 Erlangen mit 539 km² der kleinste. Die Wahlkreise 219 bis 222 der Stadt München (311 km²), die Wahlkreise 245 und 246 der Stadt Nürnberg (227 km²) und der Wahlkreis 253 Augsburg-Stadt (165 km²) wurden hier nicht berücksichtigt. Der Wahlkreis 243 Erlangen hat mit 26 Gemeinden die wenigsten Gemeinden aller Wahlkreise überhaupt. Im Wahlkreis 249 Bad Kissingen hingegen muss in 89 Gemeinden die Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl abgewickelt werden.

Deutsche Bevölkerung in Bayern nach Wahlkreisen

Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31.12.2002	Abweichung vom	
		Bundesdurchschnitt	Landesdurchschnitt
		in %	
214 Altötting	205 715	- 18,2	- 17,4
215 Erding-Ebersberg	221 423	- 11,9	- 11,1
216 Freising	243 954	- 3,0	- 2,1
217 Fürstenfeldbruck	296 119	17,8	18,8
218 Ingolstadt	300 052	19,3	20,4
219 München-Nord	227 741	- 9,4	- 8,6
220 München-Ost	246 561	- 2,0	- 1,1
221 München-Süd	223 493	- 11,1	- 10,3
222 München-West/Mitte	243 307	- 3,2	- 2,4
223 München-Land	270 419	7,5	8,5
224 Rosenheim	276 094	9,8	10,8
225 Starnberg	301 678	20,0	21,1

Noch: Deutsche Bevölkerung in Bayern nach Wahlkreisen

Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31.12.2002	Abweichung vom	
		Bundes- durchschnitt	Landes- durchschnitt
		in %	
226 Traunstein	249 356	- 0,8	0,1
227 Weilheim	302 059	20,1	21,2
228 Deggendorf	191 979	- 23,7	- 23,0
229 Landshut	296 775	18,0	19,1
230 Passau	226 694	- 9,9	- 9,0
231 Rottal-Inn	199 653	- 20,6	- 19,9
232 Straubing	211 932	- 15,7	- 14,9
233 Amberg	269 001	7,0	8,0
234 Regensburg	285 982	13,7	14,8
235 Schwandorf	267 190	6,3	7,2
236 Weiden	215 547	- 14,3	- 13,5
237 Bamberg	213 920	- 14,9	- 14,2
238 Bayreuth	200 488	- 20,3	- 19,5
239 Coburg	199 739	- 20,6	- 19,8
240 Hof	226 887	- 9,8	- 8,9
241 Kulmbach	213 062	- 15,3	- 14,5
242 Ansbach	300 576	19,5	20,6
243 Erlangen	209 706	- 16,6	- 15,8
244 Fürth	298 964	18,9	20,0
245 Nürnberg-Nord	215 852	- 14,2	- 13,4
246 Nürnberg-Süd	223 501	- 11,1	- 10,3
247 Roth	275 834	9,7	10,7
248 Aschaffenburg	220 611	- 12,3	- 11,5
249 Bad Kissingen	275 522	9,6	10,6
250 Main-Spessart	243 293	- 3,3	- 2,4
251 Schweinfurt	243 591	- 3,1	- 2,2
252 Würzburg	267 749	6,5	7,4
253 Augsburg-Stadt	237 419	- 5,6	- 4,7
254 Augsburg-Land	295 085	17,3	18,4
255 Donau-Ries	235 097	- 6,5	- 5,7
256 Neu-Ulm	286 472	13,9	15,0
257 Oberallgäu	261 848	4,1	5,1
258 Ostallgäu	295 401	17,5	18,5
Bayern	11 213 341	x	x
Bayern je Wahlkreis	249 185	- 0,9	x
je Bundeswahlkreis	251 467	x	x

Der Wahlkreis 227 Weilheim hatte mit 302 059 Einwohnern die größte und der Wahlkreis 228 Deggendorf mit 191 979 Einwohnern die kleinste Bevölkerungszahl. Der Unterschied zwischen höchster und niedrigster Einwohnerzahl je Bundeswahlkreis (zwischen Weilheim und Deggendorf) betrug somit 110 080 Einwohner.

Bei 16 der 45 Wahlkreise ergab sich eine Abweichung vom Landesdurchschnitt um weniger als 10 %. Bei 23 Wahlkreisen zeigte sich eine Abweichung vom Landesdurchschnitt von 10 bis unter 20 %. Lediglich in sechs Wahlkreisen ergab sich eine Abweichung von 20 bis 23%.

Die im Bundesgebiet festgestellte durchschnittliche Einwohnerzahl je Wahlkreis betrug - wie erwähnt - 251 467 Einwohner. Demgegenüber waren 26 bayerische Wahlkreise kleiner und 19 Wahlkreise größer als im Durchschnitt.

Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG darf die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise im ganzen Bundesgebiet nicht mehr als 25 vom Hundert nach oben oder unten betragen.

4. Wahlkreiseinteilung und Wahlergebnis zur Bundestagswahl 2002

Von den für die Bundestagswahl 2002 zugeteilten 44 Wahlkreisen in Bayern erhielt die CSU bei der Bundestagswahl 2002 die Erststimmenmehrheit in 43 Wahlkreisen und die SPD in einem Wahlkreis.

5. Bayerns Wahlkreise nach der verwaltungsmäßigen Zusammensetzung

Für die Bundestagswahl 2005 wurden Bayern - wie schon in den Wahljahren 1980 bis 1998 - wieder 45 Wahlkreise zugeordnet.

Es mussten die kreisfreien Städte München und Nürnberg sowie die sechs Landkreise Aichach-Friedberg, Augsburg, Bamberg, Forchheim, Starnberg und Unterallgäu.

zur Wahlkreisbildung durchschnittlich werden.

Nachstehende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der Bundeswahlkreise Bayerns aus kreisfreien Städten und Landkreisen (untergliedert nach Regierungsbezirken) nach den vorgenommenen Änderungen der Wahlkreiseinteilung 2005.

Zusammensetzung der Bundeswahlkreise Bayerns aus kreisfreien Städten und Landkreisen

Der Wahlkreis besteht aus folgenden Verwaltungsbezirken								Anzahl der Wahl- kreise	davon im Regierungsbezirk							
Kreisfreie Städte			Landkreise						Ober- bayern	Nieder- bayern	Ober- pfalz	Ober- franken	Mittel- franken	Unter- franken	Schwaben	
1 Teil	1	2	1 Teil	2 Teile	1	2	3									
–	–	–	–	–	–	–	x	2	1	–	–	–	–	–	1	–
–	–	–	–	–	–	–	x	10	5	2	1	–	1	–	1	–
–	x	–	–	–	–	–	x	11	1	2	2	2	2	–	1	1
x	–	–	–	–	–	–	–	5	4	–	–	–	1	–	–	–
–	–	–	x	–	x	–	–	1	1	–	–	–	–	–	–	–
–	x	–	–	–	x	–	–	6	1	1	1	–	1	–	2	–
–	–	–	x	–	–	x	–	4	1	–	–	1	–	–	–	2
–	x	–	–	x	–	–	–	1	–	–	–	1	–	–	–	–
x	x	–	–	–	–	–	–	1	–	–	–	–	1	–	–	–
–	x	–	x	–	–	–	–	2	–	–	–	1	–	–	–	1
–	–	–	–	x	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–	1
–	–	x	x	–	x	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–	1
–	–	–	–	–	–	–	–	45	14	5	4	5	6	–	5	6

6. Wahlkreise mit höchsten oder niedrigsten Erststimmenabständen 2002

Die Erststimmenabstände der Gewählten zu ihren stimmenstärksten Mitbewerbern waren zum Teil gering, zum Teil aber auch beträchtlich.

Entscheidend ist dabei wegen der unterschiedlichen Größe der Wahlkreise der Abstand in Prozentpunkten, nicht die absolute Zahl der Erststimmen.

Wahlkreis	Partei des gewählten Bewerbers	Erststimmenabstand zum zweitstärksten Bewerber	
		Anzahl	%-Punkte
Höchster Erststimmenabstand nach %-Punkten			
232 Straubing	CSU	73 905	55,7
231 Rottal-Inn	CSU	68 362	55,3
226 Traunstein	CSU	80 610	49,0
Niedrigster Erststimmenabstand nach %-Punkten			
219 München-Nord	SPD	348	0,2
221 München-Süd	CSU	4 722	2,9
222 München-West/Mitte	CSU	5 765	3,3

Wahlkreisbewerber

siehe Wahlvorschlag

Wahlkreiskommission

Die vom Bundespräsidenten ernannte ständige Wahlkreiskommission besteht aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamts, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts und fünf weiteren Mitgliedern. Die Wahlkreiskommission hat die Aufgabe, über Änderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu berichten und darzulegen, ob und ggf. welche Änderungen der Wahlkreiseinteilung sie mit Hinblick darauf für erforderlich hält. Sie kann in ihrem Bericht auch aus anderen Gründen Änderungsvorschläge machen. Bei ihren Vorschlägen zur Wahlkreiseinteilung hat sie folgende Grundsätze zu beachten:

1. Die Ländergrenzen sind einzuhalten.
2. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern muß deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
3. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.
4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
5. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Die maßgeblichen Bevölkerungszahlen betreffen die deutschen Staatsbürger. Dem letzten Bericht der Wahlkreiskommission lag die Zahl der deutschen Wohnbevölkerung vom 31. Dezember 2002 zugrunde. Der Bericht der Wahlkreiskommission ist dem Bundesministerium des Innern innerhalb von 15 Monaten nach dem ersten Zusammentritt des Deutschen Bundestags zuzuleiten. Der Bundesminister des Innern leitet ihn unverzüglich dem Bundestag zu und veröffentlicht ihn im Bundesanzeiger. Auf Ersuchen des Bundesministers des Innern hat die Wahlkreiskommission einen ergänzenden Bericht zu erstatten. Die Wahlkreiskommission stellte fest, dass auf Bayern 44,592 (= 45 Wahlkreismandate) der 299 Wahlkreismandate entfallen.

Nach den aktuellsten bis auf Gemeindeebene zur Verfügung stehenden Bevölkerungszahlen beträgt die Abweichung vom Bevölkerungsdurchschnitt aller 299 Wahlkreise bei 57 Wahlkreisen mehr als 15 %; davon weichen 20 Wahlkreise um mehr als 20 % von der durchschnittlichen deutschen Bevölkerungszahl ab. Kein Wahlkreis überschreitet die gesetzlich zwingende Neueinteilungsgrenze von 25 %. 19 der 45 Wahlkreise mit derart erheblichen Abweichungen lagen in Bayern, darunter einer mit über 24 % Abweichung. Da die Wahlkreiskommission gemäß der obigen Nr. 3 bei Abweichungen von mehr als 15 % vom Mittel Vorschläge zur Verminderung dieser Wahlungleichheit gemacht hat, hat der Bundestag, der über die Änderungen in der Wahlkreiseinteilung beschließt, aus den Abweichungen von mehr als 15 % sich ergebende Bevölkerungsungleichgewichte teilweise belassen bzw. Änderungen vorgenommen.

Wahlkreisvorschlag

siehe Wahlvorschlag

Wahlordnung

siehe Bundeswahlordnung

Wahlorgane

1. Gliederung der Wahlorgane

Wahlorgane sind

- der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuss für das Wahlgebiet,
- ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuss für jedes Land,
- ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuss für jeden Wahlkreis,
- ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und mindestens
- ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlresultates.

Wie viele Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltag feststellen zu können, bestimmt der Kreiswahlleiter. Für mehrere benachbarte Wahlkreise kann ein gemeinsamer Kreiswahlleiter bestellt und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuss gebildet werden; die Anordnung trifft der Landeswahlleiter. Zur Feststellung des Briefwahlresultates können Wahlvorsteher und Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für jeden Kreis innerhalb des Wahlkreises eingesetzt werden; die Anordnung trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle.

2. Bildung der Wahlorgane

Der Bundeswahlleiter und sein Stellvertreter werden vom Bundesministerium des Innern, die Landeswahlleiter, Kreiswahlleiter und Wahlvorsteher sowie ihre Stellvertreter von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle ernannt. In Bayern werden die Kreiswahlleiter von den Regierungen ernannt, die Wahlvorsteher von den Gemeinden.

Die Wahlausschüsse bestehen aus dem Wahlleiter (Vorsitzender) und sechs (Bundeswahlausschuss seit 1990 aus acht) von ihm berufenen Wahlberechtigten (Beisitzer). Die Wahlvorstände bestehen aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und weiteren drei bis sieben vom Wahlvorsteher berufenen Wahlberechtigten als Beisitzer; die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann anordnen, dass die Beisitzer des Wahlvorstands von der Gemeindebehörde und die Beisitzer des Wahlvorstands zur Feststellung des Brief-

wahlergebnisses vom Kreiswahlleiter, im Fall der gemeindeweisen Ermittlung der Briefwahlergebnisse (z. B. in Bayern) von der Gemeindebehörde oder von der Kreisverwaltungsbehörde berufen werden. Niemand darf in mehr als einem Wahlorgan Mitglied sein. Wahlbewerber, Vertrauenspersonen für Wahlvorschläge und deren Stellvertreter dürfen nicht zu Mitgliedern eines Wahlorgans bestellt werden.

3. Ehrenämter

Die Beisitzer der Wahlausschüsse und die Mitglieder der Wahlvorstände üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Zur Übernahme dieses Ehrenamts ist jeder Wahlberechtigte verpflichtet. Das Ehrenamt darf nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.

4. Aufgaben der Wahlorgane

Bundewahlleiter

Bundewahlleiter ist **Johann Hahlen**, Präsident des Statistischen Bundesamts, Stellvertreter ist **Hermann Glaab**, Direktor beim Statistischen Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon (0611) 75-1.

- Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl,
- Aufforderung, Wahlberechtigte als Beisitzer und ihre Stellvertreter für den Bundeswahlausschuss vorzuschlagen,
- Berufung der Beisitzer und ihrer Stellvertreter für den Bundeswahlausschuss,
- Vorsitz im Bundeswahlausschuss,
- Entgegennahme und Vorprüfung der Anzeige zur Beteiligung an der Wahl derjenigen Vereinigungen als Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren,
- Einladungen zu Sitzungen des Bundeswahlausschusses,
- Bekanntgabe der Entscheidung des Bundeswahlausschusses, welche Vereinigungen als Partei für die Wahl anerkannt worden sind und welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren,
- Überwachung der Entscheidungen der Kreiswahlausschüsse über die Zulassung oder Zurückweisung von Kreiswahlvorschlägen mit dem Recht der Beschwerdeerhebung beim Landeswahlleiter,
- Entgegennahme und Prüfung der Beschwerden gegen die Entscheidungen der Landeswahlausschüsse,
- Entgegennahme und Vorprüfung der Erklärungen über die Nichtverbindung von Landeslisten,
- Überprüfung der Wahlbewerber auf unzulässige Doppelkandidaturen und Erstellung eines Verzeichnisses der Wahlbewerber,
- Ermittlung und Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses im Wahlgebiet,
- Vorbereitung der abschließenden Feststellung des endgültigen Ergebnisses der Landeslistenwahl durch den Bundeswahlausschuss,
- Mitteilung der über die Landeslisten Gewählten an die Landeswahlleiter,
- Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses im Wahlgebiet,
- Erfassung der eingetragenen wahlberechtigten Deutschen im Ausland nach § 18 Abs. 5 BWO,
- Versand der Anlage 2 BWO,
- Beschaffung von Vordrucken.

Bundewahlausschuss

- Feststellung, welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvor-

schläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind,

- Feststellung, welche Vereinigungen, die bis zum 90. Tag vor der Wahl ihre Beteiligung angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind,
- Entscheidung darüber, welche Vereinigungen, die bis zum 90. Tag vor der Wahl ihre Beteiligung angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind,
- Entscheidung über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste,
- Entscheidung über die Erklärungen über den Ausschluss von der Listenverbindung,
- Abschließende Feststellung des Ergebnisses der Landeslistenwahl im Wahlgebiet.

Landeswahlleiter

Landeswahlleiterin des Freistaates Bayern ist **Vizepräsidentin Brigitta Brunner**, Stellvertreter ist **Erich Tassoti**, beide Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Neuhauser Straße 8, 80331 München, Telefon (089) 2119-0.

- Aufforderung, Beisitzer für den Landeswahlausschuss vorzuschlagen,
- Bildung des Landeswahlausschusses,
- Vorsitz im Landeswahlausschuss,
- Aufforderung zur Einreichung von Landeslisten,
- Beschaffung von Formblättern und Vordrucken,
- Entgegennahme und Vorprüfung der Landeslisten,
- Überprüfung der Wahlbewerber auf unzulässige Doppelkandidaturen,
- Kontrolle der Entscheidungen des Landeswahlausschusses über die Zulassung von Landeslisten mit dem Recht der Beschwerde an den Bundeswahlausschuss,
- Bekanntmachung der zugelassenen Landeslisten,
- Reihenfolge der zugelassenen Landeslisten und die Namen der ersten fünf Bewerber jeder Landesliste den Kreiswahlleitern mitteilen,
- Wahlhandlung beobachten und sich für Anfragen anderer Wahlorgane bereithalten,
- Ermittlung und Bekanntgabe der vorläufigen Stimmenergebnisse im Land,
- Vorbereitung der endgültigen Feststellung des Stimmenergebnisses der Landeslistenwahl durch den Landeswahlausschuss,
- dem Bundeswahlleiter eine Ausfertigung der Niederschrift des Landeswahlausschusses sowie eine Zusammenstellung des endgültigen Ergebnisses in den Wahlkreisen des Landes zu übersenden,
- Benachrichtigung der nach Landeslisten Gewählten,
- Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses im Land,
- Überprüfung der Wahl im Land auf ihre Ordnungsmäßigkeit mit dem Recht des Einspruchs im Wahlprüfungsverfahren,
- Bestimmung des Tages einer etwaigen Nach-, Wiederholungs- oder Ersatzwahl,
- Berufung von Listennachfolgern.

Landeswahlausschuss

- Entscheidungen über die Zulassung der Landeslisten,
- den Namen von Parteien oder den Kurzbezeichnungen von Parteien (falls erforderlich) Unterscheidungsbezeichnungen begeben,
- Entscheidung über Beschwerden gegen die Zulassung oder Zurückweisung von Kreiswahlvorschlägen,
- Feststellung des endgültigen Stimmenergebnisses der Landeslistenwahl im Land.

Kreiswahlleiter

- Bildung des Kreiswahlausschusses,
- Aufforderung zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen
- Leitung der Sitzungen des Kreiswahlausschusses und deren Vorbereitung,
- Mitwirkung bei der Einteilung der Wahlbezirke,
- Beschaffung der Stimmzettel, Vordrucke und Formblätter,
- Entgegennahme und Vorprüfung der Kreiswahlvorschläge,
- Mitteilung der eingereichten Kreiswahlvorschläge an den Landeswahlleiter und den Bundeswahlleiter,
- Aufforderung an die Vertrauensperson, behebbare Mängel zu beseitigen,
- Einberufung des Kreiswahlausschusses bei Anruf durch die Vertrauensperson eines Wahlvorschlags gegen Verfügungen des Kreiswahlleiters im Mängelbeseitigungsverfahren,
- Übersendung der Sitzungsniederschrift über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge mit Hinweis auf bedenklich erscheinende Entscheidungen des Kreiswahlausschusses,
- Beschwerderecht gegen Beschluss des Kreiswahlausschusses,
- Bekanntmachung der zugelassenen Kreiswahlvorschläge,
- Vereinigung kleinerer Gemeinden und Gemeindeteile zu einem Wahlbezirk,
- Entscheidung über Beschwerden gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses oder die Versagung eines Wahlscheins,
- Verständigung aller Wahlvorstände des Wahlkreises, wenn ein Wahlberechtigter, der bereits einen Wahlschein erhalten hat, im Wählerverzeichnis nachträglich gestrichen wurde,
- die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 a Abs. 3 Nr. 1 a in Verbindung mit Absatz 1 Nr. 1 BWG,
- Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses im Wahlkreis und Mitteilung an den Landeswahlleiter,
- Vorbereitung der endgültigen Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis durch den Kreiswahlausschuss,
- Benachrichtigung des im Wahlkreis gewählten Bewerbers und Verständigung des Landeswahlleiters, des Bundeswahlleiters und des Präsidenten des Deutschen Bundestags über die Annahme oder Ablehnung der Wahl,
- Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses im Wahlkreis.

Außerdem Aufgaben bei der Briefwahl (soweit beim Kreiswahlleiter eingerichtet):

- Bildung der Briefwahlvorstände,
- Bekanntgabe von Ort und Zeit des Zusammentritts der Briefwahlvorstände,
- Verpflichtung der Wahlvorsteher; Unterrichtung der Briefwahlvorstände,
- Bereitstellung und Ausstattung des Auszählungsraumes,
- Kontrolle des Eingangs der Wahlbriefe,
- Ordnung der Wahlbriefe, Verteilung auf die Briefwahlvorstände,
- Übernahme des Wahlergebnisses der Briefwahl in das Wahlergebnis des Wahlkreises.

Kreiswahlausschuss

- Entscheidungen über Verfügungen des Kreiswahlleiters zur Beseitigung von Mängeln an Kreiswahlvorschlägen,
- Entscheidung über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge,
- Nachprüfung der Entscheidungen der Wahlvorstände in den Wahlbezirken,
- Feststellung, welche Zweitstimmen ausnahmsweise nach § 6 Abs. 1 S. 2 BWG unberücksichtigt bleiben und bei welchen Landeslisten sie abzusetzen sind,
- Feststellung der Stimmenergebnisse im Wahlkreis und welcher Bewerber als Wahlkreisabgeordneter gewählt ist.

Wahlvorsteher

- Bestellung des Schriftführers und dessen Stellvertreter,
- Verpflichtung der Mitglieder zur unparteiischen Wahrnehmung des Amtes und zur Verschwiegenheit,
- Eröffnung und Beendigung der Wahlhandlung,
- Leitung der Stimmabgabe,
- Berichtigung des Wählerverzeichnisses,
- Abschluss der Niederschrift,
- Bekanntgabe des Wahlergebnisses,
- Meldung des im Wahlbezirk festgestellten Wahlergebnisses,
- Abwicklung sonstiger Wahlgeschäfte.

Wahlvorstand

- Überwachung der Wahlhandlung im Allgemeinen,
- Wahrung der Geheimhaltung der Wahl, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Wahlraum,
- Beschlussfassung über Zulassung oder Zurückweisung eines Wählers,
- Entscheidung über die Gültigkeit der Stimmzettel und Stimmen,
- Entscheidung über alle Anstände bei der Wahlhandlung und Stimmenzählung,
- Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk.

Wahlperiode

Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode (=Legislaturperiode) endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestags. Die Neuwahl findet frühestens 46, spätestens 48 Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Fall einer Auflösung des Bundestags findet die Neuwahl innerhalb von 60 Tagen statt (siehe Wahltermin). Der Bundestag tritt spätestens am 30. Tag nach der Wahl zusammen. Diese Bestimmung des Art. 39 GG galt erstmals für die Wahl 1980. Durch die Möglichkeit, bereits 46 Monate nach Beginn der Wahlperiode (= erster Zusammentritt des Bundestags) die Neuwahl abzuhalten, und durch die Beendigung der Wahlperiode bereits mit dem ersten Zusammentritt des neuen Bundestags, der spätestens 30 Tage nach der Wahl stattfinden muss, kann eine Wahlperiode um mehr als zwei Monate der Regelzeit von vier Jahren verkürzt werden. Da die erste Sitzung des am 22. September 2002 gewählten Deutschen Bundestags am 17. Oktober 2002 (= Beginn der 15. Wahlperiode) stattfand, hätte die Neuwahl des neuen Bundestags zwischen dem 17. August 2006 und dem 17. Oktober 2006 zu erfolgen.

Der Bundespräsident hat jedoch mit Anordnung vom 21. Juli 2005 den 15. Deutschen Bundestag nach Art. 68 Abs. 1 GG aufgelöst und mit einer weiteren Anordnung gemäß § 16 BWG den 18. September 2005 als Termin für die Neuwahl bestimmt. Die Wahlperioden 1 bis 5 und 7 dauerten vom ersten Zusammentritt des Bundestags genau vier Jahre. Seit der 8. Wahlperiode beginnt die Legislaturperiode mit dem ersten Zusammentritt des Deutschen Bundestags und endet mit dem Zusammentritt des neuen Bundestags.

Die Wahlperioden des Deutschen Bundestags 1949 bis 2005

Wahlperiode	Wahltag	Dauer der Wahlperiode		Parlamentslose Zeit Tag(e)
		Konstituierung des Bundestags (1. Sitzung)	Ende der Wahlperiode	
1.	14.08.1949	07.09.1949	07.09.1953	28
2.	06.09.1953	06.10.1953	06.10.1957	8
3.	15.09.1957	15.10.1957	15.10.1961	1
4.	17.09.1961	17.10.1961	17.10.1965	1
5.	19.09.1965	19.10.1965	19.10.1969	–
6.	28.09.1969	20.10.1969	22.09.1972 ¹⁾	82

Noch: Die Wahlperioden des Deutschen Bundestags 1949 bis 2005

Wahlperiode	Wahltag	Dauer der Wahlperiode		Parlamentslose Zeit Tag(e)
		Konstituierung des Bundestags (1. Sitzung)	Ende der Wahlperiode	
7.	19.11.1972	13.12.1972	13.12.1976	–
8.	03.10.1976	14.12.1976	04.11.1980	–
9.	05.10.1980	04.11.1980	29.03.1983 ²⁾	–
10.	06.03.1983	29.03.1983	18.02.1987	–
11.	25.01.1987	18.02.1987	20.12.1990	–
12.	02.12.1990	20.12.1990	10.11.1994	–
13.	16.10.1994	10.11.1994	26.10.1998	–
14.	27.09.1998	26.10.1998	17.10.2002	–
15.	22.09.2002	17.10.2002	... ³⁾	–
16.	18.09.2005	*	... ⁴⁾	–

¹⁾ Anordnung über die Auflösung des 6. Deutschen Bundestags vom 22.09.1972 (BGBl I S. 1833).- ²⁾ Anordnung über die Auflösung des 9. Deutschen Bundestags vom 06.01.1983 (BGBl I S. 1).- ³⁾ Anordnung über die Auflösung des 15. Deutschen Bundestags vom 21.07.2005 (BGBl I S. 2169).- ⁴⁾ Die Wahlperiode endet mit dem ersten Zusammentritt eines neuen Bundestags.

Quelle: Bundeswahlleiter.

Wahlpflicht

In der Bundesrepublik Deutschland besteht keine gesetzliche Wahlpflicht. Anders ist dies beispielsweise in Belgien, Griechenland und Luxemburg. Bei nicht genügender Begründung für das Fernbleiben von der Wahl kann dort eine Geldbuße verhängt werden. Nach der deutschen Auffassung würde die Wahlpflicht der Wahlfreiheit zuwiderlaufen.

Wahlprüfung

Die Wahlprüfung bei Bundestagswahlen ist Sache des Bundestags (Art. 41 Abs. 1 GG und § 49 BWG). Die Prüfung der Wahlunterlagen unmittelbar nach der Wahl durch die Kreiswahlleiter und den Landeswahlleiter wird verschiedentlich ebenfalls als Wahlprüfung bezeichnet. Diese Art von Wahlprüfung ist hier aber nicht gemeint, sondern die eigentliche Wahlprüfung durch den Bundestag, die mit der Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl endet. Sie berücksichtigt die Einsprüche gegen die Wahl; die Entscheidung des Plenums des Deutschen Bundestags wird durch den Wahlprüfungsausschuss vorbereitet. Gegen die Entscheidung des Bundestags ist Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht innerhalb von zwei Monaten zulässig (siehe Rechtsgrundlagen).

Wahlraum

Die Gemeindebehörde bestimmt für jeden Wahlbezirk einen Wahlraum. Soweit möglich, stellen die Gemeinden Wahlräume in Gemeindegebäuden zur Verfügung. In jedem Wahlraum richtet die Gemeindebehörde eine oder mehrere Wahlzellen mit Tischen ein, in denen der Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen und falten kann.

Wahlrecht

Aktives Wahlrecht

Aktives Wahlrecht bedeutet das Recht, wählen zu dürfen.

1. Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens

drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und nicht nach § 13 BWG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

2. Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch diejenigen Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG, die am Wahltag

a) als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes,

b) in Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten des Europarates leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben,

c) in anderen Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben und seit dem Fortzug nicht mehr als 25 Jahre verstrichen sind. Entsprechendes gilt für Seeleute auf Schiffen, die nicht die Bundesflagge führen, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes.

Ausübung des Wahlrechts

Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Wahlkreis, in welchem der Wahlschein ausgestellt ist,

- durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder

- durch Briefwahl

teilnehmen.

Jeder Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben.

Anzahl der Wahlberechtigten

(siehe Wahlberechtigte)

Passives Wahlrecht

Passives Wahlrecht bedeutet das Recht, gewählt zu werden.

Wählbar ist, wer am Wahltag

- Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG ist und
- das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Nicht wählbar ist

- wer vom Wahlrecht ausgeschlossen ist (§ 13 BWG),
- wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder
- wer, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG ist und diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (BGBl I S. 65) erlangt hat.

Wahlrechtsgrundsätze

siehe Wahlgrundsätze/Wahlsystem

Wahlschein

Jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag aus irgendeinem wichtigen Grund sein Wahllokal nicht aufsuchen kann, erhält auf Antrag von seiner Gemeindebehörde einen Wahlschein. Der Inhaber eines Wahlscheins hat das Recht, in jedem beliebigen Wahllokal seines Wahlkreises seine Stimmen abzugeben. Der Wahlschein ist auch wichtiger Bestandteil der Briefwahlunterlagen.

Ein Wahlberechtigter, der nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein

- wenn er nachweist, dass er ohne Verschulden die Antragsfrist auf Eintragung in das Wählerverzeichnis oder die Einspruchsfrist gegen das Wählerverzeichnis versäumt hat,
- wenn sein Recht auf Teilnahme an der Wahl erst nach Ablauf der geltenden Fristen entstanden ist,
- wenn sein Wahlrecht im Einspruchsverfahren festgestellt worden und die Feststellung erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses zur Kenntnis der Gemeindebehörde gelangt ist.

Während die Möglichkeit, mit Wahlschein zu wählen bei jeder bisherigen Wahl gegeben war, besteht die Briefwahl erst seit 1957.

Bei der Bundestagswahl 1949 galt ein in Bayern ausgestellter Wahlschein nur in Bayern; die zweite Bundestagswahl 1953 ließ die Möglichkeit der Ausnutzung eines Wahlscheines über die Ländergrenzen hinweg zu, wodurch in Bayern mehr Wahlscheine eingenommen wurden (8,1 %) als ausgegeben worden waren. Seit der Bundestagswahl 1957 hatten die Wahlscheine (mit und ohne Briefwahlunterlagen) nur in dem Wahlkreis Gültigkeit, in dem der Wähler in das Wählerverzeichnis eingetragen war.

Die Ausgabe von Wahlscheinen erfolgt nach der Zulassung der Wahlvorschläge, das ist frühestens am 58. Tag vor der Wahl, und ist bis zum 2. Tag vor der Wahl, 18.00 Uhr, möglich. Beantragte Briefwahlunterlagen können erst ausgegeben werden, wenn die gedruckten Stimmzettel vorliegen. In besonderen Ausnahmefällen können Wahlberechtigte einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen noch am Wahltag, bis 15.00 Uhr, beantragen.

2002 beteiligten sich in Bayern 5 595 Wähler (0,3 % der Wahlscheinwähler) mit Wahlschein an der Urnenwahl und 1 681 337 Wähler (22,7 % aller Wähler) mit Wahlschein an der Briefwahl.

Wahlscheinwähler und Briefwähler

Wahljahr	Wahlberechtigte mit Wahlschein	Wahlscheinwähler		Briefwähler	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1957	326 972	41 850	12,8	256 958	78,6
1961	381 035	34 466	9,0	322 997	84,8
1965	464 586	28 692	6,2	408 320	87,9
1969	469 168	24 132	5,1	420 565	89,6
1972	591 507	16 339	2,8	548 801	92,8
1976	766 894	16 285	2,1	716 748	93,5
1980	986 233	10 073	1,0	931 486	94,4
1983	849 234	14 283	1,7	799 178	94,1
1987	893 415	12 860	1,4	844 706	94,5
1990	858 526	9 056	1,1	806 576	93,9
1994	1 025 406	6 869	0,7	974 700	95,1
1998	1 498 318	7 295	0,5	1 430 378	95,5
2002	1 742 979	5 595	0,3	1 681 337	96,5

Der Anteil der wirkungslosen Wahlbriefe, also derjenigen Wahlbriefe, die zurückgewiesen werden mussten, die verspätet eingegangen sind oder die überhaupt nicht abgegeben wurden, ist von Wahljahr zu Wahljahr geringer geworden.

Während 1957 noch 8,6 % der ausgegebenen Wahlbriefe nicht gewertet werden konnten und somit wirkungslos blieben, waren es 2002 3,2 %.

Die Entwicklung der wirkungslosen Wahlbriefe kann aus nachstehender Übersicht entnommen werden.

Wahljahr	Ausgegebene Wahlscheine	Wirkungslose Wahlbriefe	
		Anzahl	%
1957	326 972	28 164	8,6
1961	381 035	23 572	6,2
1965	464 586	27 574	5,9
1969	469 168	24 471	5,2
1972	591 507	26 367	4,5
1972	591 507	26 367	4,5
1976	766 894	33 861	4,4
1980	986 233	44 674	4,5
1983	849 234	35 773	4,2
1987	893 415	35 849	4,0
1990	858 526	42 894	5,0
1994	1 025 406	43 837	4,3
1998	1 498 318	60 645	4,0
2002	1 742 979	56 047	3,2

In Bayern hatten 1 742 979 Wahlberechtigte Wahlscheine, meist mit Briefwahlunterlagen, beantragt, d. s. 19,2 % aller Wahlberechtigten.

Wahlstatistik

Die Statistischen Landesämter bzw. das Statistische Bundesamt haben das Ergebnis der Wahlen zum Deutschen Bundestag statistisch zu bearbeiten. Darüber hinaus haben sie für die vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern bestimmten Wahlbezirke, in denen mit besonders gekennzeichneten Stimmzetteln gewählt wird, Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und der Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen. Dies ist ausdrücklich vom Gesetzgeber bestimmt.

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen werden durch die Statistik einer eingehenden Analyse unterzogen. Hauptgegenstand der Wahlstatistik sind einmal die Untersuchung, wie sich die gültigen Stimmen auf die Parteien im Land und regional gegliedert (Gemeinden, Kreise, Wahlkreise, Regierungsbezirke) verteilen, zum anderen Feststellungen über Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung, Wahlscheinwähler, Nichtwähler, Falschwähler usw. Weiter werden in der Statistik die Ergebnisse z. B. nach Gemeindegrößenklassen dargestellt.

Sachbezogene Besonderheiten und allgemeine Zusammenhänge werden auch durch die statistische Bearbeitung ermittelt (z. B. welche Parteien werden von den Briefwählern bevorzugt, wo haben die Parteien ihre größte Anhängerschaft, Briefwähleranteil der Gemeinde usw.).

Auch die zeitliche Entwicklung dieser Aussagen wird durch die Heranziehung der Vergleichszahlen vorangegangener Wahlen sichtbar. Die Veränderungen im Gebietsstand werden ebenso berücksichtigt.

Sowohl die absoluten Zahlen als auch die Verhältniszahlen (Prozentzahlen) der einzelnen Wahljahre und Gebiete werden berechnet und dargestellt. Maßzahlen, Durchschnittszahlen, Trends usw. werden zur Verdeutlichung ermittelt. Veränderungen von Wahl zu Wahl werden aufgezeigt.

Zusätzliche Erkenntnisse werden durch die repräsentative Wahlstatistik gewonnen, die die Ergebnisse nach Geschlecht und nach Altersgruppen der Wahlberechtigten und Wähler aufgrund einer Stichprobenerhebung analysiert. Auch die Wahlbewerber und die Gewählten werden - getrennt nach Wahlvorschlägen - statistisch betrachtet.

Wahlsystem

Beim Bundestagswahlrecht handelt es sich um ein mit der Mehrheitswahl verbundenes Verhältniswahlrecht bzw. um eine Mischung von Personen- und Listenwahlrecht. So wird die Verteilung von 598 Abgeordnetensitzen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl bestimmt. Innerhalb dieser Verhältniswahl werden 299 Abgeordnete in Wahlkreisen über die Erststimme in relativer Mehrheitswahl und 299 Abgeordnete auf den den Parteien vorbehaltenen Landeslisten über die Zweitstimme in einer sogenannten Listenwahl gewählt. Bei den Landeslisten handelt es sich - im Gegensatz zum Bayerischen Landeswahlrecht - um starre Listen, wobei der Wähler die Reihenfolge der Bewerber, wie sie von der jeweiligen Partei festgelegt ist, nicht beeinflussen kann. Außerdem kann das Bundeswahlrecht ein Zweitstimmenwahlrecht genannt werden, weil dem Wähler zwei Stimmen zur Verfügung stehen. Die Zweitstimme ist ausschlaggebend für die Gesamtsitzverteilung der 598 Mandate auf die Parteien.

Mit der Erststimme wird der Wahlkreisabgeordnete (Direktwahl) gewählt. Landeslisten gleicher Parteien gelten grundsätzlich im Wahlgebiet für die Sitzverteilung als miteinander verbunden. Dies vereinfacht die Sitzverteilung; es kann den entsprechenden Parteien Vorteile, aber auch Nachteile bringen. Die Verteilung der Bundestagssitze auf die Parteien im Bund und dann deren Weiterverteilung auf die Länder erfolgt seit 1987 nach dem Proporzverfahren (siehe Proporzverfahren).

Wahltermin

1. Gesetzliche Bestimmungen

Nach Art. 39 GG wird der Bundestag auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestags. Die Neuwahl findet frühestens 46, spätestens 48 Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Fall einer Auflösung des Bundestags findet die Neuwahl innerhalb von 60 Tagen statt. Der Bundestag tritt spätestens am 30. Tag nach der Wahl zusammen. Der Wahltag muss ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sein.

2. Folge

Da die erste Sitzung des am 22. September 2002 gewählten Deutschen Bundestags am 17. Oktober 2002 (= Beginn der 15. Wahlperiode) stattfand, kann die Neuwahl des neuen Bundestags zwischen dem 17. August 2006 und dem 17. Oktober 2006 erfolgen.

3. Festlegung des Wahltags 2005

Am 21. Juli 2005 hat der Bundespräsident den 15. Deutschen Bundestag aufgelöst. Als Wahltag bestimmte er den 18. September 2005.

Wahlunterlagen (Aufbewahrung, Vernichtung)

Die Wählerverzeichnisse, die Wahlscheinverzeichnisse, die gültigen und ungültigen Stimmzettel usw. sind nach Ablauf von sechs Monaten seit der

Wahl zu vernichten, wenn nicht der Bundeswahlleiter mit Rücksicht auf ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren etwas anderes anordnet oder sie für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.

Die übrigen Wahlunterlagen können 60 Tage vor der Wahl des neuen Deutschen Bundestags vernichtet werden. Der Landeswahlleiter kann zulassen, dass die Unterlagen früher vernichtet werden, soweit sie nicht für ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren oder für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.

Wahlvergehen

Wahlvergehen sind die in den §§ 107 bis 108 d StGB mit Strafen bedrohten Handlungen, die sich gegen die rechtmäßige Durchführung von Wahlen und die freie Ausübung des Wahlrechts richten.

Insbesondere soll geahndet werden die Verletzung des Wahlgeheimnisses (mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren), die Behinderung der freien Wahl durch Wählernötigung (mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren, in besonders schweren Fällen bis zu 10 Jahren) und die Wählerbestechung zur Herbeiführung bestimmter Wahlentscheidungen (mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren).

Wahlvorbereitungsurlaub

Einem Bewerber um einen Sitz im Bundestag ist zur Vorbereitung seiner Wahl innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag auf Antrag Urlaub von bis zu zwei Monaten zu gewähren. Ein Anspruch auf Fortzahlung seiner Bezüge besteht für die Dauer der Beurlaubung nicht (Art. 48 GG, § 3 AbgG).

Wahlvorschlag

1. Aufstellung eines Wahlkreiskandidaten (Kreiswahlvorschlag)

Als Bewerber einer Partei kann in einem Kreiswahlvorschlag nur benannt werden, wer in einer Mitgliederversammlung zur Wahl eines Wahlkreisbewerbers oder in einer besonderen oder allgemeinen Vertreterversammlung hierzu gewählt worden ist (siehe Mitgliederversammlung).

In Landkreisen und kreisfreien Städten, die mehrere Wahlkreise umfassen, können die Bewerber für diejenigen Wahlkreise, deren Gebiet die Grenze des Landkreises oder der kreisfreien Stadt nicht durchschneidet, in einer gemeinsamen Mitglieder- oder Vertreterversammlung gewählt werden. Die Bewerber und die Vertreter für die Vertreterversammlungen werden in geheimer Abstimmung gewählt. Die Wahlen dürfen frühestens 32 Monate, für die Vertreterversammlungen frühestens 29 Monate nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestags stattfinden; dies gilt nicht, wenn die Wahlperiode vorzeitig endet.

Für die Aufstellung von Wahlbewerbern, die keine Parteibewerber sind, schreibt das BWG keine Versammlungen und geheimen Abstimmungen vor. Es genügt die Benennung eines Kandidaten und die Beibringung von 200 Unterschriften von Wahlberechtigten des Wahlkreises auf Formblättern für Unterstützungsunterschriften.

Beim Kreiswahlleiter (KWL) einzureichende Unterlagen

Lfd. Nr.	Gegenstand	Anlage ... der BWO ¹⁾
1	Kreiswahlvorschlag mit drei Unterschriften (Parteien: Unterschriften von drei Mitgliedern des Landesvorstands, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter; parteifreie Einzelbewerber: Unterschriften von drei der den Vorschlag unterstützenden mindestens 200 Wahlberechtigten des Wahlkreises)	13
2	Formblätter mit Unterstützungsunterschriften von mindestens 200 Wahlberechtigten ²⁾	14
3	Wahlrechtsbescheinigungen für die Unterzeichner der lfd. Nr. 1, soweit parteifrei, und der lfd. Nr. 2 (Bescheinigung auch auf Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift möglich)	14
4	Zustimmungserklärung des Bewerbers	15
5	Wählbarkeitsbescheinigung für den Bewerber	16
6	Niederschrift über die Aufstellung des Bewerbers	17
7	Versicherung an Eides statt für lfd. Nr. 6 (Leiter der Versammlung und zwei von dieser bestimmte Teilnehmer)	18

¹⁾ Der Vordruck bzw. die Vordrucke können kostenfrei vom KWL bezogen werden.- ²⁾ Dies entfällt für Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind.

2. Aufstellung einer Landesliste

Die Einreichung von Landeslisten ist den Parteien vorbehalten. Sie müssen vom Vorstand des Landesverbands oder, wenn Landesverbände nicht bestehen, von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände, die im Bereich des Landes liegen, unterzeichnet sein. Bei den Parteien, die im Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, müssen sie außerdem von 1 vom Tausend der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, jedoch höchstens von 2 000 Wahlberechtigten, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein.

Die Wahlberechtigung der einen Wahlvorschlag Unterstützenden muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei Einreichung der Landesliste nachzuweisen. Das Erfordernis zusätzlicher Unterschriften gilt nicht für Landeslisten von Parteien nationaler Minderheiten. Landeslisten müssen den Namen der einreichenden Partei und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese enthalten.

Die Namen der Bewerber müssen in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sein. Ein Bewerber kann nur in einem Land und hier nur in einer Landesliste vorgeschlagen werden. In einer Landesliste kann nur benannt werden, wer seine Zustimmung dazu schriftlich erklärt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich.

Bei der Landeswahlleiterin (LWL) einzureichende Unterlagen

Lfd. Nr.	Gegenstand	Anlage ... der BWO ¹⁾
1	Landesliste mit Unterschriften von drei Mitgliedern des Landesvorstands der Partei, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter	20
2	Formblätter mit Unterstützungsunterschriften ²⁾	21
3	Wahlrechtsbescheinigungen für die Unterzeichner der lfd. Nr. 2	21
4	Zustimmungserklärungen der Bewerber	22
5	Wählbarkeitsbescheinigungen für die Bewerber	16
6	Niederschrift über die Aufstellung der Landesliste	23
7	Versicherung an Eides statt für lfd. Nr. 6 (Leiter der Versammlung und zwei von dieser bestimmte Teilnehmer)	24

¹⁾ Der Vordruck bzw. die Vordrucke können kostenfrei vom LWL bezogen werden.- ²⁾ Dies entfällt für Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind.

Anmerkung: Die Anzeige der Beteiligung an der Wahl muss spätestens bis zum 90. Tag vor der Wahl beim Bundeswahlleiter (BWL) eingegangen sein.

Wahlvorstand

siehe Wahlorgane

Wahlvorsteher

siehe Wahlorgane

Weimarer Republik von 1919 bis 1933 und ihre Wahlergebnisse

Das Studium der Wahlergebnisse der Weimarer Republik erbringt auch heute noch interessante Erkenntnisse. In der entscheidenden Reichstags-

wahl im November 1932 brachte es die NSDAP - bei einem Rückgang ihrer Stimmen gegenüber der Vorwahl um 4,2 Prozentpunkte - auf 33,1 % der Stimmen, während die SPD und das Zentrum zusammen mit der Bayerischen Volkspartei 35,4 % der Stimmen erhielten. Dem Stimmenanteil der später mit Hitler koalierenden DNVP mit 8,3 % standen die liberalen Parteien (DStP und DVP) und alle sonstigen Parteien - unter Außerachtlassung der KPD (16,9 %) - mit zusammen 6,3 % gegenüber.

Nach dem Wahlergebnis hätte Deutschland eine Machtergreifung durch Hitler erspart bleiben können. Die Wähler des Jahres 1932 haben demnach nur bedingt das Entstehen des „Dritten Reiches“ ermöglicht. Dass sich der Wähler damals relativ stark für radikale Parteien entschied, lag mit an der miserablen Wirtschaftslage verbunden mit einer riesigen Arbeitslosigkeit. Die damalige Weltwirtschaftskrise und die Deutschland auferlegten großen Kriegsfolgelasten waren dafür die Hauptursache. Diese Situation hätte ein Zusammenstehen der anderen Parteien und ein vernünftiges Koalieren erfordert. Dies kam leider nicht zustande. Der Reichspräsident ernannte daraufhin den Führer der relativ stärksten Partei zum Reichskanzler, womit der Weg ins Verhängnis begann.

Reichstagswahlergebnisse in der Weimarer Republik von 1919 bis 1933

Merkmal	Einheit	Nationalver- sammlung	Wahlperiode des Reichstags								
			1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	
		Wahltag									
		19.01.1919	06.06.1920	04.05.1924	07.12.1924	20.05.1928	14.09.1930	31.07.1932	06.11.1932	05.03.1933	
Wahlberechtigte	1 000	36 766,5	35 949,8	38 375,0	38 987,3	41 224,7	42 957,7	44 226,8	44 373,7	44 685,8	
Wahlbeteiligung	%	83,0	79,2	77,4	78,8	75,6	82,0	84,0	80,6	88,7	
Nicht abgegebene und ungül- tige Stimmen	1 000	6 366,2	7 753,5	9 093,2	8 697,2	10 471,4	7 986,8	7 344,4	8 901,9	5 342,5	
Gültige Stimmen	1 000	30 400,3	28 196,3	29 281,8	30 290,1	30 753,3	34 970,9	36 882,4	35 471,8	39 343,3	
dav. SPD	1 000	11 509,1	6 104,4	6 008,9	7 881,0	9 153,0	8 577,7	7 959,7	7 248,0	7 181,6	
	%	37,9	21,6	20,5	26,0	29,8	24,5	21,6	20,4	18,3	
Zentrum, BVP	1 000	5 980,2	5 083,6	4 861,1	5 252,9	4 657,8	5 187,0	5 782,0	5 325,2	5 498,5	
	%	19,7	18,0	16,6	17,3	15,1	14,8	15,7	15,0	14,0	
dar. BVP	1 000	x	1 238,6	946,7	1 134,0	945,6	1 059,1	1 192,7	1 094,6	1 073,6	
	%	x	4,4	3,2	3,7	3,1	3,0	3,2	3,1	2,7	
DDP, DStP	1 000	5 641,8	2 333,7	1 655,1	1 919,8	1 505,7	1 322,4	371,8	336,5	334,2	
	%	18,6	8,3	5,7	6,3	4,9	3,8	1,0	0,9	0,8	
DNVP	1 000	3 121,5	4 249,1	5 696,5	6 205,8	4 381,6	2 458,3	2 177,4	2 959,0	3 136,8	
	%	x	15,1	19,5	20,5	14,2	7,0	5,9	8,3	8,0	
DVP	1 000	1 345,6	3 919,4	2 694,4	3 049,1	2 679,7	1 578,2	436,0	661,8	432,3	
	%	4,4	13,9	9,2	10,1	8,7	4,5	1,2	1,9	1,1	
USPD	1 000	2 317,3	5 046,8	x	x	x	x	x	x	x	
	%	7,6	17,9	x	x	x	x	x	x	x	
KPD	1 000	x	589,5	3 693,3	2 709,1	3 264,8	4 592,1	5 282,6	5 980,2	4 848,1	
	%	x	2,1	12,6	8,9	10,6	13,1	14,3	16,9	12,3	
NSDAP	1 000	x	x	1 918,3	907,3	810,1	6 409,6	13 745,8	11 737,0	17 277,2	
	%	x	x	6,6	3,0	2,6	18,3	37,3	33,1	43,9	
Sonstige ¹⁾	1 000	484,8	869,8	2 754,2	2 365,1	4 300,6	4 845,6	1 127,1	1 224,1	634,6	
	%	1,6	3,1	9,4	7,8	14,0	13,9	3,1	3,5	1,6	
Sitze im Wahlgebiet insgesamt	Anzahl	421	459	472	493	491	577	608	584	647	
dav. :SPD	Anzahl	163	102	100	131	153	143	133	121	120	
Zentrum, BVP	Anzahl	91	85	81	88	78	87	97	90	92	
dar. BVP	Anzahl	x	21	16	19	16	19	22	20	18	
DDP, DStP	Anzahl	75	39	28	32	25	20	4	2	5	
DNVP	Anzahl	44	71	95	103	73	41	37	52	52	
DVP	Anzahl	19	65	45	51	45	30	7	11	2	
USPD	Anzahl	22	84	x	x	x	x	x	x	x	
KPD	Anzahl	x	4	62	45	54	77	89	100	81	
NSDAP	Anzahl	x	x	32	14	12	107	230	196	288	
Sonstige ¹⁾	Anzahl	7	9	29	29	51	72	11	12	7	

¹⁾ Sonstige: VD = Christlich-Sozialer Volksdienst, Wirtschafts-Partei; Agrarier (Bayerischer Bauernbund, Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, Deutsche Bauernpartei, Landvolkpartei) und Deutsch-Hannoversche-Partei; u. a.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, Volkshandbuch Deutscher Bundestag 8. Wahlperiode.

Wiederholungswahl

Wird im Wahlprüfungsverfahren eine Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt, so wird sie nach Maßgabe der Entscheidung wiederholt. Aufgrund der Wiederholungswahl wird das Wahlergebnis neu festgestellt.

Der Wähler hat bei Bundestagswahlen die Möglichkeit, seine Erststimme (für einen Wahlkreisbewerber) und seine Zweitstimme (für die Bewerber einer Landesliste) Bewerbern derselben Partei oder aber verschiedener Wahlvorschlagsträger zu geben. Durch die Vergabe beider Stimmen auf demselben Stimmzettel ist bei den Bundestagswahlen feststellbar, wie der Wähler die Erst- und Zweitstimme kombiniert hat.

Zweitstimme

Die Zweitstimme wird auf der rechten Stimmzettelhälfte (Blaudruck) abgegeben. Mit dieser Stimme kann sich der Wähler nur für eine bestimmte Partei, nicht für einen bestimmten Bewerber aus deren Landesliste entscheiden. Beim Parteinamen sind die ersten fünf Bewerber dieser Landesliste angegeben. Nur Parteien können Landeslisten einreichen. Nach der Anzahl der Zweitstimmen im Bundesgebiet bzw. in den Ländern errechnet sich die Anzahl der Sitze für die Parteien.

Zweitstimmenergebnis

Wie im Abschnitt über die wahlgesetzlichen Grundlagen bereits erörtert wurde, richtet sich die Zahl der Sitze der Parteien nach dem Zweitstimmenanteil. Erhält eine Partei weniger als 5 % der Zweitstimmen in der Bundesrepublik Deutschland, so kann sie bei der Sitzverteilung keine Berücksichtigung finden. Auf diese Weise wurden bei der Bundestagswahl 2002 in Bayern 3,1 % der gültigen Zweitstimmen erfolglos abgegeben, während 96,9 % dieser Stimmen auf die CSU, SPD, FDP und GRÜNE entfielen.

Den größten Anteil mit 58,6 % der gültigen Zweitstimmen erhielt 2002 die CSU, d. s. 4 315 080 Stimmen; gegenüber 1998 gewann sie 990 600 Stimmen oder 10,9 Prozentpunkte hinzu, damals erreichte sie 47,7 % der gültigen Zweitstimmen. Den zweitgrößten Anteil mit 26,1 % (1 922 551 Zweitstimmen) konnte die SPD erringen, die aber ihren 1998er Prozentanteil von 34,4 % nicht mehr erreichen konnte. Sie musste eine Stimmenabnahme um 478 470 Zweitstimmen oder 8,3 Prozentpunkte hinnehmen. Den dritten Platz in der Rangfolge der Landeslisten nahmen die GRÜNEN mit 7,6 % der Zweitstimmen ein.

Bei diesem Ergebnis gewannen die GRÜNEN gegenüber 1998 1,7 Prozentpunkte oder 148 574 Zweitstimmen. Die FDP erhielt von ihren Wählern 332 675 Zweitstimmen bzw. 4,5 %. Gegenüber 1998 verlor sie 21 945 Stimmen bzw. 0,6 Prozentpunkte. Alle anderen Parteien zusammen erhielten 2002 3,1 % der gültigen Zweitstimmen.

Zweitstimmenergebnisse 2002 und 1998

Wahlvorschlag	Zweitstimmen					
	2002		1998		Veränderung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-P.
CSU	4 315 080	58,6	3 324 480	47,7	990 600	10,9
SPD	1 922 551	26,1	2 401 021	34,4	- 478 470	- 8,3
GRÜNE	562 483	7,6	413 909	5,9	148 574	1,7
FDP	332 675	4,5	354 620	5,1	- 21 945	- 0,6
Sonstige	229 825	3,1	480 438	6,8	- 250 613	- 3,7
Insgesamt	7 362 614	100	6 974 468	100	388 146	x

Beachtenswert ist die Entwicklung des zusammengefaßten Stimmenanteils der beiden großen Parteien CSU und SPD seit 1949. Der Anteil dieser Parteien nahm ständig zu und erreichte im Wahljahr 1972 seinen Höchststand mit 92,9 %. Mit dem Wahljahr 1976 (92,8 %) nahmen die Anteile bis 1990 (78,5 %) laufend ab. Seit 1994 (80,8 %) ist jedoch wieder eine Aufwärtsentwicklung zu erkennen.

Zusammengefaßte Stimmenanteile von CSU und SPD (Zweiparteientrend)

Wahljahr	Zweitstimmen in %	
	CSU und SPD	Übrige Parteien
	zusammen	
1949	51,9	48,1
1953	71,2	28,8
1957	83,6	16,4
1961	85,1	14,9
1965	88,7	11,3
1969	89,0	11,0
1972	92,9	7,1
1976	92,8	7,2
1980	90,3	9,7
1983	88,4	11,6
1987	82,1	17,9
1990	78,5	21,5
1994	80,8	19,2
1998	82,1	17,9
2002	84,7	15,3

1. Zweitstimmenergebnis der Briefwahl

Während 1998 die Ergebnisse der CSU bei der Briefwahl etwas höher ausfielen als bei der Urnenwahl und damit das Gesamtergebnis positiv beeinflussten, lag 2002 das Briefwahlergebnis (57,7 %) für die CSU um 1,2 Prozentpunkte niedriger als das Urnenwahlergebnis (58,9 %).

1998 hatten die Briefwähler zu 48,5 % ihre Stimme der CSU gegeben, was einem Abstand zur Urnenwahl (47,5 %) von 1,0 Prozentpunkten zugunsten der Briefwahl entsprochen hatte.

Zweitstimmenergebnisse der CSU bei der Briefwahl und der Urnenwahl

Wahljahr	Briefwahl	Urnenwahl	Gesamtergebnis
	Zweitstimmen in %		
1957	63,9	56,9	57,2
1961	57,2	54,8	54,9
1965	55,7	55,6	55,6
1969	53,6	54,4	54,4
1972	57,6	54,8	55,1
1976	62,3	59,7	60,0
1980	57,5	57,6	57,6
1983	57,9	59,6	59,5
1987	54,9	55,2	55,1
1990	52,2	51,8	51,9
1994	51,1	51,2	51,2
1998	48,5	47,5	47,7
2002	57,7	58,9	58,6

Die SPD hatte seit 1957 durchgehend ein niedrigeres Stimmenergebnis bei der Briefwahl als bei der Urnenwahl, wodurch das Gesamtergebnis stets schwächer ausfiel.

Zweitstimmenergebnisse der SPD bei der Briefwahl und der Urnenwahl

Wahljahr	Briefwahl	Urnenwahl	Gesamtergebnis
	Zweitstimmen in %		
1957	18,4	26,9	26,4
1961	23,8	30,5	30,1
1965	28,3	33,5	33,1
1969	33,2	34,7	34,6
1972	33,0	38,3	37,8
1976	28,7	33,3	32,8
1980	30,4	33,1	32,7
1983	26,2	29,3	28,9
1987	22,1	27,7	27,0
1990	23,9	27,1	26,7
1994	25,7	30,3	29,6
1998	30,8	35,4	34,4
2002	25,9	26,2	26,1

Der Abstand zwischen Urnenwahlergebnis und Briefwahlergebnis schwankte von Wahljahr zu Wahljahr. Im Wahljahr 2002 verringerte sich der Abstand auf 0,3 Prozentpunkte, während er 1998 noch 4,6 Prozentpunkte betrug.

2. Zweitstimmen nach Wahlkreisen

Die CSU hat ihren Zweitstimmenanteil von 58,6 % in 24 Wahlkreisen über- und in 20 Wahlkreisen unterschritten; in 36 Wahlkreisen erhielt sie über 50 %. Den höchsten Stimmenanteil holte die CSU mit 72,8 % im Wahlkreis 231 Rottal-Inn in Niederbayern. Am geringsten war ihr Zweitstimmenergebnis mit 42,7 % im Wahlkreis 245 Nürnberg-Nord in Mittelfranken. Die SPD kam in 20 Wahlkreisen über ihren Landesdurchschnitt von 26,1 %; in 24 Wahlkreisen blieb sie unter ihrem Durchschnitt. Der Höchstwert liegt mit 37,6 % im Wahlkreis 246 Nürnberg-Süd (Mittelfranken), der Niedrigstwert mit 17,9 % im Wahlkreis 231 Rottal-Inn (Niederbayern). Das Wahlergebnis der GRÜNEN war im Wahlkreis 222 München-West/Mitte mit 17,8 % am höchsten und im Wahlkreis 232 Straubing mit 2,9 % am niedrigsten. In 13 Wahlkreisen lagen die GRÜNEN-Stimmenanteile über dem Landesdurchschnitt von 7,6 % und in 28 Wahlkreisen unter diesem Durchschnitt. In drei Wahlkreisen lag das Zweitstimmenergebnis in Höhe des Landesdurchschnitts. Die FDP schnitt in 19 Wahlkreisen überdurchschnittlich und in 21 Wahlkreisen unterdurchschnittlich ab. Die Anteile schwankten bei einem Durchschnitt von 4,5 % zwischen 6,7 % im Wahlkreis 220 München-Ost und 2,5 % im Wahlkreis 235 Schwandorf.

In allen 44 Wahlkreisen errang die CSU die jeweils höchsten Zweitstimmenanteile. Die SPD konnte in keinem Wahlkreis eine Zweitstimmen-Mehrheit erreichen. Die Zu- und Abnahmen der Stimmenanteile kann noch folgendermaßen charakterisiert werden:

Die CSU konnte in allen 44 Wahlkreisen Zweitstimmenanteile hinzugewinnen. Die höchste Zunahme wurde im Wahlkreis 228 Deggendorf mit 19,3 Prozentpunkten verzeichnet, die geringste Zunahme mit 4,8 Prozentpunkten im Wahlkreis 208 München-West/Mitte. Die SPD hatte dagegen in allen 44 Wahlkreisen Zweitstimmenabnahmen zwischen 14,9 Prozentpunkten (Wahlkreis 228 Deggendorf) und 4,7 Prozentpunkten (Wahlkreis 245 Nürnberg-Nord) zu verzeichnen.

Der Abstand zwischen CSU und SPD war in einem Wahlkreise kleiner als 10 Prozentpunkte, in 9 Wahlkreisen lag er zwischen 10 und 20 Prozentpunkten, in 8 Wahlkreisen zwischen 20 und 30 Prozentpunkten, in 11 Wahlkreisen zwischen 30 und 40 Prozentpunkten, in 12 Wahlkreisen zwischen 40 und 50 Prozentpunkten und in 3 Wahlkreisen über 50 Prozentpunkten. Der größte Abstand zeigte sich im Wahlkreis 231 Rottal-Inn (55,0 Prozentpunkte) und der niedrigste Abstand im Wahlkreis 245 Nürnberg-Nord (5,7 Prozentpunkte).

3. Zweitstimmen nach Regierungsbezirken

Obwohl bei einer Bundestagswahl den sieben Regierungsbezirken keine wahlorganisatorische Bedeutung zukommt, ist trotzdem eine Untersuchung der Wahlergebnisse auf Regierungsbezirksebene, gerade im Hinblick auf die Landtagswahlen, von Bedeutung. Bei den Landtagswahlen bilden die Regierungsbezirke als Wahlkreise die wahltechnische Einheit. Die Berechnung der Sitze erfolgt nach den im Wahlkreis abgegebenen gültigen Gesamtstimmen. Wegen der Bedeutung der Regierungsbezirke bei Landtagswahlen und im Hinblick auf die bestehenden Parteiorganisationen, in denen ebenfalls meist der Regierungsbezirk die jeweilige Einheit darstellt, hat eine Zusammenfassung der Wahlergebnisse auf Regierungsbezirksbasis Sinn und Zweck.

Die CSU gewann in allen Regierungsbezirken an Zweitstimmen hinzu. Ihren höchsten Stimmengewinn verzeichnete sie in Niederbayern mit 17,0 Prozentpunkten und ihren niedrigsten Gewinn in Mittelfranken mit 8,4 Prozentpunkten. Die SPD hatte dagegen in allen Regierungsbezirken Zweitstimmenverluste hinnehmen müssen. Ihren geringsten Stimmenverlust verzeichnete sie in Unterfranken mit 6,5 Prozentpunkten und ihren größten Verlust in Niederbayern mit 12,3 Prozentpunkten. Auch die GRÜNEN konnten Gewinne an Zweitstimmen in allen Regierungsbezirken verzeichnen, und zwar zwischen 0,4 Prozentpunkten in Niederbayern und 2,7 Prozentpunkten in Oberbayern. Die FDP musste Verluste an Zweitstimmen in fünf Regierungsbezirken hinnehmen. Sie verlor am meisten an Zweitstimmen in Oberbayern (1,1 Prozentpunkte) und am wenigsten in der Oberpfalz (0,2 Prozentpunkte). Dagegen konnte sie in Oberfranken und Unterfranken geringfügige Gewinne von je 0,1 Prozentpunkten verzeichnen.

Veränderung der Zweitstimmenanteile 2002 gegenüber 1998

Regierungsbezirk	Zweitstimmenveränderung in %-Punkten			
	CSU	SPD	GRÜNE	FDP
Oberbayern	9,7	- 7,4	2,7	- 1,1
Niederbayern	17,0	- 12,3	0,4	- 0,7
Oberpfalz	13,6	- 11,5	1,2	- 0,2
Oberfranken	12,0	- 9,8	1,0	0,1
Mittelfranken	8,4	- 7,2	2,0	- 0,3
Unterfranken	8,5	- 6,5	1,2	0,1
Schwaben	11,3	- 6,8	1,1	- 0,8
Bayern	10,9	- 8,3	1,7	- 0,6

Wie sich die Stimmen der Parteien auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen, ist insbesondere deshalb von Interesse, weil daraus ersichtlich wird, wo sich die Schwerpunkte der Parteien befinden. 2002 entfielen auf Niederbayern, die Oberpfalz und Schwaben 9,6 %, 9,1 % und 14,1 % aller gültigen in ganz Bayern abgegebenen Zweitstimmen.

In den gleichen Regierungsbezirken erhielt die CSU jedoch 11,5 %, 9,8 % und 14,7 % ihrer Zweitstimmen. Oberbayern, Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken brachten ihr jedoch nur 32,4 % (33,0 % aller Stimmen), 9,2 % (9,4 %), 11,6 % (13,5 %) und 10,8 % (11,2 %). Für die SPD war dieses Verhältnis entgegengesetzt, d. h. dort, wo die CSU geringere Anteile erhielt, bekam die SPD größere und umgekehrt. Auf Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken entfielen 10,9 % (nach der Verteilung aller Stimmen 9,4 %), 17,5 % (13,5 %) und 12,0 % (11,2 %). Die übrigen Regierungsbezirke erbrachten der SPD geringere Stimmenanteile als im Durchschnitt an Zweitstimmen in diesen Regierungsbezirken abgegeben wurden.

Verteilung der Zweitstimmen je Partei nach Regierungsbezirken

Regierungsbezirk	Zweitstimmen in %				
	Alle Wahlvorschläge	CSU	SPD	GRÜNE	FDP
Oberbayern	33,0	32,4	30,1	44,7	37,7
Niederbayern	9,6	11,5	7,3	5,1	7,0
Oberpfalz	9,1	9,8	9,1	6,1	6,4
Oberfranken	9,4	9,2	10,9	6,6	8,5
Mittelfranken	13,5	11,6	17,5	14,6	13,8
Unterfranken	11,2	10,8	12,0	10,5	12,4
Schwaben	14,1	14,7	13,0	12,3	14,2
Bayern	100	100	100	100	100

4. Zweitstimmen in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Die rund 7,4 Millionen in Bayern insgesamt abgegebenen gültigen Zweitstimmen verteilen sich auf die kreisfreien Städte mit 1,9 Millionen und auf die Landkreise mit 5,5 Millionen.

Die CSU erhielt in den kreisfreien Städten 48,7 % (9,9 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt) und in den Landkreisen 62,1 % (3,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt) und die SPD in den kreisfreien Städten 31,1 % (+ 5,0 Prozentpunkte) und in den Landkreisen 24,4 % (- 1,7 Prozentpunkte).

Die GRÜNEN erzielten in den kreisfreien Städten 11,5 % (+ 3,9 Prozentpunkte) und in den Landkreisen 6,3 % (- 1,3 Prozentpunkte). Auf die FDP entfielen in den kreisfreien Städten 5,2 % (+ 0,7 Prozentpunkte) und in den Landkreisen 4,3 % (- 0,2 Prozentpunkte). Hier wird sichtbar, dass die CSU in der Landkreisbevölkerung und die SPD, die GRÜNEN und die FDP in der städtischen Bevölkerung den größeren Anhang finden bzw. die relativ größte Anhängerschaft besitzen.

Zweitstimmen nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Wahlvorschlag	Zweitstimmen in %			Verteilung der Zweitstimmen in %	
	insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisfreie Städte	Landkreise
CSU	58,6	48,7	62,1	21,4	78,6
SPD	26,1	31,1	24,4	30,7	69,3
GRÜNE	7,6	11,5	6,3	38,9	61,1
FDP	4,5	5,2	4,3	29,8	70,2
Insgesamt	100	100	100	25,8	74,2

Insgesamt verteilen sich die gültigen Zweitstimmen mit 25,8 % auf die kreisfreien Städte und 74,2 % auf die Landkreise.

Aus den kreisfreien Städten holten sich die CSU 21,4 %, die SPD 30,7 %, die GRÜNEN 38,9 % und die FDP 29,8 % der abgegebenen gültigen Zweitstimmen. Somit hatten die SPD, die GRÜNEN und die FDP einen überdurchschnittlichen Anteil ihrer Wählerschaft in den kreisfreien Städten. Die CSU dagegen verzeichnete einen Anteil der Wählerschaft in den kreisfreien Städten, der unter dem Durchschnitt lag.

In den Landkreisen wohnten 78,6 % der CSU-Wähler, 69,3 % der SPD-Wähler, 61,1 % der GRÜNEN-Wähler und 70,2 % der FDP-Wähler. Aus den Landkreisen erhielten einen überdurchschnittlichen Anteil die CSU und unterdurchschnittliche Anteile die SPD, die GRÜNEN und die FDP.

5. Zweitstimmen nach Gemeindegrößenklassen

Das jeweilige Abstimmungsergebnis in den einwohnermäßig nach Größenklassen zusammengefassten Gemeinden weist klar auf den Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsstruktur und dem Stimmenanteil einer Partei hin.

Zweitstimmen nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse (Gemeinden mit ... Einwohnern zum 31.12.2001)	Gemeinden	Zweitstimmen in %			
		CSU	SPD	GRÜNE	FDP
unter 2 000	738	67,4	20,9	5,0	3,7
2 000 bis unter 5 000	780	64,6	23,0	5,6	3,9
5 000 bis unter 20 000	474	60,5	25,4	6,7	4,5
20 000 bis unter 100 000	56	56,0	28,1	7,7	4,9
100 000 oder mehr	8	46,4	31,8	13,0	5,3
Bayern	2 056	58,6	26,1	7,6	4,5

Die CSU-Zweitstimmenanteile nahmen bei zunehmender Größe der Gemeinde ab und die SPD-Stimmenanteile ebenso zu. In den 738 Gemeinden unter 2 000 Einwohnern beträgt der CSU-Stimmenanteil 67,4 % und der SPD-Stimmenanteil 20,9 %; diesem prozentualen Ergebnis stehen in der größten Gemeinde Bayerns, in der Landeshauptstadt München, 44,6 % für die CSU und 29,7 % für die SPD gegenüber. Die Spannweite beträgt also bei der CSU nach fünf Gemeindegrößenklassen 21,0 Prozentpunkte und die der SPD 10,9 Prozentpunkte. Für die GRÜNEN und die FDP verlaufen die Zweitstimmenanteile genauso geradlinig wie bei der SPD. Die Spannweite der Stimmenanteile bei den GRÜNEN ging von 5,0 % in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern bis zu 13,0 % in Gemeinden von 100 000 oder mehr Einwohnern. Bei der FDP lag die Spannweite zwischen 3,7 % und 5,3 % in den gleichen Gemeindegrößenklassen.

Verteilung der Zweitstimmen nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse (Gemeinden mit ... Einwohnern zum 31.12.2001)	Gemeinden	Wahlberechtigte in %	Verteilung der Zweitstimmen in %			
			CSU	SPD	GRÜNE	FDP
unter 2 000	738	8,3	9,9	6,9	5,7	7,0
2 000 bis unter 5 000	780	20,9	23,7	18,9	15,7	18,7
5 000 bis unter 20 000	474	35,5	36,9	34,7	31,1	35,2
20 000 bis unter 100 000	56	15,8	14,5	16,4	15,4	16,6
100 000 oder mehr	8	19,6	15,0	23,1	32,2	22,4
Bayern	2 056	100	100	100	100	100

Die CSU erhielt aus den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern 9,9 % ihrer Stimmen. Auf diese Gemeinden entfielen 8,3 % der Wahlberechtigten. Die Gemeinden von 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern waren an den CSU-Stimmen mit 23,7 % beteiligt. Dort wohnten 20,9 % der Wahlberechtigten. Aus den Gemeinden von 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern holte die CSU 36,9 %, aus den Gemeinden von 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern 14,5 % und aus den acht Großstädten über 100 000 Einwohnern 15,0 % ihrer Stimmen. In diesen drei Gemeindegruppen hatten ihren Wohnsitz 35,5 %, 15,8 % bzw. 19,6 % der Wahlberechtigten. Die SPD-Stimmen stammten mit 6,9 % aus Gemeinden unter 2 000 Einwohnern, mit 18,9 % aus Gemeinden von 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern und mit 34,7 % aus Gemeinden von 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern. 16,4 % und 23,1 % stammten aus Gemeinden von 20 000 bis unter 100 000 bzw. von 100 000 oder mehr Einwohnern; auf diese zwei Größenklassen verteilen sich die Wahlberechtigten zu 15,8 % bzw. 19,6 %.

Bei den GRÜNEN stammten 5,7 % aus Gemeinden unter 2 000 Einwohnern, 15,7 % aus Gemeinden von 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern, 31,1 % aus Gemeinden von 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern, 15,4 % aus Gemeinden von 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern und 32,2 % aus Gemeinden von 100 000 oder mehr Einwohnern. Lediglich die letztere, also die größte Gemeindegruppe, stellte gemessen an den Wahlberechtigten überdurchschnittlich viele GRÜNE-Zweitstimmen. Von Hundert FDP-Stimmen stammten 7,0 aus Gemeinden unter 2 000 Einwohnern, 18,7 aus Gemeinden von 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern, 35,2 aus Gemeinden von 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern, 16,6 aus Gemeinden von 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern und 22,4 aus den Großstädten (100 000 oder mehr Einwohner). Die Gemeinden ab 20 000 Einwohner stellten, gemessen an den in diesen Gemeinden wohnenden Wahlberechtigten, überdurchschnittlich viele FDP-Stimmen. Die Gemeinden unter 5 000 Einwohnern beteiligten sich an den Stimmen der FDP nur zurückhaltend.

6. Zweitstimmen in den Gemeinden

Die Ergebnisse aller kreisfreien und kreisangehörigen Gemeinden, gegliedert nach Landkreisen, sowie die Ergebnisse der Großstädte nach Stadtbezirken wurden im Statistischen Bericht B VII 1 - 4 / G / 02 Wahl zum 15. Deutschen Bundestag in Bayern am 22. September 2002, Endgültiges Ergebnis, Regionale Ergebnisse veröffentlicht. Hier sind sämtliche Daten der Bundestagswahl 2002, die Zahl der Wahlberechtigten, Nichtwähler, Wähler und die Wahlbeteiligung in Prozent, die ungültigen Erst- und Zweitstimmen sowie die gültigen Stimmen nach Parteien für Erst- und Zweitstimmen absolut und in Prozenten aufgenommen.

Zahl der Gemeinden nach dem Stimmenanteil der Partei

Zweitstimmenanteil	Zahl der Gemeinden			
	CSU	SPD	GRÜNE	FDP
unter 5 %	–	–	960	1 647
5 % bis unter 10 %	–	–	974	407
10 % bis unter 20 %	–	39	122	2
20 % bis unter 30 %	–	820	–	–
30 % bis unter 40 %	2	819	–	–
40 % bis unter 50 %	123	342	–	–
50 % bis unter 60 %	507	35	–	–
60 % bis unter 70 %	737	1	–	–
70 % oder mehr	687	–	–	–
Bayern	2 056	2 056	2 056	2 056

Die Zweitstimmenergebnisse der Gemeinden insgesamt betrachtet ergaben, dass in 1 967 der 2 056 Gemeinden absolute Mehrheiten entstanden. Die CSU erreichte in 1 931 Gemeinden oder in 93,9 % aller Gemeinden die absolute Mehrheit und die SPD in 36 bzw. in 1,8 % der Gemeinden. Für keine weitere Partei bestand irgendwo eine absolute Mehrheit. Zwei Drittel der Gemeinden, nämlich 1 369 oder 66,6 % aller Gemeinden, wiesen Stimmenanteile von 30,0 % bis unter 70,0 % und 687 Gemeinden oder 33,4 % Stimmenanteile von 70,0 % oder mehr für die CSU auf. Den höchsten Zweitstimmenanteil erreichte sie mit 87,9 % in der Gemeinde Oberneukirchen im Landkreis Mühldorf a. Inn in Oberbayern. Die SPD erhielt in 859 Gemeinden (41,8 %) Stimmenanteile von 10 % bis unter 30 %. In 1 161 Gemeinden (56,5 %) erhielt sie Zweitstimmen von 30,0 % bis unter 50,0 % und in weiteren 36 Gemeinden Stimmenanteile von 50,0 % und mehr. Den höchsten Anteil erhielt die SPD in der Gemeinde Markt Tettau im Landkreis Kronach in Oberfranken mit 60,2 %. Die GRÜNEN erhielten in 960 Gemeinden (46,7 % aller Gemeinden) einen Stimmenanteil von unter 5,0 %, in 974 Gemeinden (47,4 %) 5,0 % bis unter 10,0 % und in 122 Gemeinden 10,0 % bis unter 20 %. Der höchste Stimmenanteil mit 17,7 % fiel auf die Gemeinde Weißling im Landkreis Starnberg in Oberbayern. In 1 647 Gemeinden (80,1 % aller Gemeinden) konnte die FDP bis unter 5,0 % und in 407 Gemeinden (19,8 %) zwischen 5,0 % und unter 10,0 % der Stimmen an sich ziehen. 10,0 % und mehr der Stimmen erhielt sie lediglich in 2 Gemeinden, der höchste Stimmenanteil betrug 11,4 % (Gemeinde Grünwald, Landkreis München, Oberbayern).

7. Zweitstimmen in den bayerischen Großstädten

Die Ergebnisse der Wahlen in den fünf Großstädten München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg und Würzburg waren seit jeher von besonderem Interesse. In allen Großstädten konnte die CSU als stärkste Partei auftreten und durchschnittlich 6,2 Prozentpunkte hinzugewinnen. Die Zweitstimmenzunahmen lagen zwischen 8,9 Prozentpunkten in Augsburg und 4,1 Prozentpunkten in Würzburg. Innerhalb der Großstädte erreichte die CSU 2002 wie auch 1998 in Regensburg mit 54,4 % den höchsten Stimmenanteil. In München war der Stimmenanteil mit 44,6 % am niedrigsten. Das Großstadt-Mittel betrug 46,2 %.

CSU- und SPD-Zweitstimmenergebnisse in den Großstädten

Großstadt	Zweitstimmen in %			
	CSU		SPD	
	2002	1998	2002	1998
München	44,6	38,9	29,7	36,2
Nürnberg	44,9	38,6	37,6	43,3
Augsburg	52,0	43,1	31,3	37,1
Regensburg	54,4	47,7	26,6	33,6
Würzburg	45,6	41,5	30,6	34,9
Großstadt-Mittel	46,2	40,0	31,4	37,6

Die SPD als zweitstärkste Partei musste gegenüber 1998 im Großstadt-Mittel Zweitstimmeneinbußen von 6,2 Prozentpunkten hinnehmen. In den bayerischen Großstädten verlor sie zwischen 7,0 Prozentpunkten (Regensburg) und 4,3 Prozentpunkten (Würzburg). In Nürnberg hatte die SPD ihren höchsten (37,6 %) und in Regensburg ihren

niedrigsten (26,6 %) Stimmenanteil. Das Großstadt-Mittel betrug 31,4 %. Sie lag demnach in den Großstädten durchschnittlich um 14,8 Prozentpunkte niedriger als die CSU. Die GRÜNEN erhielten unter den Großstädten in München mit 16,1 % ihren höchsten und in Nürnberg bzw. Augsburg mit je 9,2 % ihren niedrigsten Stimmenanteil (durchschnittlicher Stimmenanteil in den bayerischen Großstädten 13,5 %). Die FDP bekam in den bayerischen Großstädten ihren höchsten Stimmenanteil mit 6,2 % ebenfalls in München und ihren niedrigsten Stimmenanteil mit 3,9 % in Regensburg. Der durchschnittliche Stimmenanteil in den fünf bayerischen Großstädten lag bei 5,4 %.

GRÜNE- und FDP-Zweitstimmenergebnisse in den Großstädten

Großstadt	Zweitstimmen in %			
	GRÜNE		FDP	
	2002	1998	2002	1998
München	16,1	11,2	6,2	7,2
Nürnberg	9,2	7,0	4,5	4,4
Augsburg	9,2	7,3	4,1	4,6
Regensburg	11,9	8,4	3,9	4,2
Würzburg	14,0	10,2	5,9	6,1
Großstadt-Mittel	13,5	9,6	5,4	6,1

Mit diesen Ergebnissen lag die CSU mit ihrem großstädtischen Stimmen-Mittel um 12,4 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt. Die SPD dagegen lag mit ihrem großstädtischen Stimmen-Mittel um 5,3 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Die GRÜNEN und die FDP wiesen beide ein Großstadt-Mittel auf, das um 5,9 bzw. 0,9 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt lag.

Tabellen

1. Gemeinden und Einwohner der Bundeswahlkreise Bayerns 2005 nach Größenklassen

- Gebietsstand: 31.12.2002 -

Wahlkreis	Insgesamt		davon Gemeinden mit ... Einwohnern									
	Ge- mein- den	Einwohner am 31.12.2002	unter 1 000		1 000		2 000		5 000		10 000 und mehr	
					bis unter							
					2 000		5 000		10 000			
			Ge- mein- den	Ein- wohner	Ge- mein- den	Ein- wohner	Ge- mein- den	Ein- wohner	Ge- mein- den	Ein- wohner	Ge- mein- den	Ein- wohner
214 Altötting	55	220 160	8	6 910	16	22 681	20	60 918	6	45 479	5	84 172
215 Erding-Ebersberg	47	240 828	1	905	12	17 452	21	69 072	6	41 752	7	111 647
216 Freising	43	271 042	–	–	6	10102	24	83 511	6	42 533	7	134 896
217 Fürstenfeldbruck	40	329 659	–	–	10	15 687	13	47 686	8	52 628	9	213 658
218 Ingolstadt	49	331 692	–	–	11	16 547	28	92 789	5	35 637	5	186 719
219 München-Nord	1	1 234 692	–	–	–	–	–	–	–	–	1	1 234 692
220 München-Ost												
221 München-Süd												
222 München-West/Mitte												
223 München-Land	30	310 280	–	–	–	–	4	13 934	12	82 561	14	213 785
224 Rosenheim	47	302 549	1	299	6	7 928	21	67 171	11	72 786	8	154 365
225 Starnberg	51	331 450	1	899	4	5 241	23	81 620	15	101 384	8	142 306
226 Traunstein	50	270 904	–	–	10	16 309	21	75 703	14	95 344	5	83 548
227 Weilheim	87	326 401	11	9 457	30	44 535	33	94 987	5	38 574	8	138 848
228 Deggendorf	51	199 414	4	3 696	14	21 159	25	79 174	4	28 994	4	66 391
229 Landshut	60	318 018	3	2 612	21	32 958	18	62 921	8	49 568	10	169 959
230 Passau	39	238 900	–	–	6	9 259	18	61 624	11	73 535	4	94 482
231 Rottal-Inn	46	211 323	2	1 692	5	8 053	24	73 027	10	62 209	5	66 342
232 Straubing	62	223 821	3	2 249	20	30 150	32	91 557	3	22 098	4	77 767
233 Amberg	47	281 514	1	958	6	9 426	23	67 861	13	88 010	4	115 259
234 Regensburg	42	307 418	1	825	13	20 164	13	44 047	11	74 432	4	167 950
235 Schwandorf	72	276 373	5	3 818	19	26 759	32	88 680	11	77 954	5	79 162
236 Weiden	65	223 624	3	2 799	30	43 853	21	66 799	10	67 352	1	42 821
237 Bamberg	37	226 845	–	–	15	25 543	12	40 450	7	49 085	3	111 767
238 Bayreuth	44	212 366	2	1 843	14	18 371	19	60 664	7	42 600	2	88 888
239 Coburg	36	209 872	–	–	2	1 451	24	79 885	6	36 965	4	91 571
240 Hof	45	242 739	–	–	13	17 862	20	62 334	6	43 832	6	118 711
241 Kulmbach	52	220 833	2	1 297	17	23 252	20	70 767	10	65 334	3	60 183
242 Ansbach	86	319 853	9	7 900	33	46 319	27	74 975	10	67 239	7	123 420
243 Erlangen	26	232 653	–	–	7	11 444	10	35 329	5	32 882	4	152 998
244 Fürth	53	325 242	6	4 960	16	20 462	17	47 378	6	39 356	8	213 086
245 Nürnberg-Nord	2	532 030	–	–	–	–	–	–	–	–	2	532 030
246 Nürnberg-Süd												
247 Roth	43	294 091	–	–	7	10 970	13	43 448	14	94 746	9	144 927
248 Aschaffenburg	33	243 545	1	946	7	11 633	11	32 369	8	58 911	6	139 686
249 Bad Kissingen	89	284 494	12	10 144	38	55 472	22	72 737	13	83 223	4	62 918
250 Main-Spessart	72	263 961	5	4 590	26	38 239	26	85 535	11	81 615	4	53 982
251 Schweinfurt	61	260 873	8	6 993	19	26 824	23	81 051	8	59 180	3	86 825
252 Würzburg	53	291 427	5	4 322	15	21 617	26	83 647	4	28 528	3	153 313
253 Augsburg-Stadt	2	286 466	–	–	–	–	–	–	–	–	2	286 466
254 Augsburg-Land	61	315 393	5	4 501	18	24 771	21	68 681	6	37 013	11	180 427
255 Donau-Ries	79	248 723	11	8 731	37	51 575	18	60 557	9	60 437	4	67 423
256 Neu-Ulm	70	318 529	11	9 066	26	37 162	17	55 929	9	68 816	7	147 556
257 Oberallgäu	48	288 802	2	1 126	11	16 549	21	70 716	9	67 387	5	133 024
258 Ostallgäu	80	318 552	6	4 618	38	56 011	24	68 240	5	33 935	7	155 748
Bayern	2 056	12 387 351	129	108 156	598	873 790	785	2 517 773	322	2 203 914	222	6 683 718

2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Bayern

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahlschein	mit Wahlschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahlschein	mit Wahlschein	Anzahl	%	
14.08.1949	5 984 175	5 807 382	176 793	4 851 576	4 699 746	151 830	x	x	81,1
06.09.1953	6 134 820 ¹⁾	5 903 025	214 350	5 263 817	5 032 022	231 795 ¹⁾	x	x	85,8
15.09.1957	6 240 499	5 913 527	326 972	5 470 347	5 171 539	41 850	256 958	4,7	87,7
17.09.1961	6 551 728	6 170 693	381 035	5 714 545	5 357 082	34 466	322 997	5,7	87,2
19.09.1965	6 752 380	6 287 794	464 586	5 803 004	5 365 992	28 692	408 320	7,0	85,9
28.09.1969	6 851 646	6 382 478	469 168	5 837 724	5 393 027	24 132	420 565	7,2	85,2
19.11.1972	7 375 146	6 783 639	591 507	6 626 216	6 061 076	16 339	548 801	8,3	89,8
03.10.1976	7 547 820	6 780 926	766 894	6 764 839	6 031 806	16 285	716 748	10,6	89,6
05.10.1980	7 827 420	6 841 187	986 233	6 854 780	5 913 221	10 073	931 486	13,6	87,6
06.03.1983	8 012 989	7 163 755	849 234	7 020 065	6 206 604	14 283	799 178	11,4	87,6
25.01.1987	8 320 069	7 426 654	893 415	6 796 701	5 939 135	12 860	844 706	12,4	81,7
02.12.1990	8 623 570	7 765 044	858 526	6 419 744	5 604 112	9 056	806 576	12,6	74,4
16.10.1994	8 767 500	7 742 094	1 025 406	6 744 161	5 762 592	6 869	974 700	14,5	76,9
27.09.1998	8 875 328	7 377 010	1 498 318	7 026 811	5 589 138	7 295	1 430 378	20,4	79,2
22.09.2002	9 101 493	7 358 514	1 742 979	7 416 233	5 729 301	5 595	1 681 337	22,7	81,5

¹⁾ Einschl. Wahlscheinwähler anderer Bundesländer.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Erststimmen (Wahlkreisstimmen)

Bayern

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	5 263 817	190 172	5 073 645	2 450 286	1 214 391	x	369 442	1 039 526
15.09.1957	5 470 347	166 983	5 303 364	3 068 418	1 332 056	x	252 341	650 549
17.09.1961	5 714 545	136 235	5 578 310	3 104 742	1 690 099	x	450 506	332 963
19.09.1965	5 803 004	164 676	5 638 328	3 204 648	1 913 778	x	320 121	199 781
28.09.1969	5 837 724	158 592	5 679 132	3 094 176	2 040 198	x	193 956	350 802
19.11.1972	6 626 216	97 596	6 528 620	3 620 625	2 572 250	x	260 019	75 726
03.10.1976	6 764 839	82 213	6 682 626	4 008 514	2 249 609	x	353 354	71 149
05.10.1980	6 854 780	110 102	6 744 678	3 941 365	2 252 449	124 069	408 804	17 991
06.03.1983	7 020 065	78 491	6 941 574	4 318 800	2 096 722	274 522	212 568	38 962
25.01.1987	6 796 701	90 817	6 705 884	3 859 244	1 912 139	491 060	322 983	120 458
02.12.1990	6 419 744	80 145	6 339 599	3 423 904	1 748 868	343 930	377 699	445 198
16.10.1994	6 744 161	68 285	6 675 876	3 657 627	2 050 292	402 398	206 814	358 745
27.09.1998	7 026 811	72 499	6 954 312	3 602 472	2 476 923	318 716	181 300	374 901
22.09.2002	7 416 233	101 572	7 314 661	4 311 178	2 128 729	431 884	298 096	144 774
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	x	3,6	100	48,3	23,9	x	7,3	20,5
15.09.1957	x	3,1	100	57,9	25,1	x	4,8	12,3
17.09.1961	x	2,4	100	55,7	30,3	x	8,1	6,0
19.09.1965	x	2,8	100	56,8	33,9	x	5,7	3,5
28.09.1969	x	2,7	100	54,5	35,9	x	3,4	6,2
19.11.1972	x	1,5	100	55,5	39,4	x	4,0	1,2
03.10.1976	x	1,2	100	60,0	33,7	x	5,3	1,1
05.10.1980	x	1,6	100	58,4	33,4	1,8	6,1	0,3
06.03.1983	x	1,1	100	62,2	30,2	4,0	3,1	0,6
25.01.1987	x	1,3	100	57,6	28,5	7,3	4,8	1,8
02.12.1990	x	1,2	100	54,0	27,6	5,4	6,0	7,0
16.10.1994	x	1,0	100	54,8	30,7	6,0	3,1	5,4
27.09.1998	x	1,0	100	51,8	35,6	4,6	2,6	5,4
22.09.2002	x	1,4	100	58,9	29,1	5,9	4,1	2,0

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Zweitstimmen (Landeslistenstimmen)

Bayern

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	4 851 576	123 953	4 727 623	1 380 448	1 075 416	x	404 145	1 867 614
06.09.1953	5 263 817	190 261	5 073 556	2 427 387	1 184 262	x	315 494	1 146 413
15.09.1957	5 470 347	196 706	5 273 641	3 015 892	1 394 811	x	240 695	622 243
17.09.1961	5 714 545	227 583	5 486 962	3 014 471	1 652 642	x	479 830	340 019
19.09.1965	5 803 004	161 513	5 641 491	3 136 506	1 869 467	x	413 744	221 774
28.09.1969	5 837 724	107 236	5 730 488	3 115 652	1 983 020	x	232 880	398 936
19.11.1972	6 626 216	62 426	6 563 790	3 615 183	2 483 136	x	399 554	65 917
03.10.1976	6 764 839	51 144	6 713 695	4 027 499	2 201 692	x	419 335	65 169
05.10.1980	6 854 780	68 415	6 786 365	3 908 459	2 220 953	89 322	532 620	35 011
06.03.1983	7 020 065	55 174	6 964 891	4 140 865	2 014 399	323 901	433 652	52 074
25.01.1987	6 796 701	57 714	6 738 987	3 715 827	1 816 885	518 122	545 865	142 288
02.12.1990	6 419 744	52 561	6 367 183	3 302 980	1 697 970	293 039	551 892	521 302
16.10.1994	6 744 161	51 158	6 693 003	3 427 196	1 983 979	419 763	430 125	431 940
27.09.1998	7 026 811	52 343	6 974 468	3 324 480	2 401 021	413 909	354 620	480 438
22.09.2002	7 416 233	53 619	7 362 614	4 315 080	1 922 551	562 483	332 675	229 825
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	2,6	100	29,2	22,7	x	8,5	39,5
06.09.1953	x	3,6	100	47,8	23,3	x	6,2	22,6
15.09.1957	x	3,6	100	57,2	26,4	x	4,6	11,8
17.09.1961	x	4,0	100	54,9	30,1	x	8,7	6,2
19.09.1965	x	2,8	100	55,6	33,1	x	7,3	3,9
28.09.1969	x	1,8	100	54,4	34,6	x	4,1	7,0
19.11.1972	x	0,9	100	55,1	37,8	x	6,1	1,0
03.10.1976	x	0,8	100	60,0	32,8	x	6,2	1,0
05.10.1980	x	1,0	100	57,6	32,7	1,3	7,8	0,5
06.03.1983	x	0,8	100	59,5	28,9	4,7	6,2	0,7
25.01.1987	x	0,8	100	55,1	27,0	7,7	8,1	2,1
02.12.1990	x	0,8	100	51,9	26,7	4,6	8,7	8,2
16.10.1994	x	0,8	100	51,2	29,6	6,3	6,4	6,5
27.09.1998	x	0,7	100	47,7	34,4	5,9	5,1	6,9
22.09.2002	x	0,7	100	58,6	26,1	7,6	4,5	3,1

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Parteien				
Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF)				
28.09.1969	30 665	0,5	25 431	0,4
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)				
19.09.1965	10 685	0,2	11 238	0,2
03.10.1976	6 571	0,1	5 242	0,1
Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP)				
03.10.1976	x	x	1 777	0,0
Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD)				
27.09.1998	x	x	6 005	0,1
Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit (AUFBRUCH)				
22.09.2002	2 895	0,0	4 697	0,1
Bayernpartei (BP)				
14.08.1949 ¹⁾	x	x	986 478	20,9
06.09.1953	399 070	7,9	465 641	9,2
28.09.1969	54 940	1,0	49 694	0,9
25.01.1987	8 024	0,1	26 367	0,4
02.12.1990	10 836	0,2	31 315	0,5
16.10.1994	3 324	0,0	42 491	0,6
27.09.1998	1 772	0,0	28 107	0,4
22.09.2002	6 757	0,1	9 379	0,1
Bund der Deutschen Partei für Einheit, Frieden und Freiheit (BdD)				
15.09.1957	6 333	0,1	10 675	0,2
BUND FREIER BÜRGER - OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND, Die Freiheitlichen (BFB - Die Offensive)				
27.09.1998	27 763	0,4	25 032	0,4
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)				
06.03.1983	171	0,0	688	0,0
Bürgerpartei				
05.10.1980	x	x	3 533	0,1
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)				
[1987 und 1990: Patrioten für Deutschland (Patrioten)]				
25.01.1987	9 236	0,1	5 175	0,1
02.12.1990	451	0,0	1 236	0,0
16.10.1994	2 817	0,0	1 213	0,0
27.09.1998	2 192	0,0	1 358	0,0
22.09.2002	4 888	0,1	1 688	0,0

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Noch: Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Noch: Parteien				
CHANCE 2000				
27.09.1998	x	x	3 199	0,0
Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) (C.B.V.)				
03.10.1976	4 876	0,1	6 720	0,1
05.10.1980	x	x	3 946	0,1
06.03.1983	2 068	0,0	10 994	0,2
25.01.1987	741	0,0	5 282	0,1
CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben (LIGA)				
02.12.1990	2 779	0,0	10 642	0,2
16.10.1994	3 388	0,1	5 195	0,1
CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)				
02.12.1990	x	x	5 969	0,1
16.10.1994	x	x	5 099	0,1
27.09.1998	1 820	0,0	5 025	0,1
22.09.2002	1 408	0,0	4 171	0,1
Deutsche Friedens-Union (DFU)				
17.09.1961	83 946	1,5	87 388	1,6
19.09.1965	53 478	0,9	60 561	1,1
Deutsche Gemeinschaft (DG)				
15.09.1957	4 571	0,1	4 991	0,1
17.09.1961	7 299	0,1	7 772	0,1
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)				
19.11.1972	19 890	0,3	13 607	0,2
03.10.1976	21 452	0,3	13 511	0,2
05.10.1980	14 870	0,2	8 158	0,1
06.03.1983	11 893	0,2	7 332	0,1
Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei) (DP)				
06.09.1953	33 359	0,7	43 431	0,9
15.09.1957	36 077	0,7	38 806	0,7
Deutsche Reichs-Partei (DRP)				
06.09.1953	42 968	0,8	78 162	1,5
15.09.1957	26 304	0,5	24 902	0,5
17.09.1961	24 768	0,4	28 699	0,5
DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)				
27.09.1998	x	x	43 522	0,6
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien) (UDM)				
15.09.1957	x	x	12 520	0,2

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Noch: Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Noch: Parteien				
DIE GRAUEN - Graue Panther (GRAUE)				
02.12.1990	23 766	0,4	52 514	0,8
16.10.1994	12 347	0,2	19 077	0,3
27.09.1998	5 145	0,1	11 249	0,2
22.09.2002	2 372	0,0	7 268	0,1
Die Mündigen Bürger (Mündige Bürger)				
25.01.1987	x	x	6 714	0,1
DIE REPUBLIKANER (REP)				
02.12.1990	277 272	4,4	316 659	5,0
16.10.1994	194 843	2,9	189 752	2,8
27.09.1998	209 190	3,0	179 038	2,6
22.09.2002	27 065	0,4	50 118	0,7
Europa Partei (EP)				
28.09.1969	4 008	0,1	9 044	0,2
Europäische Arbeiterpartei (EAP)				
03.10.1976	446	0,0	1 283	0,0
05.10.1980	675	0,0	1 221	0,0
06.03.1983	1 043	0,0	1 923	0,0
Europäische Föderalistische Partei (EFP)				
19.11.1972	2 621	0,0	5 170	0,1
Feministische Partei DIE FRAUEN				
27.09.1998	2 434	0,0	5 317	0,1
22.09.2002	x	x	7 881	0,1
Föderalistische Union (Bayernpartei/Zentrum) (FU)				
15.09.1957	212 559	4,0	168 210	3,2
FRAUENPARTEI (FRAUEN)				
25.01.1987	x	x	14 841	0,2
FREIE BÜRGER UNION (FBU)				
16.10.1994	7 599	0,1	x	x
Freisoziale Union - Demokratische Mitte (FSU)				
19.09.1965	235	0,0	x	x
28.09.1969	557	0,0	2 454	0,0
19.11.1972	420	0,0	x	x
5 %-BLOCK Partei (5 %-BLOCK)				
03.10.1976	707	0,0	2 940	0,0
Gesamtdeutsche Partei (GPD)				
28.09.1969	x	x	8 485	0,1

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Noch: Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Noch: Parteien				
Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) (GDP (DP-BHE))				
17.09.1961	214 672	3,8	216 160	3,9
Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)				
06.09.1953	29 405	0,6	31 659	0,6
Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)				
06.09.1953	416 016	8,2	417 953	8,2
15.09.1957	362 455	6,8	357 119	6,8
Initiative Pro D-Mark - neue liberale Partei - (Pro DM)				
27.09.1998	x	x	32 688	0,5
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) (verboden am 17.08.1956)				
14.08.1949 ¹⁾	x	x	195 852	4,1
06.09.1953	83 600	1,6	81 542	1,6
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) (gegründet am 28.02.1970)				
03.10.1976	2 376	0,0	4 611	0,1
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)				
05.10.1980	655	0,0	721	0,0
Liberalen Demokraten - die Sozialliberalen - (LD)				
16.10.1994	221	0,0	x	x
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)				
25.01.1987	x	x	1 607	0,0
16.10.1994	267	0,0	809	0,0
27.09.1998	172	0,0	646	0,0
Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)				
16.10.1994	x	x	23 458	0,4
27.09.1998	x	x	21 376	0,3
22.09.2002	x	x	24 486	0,3
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)				
19.09.1965	135 383	2,4	149 975	2,7
28.09.1969	257 619	4,5	303 828	5,3
19.11.1972	51 026	0,8	47 140	0,7
03.10.1976	34 617	0,5	29 085	0,4
05.10.1980	x	x	16 308	0,2
06.03.1983	19 569	0,3	20 109	0,3
25.01.1987	34 764	0,5	42 813	0,6
02.12.1990	21 324	0,3	14 218	0,2
27.09.1998	x	x	7 219	0,1
22.09.2002	x	x	16 796	0,2

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Noch: Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%

Noch: Parteien

Nationale Sammlung (DNS)

06.09.1953	31 173	0,6	28 025	0,6
------------------	--------	-----	--------	-----

NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ)

16.10.1994	7 941	0,1	8 014	0,1
27.09.1998	4 643	0,1	5 597	0,1

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)

06.03.1983	3 341	0,0	11 028	0,2
25.01.1987	22 651	0,3	39 489	0,6
02.12.1990	99 926	1,6	75 027	1,2
16.10.1994	107 105	1,6	82 065	1,2
27.09.1998	81 645	1,2	49 184	0,7
22.09.2002	41 438	0,6	26 896	0,4

Partei Bibeltreuer Christen (PBC)

16.10.1994	309	0,0	8 182	0,1
27.09.1998	5 106	0,1	9 575	0,1
22.09.2002	9 018	0,1	10 121	0,1

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

02.12.1990	182	0,0	13 722	0,2
16.10.1994	15 120	0,2	36 575	0,5
27.09.1998	22 599	0,3	46 301	0,7
22.09.2002	44 438	0,6	49 515	0,7

Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill)

22.09.2002	x	x	16 809	0,2
------------------	---	---	--------	-----

STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (STATT Partei)

16.10.1994	468	0,0	10 010	0,1
------------------	-----	-----	--------	-----

Vaterländische Union (VU)

06.09.1953	2 531	0,0	x	x
15.09.1957	2 250	0,0	5 020	0,1

Volksfront (V)

05.10.1980	455	0,0	1 124	0,0
------------------	-----	-----	-------	-----

Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV)

14.08.1949 ¹⁾	x	x	681 888	14,4
--------------------------------	---	---	---------	------

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Noch: Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Einzelbewerber/Wählergruppen				
Alternative Arbeitsbeschaffung (ABS)				
27.09.1998	181	0,0	x	x
BABLITZKA				
22.09.2002	663	0,0	x	x
Bernd Knüfer, IHRE CHANCE				
27.09.1998	630	0,0	x	x
Bezwinger der Arbeitslosigkeit (Baumgärtel)				
05.10.1980	283	0,0	x	x
06.03.1983	449	0,0	x	x
25.01.1987	519	0,0	x	x
CHANCE IM WELTSPIEL NÄGLE				
27.09.1998	263	0,0	x	x
Chance Kampschulte				
27.09.1998	502	0,0	x	x
demokratisch unabhängig (du)				
27.09.1998	176	0,0	x	x
Der springende Punkt (5 Wahlvorschläge)				
02.12.1990	2 410	0,0	x	x
DER WELTREVOLUTIONÄR (Kalupner)				
16.10.1994	467	0,0	x	x
Deutsche Freiheits Partei (Richter)				
05.10.1980	96	0,0	x	x
Deutsche Union (Trapp)				
05.10.1980	302	0,0	x	x
Die Chance (Giesbert)				
22.09.2002	227	0,0	x	x
Frieden o. ä. (44 Wahlvorschläge)				
25.01.1987	26 489	0,4	x	x
FÜR NEUES UND RICHTIGES DENKEN (Alig)				
16.10.1994	249	0,0	x	x
Fußballreform (Baumgärtel)				
02.12.1990	403	0,0	x	x
Gegen Hereinholen von Ausländern (Fössing)				
28.09.1969	473	0,0	x	x
19.11.1972	337	0,0	x	x

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Noch: Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Noch: Einzelbewerber/Wählergruppen				
Gehr				
14.08.1949 ¹⁾	x	x	3 396	0,1
Generationswechsel jetzt				
27.09.1998	585	0,0	x	x
GENIEPUNKT - MAXIMALE GOETHEPOLITIK				
27.09.1998	241	0,0	x	x
GENIEPUNKTPOLITIK (Kalupner)				
22.09.2002	339	0,0	x	x
Gerechtigkeit und Fortschritt (Bartsch)				
28.09.1969	400	0,0	x	x
19.11.1972	304	0,0	x	x
Gruppe Internationale Marxisten (Behrendt)				
03.10.1976	104	0,0	x	x
HANDLOS-WÄHLERGRUPPE (Handlos)				
25.01.1987	17 523	0,3	x	x
HERZOG				
27.09.1998	645	0,0	x	x
Humanistische Partei (Kufner)				
22.09.2002	163	0,0	x	x
Humanistische Partei (Ritter)				
25.01.1987	151	0,0	x	x
Initiative Saubere Luft und Grüne Wälder (Rühling)				
25.01.1987	360	0,0	x	x
JUNGE UNABHÄNGIGE BÜRGER-LISTE (Wachta)				
02.12.1990	362	0,0	x	x
LEBENDIGE DEMOKRATIE				
27.09.1998	4 372	0,1	x	x
Lebendiges Gewissen (Dosch)				
02.12.1990	1 159	0,0	x	x
Letzte Chance Saalfrank				
27.09.1998	224	0,0	x	x
MEHR EHRliche POLITIK (Gehrke)				
02.12.1990	1 111	0,0	x	x

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Noch: Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Noch: Einzelbewerber/Wählergruppen				
MUT TUT GUT (MUT TUT GUT)				
27.09.1998	360	0,0	x	x
Notgemeinschaft bayerisches Grenzland (Zeitler)				
06.09.1953	173	0,0	x	x
PARTEIFREI (Graf)				
02.12.1990	3 104	0,0	x	x
Parteifreie Wählerschaft (3 Wahlvorschläge)				
06.09.1953	1 231	0,0	x	x
Parteifreie Wählerschaft (Keller)				
17.09.1961	1 645	0,0	x	x
PARTEIUNABHÄNGIGE BÜRGER (Ertel)				
16.10.1994	2 109	0,0	x	x
Peters Liste (Elsesser)				
16.10.1994	171	0,0	x	x
Petra Perle Hausfrauencub 2000 (H.F.C. 2000)				
27.09.1998	500	0,0	x	x
RONI (Braun)				
22.09.2002	263	0,0	x	x
"sozial-pazifistisch" (Schramm)				
06.03.1983	428	0,0	x	x
Unabhängige Demokraten 69 (6 Wahlvorschläge)				
28.09.1969	2 140	0,0	x	x
Überparteiliche Wählervereinigung gegen den Bau des Rangierbahnhofes im Norden Münchens (Braumann)				
05.10.1980	655	0,0	x	x
Unabhängiger Kandidat (Fischer)				
22.09.2002	2 065	0,0	x	x
Unser Abgeordneter				
27.09.1998	396	0,0	x	x
Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie in ganz Deutschland (Schüle)				
02.12.1990	113	0,0	x	x
Wählergemeinschaft Die Guten e.V.				
27.09.1998	778	0,0	x	x
Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland (Matjak)				
17.09.1961	633	0,0	x	x

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Noch: Stimmenergebnisse der sonstigen Wahlvorschläge

Bayern

Wahltag	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%

Noch: Einzelbewerber/Wählergruppen

Wählergemeinschaft "Kreativ-Evolutionär"

27.09.1998	249	0,0	x	x
------------------	-----	-----	---	---

Wählergruppe Volkholz (Volkholz)

19.11.1972	1 128	0,0	x	x
------------------	-------	-----	---	---

Wählerversammlung Heimat

27.09.1998	318	0,0	x	x
------------------	-----	-----	---	---

Wirtschaftswunder (Mader)

22.09.2002	775	0,0	x	x
------------------	-----	-----	---	---

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Oberbayern

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahlschein	mit Wahlschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahlschein	mit Wahlschein	Anzahl	%	
14.08.1949	1 636 632	1 569 889	66 743	1 261 353	1 200 590	60 763	x	x	77,1
06.09.1953	1 748 352 ¹⁾	1 646 292	70 319	1 425 991	1 323 931	102 060 ¹⁾	x	x	81,6
15.09.1957	1 794 566	1 690 106	104 460	1 513 139	1 417 338	9 941	85 860	5,7	84,3
17.09.1961	1 923 513	1 792 769	130 744	1 616 488	1 493 942	8 072	114 474	7,1	84,0
19.09.1965	2 021 277	1 864 896	156 381	1 682 205	1 534 765	7 069	140 371	8,3	83,2
28.09.1969	2 094 270	1 925 169	169 101	1 747 338	1 586 360	6 901	154 077	8,8	83,4
19.11.1972	2 306 905	2 107 590	199 315	2 067 893	1 877 193	6 187	184 513	8,9	89,6
03.10.1976	2 383 447	2 107 399	276 048	2 126 675	1 862 179	5 335	259 161	12,2	89,2
05.10.1980	2 482 107	2 119 911	362 196	2 166 405	1 820 436	3 463	342 506	15,8	87,3
06.03.1983	2 546 100	2 234 930	311 170	2 225 544	1 926 914	4 423	294 207	13,2	87,4
25.01.1987	2 696 511	2 360 762	335 749	2 195 716	1 873 278	3 510	318 928	14,5	81,4
02.12.1990	2 804 992	2 475 113	329 879	2 097 727	1 783 860	2 719	311 148	14,8	74,8
16.10.1994	2 830 243	2 412 924	417 319	2 173 529	1 774 634	2 516	396 379	18,2	76,8
27.09.1998	2 860 993	2 292 308	568 685	2 264 650	1 719 542	3 295	541 813	23,9	79,2
22.09.2002	2 965 339	2 315 759	649 580	2 444 098	1 815 271	2 149	626 678	25,6	82,4

¹⁾ Einschl. Wahlscheinwähler anderer Bundesländer.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Erststimmen (Wahlkreisstimmen)

Oberbayern

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	1 425 991	48 942	1 377 049	645 298	344 565	x	71 266	315 920
15.09.1957	1 513 139	54 318	1 458 821	778 105	367 665	x	63 486	249 565
17.09.1961	1 616 488	34 630	1 581 858	821 519	519 281	x	132 344	108 714
19.09.1965	1 682 205	48 853	1 633 352	866 003	600 290	x	103 456	63 603
28.09.1969	1 747 338	44 851	1 702 487	838 512	678 828	x	64 663	120 484
19.11.1972	2 067 893	26 870	2 041 023	1 078 620	832 495	x	106 862	23 046
03.10.1976	2 126 675	22 548	2 104 127	1 232 256	701 409	x	149 267	21 195
05.10.1980	2 166 405	32 654	2 133 751	1 200 332	714 407	41 372	170 854	6 786
06.03.1983	2 225 544	24 626	2 200 918	1 310 915	693 819	97 911	88 738	9 535
25.01.1987	2 195 716	28 734	2 166 982	1 219 337	588 559	195 674	132 376	31 036
02.12.1990	2 097 727	24 093	2 073 634	1 065 654	550 072	138 603	152 016	167 289
16.10.1994	2 173 529	20 087	2 153 442	1 185 873	604 982	151 063	86 314	125 210
27.09.1998	2 264 650	20 438	2 244 212	1 170 174	742 976	122 783	71 266	137 013
22.09.2002	2 444 098	29 298	2 414 800	1 394 940	697 407	163 689	106 685	52 079
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	x	3,4	100	46,9	25,0	x	5,2	22,9
15.09.1957	x	3,6	100	53,3	25,2	x	4,4	17,1
17.09.1961	x	2,1	100	51,9	32,8	x	8,4	6,9
19.09.1965	x	2,9	100	53,0	36,8	x	6,3	3,9
28.09.1969	x	2,6	100	49,3	39,9	x	3,8	7,1
19.11.1972	x	1,3	100	52,8	40,8	x	5,2	1,1
03.10.1976	x	1,1	100	58,6	33,3	x	7,1	1,0
05.10.1980	x	1,5	100	56,3	33,5	1,9	8,0	0,3
06.03.1983	x	1,1	100	59,6	31,5	4,4	4,0	0,4
25.01.1987	x	1,3	100	56,3	27,2	9,0	6,1	1,4
02.12.1990	x	1,1	100	51,4	26,5	6,7	7,3	8,1
16.10.1994	x	0,9	100	55,1	28,1	7,0	4,0	5,8
27.09.1998	x	0,9	100	52,1	33,1	5,5	3,2	6,1
22.09.2002	x	1,2	100	57,8	28,9	6,8	4,4	2,2

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Zweitstimmen (Landeslistenstimmen)

Oberbayern

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	1 261 353	21 992	1 239 361	284 520	272 349	x	98 580	583 912
06.09.1953	1 425 991	50 835	1 375 156	591 131	335 500	x	71 314	377 211
15.09.1957	1 513 139	46 003	1 467 136	763 048	438 185	x	60 226	205 677
17.09.1961	1 616 488	55 238	1 561 250	797 321	512 297	x	143 031	108 601
19.09.1965	1 682 205	39 405	1 642 800	847 357	589 562	x	135 953	69 928
28.09.1969	1 747 338	23 914	1 723 424	850 546	658 468	x	84 867	129 543
19.11.1972	2 067 893	14 744	2 053 149	1 081 821	793 716	x	158 842	18 770
03.10.1976	2 126 675	12 443	2 114 232	1 238 794	677 135	x	177 562	20 741
05.10.1980	2 166 405	18 124	2 148 281	1 196 547	687 670	29 311	222 888	11 865
06.03.1983	2 225 544	15 146	2 210 398	1 250 538	649 549	122 354	170 995	16 962
25.01.1987	2 195 716	15 555	2 180 161	1 162 850	540 269	208 582	219 820	48 640
02.12.1990	2 097 727	13 772	2 083 955	1 023 469	533 719	118 451	222 205	186 111
16.10.1994	2 173 529	13 330	2 160 199	1 105 185	571 505	163 481	170 465	149 563
27.09.1998	2 264 650	13 486	2 251 164	1 077 719	702 741	171 462	140 871	158 371
22.09.2002	2 444 098	14 597	2 429 501	1 399 370	579 584	251 219	125 297	74 031
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	1,7	100	23,0	22,0	x	8,0	47,1
06.09.1953	x	3,6	100	43,0	24,4	x	5,2	27,4
15.09.1957	x	3,0	100	52,0	29,9	x	4,1	14,0
17.09.1961	x	3,4	100	51,1	32,8	x	9,2	7,0
19.09.1965	x	2,3	100	51,6	35,9	x	8,3	4,3
28.09.1969	x	1,4	100	49,4	38,2	x	4,9	7,5
19.11.1972	x	0,7	100	52,7	38,7	x	7,7	0,9
03.10.1976	x	0,6	100	58,6	32,0	x	8,4	1,0
05.10.1980	x	0,8	100	55,7	32,0	1,4	10,4	0,6
06.03.1983	x	0,7	100	56,6	29,4	5,5	7,7	0,8
25.01.1987	x	0,7	100	53,3	24,8	9,6	10,1	2,2
02.12.1990	x	0,7	100	49,1	25,6	5,7	10,7	8,9
16.10.1994	x	0,6	100	51,2	26,5	7,6	7,9	6,9
27.09.1998	x	0,6	100	47,9	31,2	7,6	6,3	7,0
22.09.2002	x	0,6	100	57,6	23,9	10,3	5,2	3,0

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Niederbayern

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahlschein	mit Wahlschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahlschein	mit Wahlschein	Anzahl	%	
14.08.1949	677 436	660 430	17 006	565 016	549 419	15 597	x	x	83,4
06.09.1953	652 088 ¹⁾	633 444	19 556	562 809	544 165	18 644 ¹⁾	x	x	86,3
15.09.1957	635 816	606 843	28 973	552 309	526 511	5 175	20 623	3,7	86,9
17.09.1961	648 089	616 772	31 317	565 298	536 389	4 263	24 646	4,4	87,2
19.09.1965	658 643	620 513	38 130	565 091	529 238	3 965	31 888	5,6	85,8
28.09.1969	661 520	623 977	37 543	551 033	516 003	2 863	32 167	5,8	83,3
19.11.1972	694 852	639 141	55 711	610 097	557 137	1 800	51 160	8,4	87,8
03.10.1976	714 554	649 972	64 582	625 697	564 652	1 537	59 508	9,5	87,6
05.10.1980	746 809	664 046	82 763	635 292	556 909	905	77 478	12,2	85,1
06.03.1983	769 184	697 720	71 464	654 920	587 016	800	67 104	10,2	85,1
25.01.1987	793 861	717 066	76 795	615 925	542 455	734	72 736	11,8	77,6
02.12.1990	826 318	752 802	73 516	568 929	498 902	270	69 757	12,3	68,9
16.10.1994	851 947	771 401	80 546	611 510	534 403	188	76 919	12,6	71,8
27.09.1998	875 423	736 705	138 718	652 420	519 809	280	132 331	20,3	74,5
22.09.2002	901 985	729 705	172 280	712 626	545 872	141	166 613	23,4	79,0

¹⁾ Einschl. Wahlscheinwähler anderer Bundesländer.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Erststimmen (Wahlkreisstimmen)

Niederbayern

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	562 809	20 303	542 506	284 508	87 067	x	11 378	159 553
15.09.1957	552 309	20 555	531 754	341 228	96 009	x	8 903	85 614
17.09.1961	565 298	19 138	546 160	364 194	125 347	x	22 092	34 527
19.09.1965	565 091	19 985	545 106	363 370	157 399	x	13 033	11 304
28.09.1969	551 033	18 033	533 000	340 194	149 216	x	8 052	35 538
19.11.1972	610 097	11 731	598 366	393 031	188 470	x	10 312	6 553
03.10.1976	625 697	9 868	615 829	423 828	166 989	x	18 531	6 481
05.10.1980	635 292	13 279	622 013	417 074	163 363	12 198	28 155	1 223
06.03.1983	654 920	8 429	646 491	451 852	152 767	20 439	17 731	3 702
25.01.1987	615 925	10 181	605 744	374 753	141 458	33 351	28 334	27 848
02.12.1990	568 929	8 394	560 535	331 614	130 141	21 428	27 906	49 446
16.10.1994	611 510	7 903	603 607	364 919	161 160	27 974	15 975	33 579
27.09.1998	652 420	7 275	645 145	369 611	201 408	22 711	15 004	36 411
22.09.2002	712 626	11 262	701 364	484 285	147 241	31 767	31 668	6 403
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	x	3,6	100	52,4	16,0	x	2,1	29,4
15.09.1957	x	3,7	100	64,2	18,1	x	1,7	16,1
17.09.1961	x	3,4	100	66,7	23,0	x	4,0	6,3
19.09.1965	x	3,5	100	66,7	28,9	x	2,4	2,1
28.09.1969	x	3,3	100	63,8	28,0	x	1,5	6,7
19.11.1972	x	1,9	100	65,7	31,5	x	1,7	1,1
03.10.1976	x	1,6	100	68,8	27,1	x	3,0	1,1
05.10.1980	x	2,1	100	67,1	26,3	2,0	4,5	0,2
06.03.1983	x	1,3	100	69,9	23,6	3,2	2,7	0,6
25.01.1987	x	1,7	100	61,9	23,4	5,5	4,7	4,6
02.12.1990	x	1,5	100	59,2	23,2	3,8	5,0	8,8
16.10.1994	x	1,3	100	60,5	26,7	4,6	2,6	5,6
27.09.1998	x	1,1	100	57,3	31,2	3,5	2,3	5,6
22.09.2002	x	1,6	100	69,0	21,0	4,5	4,5	0,9

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Zweitstimmen (Landeslistenstimmen)

Niederbayern

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	565 016	7 317	557 699	149 583	79 038	x	18 781	310 297
06.09.1953	562 809	22 622	540 187	285 379	87 413	x	12 530	154 865
15.09.1957	552 309	21 802	530 507	335 844	103 347	x	8 443	82 873
17.09.1961	565 298	28 740	536 558	361 562	118 762	x	22 127	34 107
19.09.1965	565 091	20 657	544 434	372 500	140 670	x	18 948	12 316
28.09.1969	551 033	14 827	536 206	359 132	131 494	x	9 515	36 065
19.11.1972	610 097	8 244	601 853	398 297	180 717	x	17 434	5 405
03.10.1976	625 697	6 672	619 025	431 230	160 786	x	21 525	5 484
05.10.1980	635 292	8 578	626 714	424 215	164 535	7 620	27 680	2 664
06.03.1983	654 920	5 976	648 944	443 247	149 439	21 428	30 477	4 353
25.01.1987	615 925	7 633	608 292	379 336	143 474	33 534	37 463	14 485
02.12.1990	568 929	6 176	562 753	324 742	131 993	18 319	33 085	54 614
16.10.1994	611 510	5 819	605 691	344 183	163 061	24 009	29 596	44 842
27.09.1998	652 420	5 713	646 707	341 497	208 085	23 968	25 816	47 341
22.09.2002	712 626	5 047	707 579	494 108	140 612	28 956	23 453	20 450
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	1,3	100	26,8	14,2	x	3,4	55,6
06.09.1953	x	4,0	100	52,8	16,2	x	2,3	28,7
15.09.1957	x	3,9	100	63,3	19,5	x	1,6	15,6
17.09.1961	x	5,1	100	67,4	22,1	x	4,1	6,4
19.09.1965	x	3,7	100	68,4	25,8	x	3,5	2,3
28.09.1969	x	2,7	100	67,0	24,5	x	1,8	6,7
19.11.1972	x	1,4	100	66,2	30,0	x	2,9	0,9
03.10.1976	x	1,1	100	69,7	26,0	x	3,5	0,9
05.10.1980	x	1,4	100	67,7	26,3	1,2	4,4	0,4
06.03.1983	x	0,9	100	68,3	23,0	3,3	4,7	0,7
25.01.1987	x	1,2	100	62,4	23,6	5,5	6,2	2,4
02.12.1990	x	1,1	100	57,7	23,5	3,3	5,9	9,7
16.10.1994	x	1,0	100	56,8	26,9	4,0	4,9	7,4
27.09.1998	x	0,9	100	52,8	32,2	3,7	4,0	7,3
22.09.2002	x	0,7	100	69,8	19,9	4,1	3,3	2,9

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Oberpfalz

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahlschein	mit Wahlschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahlschein	mit Wahlschein	Anzahl	%	
14.08.1949	566 857	551 490	15 367	486 209	473 204	13 005	x	x	85,8
06.09.1953	560 651 ¹⁾	547 057	19 841	499 466	485 872	13 594 ¹⁾	x	x	89,1
15.09.1957	571 252	542 879	28 373	521 688	496 127	4 876	20 685	4,0	91,3
17.09.1961	593 891	562 738	31 153	539 192	509 863	4 336	24 993	4,6	90,8
19.09.1965	608 466	570 012	38 454	545 889	509 742	3 899	32 248	5,9	89,7
28.09.1969	612 435	575 055	37 380	537 607	502 010	3 056	32 541	6,1	87,8
19.11.1972	673 686	621 376	52 310	605 362	555 618	1 079	48 665	8,0	89,9
03.10.1976	691 078	630 337	60 741	621 384	563 535	1 115	56 734	9,1	89,9
05.10.1980	717 009	637 382	79 627	633 133	557 253	712	75 168	11,9	88,3
06.03.1983	733 991	664 305	69 686	644 806	578 235	901	65 670	10,2	87,8
25.01.1987	753 019	678 416	74 603	620 958	549 610	627	70 721	11,4	82,5
02.12.1990	778 933	706 653	72 280	575 326	506 615	688	68 023	11,8	73,9
16.10.1994	795 985	719 392	76 593	609 435	535 803	324	73 308	12,0	76,6
27.09.1998	811 578	685 162	126 416	640 027	518 969	353	120 705	18,9	78,9
22.09.2002	829 099	672 097	157 002	675 862	523 709	236	151 917	22,5	81,5

¹⁾ Einschl. Wahlscheinwähler anderer Bundesländer.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Erststimmen (Wahlkreisstimmen)

Oberpfalz

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	499 466	18 255	481 211	286 332	111 412	x	15 423	68 044
15.09.1957	521 688	13 570	508 118	327 438	123 635	x	17 044	40 001
17.09.1961	539 192	14 664	524 528	336 927	139 981	x	25 245	22 375
19.09.1965	545 889	17 354	528 535	341 922	156 467	x	18 164	11 982
28.09.1969	537 607	14 673	522 934	328 277	155 889	x	12 132	26 636
19.11.1972	605 362	10 778	594 584	367 202	206 512	x	12 727	8 143
03.10.1976	621 384	9 570	611 814	398 078	185 359	x	18 566	9 811
05.10.1980	633 133	11 619	621 514	394 022	191 395	9 994	24 738	1 365
06.03.1983	644 806	8 058	636 748	416 625	179 979	22 180	12 844	5 120
25.01.1987	620 958	9 386	611 572	357 198	184 656	37 090	20 279	12 349
02.12.1990	575 326	8 451	566 875	323 276	160 678	16 948	23 132	42 841
16.10.1994	609 435	6 693	602 742	331 851	201 915	23 295	12 971	32 710
27.09.1998	640 027	7 568	632 459	327 196	245 277	20 136	11 278	28 572
22.09.2002	675 862	10 331	665 531	410 298	194 640	25 642	19 730	15 221
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	x	3,7	100	59,5	23,2	x	3,2	14,1
15.09.1957	x	2,6	100	64,4	24,3	x	3,4	7,9
17.09.1961	x	2,7	100	64,2	26,7	x	4,8	4,3
19.09.1965	x	3,2	100	64,7	29,6	x	3,4	2,3
28.09.1969	x	2,7	100	62,8	29,8	x	2,3	5,1
19.11.1972	x	1,8	100	61,8	34,7	x	2,1	1,4
03.10.1976	x	1,5	100	65,1	30,3	x	3,0	1,6
05.10.1980	x	1,8	100	63,4	30,8	1,6	4,0	0,2
06.03.1983	x	1,2	100	65,4	28,3	3,5	2,0	0,8
25.01.1987	x	1,5	100	58,4	30,2	6,1	3,3	2,0
02.12.1990	x	1,5	100	57,0	28,3	3,0	4,1	7,6
16.10.1994	x	1,1	100	55,1	33,5	3,9	2,2	5,4
27.09.1998	x	1,2	100	51,7	38,8	3,2	1,8	4,5
22.09.2002	x	1,5	100	61,6	29,2	3,9	3,0	2,3

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Zweitstimmen (Landeslistenstimmen)

Oberpfalz

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	486 209	9 340	476 869	167 711	110 971	x	21 246	176 941
06.09.1953	499 466	17 986	481 480	269 950	108 805	x	16 516	86 209
15.09.1957	521 688	17 888	503 800	322 124	121 929	x	15 991	43 756
17.09.1961	539 192	24 540	514 652	326 338	137 297	x	28 204	22 813
19.09.1965	545 889	18 684	527 205	334 402	154 047	x	25 183	13 573
28.09.1969	537 607	13 168	524 439	325 272	152 986	x	14 193	31 988
19.11.1972	605 362	8 022	597 340	365 427	205 261	x	20 369	6 283
03.10.1976	621 384	6 129	615 255	402 227	183 791	x	22 161	7 076
05.10.1980	633 133	8 506	624 627	393 204	192 659	6 063	30 000	2 701
06.03.1983	644 806	6 545	638 261	406 512	172 958	24 757	29 117	4 917
25.01.1987	620 958	6 563	614 395	348 432	180 171	37 453	34 163	14 176
02.12.1990	575 326	6 317	569 009	317 901	155 710	17 472	31 363	46 563
16.10.1994	609 435	5 896	603 539	320 324	197 615	25 026	25 331	35 243
27.09.1998	640 027	6 197	633 830	313 653	237 859	24 566	21 550	36 202
22.09.2002	675 862	6 070	669 792	422 350	174 387	34 205	21 211	17 639
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	1,9	100	35,2	23,3	x	4,5	37,1
06.09.1953	x	3,6	100	56,1	22,6	x	3,4	17,9
15.09.1957	x	3,4	100	63,9	24,2	x	3,2	8,7
17.09.1961	x	4,6	100	63,4	26,7	x	5,5	4,4
19.09.1965	x	3,4	100	63,4	29,2	x	4,8	2,6
28.09.1969	x	2,4	100	62,0	29,2	x	2,7	6,1
19.11.1972	x	1,3	100	61,2	34,4	x	3,4	1,1
03.10.1976	x	1,0	100	65,4	29,9	x	3,6	1,2
05.10.1980	x	1,3	100	63,0	30,8	1,0	4,8	0,4
06.03.1983	x	1,0	100	63,7	27,1	3,9	4,6	0,8
25.01.1987	x	1,1	100	56,7	29,3	6,1	5,6	2,3
02.12.1990	x	1,1	100	55,9	27,4	3,1	5,5	8,2
16.10.1994	x	1,0	100	53,1	32,7	4,1	4,2	5,8
27.09.1998	x	1,0	100	49,5	37,5	3,9	3,4	5,7
22.09.2002	x	0,9	100	63,1	26,0	5,1	3,2	2,6

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Oberfranken

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahlschein	mit Wahlschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahlschein	mit Wahlschein	Anzahl	%	
14.08.1949	730 252	714 567	15 685	610 711	597 314	13 397	x	x	83,6
06.09.1953	731 919 ¹⁾	714 819	21 498	648 889	631 789	17 100 ¹⁾	x	x	88,7
15.09.1957	737 990	703 288	34 702	662 989	631 191	4 334	27 464	4,1	89,8
17.09.1961	758 776	721 877	36 899	677 802	643 111	3 976	30 715	4,5	89,3
19.09.1965	764 173	719 897	44 276	672 736	631 088	3 185	38 463	5,7	88,0
28.09.1969	755 809	714 971	40 838	655 428	616 776	2 455	36 197	5,5	86,7
19.11.1972	776 547	723 054	53 493	703 613	652 391	1 450	49 772	7,1	90,6
03.10.1976	780 617	715 662	64 955	710 300	647 638	1 450	61 212	8,6	91,0
05.10.1980	800 659	716 776	83 883	712 170	632 039	741	79 390	11,1	88,9
06.03.1983	812 036	738 023	74 013	719 473	648 200	1 349	69 924	9,7	88,6
25.01.1987	822 533	744 357	78 176	682 749	607 593	1 029	74 127	10,9	83,0
02.12.1990	843 648	774 123	69 525	638 712	572 278	961	65 473	10,3	75,7
16.10.1994	851 848	773 077	78 771	669 423	593 761	590	75 072	11,2	78,6
27.09.1998	856 774	736 508	120 266	688 275	572 285	462	115 528	16,8	80,3
22.09.2002	862 952	721 355	141 597	701 109	563 860	296	136 953	19,5	81,2

¹⁾ Einschl. Wahlscheinwähler anderer Bundesländer.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Erststimmen (Wahlkreisstimmen)

Oberfranken

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	648 889	31 839	617 050	159 609	189 751	x	116 414	151 276
15.09.1957	662 989	18 873	644 116	340 363	195 731	x	36 726	71 296
17.09.1961	677 802	14 888	662 914	334 099	240 917	x	51 782	36 116
19.09.1965	672 736	16 483	656 253	335 691	261 147	x	37 250	22 165
28.09.1969	655 428	15 305	640 123	325 466	258 721	x	18 492	37 444
19.11.1972	703 613	9 441	694 172	357 386	312 467	x	17 418	6 901
03.10.1976	710 300	7 830	702 470	391 422	279 321	x	25 929	5 798
05.10.1980	712 170	9 818	702 352	388 813	276 988	9 860	25 447	1 244
06.03.1983	719 473	7 745	711 728	431 039	244 341	19 748	13 556	3 044
25.01.1987	682 749	8 380	674 369	376 438	239 346	32 997	18 146	7 442
02.12.1990	638 712	7 620	631 092	349 992	197 197	26 058	23 746	34 099
16.10.1994	669 423	6 868	662 555	341 618	239 644	35 549	16 095	29 649
27.09.1998	688 275	7 337	680 938	328 308	284 987	24 838	16 789	26 016
22.09.2002	701 109	9 420	691 689	395 858	228 127	31 823	24 404	11 477
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	x	4,9	100	25,9	30,8	x	18,9	24,5
15.09.1957	x	2,8	100	52,8	30,4	x	5,7	11,1
17.09.1961	x	2,2	100	50,4	36,3	x	7,8	5,4
19.09.1965	x	2,5	100	51,2	39,8	x	5,7	3,4
28.09.1969	x	2,3	100	50,8	40,4	x	2,9	5,8
19.11.1972	x	1,3	100	51,5	45,0	x	2,5	1,0
03.10.1976	x	1,1	100	55,7	39,8	x	3,7	0,8
05.10.1980	x	1,4	100	55,4	39,4	1,4	3,6	0,2
06.03.1983	x	1,1	100	60,6	34,3	2,8	1,9	0,4
25.01.1987	x	1,2	100	55,8	35,5	4,9	2,7	1,1
02.12.1990	x	1,2	100	55,5	31,2	4,1	3,8	5,4
16.10.1994	x	1,0	100	51,6	36,2	5,4	2,4	4,5
27.09.1998	x	1,1	100	48,2	41,9	3,6	2,5	3,8
22.09.2002	x	1,3	100	57,2	33,0	4,6	3,5	1,7

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Zweitstimmen (Landeslistenstimmen)

Oberfranken

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	610 711	16 852	593 859	137 973	174 114	x	75 634	206 138
06.09.1953	648 889	23 281	625 608	239 256	179 700	x	59 469	147 183
15.09.1957	662 989	24 106	638 883	341 273	191 920	x	32 542	73 148
17.09.1961	677 802	25 377	652 425	326 180	234 129	x	53 946	38 170
19.09.1965	672 736	19 870	652 866	327 470	254 541	x	45 552	25 303
28.09.1969	655 428	12 367	643 061	324 755	250 685	x	22 322	45 299
19.11.1972	703 613	7 209	696 404	354 593	301 176	x	33 828	6 807
03.10.1976	710 300	5 689	704 611	390 745	275 974	x	31 920	5 972
05.10.1980	712 170	6 877	705 293	378 784	275 958	7 373	40 086	3 092
06.03.1983	719 473	5 675	713 798	410 215	241 759	23 035	34 403	4 386
25.01.1987	682 749	5 796	676 953	367 239	223 708	35 876	39 495	10 635
02.12.1990	638 712	5 631	633 081	334 805	193 634	21 083	41 426	42 133
16.10.1994	669 423	5 336	664 087	327 180	238 022	31 869	33 149	33 867
27.09.1998	688 275	5 317	682 958	308 775	273 484	29 652	27 451	43 596
22.09.2002	701 109	5 534	695 575	397 620	210 282	37 383	28 436	21 854
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	2,8	100	23,2	29,3	x	12,7	34,7
06.09.1953	x	3,6	100	38,2	28,7	x	9,5	23,5
15.09.1957	x	3,6	100	53,4	30,0	x	5,1	11,4
17.09.1961	x	3,7	100	50,0	35,9	x	8,3	5,9
19.09.1965	x	3,0	100	50,2	39,0	x	7,0	3,9
28.09.1969	x	1,9	100	50,5	39,0	x	3,5	7,0
19.11.1972	x	1,0	100	50,9	43,2	x	4,9	1,0
03.10.1976	x	0,8	100	55,5	39,2	x	4,5	0,8
05.10.1980	x	1,0	100	53,7	39,1	1,0	5,7	0,4
06.03.1983	x	0,8	100	57,5	33,9	3,2	4,8	0,6
25.01.1987	x	0,8	100	54,2	33,0	5,3	5,8	1,6
02.12.1990	x	0,9	100	52,9	30,6	3,3	6,5	6,7
16.10.1994	x	0,8	100	49,3	35,8	4,8	5,0	5,1
27.09.1998	x	0,8	100	45,2	40,0	4,3	4,0	6,4
22.09.2002	x	0,8	100	57,2	30,2	5,4	4,1	3,1

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Mittelfranken

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahlschein	mit Wahlschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahlschein	mit Wahlschein	Anzahl	%	
14.08.1949	854 330	829 747	24 583	690 361	674 860	15 501	x	x	80,8
06.09.1953	882 703 ¹⁾	860 149	32 384	756 246	733 692	22 554 ¹⁾	x	x	85,7
15.09.1957	923 914	877 099	46 815	807 224	764 612	4 776	37 836	4,7	87,4
17.09.1961	971 554	917 780	53 774	840 229	789 799	3 372	47 058	5,6	86,5
19.09.1965	991 928	924 279	67 649	849 792	786 064	2 380	61 348	7,2	85,7
28.09.1969	1 000 617	936 272	64 345	853 405	793 153	1 713	58 539	6,9	85,3
19.11.1972	1 065 972	988 062	77 910	956 093	881 588	1 328	73 177	7,7	89,7
03.10.1976	1 076 357	971 509	104 848	962 039	861 636	2 343	98 060	10,2	89,4
05.10.1980	1 104 714	967 923	136 791	966 202	835 104	828	130 270	13,5	87,5
06.03.1983	1 125 593	1 006 190	119 403	983 490	868 936	1 643	112 911	11,5	87,4
25.01.1987	1 162 004	1 036 664	125 340	952 876	832 669	1 545	118 662	12,5	82,0
02.12.1990	1 202 197	1 083 046	119 151	901 990	790 149	1 284	110 557	12,3	75,0
16.10.1994	1 218 369	1 073 019	145 350	956 661	817 290	1 358	138 013	14,4	78,5
27.09.1998	1 220 154	1 017 507	202 647	980 885	785 686	1 029	194 170	19,8	80,4
22.09.2002	1 238 167	1 018 434	219 733	1 003 835	791 485	1 091	211 259	21,0	81,1

¹⁾ Einschl. Wahlscheinwähler anderer Bundesländer.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Erststimmen (Wahlkreisstimmen)

Mittelfranken

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	756 246	27 547	728 699	313 095	223 680	x	76 648	115 276
15.09.1957	807 224	19 395	787 829	423 118	247 722	x	57 825	59 164
17.09.1961	840 229	16 809	823 420	412 241	266 634	x	100 079	44 466
19.09.1965	849 792	20 052	829 740	418 769	298 530	x	64 604	47 837
28.09.1969	853 405	28 837	824 568	393 048	333 351	x	37 727	60 442
19.11.1972	956 093	12 488	943 605	438 415	446 801	x	44 922	13 467
03.10.1976	962 039	10 490	951 549	492 171	390 566	x	55 441	13 371
05.10.1980	966 202	12 712	953 490	482 882	385 581	19 527	62 015	3 485
06.03.1983	983 490	9 421	974 069	544 151	348 038	42 201	30 592	9 087
25.01.1987	952 876	10 446	942 430	479 934	324 919	71 818	50 572	15 187
02.12.1990	901 990	10 804	891 186	426 046	303 547	49 727	61 959	49 907
16.10.1994	956 661	8 139	948 522	465 906	353 018	56 837	28 257	44 504
27.09.1998	980 885	9 257	971 628	449 791	415 635	42 596	21 216	42 390
22.09.2002	1 003 835	12 543	991 292	513 520	367 756	51 137	38 225	20 654
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	x	3,6	100	43,0	30,7	x	10,5	15,8
15.09.1957	x	2,4	100	53,7	31,4	x	7,3	7,5
17.09.1961	x	2,0	100	50,1	32,4	x	12,2	5,4
19.09.1965	x	2,4	100	50,5	36,0	x	7,8	5,8
28.09.1969	x	3,4	100	47,7	40,4	x	4,6	7,3
19.11.1972	x	1,3	100	46,5	47,4	x	4,8	1,4
03.10.1976	x	1,1	100	51,7	41,0	x	5,8	1,4
05.10.1980	x	1,3	100	50,6	40,4	2,0	6,5	0,4
06.03.1983	x	1,0	100	55,9	35,7	4,3	3,1	0,9
25.01.1987	x	1,1	100	50,9	34,5	7,6	5,4	1,6
02.12.1990	x	1,2	100	47,8	34,1	5,6	7,0	5,6
16.10.1994	x	0,9	100	49,1	37,2	6,0	3,0	4,7
27.09.1998	x	0,9	100	46,3	42,8	4,4	2,2	4,4
22.09.2002	x	1,2	100	51,8	37,1	5,2	3,9	2,1

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Zweitstimmen (Landeslistenstimmen)

Mittelfranken

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	690 361	27 082	663 279	159 437	199 379	x	109 913	194 550
06.09.1953	756 246	29 537	726 709	299 307	217 155	x	76 872	133 375
15.09.1957	807 224	30 842	776 382	410 634	242 290	x	57 450	66 008
17.09.1961	840 229	30 936	809 293	396 366	258 591	x	107 193	47 143
19.09.1965	849 792	20 294	829 498	400 889	293 296	x	80 117	55 196
28.09.1969	853 405	15 934	837 471	391 149	327 867	x	46 695	71 760
19.11.1972	956 093	7 942	948 151	435 434	422 718	x	77 253	12 746
03.10.1976	962 039	6 493	955 546	489 111	383 825	x	71 362	11 248
05.10.1980	966 202	8 763	957 439	468 911	376 069	14 871	91 020	6 568
06.03.1983	983 490	7 528	975 962	512 906	336 482	53 657	63 769	9 148
25.01.1987	952 876	7 185	945 691	452 964	305 469	84 340	83 323	19 595
02.12.1990	901 990	6 722	895 268	405 734	283 707	44 764	89 613	71 450
16.10.1994	956 661	6 242	950 419	428 512	334 558	63 995	64 861	58 493
27.09.1998	980 885	7 216	973 669	406 991	397 669	61 271	47 670	60 068
22.09.2002	1 003 835	7 498	996 337	499 835	335 527	82 154	45 876	32 945
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	3,9	100	24,0	30,1	x	16,6	29,3
06.09.1953	x	3,9	100	41,2	29,9	x	10,6	18,4
15.09.1957	x	3,8	100	52,9	31,2	x	7,4	8,5
17.09.1961	x	3,7	100	49,0	32,0	x	13,2	5,8
19.09.1965	x	2,4	100	48,3	35,4	x	9,7	6,7
28.09.1969	x	1,9	100	46,7	39,1	x	5,6	8,6
19.11.1972	x	0,8	100	45,9	44,6	x	8,1	1,3
03.10.1976	x	0,7	100	51,2	40,2	x	7,5	1,2
05.10.1980	x	0,9	100	49,0	39,3	1,6	9,5	0,7
06.03.1983	x	0,8	100	52,6	34,5	5,5	6,5	0,9
25.01.1987	x	0,8	100	47,9	32,3	8,9	8,8	2,1
02.12.1990	x	0,7	100	45,3	31,7	5,0	10,0	8,0
16.10.1994	x	0,7	100	45,1	35,2	6,7	6,8	6,2
27.09.1998	x	0,7	100	41,8	40,8	6,3	4,9	6,2
22.09.2002	x	0,7	100	50,2	33,7	8,2	4,6	3,3

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Unterfranken

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahlschein	mit Wahlschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahlschein	mit Wahlschein	Anzahl	%	
14.08.1949	664 434	648 970	15 464	546 723	534 001	12 722	x	x	82,3
06.09.1953	680 548 ¹⁾	660 627	20 665	600 389	580 468	19 921 ¹⁾	x	x	88,2
15.09.1957	694 897	658 529	36 368	628 571	594 638	4 515	29 418	4,7	90,5
17.09.1961	729 137	686 384	42 753	658 177	617 691	3 173	37 313	5,7	90,3
19.09.1965	747 841	693 957	53 884	658 603	608 620	1 812	48 171	7,3	88,1
28.09.1969	754 201	700 971	53 230	662 400	611 802	1 438	49 160	7,4	87,8
19.11.1972	823 609	751 190	72 419	753 775	684 496	759	68 520	9,1	91,5
03.10.1976	845 835	757 674	88 161	773 986	689 866	1 007	83 113	10,7	91,5
05.10.1980	877 713	763 454	114 259	786 550	677 631	581	108 338	13,8	89,6
06.03.1983	898 930	799 401	99 529	805 517	710 240	1 411	93 866	11,7	89,6
25.01.1987	925 731	824 997	100 734	786 559	689 428	1 563	95 568	12,2	85,0
02.12.1990	956 982	857 655	99 327	744 603	649 936	1 013	93 654	12,6	77,8
16.10.1994	976 888	867 240	109 648	780 923	675 760	624	104 539	13,4	79,9
27.09.1998	991 774	826 950	164 824	812 266	653 883	786	157 597	19,4	81,9
22.09.2002	1 011 246	819 003	192 243	834 467	648 400	832	185 235	22,2	82,5

¹⁾ Einschl. Wahlscheinwähler anderer Bundesländer.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Erststimmen (Wahlkreisstimmen)

Unterfranken

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	600 389	21 001	579 388	334 827	121 857	x	38 877	83 827
15.09.1957	628 571	19 719	608 852	379 251	142 036	x	34 466	53 099
17.09.1961	658 177	17 162	641 015	379 943	173 421	x	52 563	35 088
19.09.1965	658 603	18 514	640 089	394 303	189 861	x	39 031	16 894
28.09.1969	662 400	17 013	645 387	385 981	206 168	x	23 739	29 499
19.11.1972	753 775	12 843	740 932	439 380	266 185	x	28 684	6 683
03.10.1976	773 986	9 420	764 566	476 867	248 581	x	33 266	5 852
05.10.1980	786 550	12 848	773 702	472 044	247 523	12 046	40 287	1 802
06.03.1983	805 517	9 139	796 378	515 591	228 161	30 286	18 884	3 456
25.01.1987	786 559	10 790	775 769	473 386	213 512	48 652	27 913	12 306
02.12.1990	744 603	10 114	734 489	418 422	203 970	40 243	37 594	34 260
16.10.1994	780 923	9 021	771 902	429 839	237 264	49 805	19 563	35 431
27.09.1998	812 266	9 697	802 569	417 592	283 173	38 696	19 634	43 474
22.09.2002	834 467	12 984	821 483	467 981	239 633	58 457	34 704	20 708
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	x	3,5	100	57,8	21,0	x	6,7	14,5
15.09.1957	x	3,1	100	62,3	23,3	x	5,7	8,7
17.09.1961	x	2,6	100	59,3	27,1	x	8,2	5,5
19.09.1965	x	2,8	100	61,6	29,7	x	6,1	2,6
28.09.1969	x	2,6	100	59,8	31,9	x	3,7	4,6
19.11.1972	x	1,7	100	59,3	35,9	x	3,9	0,9
03.10.1976	x	1,2	100	62,4	32,5	x	4,4	0,8
05.10.1980	x	1,6	100	61,0	32,0	1,6	5,2	0,2
06.03.1983	x	1,1	100	64,7	28,6	3,8	2,4	0,4
25.01.1987	x	1,4	100	61,0	27,5	6,3	3,6	1,6
02.12.1990	x	1,4	100	57,0	27,8	5,5	5,1	4,7
16.10.1994	x	1,2	100	55,7	30,7	6,5	2,5	4,6
27.09.1998	x	1,2	100	52,0	35,3	4,8	2,4	5,4
22.09.2002	x	1,6	100	57,0	29,2	7,1	4,2	2,5

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Zweitstimmen (Landeslistenstimmen)

Unterfranken

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	546 723	16 127	530 596	238 260	106 522	x	32 203	153 611
06.09.1953	600 389	22 771	577 618	325 719	121 020	x	40 536	90 343
15.09.1957	628 571	27 245	601 326	373 286	139 194	x	33 415	55 431
17.09.1961	658 177	27 217	630 960	369 772	171 808	x	53 332	36 048
19.09.1965	658 603	20 658	637 945	381 240	189 251	x	49 539	17 915
28.09.1969	662 400	13 202	649 198	384 390	205 436	x	24 201	35 171
19.11.1972	753 775	7 724	746 051	436 284	262 126	x	40 990	6 651
03.10.1976	773 986	6 638	767 348	478 417	242 552	x	40 347	6 032
05.10.1980	786 550	8 176	778 374	464 354	248 136	10 893	51 500	3 491
06.03.1983	805 517	6 731	798 786	493 583	220 669	35 065	44 439	5 030
25.01.1987	786 559	7 208	779 351	452 468	207 309	51 142	54 816	13 616
02.12.1990	744 603	6 707	737 896	409 729	194 304	32 626	57 240	43 997
16.10.1994	780 923	7 540	773 383	403 637	231 941	50 438	45 400	41 967
27.09.1998	812 266	7 125	805 141	384 704	277 838	47 829	39 018	55 752
22.09.2002	834 467	7 296	827 171	465 426	231 628	59 326	41 296	29 495
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	2,9	100	44,9	20,1	x	6,1	29,0
06.09.1953	x	3,8	100	56,4	21,0	x	7,0	15,6
15.09.1957	x	4,3	100	62,1	23,1	x	5,6	9,2
17.09.1961	x	4,1	100	58,6	27,2	x	8,5	5,7
19.09.1965	x	3,1	100	59,8	29,7	x	7,8	2,8
28.09.1969	x	2,0	100	59,2	31,6	x	3,7	5,4
19.11.1972	x	1,0	100	58,5	35,1	x	5,5	0,9
03.10.1976	x	0,9	100	62,3	31,6	x	5,3	0,8
05.10.1980	x	1,0	100	59,7	31,9	1,4	6,6	0,4
06.03.1983	x	0,8	100	61,8	27,6	4,4	5,6	0,6
25.01.1987	x	0,9	100	58,1	26,6	6,6	7,0	1,7
02.12.1990	x	0,9	100	55,5	26,3	4,4	7,8	6,0
16.10.1994	x	1,0	100	52,2	30,0	6,5	5,9	5,4
27.09.1998	x	0,9	100	47,8	34,5	5,9	4,8	6,9
22.09.2002	x	0,9	100	56,3	28,0	7,2	5,0	3,6

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

Schwaben

Wahltag	Wahlberechtigte			Wähler					Wahl- beteiligung in %
	insgesamt	davon		insgesamt	davon haben abgestimmt				
		ohne Wahlschein	mit Wahlschein		im Wahllokal		mit Briefwahl		
					ohne Wahlschein	mit Wahlschein	Anzahl	%	
14.08.1949	854 234	832 289	21 945	691 203	670 358	20 845	x	x	80,9
06.09.1953	878 559 ¹⁾	840 637	30 087	770 027	732 105	37 922 ¹⁾	x	x	87,6
15.09.1957	882 064	834 783	47 281	784 427	741 122	8 233	35 072	4,5	88,9
17.09.1961	926 768	872 373	54 395	817 359	766 287	7 274	43 798	5,4	88,2
19.09.1965	960 052	894 240	65 812	828 688	766 475	6 382	55 831	6,7	86,3
28.09.1969	972 794	906 063	66 731	830 513	766 923	5 706	57 884	7,0	85,4
19.11.1972	1 033 575	953 226	80 349	929 383	852 653	3 736	72 994	7,9	89,9
03.10.1976	1 055 932	948 373	107 559	944 758	842 300	3 498	98 960	10,5	89,5
05.10.1980	1 098 409	971 695	126 714	955 028	833 849	2 843	118 336	12,4	86,9
06.03.1983	1 127 155	1 023 186	103 969	986 315	887 063	3 756	95 496	9,7	87,5
25.01.1987	1 166 410	1 064 392	102 018	941 918	844 102	3 852	93 964	10,0	80,8
02.12.1990	1 210 500	1 115 652	94 848	892 457	802 372	2 121	87 964	9,9	73,7
16.10.1994	1 242 220	1 125 041	117 179	942 680	830 941	1 269	110 470	11,7	75,9
27.09.1998	1 258 632	1 081 870	176 762	988 288	818 964	1 090	168 234	17,0	78,5
22.09.2002	1 292 705	1 082 161	210 544	1 044 236	840 704	850	202 682	19,4	80,8

¹⁾ Einschl. Wahlscheinwähler anderer Bundesländer.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Erststimmen (Wahlkreisstimmen)

Schwaben

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	770 027	22 285	747 742	426 617	136 059	x	39 436	145 630
15.09.1957	784 427	20 553	763 874	478 915	159 258	x	33 891	91 810
17.09.1961	817 359	18 944	798 415	455 819	224 518	x	66 401	51 677
19.09.1965	828 688	23 435	805 253	484 590	250 084	x	44 583	25 996
28.09.1969	830 513	19 880	810 633	482 698	258 025	x	29 151	40 759
19.11.1972	929 383	13 445	915 938	546 591	319 320	x	39 094	10 933
03.10.1976	944 758	12 487	932 271	593 892	277 384	x	52 354	8 641
05.10.1980	955 028	17 172	937 856	586 198	273 192	19 072	57 308	2 086
06.03.1983	986 315	11 073	975 242	648 627	249 617	41 757	30 223	5 018
25.01.1987	941 918	12 900	929 018	578 198	219 689	71 478	45 363	14 290
02.12.1990	892 457	10 669	881 788	508 900	203 263	50 923	51 346	67 356
16.10.1994	942 680	9 574	933 106	537 621	252 309	57 875	27 639	57 662
27.09.1998	988 288	10 927	977 361	539 800	303 467	46 956	26 113	61 025
22.09.2002	1 044 236	15 734	1 028 502	644 296	253 925	69 369	42 680	18 232
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
06.09.1953	x	2,9	100	57,1	18,2	x	5,3	19,5
15.09.1957	x	2,6	100	62,7	20,8	x	4,4	12,0
17.09.1961	x	2,3	100	57,1	28,1	x	8,3	6,5
19.09.1965	x	2,8	100	60,2	31,1	x	5,5	3,2
28.09.1969	x	2,4	100	59,5	31,8	x	3,6	5,0
19.11.1972	x	1,4	100	59,7	34,9	x	4,3	1,2
03.10.1976	x	1,3	100	63,7	29,8	x	5,6	0,9
05.10.1980	x	1,8	100	62,5	29,1	2,0	6,1	0,2
06.03.1983	x	1,1	100	66,5	25,6	4,3	3,1	0,5
25.01.1987	x	1,4	100	62,2	23,6	7,7	4,9	1,5
02.12.1990	x	1,2	100	57,7	23,1	5,8	5,8	7,6
16.10.1994	x	1,0	100	57,6	27,0	6,2	3,0	6,2
27.09.1998	x	1,1	100	55,2	31,0	4,8	2,7	6,2
22.09.2002	x	1,5	100	62,6	24,7	6,7	4,1	1,8

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

Noch: 2.1 Wahlberechtigte und Stimmen

- Gebietsstand bei der jeweiligen Wahl -

Zweitstimmen (Landeslistenstimmen)

Schwaben

Wahltag	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
	insgesamt	davon		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
		ungültige	gültige					
Anzahl								
14.08.1949 ¹⁾	691 203	25 243	665 960	242 964	133 043	x	47 788	242 165
06.09.1953	770 027	23 229	746 798	416 645	134 669	x	38 257	157 227
15.09.1957	784 427	28 820	755 607	469 683	157 946	x	32 628	95 350
17.09.1961	817 359	35 535	781 824	436 932	219 758	x	71 997	53 137
19.09.1965	828 688	21 945	806 743	472 648	248 100	x	58 452	27 543
28.09.1969	830 513	13 824	816 689	480 408	256 084	x	31 087	49 110
19.11.1972	929 383	8 541	920 842	543 327	317 422	x	50 838	9 255
03.10.1976	944 758	7 080	937 678	596 975	277 629	x	54 458	8 616
05.10.1980	955 028	9 391	945 637	582 444	275 926	13 191	69 446	4 630
06.03.1983	986 315	7 573	978 742	623 864	243 543	43 605	60 452	7 278
25.01.1987	941 918	7 774	934 144	552 538	216 485	67 195	76 785	21 141
02.12.1990	892 457	7 236	885 221	486 600	204 903	40 324	76 960	76 434
16.10.1994	942 680	6 995	935 685	498 175	247 277	60 945	61 323	67 965
27.09.1998	988 288	7 289	980 999	491 141	303 345	55 161	52 244	79 108
22.09.2002	1 044 236	7 577	1 036 659	636 371	250 531	69 240	47 106	33 411
%								
14.08.1949 ¹⁾	x	3,7	100	36,5	20,0	x	7,2	36,4
06.09.1953	x	3,0	100	55,8	18,0	x	5,1	21,1
15.09.1957	x	3,7	100	62,2	20,9	x	4,3	12,6
17.09.1961	x	4,3	100	55,9	28,1	x	9,2	6,8
19.09.1965	x	2,6	100	58,6	30,8	x	7,2	3,4
28.09.1969	x	1,7	100	58,8	31,4	x	3,8	6,0
19.11.1972	x	0,9	100	59,0	34,5	x	5,5	1,0
03.10.1976	x	0,7	100	63,7	29,6	x	5,8	0,9
05.10.1980	x	1,0	100	61,6	29,2	1,4	7,3	0,5
06.03.1983	x	0,8	100	63,7	24,9	4,5	6,2	0,7
25.01.1987	x	0,8	100	59,1	23,2	7,2	8,2	2,3
02.12.1990	x	0,8	100	55,0	23,1	4,6	8,7	8,6
16.10.1994	x	0,7	100	53,2	26,4	6,5	6,6	7,3
27.09.1998	x	0,7	100	50,1	30,9	5,6	5,3	8,1
22.09.2002	x	0,7	100	61,4	24,2	6,7	4,5	3,2

¹⁾ 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Noch: 2. Bundestagswahlen in Bayern seit 1949

2. Sitzverteilung

Bayern

Wahltag	Sitze								
	insgesamt	davon							
		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	BP	WAV	GB/BHE	PDS
Wahlkreis- und Listensitze zusammen									
14.08.1949	78	24	18	x	7	17	12	—	x
06.09.1953	91	52	25	x	6	—	x	8	x
15.09.1957	82	53	25	x	4	—	x	—	x
17.09.1961	86	50	28	x	8	—	x	x	x
19.09.1965	86	49	30	x	7	—	x	x	x
28.09.1969	84	49	31	x	4	—	x	x	x
19.11.1972	86	48	33	x	5	—	x	x	x
03.10.1976	88	53	29	x	6	—	x	x	x
05.10.1980	89	52	30	x	7	—	x	x	x
06.03.1983	89	53	26	4	6	—	x	x	x
25.01.1987	87	49	24	7	7	—	x	x	x
02.12.1990	86	51	26	—	9	—	x	x	—
16.10.1994	92	50	29	6	6	—	x	x	1
27.09.1998	93	47	34	6	5	—	x	x	1
22.09.2002	95	58	26	7	4	—	x	x	—
Wahlkreissitze									
14.08.1949	47	24	12	x	—	11	—	—	x
06.09.1953	47	42	3	x	2	—	x	—	x
15.09.1957	47	47	—	x	—	—	x	—	x
17.09.1961	47	42	5	x	—	—	x	x	x
19.09.1965	44	36	8	x	—	—	x	x	x
28.09.1969	44	34	10	x	—	—	x	x	x
19.11.1972	44	31	13	x	—	—	x	x	x
03.10.1976	44	40	4	x	—	—	x	x	x
05.10.1980	45	40	5	x	—	—	x	x	x
06.03.1983	45	44	1	—	—	—	x	x	x
25.01.1987	45	45	—	—	—	—	x	x	x
02.12.1990	45	43	2	—	—	—	x	x	—
16.10.1994	45	44	1	—	—	—	x	x	—
27.09.1998	45	38	7	—	—	—	x	x	—
22.09.2002	44	43	1	—	—	—	x	x	—
Listensitze									
14.08.1949	31	—	6	x	7	6	12	—	x
06.09.1953	44	10	22	x	4	—	x	8	x
15.09.1957	35	6	25	x	4	—	x	—	x
17.09.1961	39	8	23	x	8	—	x	x	x
19.09.1965	42	13	22	x	7	—	x	x	x
28.09.1969	40	15	21	x	4	—	x	x	x
19.11.1972	42	17	20	x	5	—	x	x	x
03.10.1976	44	13	25	x	6	—	x	x	x
05.10.1980	44	12	25	x	7	—	x	x	x
06.03.1983	44	9	25	4	6	—	x	x	x
25.01.1987	42	4	24	7	7	—	x	x	x
02.12.1990	41	8	24	—	9	—	x	x	—
16.10.1994	47	6	28	6	6	—	x	x	1
27.09.1998	48	9	27	6	5	—	x	x	1
22.09.2002	51	15	25	7	4	—	x	x	—

3. Ergebnisse der Bundes-

3.1 Wahlkreisergeb-

Wahlkreis	Wahl- berechtigte	Wähler	Art der Stimme	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen	Von den	
	Nicht- wähler	Wahl- beteiligung in %					CSU	
				Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
215 Altötting	247 852	204 334	E	2 635	1,3	201 699	132 524	65,7
	43 518	82,4	Z	1 410	0,7	202 924	132 557	65,3
216 Freising	245 476	203 047	E	3 104	1,5	199 943	125 274	62,7
	42 429	82,7	Z	1 113	0,5	201 934	127 907	63,3
217 Fürstenfeldbruck	238 437	201 675	E	2 705	1,3	198 970	118 097	59,4
	36 762	84,6	Z	1 234	0,6	200 441	116 387	58,1
218 Ingolstadt	240 121	193 458	E	2 570	1,3	190 888	124 699	65,3
	46 663	80,6	Z	1 638	0,8	191 820	120 218	62,7
219 München-Nord	203 053	159 323	E	1 515	1,0	157 808	68 287	43,3
	43 730	78,5	Z	947	0,6	158 376	68 765	43,4
220 München-Ost	217 262	175 917	E	1 750	1,0	174 167	78 887	45,3
	41 345	81,0	Z	893	0,5	175 024	80 347	45,9
221 München-Süd	200 604	162 031	E	1 720	1,1	160 311	71 150	44,4
	38 573	80,8	Z	798	0,5	161 233	73 477	45,6
222 München-West/Mitte	216 927	175 739	E	1 526	0,9	174 213	77 212	44,3
	41 188	81,0	Z	881	0,5	174 858	76 220	43,6
223 München-Land	248 648	213 830	E	1 914	0,9	211 916	117 844	55,6
	34 818	86,0	Z	1 023	0,5	212 807	118 568	55,7
224 Rosenheim	216 569	177 041	E	2 233	1,3	174 808	110 328	63,1
	39 528	81,7	Z	984	0,6	176 057	113 876	64,7
225 Starnberg	247 902	211 399	E	2 458	1,2	208 941	132 307	63,3
	36 503	85,3	Z	1 240	0,6	210 159	132 215	62,9
226 Traunstein	204 009	166 863	E	2 237	1,3	164 626	113 558	69,0
	37 146	81,8	Z	1 368	0,8	165 495	111 352	67,3
227 Weilheim	238 479	199 441	E	2 931	1,5	196 510	124 773	63,5
	39 038	83,6	Z	1 068	0,5	198 373	127 481	64,3
228 Deggendorf	152 670	117 641	E	1 297	1,1	116 344	80 182	68,9
	35 029	77,1	Z	788	0,7	116 853	82 895	70,9
229 Landshut	236 680	192 222	E	3 301	1,7	188 921	124 202	65,7
	44 458	81,2	Z	1 206	0,6	191 016	128 306	67,2
230 Passau	182 945	141 905	E	2 018	1,4	139 887	90 656	64,8
	41 040	77,6	Z	1 076	0,8	140 829	95 027	67,5
231 Rottal-Inn	159 275	126 217	E	2 679	2,1	123 538	90 226	73,0
	33 058	79,2	Z	1 000	0,8	125 217	91 187	72,8
232 Straubing	170 415	134 641	E	1 967	1,5	132 674	99 019	74,6
	35 774	79,0	Z	977	0,7	133 664	96 693	72,3
233 Amberg	210 365	173 471	E	2 870	1,7	170 601	103 098	60,4
	36 894	82,5	Z	1 613	0,9	171 858	109 135	63,5
234 Regensburg	231 583	187 335	E	2 511	1,3	184 824	110 618	59,9
	44 248	80,9	Z	1 535	0,8	185 800	111 562	60,0
235 Schwandorf	214 154	171 904	E	2 745	1,6	169 159	113 163	66,9
	42 250	80,3	Z	1 695	1,0	170 209	114 700	67,4
236 Weiden	172 997	143 152	E	2 205	1,5	140 947	83 419	59,2
	29 845	82,7	Z	1 227	0,9	141 925	86 953	61,3
237 Bamberg	170 527	138 017	E	1 851	1,3	136 166	82 665	60,7
	32 510	80,9	Z	848	0,6	137 169	83 568	60,9

Anmerkung: E = Erststimmen, Z = Zweitstimmen.

tagswahl 2002 in Bayern

nisse insgesamt

gültigen Stimmen entfielen auf										Wahlkreis
SPD		GRÜNE		FDP		PDS		Sonstige		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
50 003	24,8	10 205	5,1	6 635	3,3	1 669	0,8	663	0,3	215 Altötting
41 635	20,5	13 971	6,9	8 690	4,3	1 233	0,6	4 838	2,4	
45 777	22,9	12 440	6,2	11 072	5,5	1 908	1,0	3 472	1,7	216 Freising
43 846	21,7	14 988	7,4	9 110	4,5	1 386	0,7	4 697	2,3	
54 260	27,3	14 060	7,1	8 415	4,2	1 761	0,9	2 377	1,2	217 Fürstenfeldbruck
47 819	23,9	20 367	10,2	10 161	5,1	1 317	0,7	4 390	2,2	
45 319	23,7	11 975	6,3	4 904	2,6	2 081	1,1	1 910	1,0	218 Ingolstadt
48 902	25,5	10 710	5,6	6 852	3,6	1 152	0,6	3 986	2,1	
68 635	43,5	11 164	7,1	6 655	4,2	1 430	0,9	1 637	1,0	219 München-Nord
48 611	30,7	25 839	16,3	9 751	6,2	2 053	1,3	3 357	2,1	
65 525	37,6	15 234	8,7	12 158	7,0	1 701	1,0	662	0,4	220 München-Ost
50 631	28,9	26 737	15,3	11 740	6,7	2 028	1,2	3 541	2,0	
66 428	41,4	12 454	7,8	6 844	4,3	1 455	0,9	1 980	1,2	221 München-Süd
48 286	29,9	24 171	15,0	9 591	5,9	2 062	1,3	3 646	2,3	
71 447	41,0	14 623	8,4	7 593	4,4	1 815	1,0	1 523	0,9	222 München-West/Mitte
51 117	29,2	31 106	17,8	10 146	5,8	2 383	1,4	3 886	2,2	
67 977	32,1	12 940	6,1	9 737	4,6	1 469	0,7	1 949	0,9	223 München-Land
51 520	24,2	22 785	10,7	14 241	6,7	1 519	0,7	4 174	2,0	
38 723	22,2	11 158	6,4	6 423	3,7	805	0,5	7 371	4,2	224 Rosenheim
34 593	19,6	13 447	7,6	7 917	4,5	1 004	0,6	5 220	3,0	
45 918	22,0	11 561	5,5	14 370	6,9	1 531	0,7	3 254	1,6	225 Starnberg
40 886	19,5	20 140	9,6	11 950	5,7	1 194	0,6	3 774	1,8	
32 948	20,0	10 501	6,4	4 112	2,5	866	0,5	2 641	1,6	226 Traunstein
31 335	18,9	11 501	6,9	6 013	3,6	860	0,5	4 434	2,7	
44 447	22,6	15 374	7,8	7 767	4,0	x	x	4 149	2,1	227 Weilheim
40 403	20,4	15 457	7,8	9 135	4,6	1 150	0,6	4 747	2,4	
27 981	24,1	3 339	2,9	2 305	2,0	x	x	2 537	2,2	228 Deggendorf
22 679	19,4	3 975	3,4	3 633	3,1	414	0,4	3 257	2,8	
44 014	23,3	11 214	5,9	9 491	5,0	x	x	x	x	229 Landshut
39 686	20,8	10 730	5,6	6 923	3,6	1 009	0,5	4 362	2,3	
28 268	20,2	5 398	3,9	11 699	8,4	987	0,7	2 879	2,1	230 Passau
30 550	21,7	5 936	4,2	5 413	3,8	609	0,4	3 294	2,3	
21 864	17,7	7 078	5,7	4 370	3,5	x	x	x	x	231 Rottal-Inn
22 353	17,9	4 391	3,5	3 807	3,0	480	0,4	2 999	2,4	
25 114	18,9	4 738	3,6	3 803	2,9	x	x	x	x	232 Straubing
25 344	19,0	3 924	2,9	3 677	2,8	448	0,3	3 578	2,7	
48 829	28,6	7 762	4,5	6 540	3,8	1 198	0,7	3 174	1,9	233 Amberg
44 210	25,7	8 095	4,7	5 984	3,5	862	0,5	3 572	2,1	
50 381	27,3	10 044	5,4	6 948	3,8	1 537	0,8	5 296	2,9	234 Regensburg
46 573	25,1	15 355	8,3	6 726	3,6	1 302	0,7	4 282	2,3	
45 422	26,9	4 353	2,6	3 512	2,1	x	x	2 709	1,6	235 Schwandorf
41 318	24,3	5 692	3,3	4 237	2,5	651	0,4	3 611	2,1	
50 008	35,5	3 483	2,5	2 730	1,9	x	x	1 307	0,9	236 Weiden
42 286	29,8	5 063	3,6	4 264	3,0	593	0,4	2 766	1,9	
31 997	23,5	12 341	9,1	5 356	3,9	895	0,7	2 912	2,1	237 Bamberg
32 735	23,9	10 363	7,6	5 839	4,3	888	0,6	3 776	2,8	

Noch: 3. Ergebnisse der Bundes-

Noch: 3.1 Wahlkreisergeb-

Wahlkreis	Wahl- berechtigte	Wähler	Art der Stimme	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen	Von den	
	Nicht- wähler	Wahl- beteiligung in %					CSU	
				Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
238 Bayreuth	164 745	133 853	E	1 650	1,2	132 203	80 296	60,7
	30 892	81,2	Z	1 032	0,8	132 821	77 470	58,3
239 Coburg	164 597	134 420	E	1 670	1,2	132 750	63 943	48,2
	30 177	81,7	Z	1 166	0,9	133 254	69 755	52,3
240 Hof	190 359	151 948	E	1 918	1,3	150 030	80 450	53,6
	38 411	79,8	Z	1 469	1,0	150 479	80 080	53,2
241 Kulmbach	172 724	142 871	E	2 331	1,6	140 540	88 504	63,0
	29 853	82,7	Z	1 019	0,7	141 852	86 747	61,2
242 Ansbach	239 860	192 319	E	2 730	1,4	189 589	106 948	56,4
	47 541	80,2	Z	1 602	0,8	190 717	107 457	56,3
243 Erlangen	170 096	142 615	E	1 401	1,0	141 214	69 564	49,3
	27 481	83,8	Z	828	0,6	141 787	67 946	47,9
244 Fürth	241 620	195 623	E	2 363	1,2	193 260	103 357	53,5
	45 997	81,0	Z	1 456	0,7	194 167	98 242	50,6
245 Nürnberg-Nord	181 437	142 410	E	1 501	1,1	140 909	64 502	45,8
	39 027	78,5	Z	1 004	0,7	141 406	60 382	42,7
246 Nürnberg-Süd	184 263	143 956	E	2 282	1,6	141 674	67 243	47,5
	40 307	78,1	Z	1 380	1,0	142 576	68 213	47,8
247 Roth	220 891	186 912	E	2 266	1,2	184 646	101 906	55,2
	33 979	84,6	Z	1 228	0,7	185 684	97 595	52,6
248 Aschaffenburg	179 783	146 803	E	2 343	1,6	144 460	79 311	54,9
	32 980	81,7	Z	1 530	1,0	145 273	77 688	53,5
249 Bad Kissingen	219 433	181 391	E	2 928	1,6	178 463	113 099	63,4
	38 042	82,7	Z	1 665	0,9	179 726	114 713	63,8
250 Main-Spessart	196 187	163 345	E	2 449	1,5	160 896	94 959	59,0
	32 842	83,3	Z	1 398	0,9	161 947	92 670	57,2
251 Schweinfurt	196 958	161 232	E	2 848	1,8	158 384	92 418	58,4
	35 726	81,9	Z	1 478	0,9	159 754	90 171	56,4
252 Würzburg	218 885	181 696	E	2 416	1,3	179 280	88 194	49,2
	37 189	83,0	Z	1 225	0,7	180 471	90 184	50,0
253 Augsburg-Stadt	197 729	153 010	E	2 284	1,5	150 726	80 852	53,6
	44 719	77,4	Z	1 339	0,9	151 671	80 053	52,8
254 Augsburg-Land	237 187	198 040	E	2 731	1,4	195 309	127 518	65,3
	39 147	83,5	Z	1 342	0,7	196 698	122 693	62,4
255 Donau-Ries	179 327	146 402	E	2 179	1,5	144 223	93 287	64,7
	32 925	81,6	Z	1 134	0,8	145 268	95 101	65,5
256 Neu-Ulm	229 564	183 557	E	2 837	1,5	180 720	110 918	61,4
	46 007	80,0	Z	1 268	0,7	182 289	110 317	60,5
257 Oberallgäu	212 926	172 437	E	2 106	1,2	170 331	110 304	64,8
	40 489	81,0	Z	1 020	0,6	171 417	104 190	60,8
258 Ostallgäu	235 972	190 790	E	3 597	1,9	187 193	121 417	64,9
	45 182	80,9	Z	1 474	0,8	189 316	124 017	65,5
Bayern insgesamt	9 101 493	7 416 233	E	101 572	1,4	7 314 661	4 311 178	58,9
	1 685 260	3 580	Z	53 619	0,7	7 362 614	4 315 080	58,6

Anmerkung: E = Erststimmen, Z = Zweitstimmen.

tagswahl 2002 in Bayern

nisse insgesamt

gültigen Stimmen entfielen auf										Wahlkreis
SPD		GRÜNE		FDP		PDS		Sonstige		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
38 468	29,1	5 112	3,9	5 410	4,1	1 056	0,8	1 861	1,4	238 Bayreuth
37 854	28,5	7 816	5,9	5 898	4,4	763	0,6	3 020	2,3	
59 090	44,5	3 923	3,0	4 829	3,6	965	0,7	x	x	239 Coburg
47 953	36,0	6 228	4,7	5 642	4,2	951	0,7	2 725	2,0	
58 314	38,9	4 253	2,8	4 159	2,8	1 262	0,8	1 592	1,1	240 Hof
52 546	34,9	6 672	4,4	5 870	3,9	1 095	0,7	4 216	2,8	
40 258	28,6	6 194	4,4	4 650	3,3	x	x	934	0,7	241 Kulmbach
39 194	27,6	6 304	4,4	5 187	3,7	827	0,6	3 593	2,5	
57 086	30,1	10 178	5,4	8 324	4,4	1 198	0,6	5 855	3,1	242 Ansbach
56 467	29,6	12 735	6,7	7 695	4,0	1 058	0,6	5 305	2,8	
55 905	39,6	7 088	5,0	5 756	4,1	972	0,7	1 929	1,4	243 Erlangen
47 124	33,2	15 124	10,7	7 614	5,4	1 118	0,8	2 861	2,0	
70 610	36,5	9 843	5,1	7 474	3,9	1 976	1,0	x	x	244 Fürth
65 833	33,9	14 447	7,4	9 175	4,7	1 447	0,7	5 023	2,6	
59 685	42,4	8 256	5,9	4 415	3,1	1 615	1,1	2 436	1,7	245 Nürnberg-Nord
52 386	37,0	16 253	11,5	7 002	5,0	1 940	1,4	3 443	2,4	
59 633	42,1	6 458	4,6	5 192	3,7	1 503	1,1	1 645	1,2	246 Nürnberg-Süd
53 646	37,6	9 764	6,8	5 819	4,1	1 313	0,9	3 821	2,7	
64 837	35,1	9 314	5,0	7 064	3,8	x	x	1 525	0,8	247 Roth
60 071	32,4	13 831	7,4	8 571	4,6	1 195	0,6	4 421	2,4	
39 725	27,5	15 990	11,1	6 710	4,6	1 374	1,0	1 350	0,9	248 Aschaffenburg
42 942	29,6	10 857	7,5	8 356	5,8	1 130	0,8	4 300	3,0	
45 061	25,2	10 582	5,9	5 999	3,4	1 351	0,8	2 371	1,3	249 Bad Kissingen
42 081	23,4	9 232	5,1	7 952	4,4	992	0,6	4 756	2,6	
47 987	29,8	7 805	4,9	4 932	3,1	806	0,5	4 407	2,7	250 Main-Spessart
47 320	29,2	9 586	5,9	7 375	4,6	831	0,5	4 165	2,6	
47 921	30,3	9 119	5,8	7 973	5,0	x	x	953	0,6	251 Schweinfurt
45 197	28,3	10 096	6,3	7 897	4,9	987	0,6	5 406	3,4	
58 939	32,9	14 961	8,3	9 090	5,1	1 338	0,7	6 758	3,8	252 Würzburg
54 088	30,0	19 555	10,8	9 716	5,4	1 249	0,7	5 679	3,1	
45 076	29,9	16 048	10,6	5 716	3,8	1 424	0,9	1 610	1,1	253 Augsburg-Stadt
46 689	30,8	13 483	8,9	6 405	4,2	1 293	0,9	3 748	2,5	
48 269	24,7	11 812	6,0	6 206	3,2	1 504	0,8	x	x	254 Augsburg-Land
45 983	23,4	13 756	7,0	8 651	4,4	942	0,5	4 673	2,4	
34 269	23,8	5 724	4,0	5 263	3,6	x	x	5 680	3,9	255 Donau-Ries
33 843	23,3	6 817	4,7	5 259	3,6	575	0,4	3 673	2,5	
46 951	26,0	11 663	6,5	8 176	4,5	1 546	0,9	1 466	0,8	256 Neu-Ulm
46 524	25,5	10 651	5,8	8 587	4,7	1 082	0,6	5 128	2,8	
38 516	22,6	13 124	7,7	8 387	4,9	x	x	x	x	257 Oberallgäu
39 130	22,8	12 994	7,6	9 176	5,4	1 034	0,6	4 893	2,9	
40 844	21,8	10 998	5,9	8 932	4,8	1 440	0,8	3 562	1,9	258 Ostallgäu
38 362	20,3	11 539	6,1	9 028	4,8	1 096	0,6	5 274	2,8	
2 128 729	29,1	431 884	5,9	298 096	4,1	44 438	0,6	100 336	1,4	Bayern insgesamt
1 922 551	26,1	562 483	7,6	332 675	4,5	49 515	0,7	180 310	2,4	

Noch: 3. Ergebnisse der Bundes-

3.2 Wahlkreisergeb-

Wahlkreis	Wähler	Art der Stimme	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen	Von den	
			Anzahl	%		CSU	
					Anzahl	Anzahl	%
215 Altötting	160 376	E	2 255	1,4	158 121	104 913	66,3
		Z	1 295	0,8	159 081	104 985	66,0
216 Freising	156 842	E	2 557	1,6	154 285	97 163	63,0
		Z	982	0,6	155 860	99 271	63,7
217 Fürstenfeldbruck	156 252	E	2 317	1,5	153 935	91 729	59,6
		Z	1 129	0,7	155 123	90 568	58,4
218 Ingolstadt	151 121	E	2 257	1,5	148 864	97 940	65,8
		Z	1 505	1,0	149 616	94 726	63,3
219 München-Nord	111 798	E	1 222	1,1	110 576	47 602	43,0
		Z	784	0,7	111 014	48 144	43,4
220 München-Ost	123 209	E	1 348	1,1	121 861	54 297	44,6
		Z	746	0,6	122 463	55 363	45,2
221 München-Süd	112 227	E	1 200	1,1	111 027	48 533	43,7
		Z	643	0,6	111 584	50 329	45,1
222 München-West/Mitte	122 337	E	1 147	0,9	121 190	53 295	44,0
		Z	683	0,6	121 654	52 738	43,4
223 München-Land	156 787	E	1 543	1,0	155 244	86 684	55,8
		Z	875	0,6	155 912	87 338	56,0
224 Rosenheim	137 266	E	1 884	1,4	135 382	86 051	63,6
		Z	871	0,6	136 395	88 935	65,2
225 Starnberg	149 979	E	1 971	1,3	148 008	94 108	63,6
		Z	1 040	0,7	148 939	94 015	63,1
226 Traunstein	128 910	E	1 964	1,5	126 946	88 202	69,5
		Z	1 246	1,0	127 664	86 586	67,8
227 Weilheim	150 316	E	2 363	1,6	147 953	94 060	63,6
		Z	924	0,6	149 392	96 180	64,4
228 Deggendorf	89 786	E	1 091	1,2	88 695	61 563	69,4
		Z	717	0,8	89 069	63 676	71,5
229 Landshut	150 273	E	2 736	1,8	147 537	97 144	65,8
		Z	1 094	0,7	149 179	100 328	67,3
230 Passau	102 357	E	1 641	1,6	100 716	65 763	65,3
		Z	956	0,9	101 401	68 946	68,0
231 Rottal-Inn	99 876	E	2 255	2,3	97 621	71 837	73,6
		Z	895	0,9	98 981	72 653	73,4
232 Straubing	103 721	E	1 595	1,5	102 126	76 682	75,1
		Z	869	0,8	102 852	74 913	72,8
233 Amberg	140 357	E	2 478	1,8	137 879	83 662	60,7
		Z	1 486	1,1	138 871	88 486	63,7
234 Regensburg	143 784	E	2 151	1,5	141 633	85 566	60,4
		Z	1 399	1,0	142 385	86 258	60,6
235 Schwandorf	127 366	E	2 223	1,7	125 143	83 592	66,8
		Z	1 483	1,2	125 883	84 963	67,5
236 Weiden	112 438	E	1 859	1,7	110 579	65 723	59,4
		Z	1 109	1,0	111 329	68 576	61,6
237 Bamberg	107 463	E	1 560	1,5	105 903	64 136	60,6
		Z	765	0,7	106 698	64 848	60,8

Anmerkung: E = Erststimmen, Z = Zweitstimmen.

tagswahl 2002 in Bayern

nisse Urnenwahl

gültigen Stimmen entfielen auf										Wahlkreis
SPD		GRÜNE		FDP		PDS		Sonstige		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
38 852	24,6	7 636	4,8	4 954	3,1	1 336	0,8	430	0,3	215 Altötting
32 113	20,2	10 825	6,8	6 429	4,0	970	0,6	3 759	2,4	
35 186	22,8	9 430	6,1	8 341	5,4	1 511	1,0	2 654	1,7	216 Freising
33 422	21,4	11 654	7,5	6 832	4,4	1 085	0,7	3 596	2,3	
42 081	27,3	10 660	6,9	6 251	4,1	1 442	0,9	1 772	1,2	217 Fürstenfeldbruck
36 697	23,7	16 050	10,3	7 506	4,8	1 033	0,7	3 269	2,1	
35 029	23,5	9 103	6,1	3 662	2,5	1 643	1,1	1 487	1,0	218 Ingolstadt
37 728	25,2	8 199	5,5	4 998	3,3	916	0,6	3 049	2,0	
49 272	44,6	7 285	6,6	4 240	3,8	1 057	1,0	1 120	1,0	219 München-Nord
34 302	30,9	18 284	16,5	6 357	5,7	1 518	1,4	2 409	2,2	
47 364	38,9	10 463	8,6	7 961	6,5	1 309	1,1	467	0,4	220 München-Ost
35 984	29,4	19 370	15,8	7 723	6,3	1 463	1,2	2 560	2,1	
47 101	42,4	8 251	7,4	4 699	4,2	1 122	1,0	1 321	1,2	221 München-Süd
33 324	29,9	17 404	15,6	6 438	5,8	1 519	1,4	2 570	2,3	
50 684	41,8	9 695	8,0	5 125	4,2	1 340	1,1	1 051	0,9	222 München-West/Mitte
35 475	29,2	22 204	18,3	6 818	5,6	1 679	1,4	2 740	2,3	
49 947	32,2	9 231	5,9	6 842	4,4	1 102	0,7	1 438	0,9	223 München-Land
37 710	24,2	16 756	10,7	9 935	6,4	1 142	0,7	3 031	1,9	
29 966	22,1	8 282	6,1	4 666	3,4	652	0,5	5 765	4,3	224 Rosenheim
26 664	19,5	10 186	7,5	5 783	4,2	796	0,6	4 031	3,0	
33 172	22,4	8 211	5,5	9 221	6,2	1 148	0,8	2 148	1,5	225 Starnberg
29 161	19,6	14 438	9,7	7 806	5,2	906	0,6	2 613	1,8	
25 226	19,9	7 834	6,2	2 942	2,3	672	0,5	2 070	1,6	226 Traunstein
24 108	18,9	8 689	6,8	4 276	3,3	647	0,5	3 358	2,6	
33 815	22,9	11 463	7,7	5 592	3,8	x	x	3 023	2,0	227 Weilheim
30 573	20,5	11 635	7,8	6 588	4,4	884	0,6	3 532	2,4	
21 118	23,8	2 438	2,7	1 657	1,9	x	x	1 919	2,2	228 Deggendorf
17 093	19,2	2 952	3,3	2 647	3,0	318	0,4	2 383	2,7	
34 510	23,4	8 728	5,9	7 155	4,8	x	x	x	x	229 Landshut
31 137	20,9	8 334	5,6	5 206	3,5	804	0,5	3 370	2,3	
20 153	20,0	3 809	3,8	8 163	8,1	727	0,7	2 101	2,1	230 Passau
21 954	21,7	4 108	4,1	3 668	3,6	449	0,4	2 276	2,2	
17 156	17,6	5 357	5,5	3 271	3,4	x	x	x	x	231 Rottal-Inn
17 459	17,6	3 343	3,4	2 852	2,9	390	0,4	2 284	2,3	
19 226	18,8	3 432	3,4	2 786	2,7	x	x	x	x	232 Straubing
19 271	18,7	2 887	2,8	2 726	2,7	350	0,3	2 705	2,6	
39 839	28,9	5 976	4,3	4 984	3,6	1 012	0,7	2 406	1,7	233 Amberg
35 845	25,8	6 386	4,6	4 621	3,3	709	0,5	2 824	2,0	
38 434	27,1	7 485	5,3	5 099	3,6	1 176	0,8	3 873	2,7	234 Regensburg
35 518	24,9	11 575	8,1	4 897	3,4	981	0,7	3 156	2,2	
33 926	27,1	3 209	2,6	2 481	2,0	x	x	1 935	1,5	235 Schwandorf
30 614	24,3	4 260	3,4	3 017	2,4	503	0,4	2 526	2,0	
39 176	35,4	2 635	2,4	2 051	1,9	x	x	994	0,9	236 Weiden
33 045	29,7	3 913	3,5	3 247	2,9	481	0,4	2 067	1,9	
25 287	23,9	9 384	8,9	3 991	3,8	709	0,7	2 396	2,3	237 Bamberg
25 710	24,1	8 076	7,6	4 345	4,1	707	0,7	3 012	2,8	

Noch: 3. Ergebnisse der Bundes-

Noch: 3.2 Wahlkreisergeb-

Wahlkreis	Wähler	Art der Stimme	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen	Von den	
			Anzahl	%		CSU	
					Anzahl	Anzahl	%
238 Bayreuth	106 198	E	1 427	1,3	104 771	64 135	61,2
		Z	922	0,9	105 276	61 808	58,7
239 Coburg	112 382	E	1 519	1,4	110 863	52 842	47,7
		Z	1 080	1,0	111 302	57 917	52,0
240 Hof	122 916	E	1 706	1,4	121 210	64 262	53,0
		Z	1 341	1,1	121 575	64 057	52,7
241 Kulmbach	115 197	E	1 992	1,7	113 205	71 185	62,9
		Z	910	0,8	114 287	69 798	61,1
242 Ansbach	154 186	E	2 351	1,5	151 835	86 538	57,0
		Z	1 454	0,9	152 732	86 564	56,7
243 Erlangen	110 217	E	1 178	1,1	109 039	53 834	49,4
		Z	751	0,7	109 466	52 530	48,0
244 Fürth	158 383	E	2 040	1,3	156 343	83 681	53,5
		Z	1 302	0,8	157 081	79 546	50,6
245 Nürnberg-Nord	107 494	E	1 192	1,1	106 302	47 913	45,1
		Z	859	0,8	106 635	44 830	42,0
246 Nürnberg-Süd	115 632	E	1 964	1,7	113 668	54 104	47,6
		Z	1 260	1,1	114 372	54 850	48,0
247 Roth	146 664	E	1 839	1,3	144 825	79 951	55,2
		Z	1 090	0,7	145 574	76 419	52,5
248 Aschaffenburg	116 521	E	1 990	1,7	114 531	62 386	54,5
		Z	1 384	1,2	115 137	61 096	53,1
249 Bad Kissingen	144 277	E	2 545	1,8	141 732	89 994	63,5
		Z	1 511	1,0	142 766	91 289	63,9
250 Main-Spessart	126 399	E	2 102	1,7	124 297	72 972	58,7
		Z	1 210	1,0	125 189	71 170	56,9
251 Schweinfurt	130 799	E	2 401	1,8	128 398	75 164	58,5
		Z	1 347	1,0	129 452	73 237	56,6
252 Würzburg	131 236	E	1 821	1,4	129 415	63 296	48,9
		Z	981	0,7	130 255	64 558	49,6
253 Augsburg-Stadt	126 654	E	2 049	1,6	124 605	67 203	53,9
		Z	1 237	1,0	125 417	66 693	53,2
254 Augsburg-Land	163 005	E	2 361	1,4	160 644	105 463	65,7
		Z	1 210	0,7	161 795	101 369	62,7
255 Donau-Ries	115 949	E	1 876	1,6	114 073	74 260	65,1
		Z	1 041	0,9	114 908	75 733	65,9
256 Neu-Ulm	147 938	E	2 423	1,6	145 515	89 905	61,8
		Z	1 141	0,8	146 797	89 410	60,9
257 Oberallgäu	133 443	E	1 719	1,3	131 724	85 662	65,0
		Z	883	0,7	132 560	81 001	61,1
258 Ostallgäu	154 565	E	3 137	2,0	151 428	98 936	65,3
		Z	1 353	0,9	153 212	101 051	66,0
Bayern insgesamt	5 734 896	E	85 249	1,5	5 649 647	3 343 931	59,2
		Z	47 763	0,8	5 687 133	3 347 751	58,9

Anmerkung: E = Erststimmen, Z = Zweitstimmen.

tagswahl 2002 in Bayern

nisse Urnenwahl

gültigen Stimmen entfielen auf										Wahlkreis
SPD		GRÜNE		FDP		PDS		Sonstige		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
30 548	29,2	3 780	3,6	3 914	3,7	834	0,8	1 560	1,5	238 Bayreuth
30 269	28,8	5 910	5,6	4 255	4,0	604	0,6	2 430	2,3	239 Coburg
50 231	45,3	3 173	2,9	3 799	3,4	818	0,7	x	x	
40 727	36,6	5 093	4,6	4 434	4,0	796	0,7	2 335	2,1	
47 943	39,6	3 394	2,8	3 287	2,7	1 043	0,9	1 281	1,1	240 Hof
43 052	35,4	5 474	4,5	4 634	3,8	908	0,7	3 450	2,8	241 Kulmbach
32 767	28,9	4 879	4,3	3 619	3,2	x	x	755	0,7	
31 818	27,8	5 118	4,5	3 989	3,5	672	0,6	2 892	2,5	
45 645	30,1	7 721	5,1	6 236	4,1	977	0,6	4 718	3,1	242 Ansbach
45 078	29,5	10 088	6,6	5 917	3,9	848	0,6	4 237	2,8	243 Erlangen
43 611	40,0	5 264	4,8	4 133	3,8	785	0,7	1 412	1,3	
36 497	33,3	11 782	10,8	5 548	5,1	877	0,8	2 232	2,0	
57 289	36,6	7 791	5,0	5 945	3,8	1 637	1,0	x	x	244 Fürth
53 250	33,9	11 820	7,5	7 226	4,6	1 169	0,7	4 070	2,6	245 Nürnberg-Nord
45 979	43,3	6 114	5,8	3 161	3,0	1 247	1,2	1 888	1,8	
40 260	37,8	12 396	11,6	5 045	4,7	1 510	1,4	2 594	2,4	
47 883	42,1	5 159	4,5	4 016	3,5	1 239	1,1	1 267	1,1	246 Nürnberg-Süd
42 980	37,6	7 894	6,9	4 558	4,0	1 055	0,9	3 035	2,7	247 Roth
50 947	35,2	7 292	5,0	5 466	3,8	x	x	1 169	0,8	
47 065	32,3	11 127	7,6	6 512	4,5	971	0,7	3 480	2,4	
32 058	28,0	12 772	11,2	5 138	4,5	1 164	1,0	1 013	0,9	248 Aschaffenburg
34 552	30,0	8 790	7,6	6 305	5,5	915	0,8	3 479	3,0	249 Bad Kissingen
36 055	25,4	8 156	5,8	4 540	3,2	1 105	0,8	1 882	1,3	
33 429	23,4	7 376	5,2	6 104	4,3	793	0,6	3 775	2,6	
37 583	30,2	5 950	4,8	3 673	3,0	658	0,5	3 461	2,8	250 Main-Spessart
36 892	29,5	7 685	6,1	5 552	4,4	673	0,5	3 217	2,6	251 Schweinfurt
38 620	30,1	7 451	5,8	6 418	5,0	x	x	745	0,6	
36 467	28,2	8 257	6,4	6 241	4,8	812	0,6	4 438	3,4	
43 441	33,6	10 716	8,3	6 064	4,7	986	0,8	4 912	3,8	252 Würzburg
39 577	30,4	14 436	11,1	6 594	5,1	923	0,7	4 167	3,2	253 Augsburg-Stadt
37 691	30,2	12 708	10,2	4 471	3,6	1 250	1,0	1 282	1,0	
38 693	30,9	10 866	8,7	5 030	4,0	1 084	0,9	3 051	2,4	
39 342	24,5	9 595	6,0	4 979	3,1	1 265	0,8	x	x	254 Augsburg-Land
37 747	23,3	11 084	6,9	6 918	4,3	784	0,5	3 893	2,4	255 Donau-Ries
26 848	23,5	4 405	3,9	4 053	3,6	x	x	4 507	4,0	
26 542	23,1	5 273	4,6	3 970	3,5	482	0,4	2 908	2,5	
37 772	26,0	9 085	6,2	6 292	4,3	1 299	0,9	1 162	0,8	256 Neu-Ulm
37 149	25,3	8 522	5,8	6 682	4,6	890	0,6	4 144	2,8	257 Oberallgäu
30 018	22,8	9 958	7,6	6 086	4,6	x	x	x	x	
30 356	22,9	9 993	7,5	6 578	5,0	831	0,6	3 801	2,9	
32 868	21,7	8 699	5,7	6 814	4,5	1 198	0,8	2 913	1,9	258 Ostallgäu
30 895	20,2	9 101	5,9	6 948	4,5	896	0,6	4 321	2,8	Bayern insgesamt
1 651 659	29,2	324 059	5,7	218 238	3,9	35 463	0,6	76 297	1,4	
1 488 202	26,2	429 613	7,6	243 755	4,3	38 743	0,7	139 069	2,4	

Noch: 3. Ergebnisse der Bundes-

3.3 Wahlkreisergeb-

Wahlkreis	Wähler	Art der Stimme	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen	Von den	
			Anzahl	%		CSU	
					Anzahl	Anzahl	%
215 Altötting	43 958	E	380	0,9	43 578	27 611	63,4
		Z	115	0,3	43 843	27 572	62,9
216 Freising	46 205	E	547	1,2	45 658	28 111	61,6
		Z	131	0,3	46 074	28 636	62,2
217 Fürstenfeldbruck	45 423	E	388	0,9	45 035	26 368	58,6
		Z	105	0,2	45 318	25 819	57,0
218 Ingolstadt	42 337	E	313	0,7	42 024	26 759	63,7
		Z	133	0,3	42 204	25 492	60,4
219 München-Nord	47 525	E	293	0,6	47 232	20 685	43,8
		Z	163	0,3	47 362	20 621	43,5
220 München-Ost	52 708	E	402	0,8	52 306	24 590	47,0
		Z	147	0,3	52 561	24 984	47,5
221 München-Süd	49 804	E	520	1,0	49 284	22 617	45,9
		Z	155	0,3	49 649	23 148	46,6
222 München-West/Mitte	53 402	E	379	0,7	53 023	23 917	45,1
		Z	198	0,4	53 204	23 482	44,1
223 München-Land	57 043	E	371	0,7	56 672	31 160	55,0
		Z	148	0,3	56 895	31 230	54,9
224 Rosenheim	39 775	E	349	0,9	39 426	24 277	61,6
		Z	113	0,3	39 662	24 941	62,9
225 Starnberg	61 420	E	487	0,8	60 933	38 199	62,7
		Z	200	0,3	61 220	38 200	62,4
226 Traunstein	37 953	E	273	0,7	37 680	25 356	67,3
		Z	122	0,3	37 831	24 766	65,5
227 Weilheim	49 125	E	568	1,2	48 557	30 713	63,3
		Z	144	0,3	48 981	31 301	63,9
228 Deggendorf	27 855	E	206	0,7	27 649	18 619	67,3
		Z	71	0,3	27 784	19 219	69,2
229 Landshut	41 949	E	565	1,3	41 384	27 058	65,4
		Z	112	0,3	41 837	27 978	66,9
230 Passau	39 548	E	377	1,0	39 171	24 893	63,5
		Z	120	0,3	39 428	26 081	66,1
231 Rottal-Inn	26 341	E	424	1,6	25 917	18 389	71,0
		Z	105	0,4	26 236	18 534	70,6
232 Straubing	30 920	E	372	1,2	30 548	22 337	73,1
		Z	108	0,3	30 812	21 780	70,7
233 Amberg	33 114	E	392	1,2	32 722	19 436	59,4
		Z	127	0,4	32 987	20 649	62,6
234 Regensburg	43 551	E	360	0,8	43 191	25 052	58,0
		Z	136	0,3	43 415	25 304	58,3
235 Schwandorf	44 538	E	522	1,2	44 016	29 571	67,2
		Z	212	0,5	44 326	29 737	67,1
236 Weiden	30 714	E	346	1,1	30 368	17 696	58,3
		Z	118	0,4	30 596	18 377	60,1
237 Bamberg	30 554	E	291	1,0	30 263	18 529	61,2
		Z	83	0,3	30 471	18 720	61,4

Anmerkung: E = Erststimmen, Z = Zweitstimmen.

tagswahl 2002 in Bayern

nisse Briefwahl

gültigen Stimmen entfielen auf										Wahlkreis
SPD		GRÜNE		FDP		PDS		Sonstige		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
11 151	25,6	2 569	5,9	1 681	3,9	333	0,8	233	0,5	215 Altötting
9 522	21,7	3 146	7,2	2 261	5,2	263	0,6	1 079	2,5	216 Freising
10 591	23,2	3 010	6,6	2 731	6,0	397	0,9	818	1,8	
10 424	22,6	3 334	7,2	2 278	4,9	301	0,7	1 101	2,4	217 Fürstenfeldbruck
12 179	27,0	3 400	7,5	2 164	4,8	319	0,7	605	1,3	
11 122	24,5	4 317	9,5	2 655	5,9	284	0,6	1 121	2,5	218 Ingolstadt
10 290	24,5	2 872	6,8	1 242	3,0	438	1,0	423	1,0	
11 174	26,5	2 511	5,9	1 854	4,4	236	0,6	937	2,2	219 München-Nord
19 363	41,0	3 879	8,2	2 415	5,1	373	0,8	517	1,1	
14 309	30,2	7 555	16,0	3 394	7,2	535	1,1	948	2,0	220 München-Ost
18 161	34,7	4 771	9,1	4 197	8,0	392	0,7	195	0,4	
14 647	27,9	7 367	14,0	4 017	7,6	565	1,1	981	1,9	221 München-Süd
19 327	39,2	4 203	8,5	2 145	4,4	333	0,7	659	1,3	
14 962	30,1	6 767	13,6	3 153	6,4	543	1,1	1 076	2,2	222 München-West/Mitte
20 763	39,2	4 928	9,3	2 468	4,7	475	0,9	472	0,9	
15 642	29,4	8 902	16,7	3 328	6,3	704	1,3	1 146	2,2	223 München-Land
18 030	31,8	3 709	6,5	2 895	5,1	367	0,6	511	0,9	
13 810	24,3	6 029	10,6	4 306	7,6	377	0,7	1 143	2,0	224 Rosenheim
8 757	22,2	2 876	7,3	1 757	4,5	153	0,4	1 606	4,1	
7 929	20,0	3 261	8,2	2 134	5,4	208	0,5	1 189	3,0	225 Starnberg
12 746	20,9	3 350	5,5	5 149	8,5	383	0,6	1 106	1,8	
11 725	19,2	5 702	9,3	4 144	6,8	288	0,5	1 161	1,9	226 Traunstein
7 722	20,5	2 667	7,1	1 170	3,1	194	0,5	571	1,5	
7 227	19,1	2 812	7,4	1 737	4,6	213	0,6	1 076	2,8	227 Weilheim
10 632	21,9	3 911	8,1	2 175	4,5	x	x	1 126	2,3	
9 830	20,1	3 822	7,8	2 547	5,2	266	0,5	1 215	2,5	228 Deggendorf
6 863	24,8	901	3,3	648	2,3	x	x	618	2,2	
5 586	20,1	1 023	3,7	986	3,5	96	0,3	874	3,1	229 Landshut
9 504	23,0	2 486	6,0	2 336	5,6	x	x	x	x	
8 549	20,4	2 396	5,7	1 717	4,1	205	0,5	992	2,4	230 Passau
8 115	20,7	1 589	4,1	3 536	9,0	260	0,7	778	2,0	
8 596	21,8	1 828	4,6	1 745	4,4	160	0,4	1 018	2,6	231 Rottal-Inn
4 708	18,2	1 721	6,6	1 099	4,2	x	x	x	x	
4 894	18,7	1 048	4,0	955	3,6	90	0,3	715	2,7	232 Straubing
5 888	19,3	1 306	4,3	1 017	3,3	x	x	x	x	
6 073	19,7	1 037	3,4	951	3,1	98	0,3	873	2,8	233 Amberg
8 990	27,5	1 786	5,5	1 556	4,8	186	0,6	768	2,3	
8 365	25,4	1 709	5,2	1 363	4,1	153	0,5	748	2,3	234 Regensburg
11 947	27,7	2 559	5,9	1 849	4,3	361	0,8	1 423	3,3	
11 055	25,5	3 780	8,7	1 829	4,2	321	0,7	1 126	2,6	235 Schwandorf
11 496	26,1	1 144	2,6	1 031	2,3	x	x	774	1,8	
10 704	24,1	1 432	3,2	1 220	2,8	148	0,3	1 085	2,4	236 Weiden
10 832	35,7	848	2,8	679	2,2	x	x	313	1,0	
9 241	30,2	1 150	3,8	1 017	3,3	112	0,4	699	2,3	237 Bamberg
6 710	22,2	2 957	9,8	1 365	4,5	186	0,6	516	1,7	
7 025	23,1	2 287	7,5	1 494	4,9	181	0,6	764	2,5	

Noch: 3. Ergebnisse der Bundes-

Noch: 3.3 Wahlkreisergeb-

Wahlkreis	Wähler	Art der Stimme	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen	Von den	
			Anzahl	%		CSU	
					Anzahl	Anzahl	%
238 Bayreuth	27 655	E	223	0,8	27 432	16 161	58,9
		Z	110	0,4	27 545	15 662	56,9
239 Coburg	22 038	E	151	0,7	21 887	11 101	50,7
		Z	86	0,4	21 952	11 838	53,9
240 Hof	29 032	E	212	0,7	28 820	16 188	56,2
		Z	128	0,4	28 904	16 023	55,4
241 Kulmbach	27 674	E	339	1,2	27 335	17 319	63,4
		Z	109	0,4	27 565	16 949	61,5
242 Ansbach	38 133	E	379	1,0	37 754	20 410	54,1
		Z	148	0,4	37 985	20 893	55,0
243 Erlangen	32 398	E	223	0,7	32 175	15 730	48,9
		Z	77	0,2	32 321	15 416	47,7
244 Fürth	37 240	E	323	0,9	36 917	19 676	53,3
		Z	154	0,4	37 086	18 696	50,4
245 Nürnberg-Nord	34 916	E	309	0,9	34 607	16 589	47,9
		Z	145	0,4	34 771	15 552	44,7
246 Nürnberg-Süd	28 324	E	318	1,1	28 006	13 139	46,9
		Z	120	0,4	28 204	13 363	47,4
247 Roth	40 248	E	427	1,1	39 821	21 955	55,1
		Z	138	0,3	40 110	21 176	52,8
248 Aschaffenburg	30 282	E	353	1,2	29 929	16 925	56,6
		Z	146	0,5	30 136	16 592	55,1
249 Bad Kissingen	37 114	E	383	1,0	36 731	23 105	62,9
		Z	154	0,4	36 960	23 424	63,4
250 Main-Spessart	36 946	E	347	0,9	36 599	21 987	60,1
		Z	188	0,5	36 758	21 500	58,5
251 Schweinfurt	30 433	E	447	1,5	29 986	17 254	57,5
		Z	131	0,4	30 302	16 934	55,9
252 Würzburg	50 460	E	595	1,2	49 865	24 898	49,9
		Z	244	0,5	50 216	25 626	51,0
253 Augsburg-Stadt	26 356	E	235	0,9	26 121	13 649	52,3
		Z	102	0,4	26 254	13 360	50,9
254 Augsburg-Land	35 035	E	370	1,1	34 665	22 055	63,6
		Z	132	0,4	34 903	21 324	61,1
255 Donau-Ries	30 453	E	303	1,0	30 150	19 027	63,1
		Z	93	0,3	30 360	19 368	63,8
256 Neu-Ulm	35 619	E	414	1,2	35 205	21 013	59,7
		Z	127	0,4	35 492	20 907	58,9
257 Oberallgäu	38 994	E	387	1,0	38 607	24 642	63,8
		Z	137	0,4	38 857	23 189	59,7
258 Ostallgäu	36 225	E	460	1,3	35 765	22 481	62,9
		Z	121	0,3	36 104	22 966	63,6
Bayern insgesamt	1 681 337	E	16 323	1,0	1 665 014	967 247	58,1
		Z	5 856	0,3	1 675 481	967 329	57,7

Anmerkung: E = Erststimmen, Z = Zweitstimmen.

tagswahl 2002 in Bayern

nisse Briefwahl

gültigen Stimmen entfielen auf										Wahlkreis
SPD		GRÜNE		FDP		PDS		Sonstige		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
7 920	28,9	1 332	4,9	1 496	5,5	222	0,8	301	1,1	238 Bayreuth
7 585	27,5	1 906	6,9	1 643	6,0	159	0,6	590	2,1	
8 859	40,5	750	3,4	1 030	4,7	147	0,7	x	x	239 Coburg
7 226	32,9	1 135	5,2	1 208	5,5	155	0,7	390	1,8	
10 371	36,0	859	3,0	872	3,0	219	0,8	311	1,1	240 Hof
9 494	32,8	1 198	4,1	1 236	4,3	187	0,6	766	2,7	
7 491	27,4	1 315	4,8	1 031	3,8	x	x	179	0,7	241 Kulmbach
7 376	26,8	1 186	4,3	1 198	4,3	155	0,6	701	2,5	
11 441	30,3	2 457	6,5	2 088	5,5	221	0,6	1 137	3,0	242 Ansbach
11 389	30,0	2 647	7,0	1 778	4,7	210	0,6	1 068	2,8	
12 294	38,2	1 824	5,7	1 623	5,0	187	0,6	517	1,6	243 Erlangen
10 627	32,9	3 342	10,3	2 066	6,4	241	0,7	629	1,9	
13 321	36,1	2 052	5,6	1 529	4,1	339	0,9	x	x	244 Fürth
12 583	33,9	2 627	7,1	1 949	5,3	278	0,7	953	2,6	
13 706	39,6	2 142	6,2	1 254	3,6	368	1,1	548	1,6	245 Nürnberg-Nord
12 126	34,9	3 857	11,1	1 957	5,6	430	1,2	849	2,4	
11 750	42,0	1 299	4,6	1 176	4,2	264	0,9	378	1,3	246 Nürnberg-Süd
10 666	37,8	1 870	6,6	1 261	4,5	258	0,9	786	2,8	
13 890	34,9	2 022	5,1	1 598	4,0	x	x	356	0,9	247 Roth
13 006	32,4	2 704	6,7	2 059	5,1	224	0,6	941	2,3	
7 667	25,6	3 218	10,8	1 572	5,3	210	0,7	337	1,1	248 Aschaffenburg
8 390	27,8	2 067	6,9	2 051	6,8	215	0,7	821	2,7	
9 006	24,5	2 426	6,6	1 459	4,0	246	0,7	489	1,3	249 Bad Kissingen
8 652	23,4	1 856	5,0	1 848	5,0	199	0,5	981	2,7	
10 404	28,4	1 855	5,1	1 259	3,4	148	0,4	946	2,6	250 Main-Spessart
10 428	28,4	1 901	5,2	1 823	5,0	158	0,4	948	2,6	
9 301	31,0	1 668	5,6	1 555	5,2	x	x	208	0,7	251 Schweinfurt
8 730	28,8	1 839	6,1	1 656	5,5	175	0,6	968	3,2	
15 498	31,1	4 245	8,5	3 026	6,1	352	0,7	1 846	3,7	252 Würzburg
14 511	28,9	5 119	10,2	3 122	6,2	326	0,6	1 512	3,0	
7 385	28,3	3 340	12,8	1 245	4,8	174	0,7	328	1,3	253 Augsburg-Stadt
7 996	30,5	2 617	10,0	1 375	5,2	209	0,8	697	2,7	
8 927	25,8	2 217	6,4	1 227	3,5	239	0,7	x	x	254 Augsburg-Land
8 236	23,6	2 672	7,7	1 733	5,0	158	0,5	780	2,2	
7 421	24,6	1 319	4,4	1 210	4,0	x	x	1 173	3,9	255 Donau-Ries
7 301	24,0	1 544	5,1	1 289	4,2	93	0,3	765	2,5	
9 179	26,1	2 578	7,3	1 884	5,4	247	0,7	304	0,9	256 Neu-Ulm
9 375	26,4	2 129	6,0	1 905	5,4	192	0,5	984	2,8	
8 498	22,0	3 166	8,2	2 301	6,0	x	x	x	x	257 Oberallgäu
8 774	22,6	3 001	7,7	2 598	6,7	203	0,5	1 092	2,8	
7 976	22,3	2 299	6,4	2 118	5,9	242	0,7	649	1,8	258 Ostallgäu
7 467	20,7	2 438	6,8	2 080	5,8	200	0,6	953	2,6	
477 070	28,7	107 825	6,5	79 858	4,8	8 975	0,5	24 039	1,4	Bayern insgesamt
434 349	25,9	132 870	7,9	88 920	5,3	10 772	0,6	41 241	2,5	

Noch: 3. Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 in Bayern

3.4 Wahlkreisergebnisse nach der Höhe des Erststimmenanteils in Prozent

Lfd. Nr.	Erststimmen in %	Wahlkreis	Lfd. Nr.	Erststimmen in %	Wahlkreis
CSU			SPD		
1	74,6	232 Straubing	1	44,5	239 Coburg
2	73,0	231 Rottal-Inn	2	43,5	219 München-Nord
3	69,0	226 Traunstein	3	42,4	245 Nürnberg-Nord
4	68,9	228 Deggendorf	4	42,1	246 Nürnberg-Süd
5	66,9	235 Schwandorf	5	41,4	221 München-Süd
6	65,7	215 Altötting	6	41,0	222 München-West/Mitte
7	65,7	229 Landshut	7	39,6	243 Erlangen
8	65,3	254 Augsburg-Land	8	38,9	240 Hof
9	65,3	218 Ingolstadt	9	37,6	220 München-Ost
10	64,9	258 Ostallgäu	10	36,5	244 Fürth
11	64,8	257 Oberallgäu	11	35,5	236 Weiden
12	64,8	230 Passau	12	35,1	247 Roth
13	64,7	255 Donau-Ries	13	32,9	252 Würzburg
14	63,5	227 Weilheim	14	32,1	223 München-Land
15	63,4	249 Bad Kissingen	15	30,3	251 Schweinfurt
16	63,3	225 Starnberg	16	30,1	242 Ansbach
17	63,1	224 Rosenheim	17	29,9	253 Augsburg-Stadt
18	63,0	241 Kulmbach	18	29,8	250 Main-Spessart
19	62,7	216 Freising	19	29,1	238 Bayreuth
20	61,4	256 Neu-Ulm	20	28,6	241 Kulmbach
21	60,7	238 Bayreuth	21	28,6	233 Amberg
22	60,7	237 Bamberg	22	27,5	248 Aschaffenburg
23	60,4	233 Amberg	23	27,3	234 Regensburg
24	59,9	234 Regensburg	24	27,3	217 Fürstenfeldbruck
25	59,4	217 Fürstenfeldbruck	25	26,9	235 Schwandorf
26	59,2	236 Weiden	26	26,0	256 Neu-Ulm
27	59,0	250 Main-Spessart	27	25,2	249 Bad Kissingen
28	58,4	251 Schweinfurt	28	24,8	215 Altötting
29	56,4	242 Ansbach	29	24,7	254 Augsburg-Land
30	55,6	223 München-Land	30	24,1	228 Deggendorf
31	55,2	247 Roth	31	23,8	255 Donau-Ries
32	54,9	248 Aschaffenburg	32	23,7	218 Ingolstadt
33	53,6	240 Hof	33	23,5	237 Bamberg
34	53,6	253 Augsburg-Stadt	34	23,3	229 Landshut
35	53,5	244 Fürth	35	22,9	216 Freising
36	49,3	243 Erlangen	36	22,6	257 Oberallgäu
37	49,2	252 Würzburg	37	22,6	227 Weilheim
38	48,2	239 Coburg	38	22,2	224 Rosenheim
39	47,5	246 Nürnberg-Süd	39	22,0	225 Starnberg
40	45,8	245 Nürnberg-Nord	40	21,8	258 Ostallgäu
41	45,3	220 München-Ost	41	20,2	230 Passau
42	44,4	221 München-Süd	42	20,0	226 Traunstein
43	44,3	222 München-West/Mitte	43	18,9	232 Straubing
44	43,3	219 München-Nord	44	17,7	231 Rottal-Inn

4. Ergebnisse der

4.1 Wahlberechtigte und Stimmen

Gebiet	Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wähler	Art der Stimme	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen	Von den	
		Nicht- wähler	Wahl- beteiligung in %					SPD	
					Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Bayern	2002	9 101 493	7 416 233	Z	53 619	0,7	7 362 614	1 922 551	26,1
	1998	8 875 328	7 026 811	Z	52 343	0,7	6 974 468	2 401 021	34,4
	Veränderung	226 165	389 422	Z	1 276	–	388 146	– 478 470	– 8,3
	2002	1 685 260	81,5	E	101 572	1,4	7 314 661	2 128 729	29,1
	1998	1 848 517	79,2	E	72 499	1,0	6 954 312	2 476 923	35,6
	Veränderung	– 163 257	2,3	E	29 073	0,4	360 349	– 348 194	– 6,5
Übrige Länder	2002	52 331 375	41 166 528	Z	532 662	1,3	40 633 866	16 566 117	40,8
	1998	51 887 423	42 920 276	Z	586 232	1,4	42 334 044	17 780 248	42,0
	Veränderung	443 952	– 1 753 748	Z	– 53 570	– 0,1	– 1 700 178	– 1 214 131	– 1,2
	2002	11 164 847	78,7	E	639 465	1,6	40 527 063	17 931 238	44,2
	1998	8 967 147	82,7	E	708 008	1,6	42 212 268	19 058 970	45,2
	Veränderung	2 197 700	– 4,0	E	– 68 543	–	– 1 685 205	– 1 127 732	– 1,0
Bundesgebiet insgesamt	2002	61 432 868	48 582 761	Z	586 281	1,2	47 996 480	18 488 668	38,5
	1998	60 762 751	49 947 087	Z	638 575	1,3	49 308 512	20 181 269	40,9
	Veränderung	670 117	– 1 364 326	Z	– 52 294	– 0,1	– 1 312 032	– 1 692 601	– 2,4
	2002	12 850 107	79,1	E	741 037	1,5	47 841 724	20 059 967	41,9
	1998	10 815 664	82,2	E	780 507	1,6	49 166 580	21 535 893	43,8
	Veränderung	2 034 443	– 3,1	E	– 39 470	– 0,1	– 1 324 856	– 1 475 926	– 1,9
Baden-Württemberg	2002	7 418 781	6 017 608	Z	77 749	1,3	5 939 859	1 989 524	33,5
	1998	7 256 933	6 032 612	Z	87 248	1,4	5 945 364	2 118 439	35,6
	Veränderung	161 848	– 15 004	Z	– 9 499	– 0,1	– 5 505	– 128 915	– 2,1
	2002	1 401 173	81,1	E	97 438	1,6	5 920 170	2 259 095	38,2
	1998	1 224 321	83,1	E	101 831	1,7	5 930 781	2 296 061	38,7
	Veränderung	176 852	– 2,0	E	– 4 393	– 0,1	– 10 611	– 36 966	– 0,5
Berlin	2002	2 442 795	1 896 316	Z	24 183	1,3	1 872 133	685 170	36,6
	1998	2 442 929	1 980 517	Z	22 558	1,1	1 957 959	740 915	37,8
	Veränderung	– 134	– 84 201	Z	1 625	0,2	– 85 826	– 55 745	– 1,2
	2002	546 479	77,6	E	28 962	1,5	1 867 354	727 806	39,0
	1998	462 412	81,1	E	27 236	1,4	1 953 281	792 829	40,6
	Veränderung	84 067	– 3,5	E	1 726	0,1	– 85 927	– 65 023	– 1,6
Brandenburg	2002	2 101 025	1 547 957	Z	21 451	1,4	1 526 506	707 871	46,4
	1998	2 032 303	1 587 152	Z	45 181	2,8	1 541 971	670 744	43,5
	Veränderung	68 722	– 39 195	Z	– 23 730	– 1,4	– 15 465	37 127	2,9
	2002	553 068	73,7	E	24 599	1,6	1 523 358	687 483	45,1
	1998	445 151	78,1	E	48 329	3,0	1 538 823	732 205	47,6
	Veränderung	107 917	– 4,4	E	– 23 730	– 1,4	– 15 465	– 44 722	– 2,5

Anmerkung: E = Erststimmen, Z = Zweitstimmen.

Bundestagswahl 2002

nach den Ländern des Bundesgebiets

gültigen Stimmen entfielen auf										Gebiet
CDU/CSU		GRÜNE		FDP		PDS		Sonstige		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
4 315 080	58,6	562 483	7,6	332 675	4,5	49 515	0,7	180 310	2,4	Bayern
3 324 480	47,7	413 909	5,9	354 620	5,1	46 301	0,7	434 137	6,2	
990 600	10,9	148 574	1,7	– 21 945	– 0,6	3 214	–	– 253 827	– 3,8	
4 311 178	58,9	431 884	5,9	298 096	4,1	44 438	0,6	100 336	1,4	
3 602 472	51,8	318 716	4,6	181 300	2,6	22 599	0,3	352 302	5,1	
708 706	7,1	113 168	1,3	116 796	1,5	21 839	0,3	– 251 966	– 3,7	
14 167 561	34,9	3 547 872	8,7	3 206 140	7,9	1 867 187	4,6	1 278 989	3,1	Übrige Länder
14 004 908	33,1	2 887 715	6,8	2 726 335	6,4	2 469 153	5,8	2 465 685	5,8	
162 653	1,8	660 157	1,9	479 805	1,5	– 601 966	– 1,2	– 1 186 696	– 2,7	
15 336 512	37,8	2 261 910	5,6	2 454 700	6,1	2 034 765	5,0	507 938	1,3	
15 854 215	37,6	2 129 446	5,0	1 305 133	3,1	2 394 182	5,7	1 470 322	3,5	
– 517 703	0,2	132 464	0,6	1 149 567	3,0	– 359 417	– 0,7	– 962 384	– 2,2	
18 482 641	38,5	4 110 355	8,6	3 538 815	7,4	1 916 702	4,0	1 459 299	3,0	Bundesgebiet insgesamt
17 329 388	35,1	3 301 624	6,7	3 080 955	6,2	2 515 454	5,1	2 899 822	5,9	
1 153 253	3,4	808 731	1,9	457 860	1,2	– 598 752	– 1,1	– 1 440 523	– 2,9	
19 647 690	41,1	2 693 794	5,6	2 752 796	5,8	2 079 203	4,3	608 274	1,3	
19 456 687	39,6	2 448 162	5,0	1 486 433	3,0	2 416 781	4,9	1 822 624	3,7	
191 003	1,5	245 632	0,6	1 266 363	2,8	– 337 578	– 0,6	– 1 214 350	– 2,4	
2 543 789	42,8	676 342	11,4	461 801	7,8	56 156	0,9	212 247	3,6	Baden-Württemberg
2 245 873	37,8	549 567	9,2	524 527	8,8	58 013	1,0	448 945	7,6	
297 916	5,0	126 775	2,2	– 62 726	– 1,0	– 1 857	– 0,1	– 236 698	– 4,0	
2 740 768	46,3	431 269	7,3	368 727	6,2	51 472	0,9	68 839	1,2	
2 558 596	43,1	426 398	7,2	261 026	4,4	36 075	0,6	352 625	5,9	
182 172	3,2	4 871	0,1	107 701	1,8	15 397	0,3	– 283 786	– 4,7	
484 017	25,9	274 008	14,6	124 004	6,6	212 642	11,4	92 292	4,9	Berlin
463 438	23,7	221 849	11,3	95 403	4,9	263 337	13,4	173 017	8,8	
20 579	2,2	52 159	3,3	28 601	1,7	– 50 695	– 2,0	– 80 725	– 3,9	
516 871	27,7	205 312	11,0	98 660	5,3	270 099	14,5	48 606	2,6	
504 543	25,8	154 929	7,9	47 970	2,5	325 830	16,7	127 180	6,5	
12 328	1,9	50 383	3,1	50 690	2,8	– 55 731	– 2,2	– 78 574	– 3,9	
339 868	22,3	68 765	4,5	88 685	5,8	263 228	17,2	58 089	3,8	Brandenburg
320 443	20,8	55 884	3,6	43 896	2,8	313 090	20,3	137 914	8,9	
19 425	1,5	12 881	0,9	44 789	3,0	– 49 862	– 3,1	– 79 825	– 5,1	
353 169	23,2	52 563	3,5	89 475	5,9	313 883	20,6	26 785	1,8	
314 707	20,5	50 485	3,3	46 344	3,0	324 723	21,1	70 359	4,6	
38 462	2,7	2 078	0,2	43 131	2,9	– 10 840	– 0,5	– 43 574	– 2,8	

Noch: 4. Ergebnisse der

Noch: 4.1 Wahlberechtigte und Stimmen

Gebiet	Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wähler	Art der Stimme	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen	Von den	
		Nicht- wähler	Wahl- beteiligung in %					SPD	
					Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Bremen	2002	484 493	382 009	Z	4 385	1,1	377 624	183 368	48,6
	1998	494 809	406 054	Z	4 553	1,1	401 501	201 539	50,2
	Veränderung	- 10 316	- 24 045	Z	- 168	-	- 23 877	- 18 171	- 1,6
	2002	102 484	78,8	E	4 368	1,1	377 641	205 852	54,5
	1998	88 755	82,1	E	5 574	1,4	400 480	221 309	55,3
	Veränderung	13 729	- 3,3	E	- 1 206	- 0,3	- 22 839	- 15 457	- 0,8
Hamburg	2002	1 221 783	972 418	Z	8 980	0,9	963 438	404 738	42,0
	1998	1 213 821	984 644	Z	11 283	1,1	973 361	445 276	45,7
	Veränderung	7 962	- 12 226	Z	- 2 303	- 0,2	- 9 923	- 40 538	- 3,7
	2002	249 365	79,6	E	11 323	1,2	961 095	496 329	51,6
	1998	229 177	81,1	E	14 358	1,5	970 286	490 630	50,6
	Veränderung	20 188	- 1,5	E	- 3 035	- 0,3	- 9 191	5 699	1,0
Hessen	2002	4 344 854	3 480 327	Z	66 004	1,9	3 414 323	1 355 496	39,7
	1998	4 297 202	3 619 884	Z	53 353	1,5	3 566 531	1 481 898	41,6
	Veränderung	47 652	- 139 557	Z	12 651	0,4	- 152 208	- 126 402	- 1,9
	2002	864 527	80,1	E	75 117	2,2	3 405 210	1 542 548	45,3
	1998	677 318	84,2	E	64 629	1,8	3 555 255	1 622 100	45,6
	Veränderung	187 209	- 4,1	E	10 488	0,4	- 150 045	- 79 552	- 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	2002	1 412 019	996 580	Z	23 485	2,4	973 095	405 415	41,7
	1998	1 407 661	1 117 517	Z	28 241	2,5	1 089 276	384 746	35,3
	Veränderung	4 358	- 120 937	Z	- 4 756	- 0,1	- 116 181	20 669	6,4
	2002	415 439	70,6	E	24 993	2,5	971 587	411 575	42,4
	1998	290 144	79,4	E	34 269	3,1	1 083 248	399 015	36,8
	Veränderung	125 295	- 8,8	E	- 9 276	- 0,6	- 111 661	12 560	5,6
Niedersachsen	2002	6 035 170	4 886 327	Z	40 094	0,8	4 846 233	2 318 625	47,8
	1998	5 954 567	4 996 360	Z	44 399	0,9	4 951 961	2 446 945	49,4
	Veränderung	80 603	- 110 033	Z	- 4 305	- 0,1	- 105 728	- 128 320	- 1,6
	2002	1 148 843	81,0	E	56 690	1,2	4 829 637	2 419 299	50,1
	1998	958 207	83,9	E	60 279	1,2	4 936 081	2 516 652	51,0
	Veränderung	190 636	- 2,9	E	- 3 589	-	- 106 444	- 97 353	- 0,9
Nordrhein-Westfalen	2002	13 179 091	10 581 411	Z	108 851	1,0	10 472 560	4 499 388	43,0
	1998	13 086 397	10 984 476	Z	114 941	1,0	10 869 535	5 097 425	46,9
	Veränderung	92 694	- 403 065	Z	- 6 090	-	- 396 975	- 598 037	- 3,9
	2002	2 597 680	80,3	E	125 503	1,2	10 455 908	4 977 190	47,6
	1998	2 101 921	83,9	E	139 981	1,3	10 844 495	5 447 132	50,2
	Veränderung	495 759	- 3,6	E	- 14 478	- 0,1	- 388 587	- 469 942	- 2,6

Anmerkung: E = Erststimmen, Z = Zweitstimmen.

Bundestagswahl 2002

nach den Ländern des Bundesgebiets

gültigen Stimmen entfielen auf										Gebiet
CDU/CSU		GRÜNE		FDP		PDS		Sonstige		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
92 774	24,6	56 632	15,0	25 306	6,7	8 443	2,2	11 101	2,9	Bremen
102 115	25,4	45 303	11,3	23 809	5,9	9 815	2,4	18 920	4,7	
– 9 341	– 0,8	11 329	3,7	1 497	0,8	– 1 372	– 0,2	– 7 819	– 1,8	
97 455	25,8	38 638	10,2	18 073	4,8	7 062	1,9	10 561	2,8	
114 819	28,7	34 991	8,7	11 536	2,9	8 354	2,1	9 471	2,4	
– 17 364	– 2,9	3 647	1,5	6 537	1,9	– 1 292	– 0,2	1 090	0,4	
270 318	28,1	156 010	16,2	65 574	6,8	20 253	2,1	46 545	4,8	Hamburg
291 756	30,0	104 658	10,8	62 835	6,5	22 603	2,3	46 233	4,7	
– 21 438	– 1,9	51 352	5,4	2 739	0,3	– 2 350	– 0,2	312	0,1	
311 663	32,4	83 956	8,7	45 522	4,7	15 298	1,6	8 327	0,9	
338 473	34,9	75 723	7,8	25 070	2,6	7 057	0,7	33 333	3,4	
– 26 810	– 2,5	8 233	0,9	20 452	2,1	8 241	0,9	– 25 006	– 2,5	
1 266 054	37,1	366 032	10,7	280 927	8,2	45 891	1,3	99 923	2,9	Hessen
1 238 158	34,7	293 939	8,2	279 988	7,9	52 216	1,5	220 332	6,2	
27 896	2,4	72 093	2,5	939	0,3	– 6 325	– 0,2	– 120 409	– 3,3	
1 372 694	40,3	217 691	6,4	191 504	5,6	43 383	1,3	37 390	1,1	
1 444 697	40,6	192 059	5,4	104 263	2,9	41 700	1,2	150 436	4,2	
– 72 003	– 0,3	25 632	1,0	87 241	2,7	1 683	0,1	– 113 046	– 3,1	
294 746	30,3	34 180	3,5	52 816	5,4	158 823	16,3	27 115	2,8	Mecklenburg-Vorpommern
318 939	29,3	32 132	2,9	24 300	2,2	257 464	23,6	71 695	6,6	
– 24 193	1,0	2 048	0,6	28 516	3,2	– 98 641	– 7,3	– 44 580	– 3,8	
306 162	31,5	30 804	3,2	46 988	4,8	159 292	16,4	16 766	1,7	
345 883	31,9	23 969	2,2	19 939	1,8	268 362	24,8	26 080	2,4	
– 39 721	– 0,4	6 835	1,0	27 049	3,0	– 109 070	– 8,4	– 9 314	– 0,7	
1 673 495	34,5	353 644	7,3	342 990	7,1	50 380	1,0	107 099	2,2	Niedersachsen
1 689 953	34,1	292 799	5,9	314 503	6,4	50 068	1,0	157 693	3,2	
– 16 458	0,4	60 845	1,4	28 487	0,7	312	–	– 50 594	– 1,0	
1 812 370	37,5	247 447	5,1	262 227	5,4	50 007	1,0	38 287	0,8	
1 929 532	39,1	220 746	4,5	134 445	2,7	47 237	1,0	87 469	1,8	
– 117 162	– 1,6	26 701	0,6	127 782	2,7	2 770	–	– 49 182	– 1,0	
3 675 732	35,1	930 684	8,9	978 841	9,3	125 446	1,2	262 469	2,5	Nordrhein-Westfalen
3 669 024	33,8	745 911	6,9	789 745	7,3	131 550	1,2	435 880	4,0	
6 708	1,3	184 773	2,0	189 096	2,0	– 6 104	–	– 173 411	– 1,5	
4 017 024	38,4	556 814	5,3	672 985	6,4	118 396	1,1	113 499	1,1	
4 210 718	38,8	546 021	5,0	310 354	2,9	81 199	0,7	249 071	2,3	
– 193 694	– 0,4	10 793	0,3	362 631	3,5	37 197	0,4	– 135 572	– 1,2	

Noch: 4. Ergebnisse der

Noch: 4.1 Wahlberechtigte und Stimmen

Gebiet	Wahljahr	Wahl- berechtigte	Wähler	Art der Stimme	Ungültige Stimmen		Gültige Stimmen	Von den	
		Nicht- wähler	Wahl- beteiligung in %					SPD	
					Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Rheinland-Pfalz	2002	3 051 076	2 441 460	Z	38 674	1,6	2 402 786	918 736	38,2
	1998	3 016 036	2 529 717	Z	37 965	1,5	2 491 752	1 028 886	41,3
	Veränderung	35 040	- 88 257	Z	709	0,1	- 88 966	- 110 150	- 3,1
	2002	609 616	80,0	E	53 170	2,2	2 388 290	1 026 869	43,0
	1998	486 319	83,9	E	49 945	2,0	2 479 772	1 106 021	44,6
	Veränderung	123 297	- 3,9	E	3 225	0,2	- 91 482	- 79 152	- 1,6
Saarland	2002	821 218	657 158	Z	14 197	2,2	642 961	295 521	46,0
	1998	828 507	702 986	Z	13 678	1,9	689 308	361 486	52,4
	Veränderung	- 7 289	- 45 828	Z	519	0,3	- 46 347	- 65 965	- 6,4
	2002	164 060	80,0	E	15 500	2,4	641 658	322 148	50,2
	1998	125 521	84,8	E	15 890	2,3	687 096	380 843	55,4
	Veränderung	38 539	- 4,8	E	- 390	0,1	- 45 438	- 58 695	- 5,2
Sachsen	2002	3 571 995	2 632 297	Z	45 197	1,7	2 587 100	861 685	33,3
	1998	3 602 458	2 941 359	Z	46 994	1,6	2 894 365	842 329	29,1
	Veränderung	- 30 463	- 309 062	Z	- 1 797	0,1	- 307 265	19 356	4,2
	2002	939 698	73,7	E	50 070	1,9	2 582 227	838 614	32,5
	1998	661 099	81,6	E	56 495	1,9	2 884 864	919 130	31,9
	Veränderung	278 599	- 7,9	E	- 6 425	-	- 302 637	- 80 516	0,6
Sachsen-Anhalt	2002	2 108 941	1 451 093	Z	20 503	1,4	1 430 590	618 016	43,2
	1998	2 149 785	1 657 621	Z	26 444	1,6	1 631 177	620 771	38,1
	Veränderung	- 40 844	- 206 528	Z	- 5 941	- 0,2	- 200 587	- 2 755	5,1
	2002	657 848	68,8	E	23 673	1,6	1 427 420	607 372	42,6
	1998	492 164	77,1	E	32 901	2,0	1 624 720	686 428	42,2
	Veränderung	165 684	- 8,3	E	- 9 228	- 0,4	- 197 300	- 79 056	0,4
Schleswig-Holstein	2002	2 172 756	1 753 226	Z	18 267	1,0	1 734 959	743 838	42,9
	1998	2 135 992	1 760 598	Z	23 843	1,4	1 736 755	788 907	45,4
	Veränderung	36 764	- 7 372	Z	- 5 576	- 0,4	- 1 796	- 45 069	- 2,5
	2002	419 530	80,7	E	21 956	1,3	1 731 270	827 708	47,8
	1998	375 394	82,4	E	26 431	1,5	1 734 167	849 657	49,0
	Veränderung	44 136	- 1,7	E	- 4 475	- 0,2	- 2 897	- 21 949	- 1,2
Thüringen	2002	1 965 378	1 470 341	Z	20 642	1,4	1 449 699	578 726	39,9
	1998	1 968 023	1 618 779	Z	25 551	1,6	1 593 228	549 942	34,5
	Veränderung	- 2 645	- 148 438	Z	- 4 909	- 0,2	- 143 529	28 784	5,4
	2002	495 037	74,8	E	26 103	1,8	1 444 238	581 350	40,3
	1998	349 244	82,3	E	29 860	1,8	1 588 919	598 958	37,7
	Veränderung	145 793	- 7,5	E	- 3 757	-	- 144 681	- 17 608	2,6

Anmerkung: E = Erststimmen, Z = Zweitstimmen.

gültigen Stimmen entfielen auf										Gebiet
CDU/CSU		GRÜNE		FDP		PDS		Sonstige		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
967 011	40,2	190 645	7,9	223 761	9,3	24 099	1,0	78 534	3,3	Rheinland-Pfalz
975 258	39,1	152 009	6,1	177 016	7,1	25 083	1,0	133 500	5,4	
– 8 247	1,1	38 636	1,8	46 745	2,2	– 984	–	– 54 966	– 2,1	
1 026 626	43,0	113 789	4,8	181 597	7,6	20 455	0,9	18 954	0,8	
1 075 578	43,4	107 265	4,3	94 408	3,8	6 925	0,3	89 575	3,6	
– 48 952	– 0,4	6 524	0,5	87 189	3,8	13 530	0,6	– 70 621	– 2,8	
224 842	35,0	48 602	7,6	41 110	6,4	9 000	1,4	23 886	3,7	Saarland
219 484	31,8	37 807	5,5	32 517	4,7	7 087	1,0	30 927	4,5	
5 358	3,2	10 795	2,1	8 593	1,7	1 913	0,4	– 7 041	– 0,8	
240 021	37,4	24 094	3,8	28 785	4,5	7 346	1,1	19 264	3,0	
242 877	35,3	23 193	3,4	13 972	2,0	3 417	0,5	22 794	3,3	
– 2 856	2,1	901	0,4	14 813	2,5	3 929	0,6	– 3 530	– 0,3	
868 167	33,6	119 530	4,6	187 759	7,3	418 329	16,2	131 630	5,1	Sachsen
945 199	32,7	126 964	4,4	105 524	3,6	577 764	20,0	296 585	10,2	
– 77 032	0,9	– 7 434	0,2	82 235	3,7	– 159 435	– 3,8	– 164 955	– 5,1	
956 359	37,0	90 379	3,5	173 297	6,7	456 823	17,7	66 755	2,6	
1 063 306	36,9	109 636	3,8	89 806	3,1	567 154	19,7	135 832	4,7	
– 106 947	0,1	– 19 257	– 0,3	83 491	3,6	– 110 331	– 2,0	– 69 077	– 2,1	
415 486	29,0	48 574	3,4	108 267	7,6	206 129	14,4	34 118	2,4	Sachsen-Anhalt
444 311	27,2	54 538	3,3	66 428	4,1	337 393	20,7	107 736	6,6	
– 28 825	1,8	– 5 964	0,1	41 839	3,5	– 131 264	– 6,3	– 73 618	– 4,2	
442 816	31,0	37 457	2,6	100 322	7,0	225 261	15,8	14 192	1,0	
490 274	30,2	42 174	2,6	51 029	3,1	326 008	20,1	28 807	1,8	
– 47 458	0,8	– 4 717	–	49 293	3,9	– 100 747	– 4,3	– 14 615	– 0,8	
625 100	36,0	162 425	9,4	139 417	8,0	22 579	1,3	41 600	2,4	Schleswig-Holstein
620 516	35,7	112 287	6,5	131 611	7,6	25 470	1,5	57 964	3,3	
4 584	0,3	50 138	2,9	7 806	0,4	– 2 891	– 0,2	– 16 364	– 0,9	
691 470	39,9	86 292	5,0	91 615	5,3	20 998	1,2	13 187	0,8	
725 239	41,8	68 250	3,9	48 644	2,8	17 199	1,0	25 178	1,5	
– 33 769	– 1,9	18 042	1,1	42 971	2,5	3 799	0,2	– 11 991	– 0,7	
426 162	29,4	61 799	4,3	84 882	5,9	245 789	17,0	52 341	3,6	Thüringen
460 441	28,9	62 068	3,9	54 233	3,4	338 200	21,2	128 344	8,1	
– 34 279	0,5	– 269	0,4	30 649	2,5	– 92 411	– 4,2	– 76 003	– 4,5	
451 044	31,2	45 405	3,1	84 923	5,9	274 990	19,0	6 526	0,5	
494 973	31,2	53 607	3,4	46 327	2,9	332 942	21,0	62 112	3,9	
– 43 929	–	– 8 202	– 0,3	38 596	3,0	– 57 952	– 2,0	– 55 586	– 3,4	

Noch: 4. Ergebnisse der

4.2 Zweitstimmen der sonstigen Parteien

Gebiet	Parteien									
	REP	GRAUE	Tierschutz	NPD	ödp	PBC	DIE FRAUEN	BP	FAMILIE	CM
Anzahl										
Bayern	50 118	7 268	24 486	16 796	26 896	10 121	7 881	9 379	–	4 171
Bundesgebiet	280 671	114 224	159 655	215 232	56 898	101 645	36 832	9 379	30 045	15 440
Baden-Württemberg	65 462	10 144	27 491	16 404	11 614	29 824	9 902	–	–	4 669
Berlin	12 768	15 910	–	11 260	2 319	3 033	7 634	–	–	–
Brandenburg	–	8 711	–	23 271	–	–	–	–	–	–
Bremen	940	1 954	–	1 801	–	–	–	–	–	–
Hamburg	1 201	–	–	1 956	–	–	2 189	–	–	–
Hessen	26 433	6 431	18 720	12 613	2 424	6 983	–	–	–	2 484
Mecklenburg-Vorpommern ...	2 876	–	–	8 190	–	–	–	–	–	–
Niedersachsen	13 972	7 258	17 538	12 905	1 737	9 246	–	–	–	–
Nordrhein-Westfalen	40 669	22 199	38 146	25 883	4 811	15 358	9 226	–	22 820	4 116
Rheinland-Pfalz	23 450	–	19 324	10 321	3 963	7 721	–	–	–	–
Saarland	2 802	3 424	–	4 449	–	–	–	–	7 225	–
Sachsen	26 190	14 751	–	36 814	–	15 509	–	–	–	–
Sachsen-Anhalt	–	5 872	13 950	14 296	–	–	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	2 442	4 313	–	4 701	–	3 850	–	–	–	–
Thüringen	11 348	5 989	–	13 572	3 134	–	–	–	–	–
%										
Bayern	0,7	0,1	0,3	0,2	0,4	0,1	0,1	0,1	–	0,1
Bundesgebiet	0,6	0,2	0,3	0,4	0,1	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0
Baden-Württemberg	1,1	0,2	0,5	0,3	0,2	0,5	0,2	–	–	0,1
Berlin	0,7	0,8	–	0,6	0,1	0,2	0,4	–	–	–
Brandenburg	–	0,6	–	1,5	–	–	–	–	–	–
Bremen	0,2	0,5	–	0,5	–	–	–	–	–	–
Hamburg	0,1	–	–	0,2	–	–	0,2	–	–	–
Hessen	0,8	0,2	0,5	0,4	0,1	0,2	–	–	–	0,1
Mecklenburg-Vorpommern ...	0,3	–	–	0,8	–	–	–	–	–	–
Niedersachsen	0,3	0,1	0,4	0,3	0,0	0,2	–	–	–	–
Nordrhein-Westfalen	0,4	0,2	0,4	0,2	0,0	0,1	0,1	–	0,2	0,0
Rheinland-Pfalz	1,0	–	0,8	0,4	0,2	0,3	–	–	–	–
Saarland	0,4	0,5	–	0,7	–	–	–	–	1,1	–
Sachsen	1,0	0,6	–	1,4	–	0,6	–	–	–	–
Sachsen-Anhalt	–	0,4	1,0	1,0	–	–	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	0,1	0,2	–	0,3	–	0,2	–	–	–	–
Thüringen	0,8	0,4	–	0,9	0,2	–	–	–	–	–

¹⁾ Einzelbewerber bzw. Wählergruppen.

Bundestagswahl 2002

nach den Ländern des Bundesgebiets

Parteien									Gebiet
BüSo	HP	Die Violetten	AUF- BRUCH	ZENT- RUM	KPD	PRG	Schill	Deutsch- land	
Anzahl									
1 688	-	-	4 697	-	-	-	16 809	-	Bayern
16 958	2 485	2 412	4 697	3 127	1 624	7 499	400 476	-	Bundesgebiet
1 360	-	-	-	-	-	7 499	27 878	-	Baden-Württemberg
1 926	1 337	-	-	-	1 624	-	34 481	-	Berlin
-	-	-	-	-	-	-	26 107	-	Brandenburg
-	-	-	-	-	-	-	6 406	-	Bremen
890	-	-	-	-	-	-	40 309	-	Hamburg
1 454	-	-	-	-	-	-	22 381	-	Hessen
-	-	-	-	-	-	-	16 049	-	Mecklenburg-Vorpommern
1 278	-	-	-	-	-	-	43 165	-	Niedersachsen
1 561	1 148	2 412	-	3 127	-	-	70 993	-	Nordrhein-Westfalen
-	-	-	-	-	-	-	13 755	-	Rheinland-Pfalz
-	-	-	-	-	-	-	5 986	-	Saarland
6 801	-	-	-	-	-	-	31 565	-	Sachsen
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Sachsen-Anhalt
-	-	-	-	-	-	-	26 294	-	Schleswig-Holstein
-	-	-	-	-	-	-	18 298	-	Thüringen
%									
0,0	-	-	0,1	-	-	-	0,2	-	Bayern
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	-	Bundesgebiet
0,0	-	-	-	-	-	0,1	0,5	-	Baden-Württemberg
0,1	0,1	-	-	-	0,1	-	1,8	-	Berlin
-	-	-	-	-	-	-	1,7	-	Brandenburg
-	-	-	-	-	-	-	1,7	-	Bremen
0,1	-	-	-	-	-	-	4,2	-	Hamburg
0,0	-	-	-	-	-	-	0,7	-	Hessen
-	-	-	-	-	-	-	1,6	-	Mecklenburg-Vorpommern
0,0	-	-	-	-	-	-	0,9	-	Niedersachsen
0,0	0,0	0,0	-	0,0	-	-	0,7	-	Nordrhein-Westfalen
-	-	-	-	-	-	-	0,6	-	Rheinland-Pfalz
-	-	-	-	-	-	-	0,9	-	Saarland
0,3	-	-	-	-	-	-	1,2	-	Sachsen
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Sachsen-Anhalt
-	-	-	-	-	-	-	1,5	-	Schleswig-Holstein
-	-	-	-	-	-	-	1,3	-	Thüringen

Noch: 4. Ergebnisse der

4.3 Erststimmen der sonstigen Parteien

Gebiet	Parteien											
	REP	GRAUE	Tier- schutz	NPD	ödp	PBC	DIE FRAUEN	BP	FAMILIE	CM	BüSo	HP
Anzahl												
Bayern	27 065	2 372	–	–	41 438	9 018	–	6 757	–	1 408	4 888	163
Bundesgebiet	55 947	75 490	8 858	103 209	56 593	71 106	2 264	6 757	15 138	2 413	22 531	1 385
Baden-Württemberg	6 543	9 169	–	3 499	6 010	33 503	–	–	–	–	547	–
Berlin	3 370	18 570	–	10 893	–	531	2 264	–	–	–	3 130	931
Brandenburg	–	4 546	–	10 772	–	–	–	–	2 189	–	–	–
Bremen	–	1 171	–	1 279	–	–	–	–	–	–	–	–
Hamburg	–	–	–	4 159	–	–	–	–	–	–	2 210	–
Hessen	7 709	2 574	7 143	11 444	–	–	–	–	–	1 005	1 376	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	–	940	–	1 259	–	–	–	–	–	–	–	–
Niedersachsen	–	5 386	–	6 536	636	3 264	–	–	–	–	1 782	–
Nordrhein-Westfalen	4 035	13 327	–	3 686	4 196	5 577	–	–	4 108	–	1 184	291
Rheinland-Pfalz	2 721	–	–	5 469	2 485	4 235	–	–	–	–	327	–
Saarland	–	3 456	–	6 967	–	–	–	–	8 841	–	–	–
Sachsen	4 504	8 866	–	26 658	–	11 264	–	–	–	–	7 087	–
Sachsen-Anhalt	–	2 940	1 715	5 992	–	387	–	–	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	–	2 173	–	2 057	–	3 327	–	–	–	–	–	–
Thüringen	–	–	–	2 539	1 828	–	–	–	–	–	–	–
%												
Bayern	0,4	0,0	–	–	0,6	0,1	–	0,1	–	0,0	0,1	0,0
Bundesgebiet	0,1	0,2	0,0	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Baden-Württemberg	0,1	0,2	–	0,1	0,1	0,6	–	–	–	–	0,0	–
Berlin	0,2	1,0	–	0,6	–	0,0	0,1	–	–	–	0,2	0,0
Brandenburg	–	0,3	–	0,7	–	–	–	–	0,1	–	–	–
Bremen	–	0,3	–	0,3	–	–	–	–	–	–	–	–
Hamburg	–	–	–	0,4	–	–	–	–	–	–	0,2	–
Hessen	0,2	0,1	0,2	0,3	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	–	0,1	–	0,1	–	–	–	–	–	–	–	–
Niedersachsen	–	0,1	–	0,1	0,0	0,1	–	–	–	–	0,0	–
Nordrhein-Westfalen	0,0	0,1	–	0,0	0,0	0,1	–	–	0,0	–	0,0	0,0
Rheinland-Pfalz	0,1	–	–	0,2	0,1	0,2	–	–	–	–	0,0	–
Saarland	–	0,5	–	1,1	–	–	–	–	1,4	–	–	–
Sachsen	0,2	0,3	–	1,0	–	0,4	–	–	–	–	0,3	–
Sachsen-Anhalt	–	0,2	0,1	0,4	–	0,0	–	–	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	–	0,1	–	0,1	–	0,2	–	–	–	–	–	–
Thüringen	–	–	–	0,2	0,1	–	–	–	–	–	–	–

Bundestagswahl 2002

nach den Ländern des Bundesgebiets

Parteien											Gebiet
Die Violetten	AUF- BRUCH	ZENT- RUM	KPD	PRG	Schill	Deutsch- land	DKP	DSU	FP Deutsch- land	Übrige ¹⁾	
Anzahl											
-	2 895	-	-	-	-	-	-	-	-	4 332	Bayern
840	2 895	1 823	686	4 363	120 330	571	3 953	6 003	2 003	43 116	Bundesgebiet
-	-	-	-	2 570	2 034	-	543	-	-	4 421	Baden-Württemberg
-	-	-	686	-	2 586	-	538	-	-	5 107	Berlin
-	-	-	-	-	6 236	-	-	-	-	3 042	Brandenburg
-	-	-	-	-	7 706	-	-	-	-	405	Bremen
-	-	-	-	-	-	-	810	-	-	1 148	Hamburg
-	-	-	-	-	3 459	-	-	-	-	2 680	Hessen
-	-	-	-	-	13 414	-	-	-	-	1 153	Mecklenburg-Vorpommern
-	-	-	-	-	15 980	312	604	-	-	3 787	Niedersachsen
840	-	671	-	1 793	68 915	259	551	-	-	4 066	Nordrhein-Westfalen
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3 717	Rheinland-Pfalz
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Saarland
-	-	-	-	-	-	-	-	3 844	2 003	2 529	Sachsen
-	-	1 152	-	-	-	-	-	-	-	2 006	Sachsen-Anhalt
-	-	-	-	-	-	-	907	-	-	4 723	Schleswig-Holstein
-	-	-	-	-	-	-	-	2 159	-	-	Thüringen
%											
-	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1	Bayern
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	Bundesgebiet
-	-	-	-	0,0	0,0	-	0,0	-	-	0,1	Baden-Württemberg
-	-	-	0,0	-	0,1	-	0,0	-	-	0,3	Berlin
-	-	-	-	-	0,4	-	-	-	-	0,2	Brandenburg
-	-	-	-	-	2,0	-	-	-	-	0,1	Bremen
-	-	-	-	-	-	-	0,1	-	-	0,1	Hamburg
-	-	-	-	-	0,1	-	-	-	-	0,1	Hessen
-	-	-	-	-	1,4	-	-	-	-	0,1	Mecklenburg-Vorpommern
-	-	-	-	-	0,3	0,0	0,0	-	-	0,1	Niedersachsen
0,0	-	0,0	-	0,0	0,7	0,0	0,0	-	-	0,0	Nordrhein-Westfalen
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	Rheinland-Pfalz
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Saarland
-	-	-	-	-	-	-	-	0,1	0,1	0,1	Sachsen
-	-	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,1	Sachsen-Anhalt
-	-	-	-	-	-	-	0,1	-	-	0,3	Schleswig-Holstein
-	-	-	-	-	-	-	-	0,1	-	-	Thüringen

Noch: 4. Ergebnisse der Bundestagswahl 2002

4.4 Sitze nach den Ländern des Bundesgebiets

Gebiet	Sitze 2002						Sitze 1998					
	ins- gesamt	davon					ins- gesamt	davon				
		SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP	PDS		SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP	PDS
Wahlkreissitze												
Bayern	44	1	43	–	–	–	45	7	38	–	–	–
Bundesgebiet	299	171	125	1	–	2	328	212	112	–	–	4
Baden-Württemberg	37	7	30	–	–	–	37	11	26	–	–	–
Berlin	12	9	–	1	–	2	13	9	–	–	–	4
Brandenburg	10	10	–	–	–	–	12	12	–	–	–	–
Bremen	2	2	–	–	–	–	3	3	–	–	–	–
Hamburg	6	6	–	–	–	–	7	7	–	–	–	–
Hessen	21	17	4	–	–	–	22	18	4	–	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	7	5	2	–	–	–	9	7	2	–	–	–
Niedersachsen	29	25	4	–	–	–	31	27	4	–	–	–
Nordrhein-Westfalen	64	45	19	–	–	–	71	53	18	–	–	–
Rheinland-Pfalz	15	7	8	–	–	–	16	10	6	–	–	–
Saarland	4	4	–	–	–	–	5	5	–	–	–	–
Sachsen	17	4	13	–	–	–	21	8	13	–	–	–
Sachsen-Anhalt	10	10	–	–	–	–	13	13	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	11	10	1	–	–	–	11	11	–	–	–	–
Thüringen	10	9	1	–	–	–	12	11	1	–	–	–
Listensitze												
Bayern	51	25	15	7	4	–	48	27	9	6	5	1
Bundesgebiet	304	80	123	54	47	–	341	86	133	47	43	32
Baden-Württemberg	39	20	4	9	6	–	41	19	6	8	7	1
Berlin	11	–	6	3	2	–	12	1	7	3	1	–
Brandenburg	6	–	4	1	1	–	11	–	5	1	1	4
Bremen	2	–	1	1	–	–	2	–	1	1	–	–
Hamburg	7	–	4	2	1	–	6	–	4	1	1	–
Hessen	23	1	13	5	4	–	25	3	13	4	4	1
Mecklenburg-Vorpommern	3	–	2	–	1	–	6	–	2	–	–	4
Niedersachsen	34	6	18	5	5	–	37	8	20	4	4	1
Nordrhein-Westfalen	70	15	30	12	13	–	77	19	34	11	11	2
Rheinland-Pfalz	15	5	5	2	3	–	18	5	8	2	3	–
Saarland	5	–	3	1	1	–	3	–	3	–	–	–
Sachsen	12	8	–	2	2	–	16	4	–	2	2	8
Sachsen-Anhalt	8	–	6	1	1	–	13	–	6	1	1	5
Schleswig-Holstein	11	–	7	2	2	–	13	–	9	2	2	–
Thüringen	7	–	5	1	1	–	13	–	6	1	1	5

Noch: 4. Ergebnisse der Bundestagswahl 2002

Noch: 4.4 Sitze nach den Ländern des Bundesgebiets

Gebiet	Sitze 2002						Sitze 1998					
	ins- gesamt	davon					ins- gesamt	davon				
		SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP	PDS		SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP	PDS
Wahlkreis- und Listensitze												
Bayern	95	26	58	7	4	–	93	34	47	6	5	1
Bundesgebiet	603 ¹⁾	251	248	55	47	2	669 ²⁾	298	245	47	43	36
Baden-Württemberg	76	27	34	9	6	–	78	30	32	8	7	1
Berlin	23	9	6	4	2	2	25	10	7	3	1	4
Brandenburg	16	10	4	1	1	–	23	12	5	1	1	4
Bremen	4	2	1	1	–	–	5	3	1	1	–	–
Hamburg	13	6	4	2	1	–	13	7	4	1	1	–
Hessen	44	18	17	5	4	–	47	21	17	4	4	1
Mecklenburg-Vorpommern	10	5	4	–	1	–	15	7	4	–	–	4
Niedersachsen	63	31	22	5	5	–	68	35	24	4	4	1
Nordrhein-Westfalen	134	60	49	12	13	–	148	72	52	11	11	2
Rheinland-Pfalz	30	12	13	2	3	–	34	15	14	2	3	–
Saarland	9	4	3	1	1	–	8	5	3	–	–	–
Sachsen	29	12	13	2	2	–	37	12	13	2	2	8
Sachsen-Anhalt	18	10	6	1	1	–	26	13	6	1	1	5
Schleswig-Holstein	22	10	8	2	2	–	24	11	9	2	2	–
Thüringen	17	9	6	1	1	–	25	11	7	1	1	5

¹⁾ Einschl. 5 Überhangmandate: 4 für die SPD (in Hamburg 1, in Sachsen-Anhalt 2 und in Thüringen 1) und 1 für die CDU (in Sachsen 1). - ²⁾ Einschl.

13 Überhangmandate für die SPD, und zwar in Brandenburg 3, in Hamburg 1, in Mecklenburg-Vorpommern 2, in Sachsen-Anhalt 4 und in Thüringen 3.

Noch: 4. Ergebnisse der 4.5 Wahlberechtigte und Stimmen

Nr.	Wahlkreis	Wahl- berechtigte	Wähler	Art der Stimme	Ungültige		Gültige	Von den gültigen Stimmen entfielen auf										
		Nicht- wähler	Wahl- beteiligung in %		Stimmen			CSU		SPD		GRÜNE		FDP		Sonstige		
					Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
																4	5	6
		1	2	3														
214	Altötting	164 415 32 321	132 094 80,3	Z E	1 070 1 934	0,8 1,5	131 024 130 160	91 179 91 312	69,6 70,2	24 586 27 828	18,8 21,4	6 425 5 491	4,9 4,2	4 677 3 898	3,6 3,0	4 157 1 631	3,2 1,3	
215	Erding-Ebersberg	173 439 26 637	146 802 84,6	Z E	779 1 841	0,5 1,3	146 023 144 961	90 205 89 501	61,8 61,7	31 515 38 246	21,6 26,4	12 627 8 677	8,6 6,0	7 093 5 787	4,9 4,0	4 583 2 750	3,1 1,9	
216	Freising	191 547 32 523	159 024 83,0	Z E	874 2 349	0,5 1,5	158 150 156 675	99 605 97 389	63,0 62,2	34 756 36 253	22,0 23,1	12 023 9 969	7,6 6,4	7 337 9 014	4,6 5,8	4 429 4 050	2,8 2,6	
217	Fürstenfeldbruck	238 437 36 762	201 675 84,6	Z E	1 234 2 705	0,6 1,3	200 441 198 970	116 387 118 097	58,1 59,4	47 819 54 260	23,9 27,3	20 367 14 060	10,2 7,1	10 161 8 415	5,1 4,2	5 707 4 138	2,8 2,1	
218	Ingolstadt	240 121 46 663	193 458 80,6	Z E	1 638 2 570	0,8 1,3	191 820 190 888	120 218 124 699	62,7 65,3	48 902 45 319	25,5 23,7	10 710 11 975	5,6 6,3	6 852 4 904	3,6 2,6	5 138 3 991	2,7 2,1	
219	München-Nord	203 053 43 730	159 323 78,5	Z E	947 1 515	0,6 1,0	158 376 157 808	68 765 68 287	43,4 43,3	48 611 68 635	30,7 43,5	25 839 11 164	16,3 7,1	9 751 6 655	6,2 4,2	5 410 3 067	3,4 1,9	
220	München-Ost	217 262 41 345	175 917 81,0	Z E	893 1 750	0,5 1,0	175 024 174 167	80 347 78 887	45,9 45,3	50 631 65 525	28,9 37,6	26 737 15 234	15,3 8,7	11 740 12 158	6,7 7,0	5 569 2 363	3,2 1,4	
221	München-Süd	200 604 38 573	162 031 80,8	Z E	798 1 720	0,5 1,1	161 233 160 311	73 477 71 150	45,6 44,4	48 286 66 428	29,9 41,4	24 171 12 454	15,0 7,8	9 591 6 844	5,9 4,3	5 708 3 435	3,5 2,1	
222	München-West/Mitte	216 927 41 188	175 739 81,0	Z E	881 1 526	0,5 0,9	174 858 174 213	76 220 77 212	43,6 44,3	51 117 71 447	29,2 41,0	31 106 14 623	17,8 8,4	10 146 7 593	5,8 4,4	6 269 3 338	3,6 1,9	
223	München-Land	222 115 30 576	191 539 86,2	Z E	886 1 641	0,5 0,9	190 653 189 898	103 217 102 569	54,1 54,0	47 646 63 092	25,0 33,2	21 499 11 961	11,3 6,3	13 397 9 323	7,0 4,9	4 894 2 953	2,6 1,6	
224	Rosenheim	216 569 39 528	177 041 81,7	Z E	984 2 233	0,6 1,3	176 057 174 808	113 876 110 328	64,7 63,1	34 593 38 723	19,6 22,2	13 447 11 158	7,6 6,4	7 917 6 423	4,5 3,7	6 224 8 176	3,5 4,7	
225	Starnberg	242 402 35 865	206 537 85,2	Z E	1 207 2 395	0,6 1,2	205 330 204 142	129 534 129 649	63,1 63,5	39 836 44 749	19,4 21,9	19 517 11 218	9,5 5,5	11 585 13 861	5,6 6,8	4 858 4 665	2,4 2,3	
226	Traunstein	199 969 36 492	163 477 81,8	Z E	1 338 2 188	0,8 1,3	162 139 161 289	108 859 111 087	67,1 68,9	30 883 32 455	19,0 20,1	11 294 10 331	7,0 6,4	5 915 4 043	3,6 2,5	5 188 3 373	3,2 2,1	
227	Weilheim	238 479 39 038	199 441 83,6	Z E	1 068 2 931	0,5 1,5	198 373 196 510	127 481 124 773	64,3 63,5	40 403 44 447	20,4 22,6	15 457 15 374	7,8 7,8	9 135 7 767	4,6 4,0	5 897 4 149	3,0 2,1	
228	Deggendorf	152 670 35 029	117 641 77,1	Z E	788 1 297	0,7 1,1	116 853 116 344	82 895 80 182	70,9 68,9	22 679 27 981	19,4 24,1	3 975 3 339	3,4 2,9	3 633 2 305	3,1 2,0	3 671 2 537	3,1 2,2	
229	Landshut	236 680 44 458	192 222 81,2	Z E	1 206 3 301	0,6 1,7	191 016 188 921	128 306 124 202	67,2 65,7	39 686 44 014	20,8 23,3	10 730 11 214	5,6 5,9	6 923 9 491	3,6 5,0	5 371 x	2,8 x	
230	Passau	182 945 41 040	141 905 77,6	Z E	1 076 2 018	0,8 1,4	140 829 139 887	95 027 90 656	67,5 64,8	30 550 28 268	21,7 20,2	5 936 5 398	4,2 3,9	5 413 11 699	3,8 8,4	3 903 3 866	2,8 2,8	
231	Rottal-Inn	159 275 33 058	126 217 79,2	Z E	1 000 2 679	0,8 2,1	125 217 123 538	91 187 90 226	72,8 73,0	22 353 21 864	17,9 17,7	4 391 7 078	3,5 5,7	3 807 4 370	3,0 3,5	3 479 x	2,8 x	
232	Straubing	170 415 35 774	134 641 79,0	Z E	977 1 967	0,7 1,5	133 664 132 674	96 693 99 019	72,3 74,6	25 344 25 114	19,0 18,9	3 924 4 738	2,9 3,6	3 677 3 803	2,8 2,9	4 026 x	3,0 x	
233	Amberg	210 365 36 894	173 471 82,5	Z E	1 613 2 870	0,9 1,7	171 858 170 601	109 135 103 098	63,5 60,4	44 210 48 829	25,7 28,6	8 095 7 762	4,7 4,5	5 984 6 540	3,5 3,8	4 434 4 372	2,6 2,6	
234	Regensburg	231 583 44 248	187 335 80,9	Z E	1 535 2 511	0,8 1,3	185 800 184 824	111 562 110 618	60,0 59,9	46 573 50 381	25,1 27,3	15 355 10 044	8,3 5,4	6 726 6 948	3,6 3,8	5 584 6 833	3,0 3,7	
235	Schwandorf	214 154 42 250	171 904 80,3	Z E	1 695 2 745	1,0 1,6	170 209 169 159	114 700 113 163	67,4 66,9	41 318 45 422	24,3 26,9	5 692 4 353	3,3 2,6	4 237 3 512	2,5 2,1	4 262 2 709	2,5 1,6	
236	Weiden	172 997 29 845	143 152 82,7	Z E	1 227 2 205	0,9 1,5	141 925 140 947	86 953 83 419	61,3 59,2	42 286 50 008	29,8 35,5	5 063 3 483	3,6 2,5	4 264 2 730	3,0 1,9	3 359 1 307	2,4 0,9	
237	Bamberg	170 527 32 510	138 017 80,9	Z E	848 1 851	0,6 1,3	137 169 136 166	83 568 82 665	60,9 60,7	32 735 31 997	23,9 23,5	10 363 12 341	7,6 9,1	5 839 5 356	4,3 3,9	4 664 3 807	3,4 2,8	
238	Bayreuth	164 745 30 892	133 853 81,2	Z E	1 032 1 650	0,8 1,2	132 821 132 203	77 470 80 296	58,3 60,7	37 854 38 468	28,5 29,1	7 816 5 112	5,9 3,9	5 898 5 410	4,4 4,1	3 783 2 917	2,8 2,2	

Z = Zweitstimmen. E = Erststimmen.

Bundestagswahl 2002

nach der Wahlkreiseinteilung 2005

Von den gültigen Stimmen entfielen auf															Nr.
davon															
REP	ödp	PDS	BP	Tier- schutz	GRAUE	PBC	NPD	DIE FRAUEN	CM	BüSo	AUF- BRUCH	Schill	Übrige		
Anzahl															
17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	31		
1 171 39	483 x	709 1 049	248 x	405 x	89 x	94 x	286 x	131 x	120 x	53 87	82 x	286 x	x 456	214	
1 093 x	723 1 255	1 042 1 288	248 x	490 x	136 x	59 x	158 x	163 x	81 x	32 x	68 x	290 x	x 207	215	
757 x	758 2 611	1 049 1 439	201 x	470 x	129 x	154 x	268 x	152 x	62 x	24 x	68 x	337 x	x x	216	
1 259 x	664 2 377	1 317 1 761	264 x	711 x	219 x	157 x	219 x	184 x	88 x	36 x	203 x	386 x	x x	217	
1 091 x	789 1 910	1 152 2 081	239 x	454 x	122 x	190 x	358 x	164 x	87 x	27 x	98 x	367 x	x x	218	
626 x	476 1 303	2 053 1 430	165 x	734 x	231 x	61 x	252 x	163 x	69 x	84 334	103 x	393 x	x x	219	
672 x	425 x	2 028 1 701	204 x	740 x	246 x	86 x	241 x	145 x	70 x	116 662	152 x	444 x	x x	220	
642 x	479 1 155	2 062 1 455	203 x	713 x	253 x	133 x	301 x	150 x	72 x	73 231	182 594	445 x	x x	221	
613 x	515 x	2 383 1 815	227 x	750 x	277 x	117 x	293 x	184 x	98 x	76 259	296 874	440 x	x 390	222	
621 x	593 1 612	1 393 1 322	219 x	665 x	219 19	83 x	295 x	171 x	63 x	39 x	144 x	389 x	x x	223	
1 849 3 674	997 2 631	1 004 805	457 x	625 x	256 750	152 x	178 x	143 x	113 x	104 316	98 x	248 x	x x	224	
537 x	744 2 184	1 155 1 487	300 x	597 x	288 994	114 x	308 x	171 x	96 x	32 x	155 x	361 x	x x	225	
1 253 2 047	662 x	844 858	466 x	534 x	143 x	286 x	216 x	139 x	177 x	108 468	86 x	274 x	x x	226	
726 x	937 x	1 150 x	687 3 068	684 x	181 x	280 1 081	361 x	210 x	87 x	31 x	157 x	406 x	x x	227	
1 336 2 537	488 x	414 x	268 x	260 x	72 x	123 x	260 x	99 x	55 x	11 x	44 x	241 x	x x	228	
850 x	960 x	1 009 x	225 x	652 x	161 x	110 x	517 x	227 x	85 x	21 x	99 x	455 x	x x	229	
730 x	943 2 879	609 987	158 x	378 x	101 x	103 x	310 x	110 x	67 x	15 x	60 x	319 x	x x	230	
652 x	682 x	480 x	181 x	351 x	76 x	52 x	343 x	133 x	86 x	26 x	67 x	350 x	x x	231	
895 x	999 x	448 x	221 x	327 x	85 x	57 x	513 x	118 x	45 x	10 x	45 x	263 x	x x	232	
737 x	626 2 045	862 1 198	217 1 129	498 x	116 x	221 x	396 x	196 x	99 x	16 x	67 x	383 x	x x	233	
784 x	1 143 3 700	1 302 1 537	350 1 253	607 x	137 x	155 x	475 x	149 x	74 x	56 343	47 x	305 x	x x	234	
927 x	677 2 709	651 x	231 x	484 x	93 x	123 x	435 x	172 x	83 x	13 x	62 x	311 x	x x	235	
623 x	362 x	593 x	265 1 307	386 x	100 x	72 x	313 x	131 x	77 x	13 x	70 x	354 x	x x	236	
1 434 2 649	310 x	888 895	149 x	477 x	153 x	264 x	320 x	168 x	67 x	27 x	95 x	312 x	x 263	237	
1 146 1 861	223 x	763 1 056	80 x	393 x	97 x	273 x	255 x	166 x	39 x	14 x	76 x	258 x	x x	238	

Noch: 4. Ergebnisse der

Noch: 4.5 Wahlberechtigte und Stimmen

Nr.	Wahlkreis	Wahl- berechtigte	Wähler	Art der Stimme	Ungültige		Gültige	Von den gültigen Stimmen entfielen auf									
		Nicht- wähler	Wahl- beteiligung in %		Stimmen			CSU		SPD		GRÜNE		FDP		Sonstige	
					Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
239	Coburg	164 597 30 177	134 420 81,7	Z E	1 166 1 670	0,9 1,2	133 254 132 750	69 755 63 943	52,3 48,2	47 953 59 090	36,0 44,5	6 228 3 923	4,7 3,0	5 642 4 829	4,2 3,6	3 676 965	2,8 0,7
240	Hof	190 359 38 411	151 948 79,8	Z E	1 469 1 918	1,0 1,3	150 479 150 030	80 080 80 450	53,2 53,6	52 546 58 314	34,9 38,9	6 672 4 253	4,4 2,8	5 870 4 159	3,9 2,8	5 311 2 854	3,5 1,9
241	Kulmbach	172 724 29 853	142 871 82,7	Z E	1 019 2 331	0,7 1,6	141 852 140 540	86 747 88 504	61,2 63,0	39 194 40 258	27,6 28,6	6 304 6 194	4,4 4,4	5 187 4 650	3,7 3,3	4 420 934	3,1 0,7
242	Ansbach	239 860 47 541	192 319 80,2	Z E	1 602 2 730	0,8 1,4	190 717 189 589	107 457 106 948	56,3 56,4	56 467 57 086	29,6 30,1	12 735 10 178	6,7 5,4	7 695 8 324	4,0 4,4	6 363 7 053	3,3 3,7
243	Erlangen	170 096 27 481	142 615 83,8	Z E	828 1 401	0,6 1,0	141 787 141 214	67 946 69 564	47,9 49,3	47 124 55 905	33,2 39,6	15 124 7 088	10,7 5,0	7 614 5 756	5,4 4,1	3 979 2 901	2,8 2,1
244	Fürth	241 620 45 997	195 623 81,0	Z E	1 456 2 363	0,7 1,2	194 167 193 260	98 242 103 357	50,6 53,5	65 833 70 610	33,9 36,5	14 447 9 843	7,4 5,1	9 175 7 474	4,7 3,9	6 470 1 976	3,3 1,0
245	Nürnberg-Nord	181 437 39 027	142 410 78,5	Z E	1 004 1 501	0,7 1,1	141 406 140 909	60 382 64 502	42,7 45,8	52 386 59 685	37,0 42,4	16 253 8 256	11,5 5,9	7 002 4 415	5,0 3,1	5 383 4 051	3,8 2,9
246	Nürnberg-Süd	184 263 40 307	143 956 78,1	Z E	1 380 2 282	1,0 1,6	142 576 141 674	68 213 67 243	47,8 47,5	53 646 59 633	37,6 42,1	9 764 6 458	6,8 4,6	5 819 5 192	4,1 3,7	5 134 3 148	3,6 2,2
247	Roth	220 891 33 979	186 912 84,6	Z E	1 228 2 266	0,7 1,2	185 684 184 646	97 595 101 906	52,6 55,2	60 071 64 837	32,4 35,1	13 831 9 314	7,4 5,0	8 571 7 064	4,6 3,8	5 616 1 525	3,0 0,8
248	Aschaffenburg	179 783 32 980	146 803 81,7	Z E	1 530 2 343	1,0 1,6	145 273 144 460	77 688 79 311	53,5 54,9	42 942 39 725	29,6 27,5	10 857 15 990	7,5 11,1	8 356 6 710	5,8 4,6	5 430 2 724	3,7 1,9
249	Bad Kissingen	219 433 38 042	181 391 82,7	Z E	1 665 2 928	0,9 1,6	179 726 178 463	114 713 113 099	63,8 63,4	42 081 45 061	23,4 25,2	9 232 10 582	5,1 5,9	7 952 5 999	4,4 3,4	5 748 3 722	3,2 2,1
250	Main-Spessart	196 187 32 842	163 345 83,3	Z E	1 398 2 449	0,9 1,5	161 947 160 896	92 670 94 959	57,2 59,0	47 320 47 987	29,2 29,8	9 586 7 805	5,9 4,9	7 375 4 932	4,6 3,1	4 996 5 213	3,1 3,2
251	Schweinfurt	196 958 35 726	161 232 81,9	Z E	1 478 2 848	0,9 1,8	159 754 158 384	90 171 92 418	56,4 58,4	45 197 47 921	28,3 30,3	10 096 9 119	6,3 5,8	7 897 7 973	4,9 5,0	6 393 953	4,0 0,6
252	Würzburg	218 885 37 189	181 696 83,0	Z E	1 225 2 416	0,7 1,3	180 471 179 280	90 184 88 194	50,0 49,2	54 088 58 939	30,0 32,9	19 555 14 961	10,8 8,3	9 716 9 090	5,4 5,1	6 928 8 096	3,8 4,5
253	Augsburg-Stadt	197 729 44 719	153 010 77,4	Z E	1 339 2 284	0,9 1,5	151 671 150 726	80 053 80 852	52,8 53,6	46 689 45 076	30,8 29,9	13 483 16 048	8,9 10,6	6 405 5 716	4,2 3,8	5 041 3 034	3,3 2,0
254	Augsburg-Land	231 653 38 175	193 478 83,5	Z E	1 313 2 677	0,7 1,4	192 165 190 801	119 402 124 067	62,1 65,0	45 278 47 542	23,6 24,9	13 544 11 642	7,0 6,1	8 467 6 070	4,4 3,2	5 474 1 480	2,8 0,8
255	Donau-Ries	184 861 33 897	150 964 81,7	Z E	1 163 2 233	0,8 1,5	149 801 148 731	98 392 96 738	65,7 65,0	34 548 34 996	23,1 23,5	7 029 5 894	4,7 4,0	5 443 5 399	3,6 3,6	4 389 5 704	2,9 3,8
256	Neu-Ulm	229 564 46 007	183 557 80,0	Z E	1 268 2 837	0,7 1,5	182 289 180 720	110 317 110 918	60,5 61,4	46 524 46 951	25,5 26,0	10 651 11 663	5,8 6,5	8 587 8 176	4,7 4,5	6 210 3 012	3,4 1,7
257	Oberallgäu	212 926 40 489	172 437 81,0	Z E	1 020 2 106	0,6 1,2	171 417 170 331	104 190 110 304	60,8 64,8	39 130 38 516	22,8 22,6	12 994 13 124	7,6 7,7	9 176 8 387	5,4 4,9	5 927 x	3,5 x
258	Ostallgäu	235 972 45 182	190 790 80,9	Z E	1 474 3 597	0,8 1,9	189 316 187 193	124 017 121 417	65,5 64,9	38 362 40 844	20,3 21,8	11 539 10 998	6,1 5,9	9 028 8 932	4,8 4,8	6 370 5 002	3,4 2,7
	Bayern	9 101 493 1 685 260	7 416 233 81,5	Z E	53 619 101 572	0,7 1,4	7 362 614 7 314 661	4 315 080 4 311 178	58,6 58,9	1 922 551 2 128 729	26,1 29,1	562 483 431 884	7,6 5,9	332 675 298 096	4,5 4,1	229 825 144 774	3,1 2,0

Z = Zweitstimmen. E = Erststimmen.

Bundestagswahl 2002

nach der Wahlkreiseinteilung 2005

Von den gültigen Stimmen entfielen auf														Nr.
davon														
REP	ödp	PDS	BP	Tier- schutz	GRAUE	PBC	NPD	DIE FRAUEN	CM	BüSo	AUF- BRUCH	Schill	Übrige	
Anzahl														
17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	31	
564 x	221 x	951 965	65 x	392 x	102 x	246 x	593 x	140 x	32 x	14 x	66 x	290 x	x x	239
1 297 x	196 x	1 095 1 262	125 x	653 x	218 609	625 983	316 x	175 x	53 x	19 x	76 x	463 x	x x	240
1 056 x	219 x	827 x	128 x	463 x	92 x	269 934	706 x	161 x	68 x	11 x	75 x	345 x	x x	241
1 494 2 636	894 1 960	1 058 1 198	142 x	533 x	158 x	748 1 259	510 x	220 x	83 x	25 x	103 x	395 x	x x	242
539 x	475 1 064	1 118 972	72 x	434 x	126 x	281 526	399 x	134 x	40 x	24 x	76 x	261 x	- 339	243
1 513 x	502 x	1 447 1 976	105 x	645 x	198 x	505 x	620 x	217 x	101 x	24 x	97 x	496 x	x x	244
925 1 842	290 x	1 940 1 615	68 x	539 x	164 x	296 594	454 x	171 x	44 x	13 x	67 x	412 x	x x	245
1 002 x	284 824	1 313 1 503	76 x	475 x	155 x	365 821	585 x	153 x	44 x	19 x	73 x	590 x	x x	246
1 082 x	365 x	1 195 x	109 x	712 x	170 x	610 1 525	509 x	207 x	56 x	20 x	104 x	477 x	x x	247
1 732 x	344 895	1 130 1 374	129 x	558 x	169 x	106 x	349 x	219 x	137 455	24 x	74 x	459 x	x x	248
1 436 x	689 2 371	992 1 351	95 x	453 x	153 x	224 x	681 x	264 x	136 x	23 x	130 x	472 x	x x	249
1 488 2 458	609 1 383	831 806	86 x	559 x	135 x	248 566	300 x	185 x	87 x	20 x	92 x	356 x	x x	250
2 188 x	611 x	987 x	111 x	516 x	196 x	281 x	552 x	227 x	207 953	16 x	115 x	386 x	x x	251
2 767 4 190	767 1 839	1 249 1 338	90 x	664 x	167 x	331 729	188 x	241 x	64 x	15 x	80 x	305 x	x x	252
957 x	503 1 610	1 293 1 424	151 x	607 x	197 x	178 x	301 x	198 x	96 x	20 x	66 x	474 x	x x	253
1 559 x	583 x	922 1 480	257 x	634 x	160 x	175 x	289 x	204 x	125 x	36 x	120 x	410 x	x x	254
1 496 3 132	415 1 121	595 24	154 x	393 x	104 x	135 x	291 x	160 x	94 x	27 x	256 1 427	269 x	x x	255
1 498 x	487 x	1 082 1 546	171 x	588 x	224 x	364 x	594 x	225 x	159 x	145 1 466	108 x	565 x	x x	256
1 471 x	784 x	1 034 x	263 x	729 x	218 x	228 x	229 x	220 x	239 x	31 x	146 x	335 x	x x	257
1 030 x	1 000 x	1 096 1 440	509 x	554 x	182 x	387 x	459 x	221 x	246 x	105 722	149 x	432 x	x 2 840	258
50 118 27 065	26 896 41 438	49 515 44 438	9 379 6 757	24 486 x	7 268 2 372	10 121 9 018	16 796 x	7 881 x	4 171 1 408	1 688 4 888	4 697 2 895	16 809 x	x 4 495	

5. Ausgewählte Gemeinden Bayerns nach besonderen Merkmalen

- Gebietsstand: 31.12.2002 -

Merkmal	Gemeinde (Landkreis)	Einwohner am 31.12.2002
Einwohnermäßig kleinste Gemeinde	Balderschwang (Oberallgäu)	212
Einwohnermäßig größte kreisangehörige Gemeinde (ohne GKSt, St, M)	Olching (Fürstenfeldbruck)	23 607
Einwohnermäßig kleinste Marktgemeinde	Abtswind, M (Kitzingen)	779
Einwohnermäßig größte Marktgemeinde	Garmisch-Partenkirchen, M (Garmisch-Partenkirchen)	26 530
Einwohnermäßig kleinste Stadt	Rothenfels, St (Main-Spessart)	1 021
Einwohnermäßig größte Stadt	München, Krfr.St	1 234 692
Flächenmäßig kleinste Gemeinde (138 ha)	Buckenhof (Erlangen-Höchstadt)	3 347
Flächenmäßig größte Gemeinde (nach München) (24 288 ha)	Lenggries (Bad Tölz-Wolfratshausen)	9 363
Nördlichste Gemeinde (50° 31')	Fladungen, St (Rhön-Grabfeld)	2 355
Südlichste Gemeinde (47° 24')	Oberstdorf, M (Oberallgäu)	9 967
Östlichste Gemeinde (13° 47')	Breitenberg (Passau)	2 204
Westlichste Gemeinde (9° 0')	Kahl a.Main (Aschaffenburg)	7 167
Niedrigstgelegene Gemeinde (110 m ü.NN)	Kahl a.Main (Aschaffenburg)	7 167
Höchstgelegene Gemeinde (1 044 m ü.NN)	Balderschwang (Oberallgäu)	212
Gemeinde mit dem höchsten katholischen Bevölkerungsanteil	Neukirchen-Balbini, M (Schwandorf)	1 194
Gemeinde mit dem höchsten evangelischen Bevölkerungsanteil	Weigenheim (Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim)	1 019

6. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Wahlkreisen, Kreisen und Gemeinden

6.1 Wahlbeteiligung

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte	
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%
Landesdurchschnitt 2002 $\hat{=}$ 81,5 %, 1998 $\hat{=}$ 79,2 %				
Bayern	1972	89,8	1990	74,4
Regierungsbezirk	2002 Unterfranken	82,5	Niederbayern	79,0
	1998 Unterfranken	81,9	Niederbayern	74,5
Wahlkreis	2002 München-Land	86,0	Deggendorf	77,1
	1998 Roth	83,1	Deggendorf	72,5
Kreisfreie Stadt	2002 Erlangen	81,7	Straubing	73,4
	1998 Erlangen	81,7	Straubing	70,6
Landkreis	2002 Starnberg	87,2	Freyung-Grafenau	76,5
	1998 Würzburg	85,4	Freyung-Grafenau	72,2
Gemeinde	2002 1. Wattendorf, Lkr Bamberg OFr.	95,6	Bruckberg, Lkr Ansbach MFr.	58,0
	2. Langensendelbach, Lkr Forchheim OFr.	93,5	Bad Alexandersbad, Lkr Wunsiedel i.Fichtelgeb. OFr.	66,5
	3. Burgberg i.Allgäu, Lkr Oberallgäu Schw.	92,1	Ursberg, Lkr Günzburg Schw.	67,1
	4. Ottensoos, Lkr Nürnberger Land MFr.	92,1	Polsingen, Lkr Weißenburg-Gunzenhausen MFr.	70,5
	5. Baierbrunn, Lkr München OB	91,9	Bad Brückenau, St, Lkr Bad Kissingen UFr.	71,2
	6. Marloffstein, Lkr Erlangen-Höchststadt MFr.	91,8	Plattling, St, Lkr Deggendorf NB	71,2
	7. Rannungen, Lkr Bad Kissingen UFr.	91,7	Maierhöfen, Lkr Lindau (Bodensee) Schw.	71,3
	8. Speinshart, Lkr Neustadt a.d.Waldnaab OPf.	91,5	Gremsdorf, Lkr Erlangen-Höchststadt MFr.	71,7
	9. Schönberg, Lkr Mühldorf a.Inn OB	91,3	Himmelkron, Lkr Kulmbach OFr.	72,0
	10. Stadelhofen, Lkr Bamberg OFr.	91,2	Allmannshofen, Lkr Augsburg Schw.	72,1

6.2 Anteil der ungültigen Zweitstimmen

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte	
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%
Landesdurchschnitt 2002 $\hat{=}$ 0,7 %, 1998 $\hat{=}$ 0,7 %				
Bayern	1961	4,0	2002	0,7
Regierungsbezirk	2002 Oberpfalz	0,9	Oberbayern	0,6
	1998 Oberpfalz	1,0	Oberbayern	0,6
Wahlkreis	2002 Aschaffenburg	1,0	München-Land	0,5
	1998 Schwandorf	1,1	München-Mitte	0,4
Kreisfreie Stadt	2002 Schweinfurt	1,3	München	0,5
	1998 Fürth	1,8	Erlangen	0,4
Landkreis	2002 Schwandorf	1,1	München	0,5
	1998 Cham	1,2	Starnberg	0,4
Gemeinde	2002 1. Haundorf, Lkr Weißenburg-Gunzenhausen MFr.	3,4	12 Gemeinden ohne ungültige Zweitstimmen	
	2. Amberg, Lkr Unterallgäu Schw.	2,8		
	3. Geroltingen, Lkr Ansbach MFr.	2,7		
	4. Otting, Lkr Donau-Ries Schw.	2,2		
	5. Wildflecken, M, Lkr Bad Kissingen UFr.	2,1		
	6. Holzheim a.Forst, Lkr Regensburg OPf.	2,1		
	7. Schollbrunn, Lkr Main-Spessart UFr.	2,1		
	8. Rettenbach a.Auerberg, Lkr Ostallgäu Schw.	2,0		
	9. Balderschwang, Lkr Oberallgäu Schw.	2,0		
	10. Dammbach, Lkr Aschaffenburg UFr.	1,9		

Noch: 6. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Wahlkreisen, Kreisen und Gemeinden

6.3 Anteil der Briefwähler an den Gesamtwählern

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte	
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%
Landesdurchschnitt 2002 $\hat{=}$ 22,7 %, 1998 $\hat{=}$ 20,4 %				
Bayern	2002	22,7	1997	4,7
Regierungsbezirk	2002 Oberbayern	25,6	Schwaben	19,4
	1998 Oberbayern	23,9	Oberfranken	16,8
Wahlkreis	2002 München-Süd	30,7	Coburg	16,4
	1998 München-Mitte	31,1	Coburg	14,5
Kreisfreie Stadt	2002 Würzburg	31,3	Memmingen	16,6
	1998 Passau	29,1	Memmingen	15,3
Landkreis	2002 Garmisch-Partenkirchen	33,1	Coburg	14,9
	1998 Starnberg	30,9	Coburg	13,1
Gemeinde	2002 1. Oberstdorf, M, Lkr Oberallgäu Schw.	45,3	Wettringen, Lkr Ansbach MFr.	4,3
	2. Mittenwald, M, Lkr Garmisch-Partenkirchen OB	45,2	Oberroth, Lkr Neu-Ulm Schw.	5,0
	3. Rottach-Egern, Lkr Miesbach OB	44,0	Weigenheim, Lkr Neustadt/Aisch-Bad Windsheim MFr.	5,2
	4. Grünwald, Lkr München OB	43,4	Wiesenbach, Lkr Günzburg Schw.	5,9
	5. Grainau, Lkr Garmisch-Partenkirchen OB	43,2	Oberrieden, Lkr Unterallgäu Schw.	5,9
	6. Hohenwarth, Lkr Cham OPf.	42,4	Forheim, Lkr Donau-Ries Schw.	5,9
	7. Fichtelberg, Lkr Bayreuth OFr.	42,0	Ebershausen, Lkr Günzburg Schw.	5,9
	8. Lam, M, Lkr Cham OPf.	41,9	Röckingen, Lkr Ansbach MFr.	6,4
	9. Lohberg, Lkr Cham OPf.	40,7	Diebach, Lkr Ansbach MFr.	6,5
	10. Neukirchen b.Hl.Blut, M, Lkr Cham OPf.	40,4	Gnotzheim, M, Lkr Weißenburg-Gunzenhausen MFr.	6,7

6.4 Zweitstimmenanteil der CSU

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte	
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%
Landesdurchschnitt 2002 $\hat{=}$ 58,6 %, 1998 $\hat{=}$ 47,7 %				
Bayern	1976	60,0	1998	47,7
Regierungsbezirk	2002 Niederbayern	69,8	Mittelfranken	50,2
	1998 Niederbayern	52,8	Mittelfranken	41,8
Wahlkreis	2002 Rottal-Inn	72,8	Nürnberg-Nord	42,7
	1998 Rottal-Inn	56,1	München-Mitte	31,9
Kreisfreie Stadt	2002 Straubing	67,4	Erlangen	42,4
	1998 Straubing	54,5	Fürth	37,2
Landkreis	2002 Straubing-Bogen	75,0	Fürth	49,4
	1998 Garmisch-Partenkirchen	60,2	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	38,9
Gemeinde	2002 1. Oberneukirchen, Lkr Mühldorf a.Inn OB	87,9	Tettau, M, Lkr Kronach OFr.	31,0
	2. Wattendorf, Lkr Bamberg OFr.	87,7	Partenstein, Lkr Main-Spessart UFr.	38,7
	3. Königsfeld, Lkr Bamberg OFr.	87,4	Mainstockheim, Lkr Kitzingen UFr.	41,0
	4. Erlbach, Lkr Altötting OB	86,7	Rothbuch, Lkr Aschaffenburg UFr.	41,1
	5. Stadelhofen, Lkr Bamberg OFr.	85,3	Röthenbach a.d.Pegnitz, St, Lkr Nürnberger Land MFr.	42,5
	6. Kirchenpingarten, Lkr Bayreuth OFr.	85,2	Gerbrunn, Lkr Würzburg UFr.	42,6
	7. Schöndorf, Lkr Cham OPf.	84,8	Buckenhof, Lkr Erlangen-Höchststadt MFr.	42,7
	8. Geratskirchen, Lkr Rottal-Inn NB	84,7	Thüngen, M, Lkr Main-Spessart UFr.	43,3
	9. Berg im Gau, Lkr Neuburg-Schrobenhausen OB	84,7	Ludwigsstadt, St, Lkr Kronach OFr.	44,1
	10. Haibach, Lkr Straubing-Bogen NB	84,3	Hemhofen, Lkr Erlangen-Höchststadt MFr.	44,1

Noch: 6. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Wahlkreisen, Kreisen und Gemeinden

6.5 Zweitstimmenanteil der SPD

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte	
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%
Landesdurchschnitt 2002 \pm 26,1 %, 1998 \pm 34,4 %				
Bayern	1972	37,8	1953	23,3
Regierungsbezirk	2002 Mittelfranken	33,7	Niederbayern	19,9
	1998 Mittelfranken	40,8	Schwaben	30,9
Wahlkreis	2002 Nürnberg-Süd	37,6	Rottal-Inn	17,9
	1998 Hof	45,7	Starnberg	26,0
Kreisfreie Stadt	2002 Fürth	39,0	Straubing	22,3
	1998 Fürth	45,3	Kaufbeuren	29,2
Landkreis	2002 Wunsiedel i.Fichtelgebirge	37,3	Garmisch-Partenkirchen	15,5
	1998 Wunsiedel i.Fichtelgebirge	47,7	Garmisch-Partenkirchen	20,5
Gemeinde	2002 1. Tettau, M, Lkr Kronach OFr.	60,2	Oberneukirchen, Lkr Mühldorf a.Inn OB	6,1
	2. Reichenbach, Lkr Kronach OFr.	47,5	Erlbach, Lkr Altötting OB	6,2
	3. Partenstein, Lkr Main-Spessart UFr.	47,3	Königsfeld, Lkr Bamberg OFr.	6,6
	4. Ludwigsstadt, St, Lkr Kronach OFr.	46,3	Böhen, Lkr Unterallgäu Schw.	6,9
	5. Teublitz, St, Lkr Schwandorf OPf.	46,2	Stadelhofen, Lkr Bamberg OFr.	7,4
	6. Rothenbuch, Lkr Aschaffenburg UFr.	45,0	Wattendorf, Lkr Bamberg OFr.	7,6
	7. Frauenau, Lkr Regen NB	44,7	Berg im Gau, Lkr Neuburg-Schrobenhausen OB	8,0
	8. Flossenbürg, Lkr Neustadt a.d.Waldnaab OPf.	44,4	Wallgau, Lkr Garmisch-Partenkirchen OB	8,2
	9. Hohenberg a.d.Eger, St, Lkr Wunsiedel i.Fichtelgeb OFr.	43,6	Titting, M, Lkr Eichstätt OB	8,3
	10. Floß, M, Lkr Neustadt a.d.Waldnaab OPf.	43,4	Kirchhaslach, Lkr Unterallgäu Schw.	8,4

6.6 Zweitstimmenanteil der GRÜNEN

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte	
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%
Landesdurchschnitt 2002 \pm 7,6 %, 1998 \pm 5,9 %				
Bayern	1987	7,7	1983	1,3
Regierungsbezirk	2002 Oberbayern	10,3	Niederbayern	4,1
	1998 Oberbayern	7,6	Niederbayern	3,7
Wahlkreis	2002 München-West/Mitte	17,8	Straubing	2,9
	1998 München-Mitte	18,6	Weiden	2,6
Kreisfreie Stadt	2002 München	16,1	Straubing	3,7
	1998 München	11,2	Straubing	3,0
Landkreis	2002 Starnberg	12,7	Regen	2,7
	1998 Starnberg	9,2	Kronach	2,3
Gemeinde	2002 1. Weßling, Lkr Starnberg OB	17,7	Reichenbach, Lkr Kronach OFr.	0,8
	2. Grafrath, Lkr Fürstenfeldbruck OB	17,4	Trappstadt, M, Lkr Rhön-Grabfeld UFr.	0,8
	3. Icking, Lkr Bad Tölz-Wolfratshausen OB	16,5	Tschirn, Lkr Kronach OFr.	0,8
	4. Wörthsee, Lkr Starnberg OB	16,3	Achslach, Lkr Regen NB	1,0
	5. Schondorf a.Ammersee, Lkr Landsberg am Lech OB	16,0	Kirchenpingarten, Lkr Bayreuth OFr.	1,1
	6. Buckenhof, Lkr Erlangen-Höchststadt MFr.	15,8	Buchhofen, Lkr Deggendorf NB	1,1
	7. Gräfelfing, Lkr München OB	15,6	Wattendorf, Lkr Bamberg OFr.	1,1
	8. Gröbenzell, Lkr Fürstenfeldbruck OB	15,4	Treffelstein, Lkr Cham OPf.	1,2
	9. Schäftlarn, Lkr München OB	15,1	Steinbach a.Wald, Lkr Kronach OFr.	1,2
	10. Herrsching a.Ammersee, Lkr Starnberg OB	15,0	Eslarn, M, Lkr Neustadt a.d.Waldnaab OPf.	1,3

Noch: 6. Rahmenwerte (Höchst- und Niederstwerte) in den Regierungsbezirken, Wahlkreisen, Kreisen und Gemeinden

6.7 Zweitstimmenanteil der FDP

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte	
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%
Landesdurchschnitt 2002 \triangleq 4,5 %, 1998 \triangleq 5,1 %				
Bayern	1961	8,7	1969	4,1
Regierungsbezirk	2002 Oberbayern	5,2	Oberpfalz	3,2
	1998 Oberbayern	6,3	Oberpfalz	3,4
Wahlkreis	2002 München-Ost	6,7	Schwandorf	2,5
	1998 München-Land	8,7	Schwandorf	2,8
Kreisfreie Stadt	2002 München	6,2	Straubing	3,2
	1998 München	7,2	Weiden i.d.OPf.	3,3
Landkreis	2002 Starnberg	7,5	Cham	2,4
	1998 Starnberg	10,8	Kronach	2,5
Gemeinde	2002 1. Grünwald, Lkr München OB	11,4	Oberneukirchen, Lkr Mühldorf a.Inn OB	0,2
	2. Pullach i.Isartal, Lkr München OB	10,1	Guteneck, Lkr Schwandorf OPf.	0,7
	3. Feldafing, Lkr Starnberg OB	9,6	Neukirchen-Balbini, M, Lkr Schwandorf OPf.	0,8
	4. Gräfelfing, Lkr München OB	9,2	Mindelstetten, Lkr Eichstätt OB	1,0
	5. Neubiberg, Lkr München OB	9,1	Rattiszell, Lkr Straubing-Bogen NB	1,0
	6. Nonnenhorn, Lkr Lindau (Bodensee) Schw.	8,6	Philippsreut, Lkr Freyung-Grafenau NB	1,0
	7. Spardorf, Lkr Erlangen-Höchststadt MFr.	8,4	Ebnath, Lkr Tirschenreuth OPf.	1,1
	8. Martinsheim, Lkr Kitzingen UFr.	8,4	Gnotzheim, M, Lkr Weißenburg-Gunzenhausen MFr.	1,1
	9. Starnberg, St, Lkr Starnberg OB	8,3	Schönthal, Lkr Cham OPf.	1,2
	10. Berg, Lkr Starnberg OB	8,3	Frauenau, Lkr Regen NB	1,2

6.8 Zweitstimmenanteil der REP

Gebiet	Höchstwerte		Niederstwerte	
	Bezeichnung	%	Bezeichnung	%
Landesdurchschnitt 2002 \triangleq 0,7 %, 1998 \triangleq 2,6 %				
Bayern	1990	5,0	2002	0,7
Regierungsbezirk	2002 Unterfranken	1,2	Oberpfalz	0,5
	1998 Schwaben	3,5	Oberpfalz	1,9
Wahlkreis	2002 Würzburg	1,5	Starnberg	0,3
	1998 Neu-Ulm	4,2	München-Mitte	1,1
Kreisfreie Stadt	2002 Rosenheim	1,7	Regensburg	0,3
	1998 Schweinfurt	4,5	Weiden i.d.OPf.	1,1
Landkreis	2002 Würzburg	1,5	Starnberg	0,2
	1998 Dillingen a.d.Donau	5,6	Starnberg	1,4
Gemeinde	2002 1. Altertheim, Würzburg UFr.	4,5	22 Gemeinden ohne Zweitstimmenanteil der REP	
	2. Bächingen a.d.Brenz, Lkr Dillingen a.d.Donau Schw.	4,1		
	3. Kist, Lkr Würzburg UFr.	3,5		
	4. Kleinrinderfeld, Lkr Würzburg UFr.	3,4		
	5. Taufkirchen (Vils), Lkr Erding OB	3,3		
	6. Söchtenau, Lkr Rosenheim OB	3,1		
	7. Steinkirchen, Lkr Erding OB	3,1		
	8. Röfingen, Lkr Günzburg Schw.	3,0		
	9. Neubrunn, M, Lkr Würzburg UFr.	2,9		
	10. Mödingen, Lkr Dillingen a.d.Donau Schw.	2,8		

7. Abgeordnetenstatistik*)

7.1 Abgeordnete der Bundestagswahl 2002 in Bayern nach Parteien, Altersgruppen und Geschlecht

Partei	Altersgruppe in Jahren										Abgeordnete	
	18	30	35	40	45	50	55	60	65	über 70	Anzahl	Durch- schnittsalter
	bis unter											
	30	35	40	45	50	55	60	65	70			
Abgeordnete insgesamt												
CSU	5	6	1	2	14	8	11	11	–	–	58	49
SPD	1	1	–	1	4	6	8	4	–	1	26	53
GRÜNE	–	1	–	–	3	2	1	–	–	–	7	46
FDP	–	–	–	–	–	3	1	–	–	–	4	53
Zusammen	6	8	1	3	21	19	21	15	–	1	95	50
darunter Frauen												
CSU	2	–	1	–	6	2	–	1	–	–	12	45
SPD	–	1	–	–	3	3	4	1	–	–	12	51
GRÜNE	–	1	–	–	3	–	–	–	–	–	4	42
FDP	–	–	–	–	–	1	–	–	–	–	1	51
Zusammen	2	2	1	–	12	6	4	2	–	–	29	47

7.2 Abgeordnete bei den Bundestagswahlen in Bayern seit 1965 nach Altersgruppen

Wahljahr	Altersgruppe in Jahren												Abgeordnete	
	18		30		40		50		60		70		Anzahl	Durchschnitts- alter
	bis unter													
	30		40		50		60		70		80			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
1965	–	–	11	12,8	28	32,6	37	43,0	10	11,6	–	–	86	49
1969	–	–	15	17,9	29	34,5	28	33,3	12	14,3	–	–	84	49
1972	–	–	27	31,4	29	33,7	25	29,1	5	5,8	–	–	86	46
1976	–	–	17	19,3	41	46,6	23	26,1	7	8,0	–	–	88	47
1980	–	–	18	20,2	41	46,1	26	29,2	4	4,5	–	–	89	46
1983	–	–	17	19,1	40	44,9	27	30,3	5	5,6	–	–	89	47
1987	–	–	12	13,8	36	41,4	26	29,9	11	12,6	2	2,3	87	49
1990	–	–	8	9,3	39	45,3	33	38,4	6	7,0	–	–	86	49
1994	–	–	15	16,3	30	32,6	40	43,5	7	7,6	–	–	92	49
1998	2	2,2	7	7,5	31	33,3	49	52,7	4	4,3	–	–	93	50
2002	6	6,3	9	9,5	24	25,3	40	42,1	15	15,8	1	1,1	95	50

*) Stand: 22.09.2002.

Noch: 7. Abgeordnetenstatistik*)

7.3 Weibliche Abgeordnete bei den Bundestagswahlen in Bayern seit 1949 nach Parteien

Wahljahr	Abgeordnete insgesamt	darunter Frauen							
		CSU	SPD	GRÜNE	FDP	PDS	WAV	zusammen	
		Anzahl							%
1949	78	1	2	x	1	x	1	5 ¹⁾	6,4
1953	91	3	2	x	1	x	x	6	6,6
1957	82	3	2	x	–	x	x	5	6,1
1961	86	4	1	x	–	x	x	5 ¹⁾	5,8
1965	86	3	1	x	–	x	x	4	4,7
1969	84	2	1	x	–	x	x	3	3,6
1972	86	1	1	x	–	x	x	2	2,3
1976	88	3	1	x	1	x	x	5 ¹⁾	5,7
1980	89	2	3	x	1	x	x	6	6,7
1983	89	3	3	2	1	x	x	9	10,1
1987	87	3	3	3	1	x	x	10 ¹⁾	11,5
1990	86	5	9	–	2	–	x	16	18,6
1994	92	6	14	3	2	1	x	26	28,3
1998	93	6	16	3	1	1	x	27	29,0
2002	95	12	12	4	1	–	x	29	30,5

¹⁾ Darunter 1949, 1952, 1963, 1979 und 1987 je eine Nachfolgerin.

7.4 Alphabetisches Verzeichnis der weiblichen Abgeordneten der Bundestagswahl 2002 in Bayern

Lfd. Nr.	Name	Partei	Wahlkreis		Nr. auf der Landesliste
			Nr.	Name	
1	Aigner, Ilse	CSU	225	Starnberg	–
2	Blank, Renate	CSU	246	Nürnberg-Süd	12
3	Deligöz, Ekin	GRÜNE	256	Neu-Ulm	5
4	Eichhorn, Maria	CSU	234	Regensburg	2
5	Ernstberger, Petra	SPD	240	Hof	8
6	Fograscher, Gabriele	SPD	255	Donau-Ries	18
7	Graf, Angelika	SPD	224	Rosenheim	12
8	Hasselfeldt, Gerda	CSU	217	Fürstenfeldbruck	10
9	Irber, Brunhilde	SPD	228	Deggendorf	14
10	Kastner, Susanne	SPD	249	Bad Kissingen	2
11	Kaupa, Gerlinde	CSU	–	–	26
12	Kramme, Anette	SPD	238	Bayreuth	24
13	Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine	FDP	225	Starnberg	1
14	Mantel, Dorothee	CSU	–	–	28
15	Meyer, Doris	CSU	–	–	24
16	Mortler, Marlene	CSU	247	Roth	20
17	Raab, Daniela	CSU	–	–	32
18	Roedel, Hannelore	CSU	–	–	29
19	Roth, Claudia	GRÜNE	253	Augsburg-Stadt	1
20	Rupprecht, Marlene	SPD	244	Fürth	10
21	Scheel, Christine	GRÜNE	248	Aschaffenburg	3
22	Seib, Marion	CSU	–	–	16
23	Simm, Erika	SPD	234	Regensburg	6
24	Skarpelis-Sperk, Dr. Sigrid	SPD	258	Ostallgäu	4
25	Sowa, Ursula	GRÜNE	237	Bamberg	7
26	Teuchner, Jella	SPD	230	Passau	20
27	Wöhrl, Dagmar	CSU	245	Nürnberg-Nord	6
28	Wohlleben, Verena	SPD	247	Roth	22
29	Wright, Heidemarie	SPD	250	Main-Spessart	16

*) Stand: 22.09.2002.

Noch: 7. Abgeordnetenstatistik*)

7.5 Frauen im Deutschen Bundestag seit 1949

Wahltag	Abgeordnete					
	Wahlgebiet insgesamt	darunter Frauen		Bayern insgesamt	darunter Frauen	
		Anzahl	%		Anzahl	%
14.08.1949	402	28	7,0	78	5 ¹⁾	6,4
06.09.1953	487	40	8,2	91	6	6,6
15.09.1957	497	43	8,7	82	5	6,1
17.09.1961	499	40	8,0	86	5 ¹⁾	5,8
19.09.1965	496	33	6,7	86	4	4,7
28.09.1969	496	31	6,3	84	3	3,6
19.11.1972	496	27	5,4	86	2	2,3
03.10.1976	496	35	7,1	88	5 ¹⁾	5,7
05.10.1980	497	41	8,2	89	6	6,7
06.03.1983	498	49	9,8	89	9	10,1
25.01.1987	497	77	15,5	87	10 ¹⁾	11,5
02.12.1990	662	136	20,5	86	16	18,6
16.10.1994	672	177	26,3	92	26	28,3
27.09.1998	669	206	30,8	93	27	29,0
22.09.2002	603	195	32,3	95	29	30,5

*) Stand: 22.09.2002.- ¹⁾ Darunter 1949, 1952, 1963, 1979 und 1987 je eine Nachfolgerin.

8. Regierung und Opposition im Deutschen Bundestag von 1949 bis 2002

Wahlperiode ----- Stand	Regierung			Opposition	
	Bundeskanzler	Partei	Mandats- zahl ¹⁾	Partei	Mandats- zahl ¹⁾
1. Wahlperiode 1949 September	Konrad Adenauer (CDU)	CDU/CSU + FDP + DP	209 (212)	SPD + BP + KPD + WAV + Zentrum + DRP + Parteilos + SSW	193 (198)
2. Wahlperiode 1953 Oktober 1955 Juli 1956 Februar 1957 Januar ²⁾	Konrad Adenauer (CDU)	CDU/CSU + FDP + BHE + DP CDU/CSU + FDP + DP CDU/CSU + DP + Fraktionslos CDU/CSU + DP + FVP	334 (345) 315 (326) 281 (289) 285 (293)	SPD + Zentrum SPD + BHE SPD + BHE + FDP SPD + BHE + FDP + CVP	153 (164) 172 (183) 206 (220) 212 (226)
3. Wahlperiode 1957 Oktober	Konrad Adenauer (CDU)	CDU/CSU + DP	287 (295)	SPD + FDP	210 (224)
4. Wahlperiode 1961 November 1963 Oktober	Konrad Adenauer (CDU) - bis Rücktritt 1963 - Ludwig Erhard (CDU)	CDU/CSU + FDP	309 (318)	SPD	190 (203)
5. Wahlperiode 1965 Oktober 1966 Oktober 1966 Dezember	Ludwig Erhard (CDU) - bis Rücktritt 1966 - Kurt Georg Kiesinger (CDU)	CDU/CSU + FDP CDU/CSU (Minderheitsregierung) CDU/CSU + SPD	294 (301) 245 (251) 447 (468)	SPD SPD + FDP FDP	202 (217) 251 (267) 49 (50)
6. Wahlperiode 1969 Oktober 1972 Mai	Willy Brandt (SPD) (Durch mehrere Fraktionswechsel 1970 bis 1972 "Patt-Situation"!)	SPD + FDP + Parteilos	254 (268) 248 (260)	CDU/CSU	242 (250) 248 (258)
7. Wahlperiode 1972 Dezember 1974 Mai	Willy Brandt (SPD) - bis Rücktritt 1974 - Helmut Schmidt (SPD)	SPD + FDP	271 (284)	CDU/CSU	225 (234)
8. Wahlperiode 1976 Dezember	Helmut Schmidt (SPD)	SPD + FDP	253 (264)	CDU/CSU	243 (254)
9. Wahlperiode 1980 November 1982 September 1982 Oktober	Helmut Schmidt (SPD) Helmut Kohl (CDU)	SPD + FDP SPD (Minderheitsregierung) CDU/CSU + FDP	271 (282) 216 (226) 279 (291)	CDU/CSU CDU/CSU + FDP SPD	226 (237) 281 (293) 218 (228)
10. Wahlperiode 1983 März	Helmut Kohl (CDU)	CDU/CSU + FDP	278 (290)	SPD + GRÜNE	220 (230)
11. Wahlperiode 1987 März	Helmut Kohl (CDU)	CDU/CSU + FDP	269 (282)	SPD + GRÜNE	228 (237)
12. Wahlperiode³⁾ 1990 Dezember	Helmut Kohl (CDU)	CDU/CSU + FDP	398	SPD + PDS + B90/Gr	264
13. Wahlperiode 1994 Oktober	Helmut Kohl (CDU)	CDU/CSU + FDP	341	SPD + GRÜNE + PDS	331
14. Wahlperiode 1998 Oktober	Gerhard Schröder (SPD)	SPD + GRÜNE	345	CDU/CSU + FDP + PDS	324
15. Wahlperiode 2002 Oktober	Gerhard Schröder (SPD)	SPD + GRÜNE	306	CDU/CSU + FDP + PDS	297

¹⁾ In Klammern () = einschließlich Berliner Abgeordnete. - ²⁾ Eintritt von 10 saarländischen MdB. - ³⁾ Erste gesamtdeutsche Wahl.

Quelle: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestags 1949 bis 1982 (S. 355 ff.).

Anhang

Anhang 1. Verzeichnis der Bundestagsabgeordneten aus Bayern seit 1949

Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt	
			im Wahlkreis	auf Landesliste
			Jahr	
Aigner, Dr. Heinrich		CSU	1957 - 1980	–
Aigner, Ilse		CSU	1998 -	–
Albrecht, Lisa	18	SPD	–	1949 - 1958
Althammer, Dr. Walter	59	CSU	1961 - 1985	–
Altmann, Elisabeth		GRÜNE	–	1994 - 1998
Ameling, Max		SPD	1972 - 1976	1976 - 1990
Aretin Freiherr von, Anton		BP	1949 - 1953	–
Arndt, Dr. Adolf		SPD	–	1957 - 1961
Auernhammer, Artur	78	CSU	–	2004 -
Aumer, Hermann		BP	1949 - 1953	–
Balke, Dr. Siegfried		CSU	1957 - 1965	1965 - 1969
Bals, Hans		SPD	–	1953 - 1972
Bamberg, Georg	50	SPD	–	1981 - 1990
Bard, Dr. Sabine	58	GRÜNE	–	1983 - 1985
Barthel, Klaus		SPD	–	1994 -
Bastian, Gert		GRÜNE	–	1983 - 1987
Batz, Hans		SPD	1969 - 1980	–
Bauer, Hannsheinz		SPD	–	1953 - 1972
Bauer, Josef		CSU	1953 - 1969	–
Bauereisen, Friedrich		CSU	1949 - 1961	–
Baumgartner, Dr. Joseph	5	BP	–	1949 - 1951
Baur, Valentin		SPD	–	1949 - 1961
Bayerl, Dr. Alfons	33	SPD	–	1967 - 1980
Bayern Prinz von, Konstantin	34	CSU	1965 - 1969	–
Becher, Dr. Walter		CSU	–	1965 - 1980
Behrisch, Arno		SPD	1949 - 1953	1953 - 1961
Bender, Reinhold		GB/BHE	–	1953 - 1957
Berg, Dr. Axel		SPD	1998 -	–
Besold, Dr. Anton		BP ²⁾	1949 - 1953, 1957 - 1969	–
Bieganowski, Anna Maria	10	WAV	–	1952 - 1953
Biehle, Alfred	65	CSU	1969 - 1990	–
Blank, Renate		CSU	1990 - 1998, 2002 -	1998 - 2002
Bodensteiner, Hans		CSU	1949 - 1953	–
Böhm, Fritz		SPD	–	1965 - 1972
Bötsch, Dr. Wolfgang		CSU	1976 -	–
Braun, Hildebrecht		FDP	–	1994 - 2002
Bredl, Wenzel		SPD	1969 - 1976	–
Brenck, Dr. Heinz		CSU	1961 - 1969	–
Brunner, Josef	65	CSU	–	1980 - 1987, 1990
Bueb, Eberhard	58	GRÜNE	–	1985 - 1987
Büchler, Hans	39	SPD	1972 - 1983	1971 - 1972, 1983 - 1994
Büttner, Hans	79	SPD	–	1990 - 2004
Bulling-Schröter, Eva-Maria		PDS	–	1994 - 2002
Burgmann, Dieter	57	GRÜNE	–	1983 - 1985
Cantzler, Roland	40	CSU	–	1972
Christ, Herbert		FDP	–	1972 - 1976
Daniels, Dr. Wolfgang		GRÜNE	–	1987 - 1990
Dasch, Valentin	41	CSU	1969 - 1972	–
Decker, Dr. Hugo		BP	1949 - 1953	–
Dehler, Dr. Thomas	32	FDP	–	1949 - 1967

¹⁾ Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger. ²⁾ Ab 1957 CSU.

Noch: Anhang 1. Verzeichnis der Bundestagsabgeordneten aus Bayern seit 1949

Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt	
			im Wahlkreis	auf Landesliste
			Jahr	
Deligöz, Ekin	78	GRÜNE	–	1998 -
Demmelmeier, Hans		CSU	1953 - 1961	–
Deß, Albert		CSU	–	1990 - 2004
Dewald, Georg		SPD	–	1953 - 1961
Dirscherl, Hans		FDP	–	1949 - 1953
Dittrich, Dr. Stefan		CSU	1953 - 1972	–
Dobrindt, Alexander		CSU	2002 -	–
Dollinger, Dr. Werner		CSU	1953 - 1972, 1976 - 1990	1972 - 1976
Donhauser, Anton		BP ²⁾	1953 - 1957	1949 - 1953
Drachsler, Hans	16, 28 42	CSU	1957 - 1965	–
Eckhardt, Dr. Walter		GB/BHE ³⁾	–	1953 - 1961, 1964 - 1965
Ehnes, Georg		CSU	1961 - 1972	–
Eichhorn, Maria		CSU	2002 -	1990 - 2002
Eichner, Josef		BP	1949 - 1953	–
Eimer, Norbert		FDP	–	1976 - 1994
Engelhard, Hans Arnold		FDP	–	1972 - 1994
Engelsberger, Matthias		CSU	1969 - 1990	–
Ernstberger, Petra		SPD	1998 - 2002	1994 - 1998, 2002 -
Ertl, Josef	4 68	FDP	–	1961 - 1987
Etzel, Dr. Hermann		BP	–	1949 - 1953
Fahrenschon, Georg		CSU	–	2002 -
Falkner, Dr. Ernst		BP	–	1949 - 1950
Faltlhauser, Prof. Dr. Kurt		CSU	1980 - 1995	–
Feile, Peter		SPD	–	1980 - 1983
Felder, Josef		SPD	–	1957 - 1969
Fell, Hans-Josef		GRÜNE	–	1998 -
Fellermaier, Ludwig	16	SPD	–	1965 - 1980
Fellner, Hermann		CSU	1980 - 1990	–
Feury Freiherr von auf Hilling, Otto		CSU	–	1957
Fink, Dr. Konrad		BP	1949 - 1953	–
Fischer, Wilhelm		SPD	1949 - 1951	–
Fograscher, Gabriele		SPD	–	1994 -
Folger, Erwin		SPD	1965 - 1972	1958 - 1965
Frankenhauser, Herbert		CSU	1990 -	–
Franz, Dr. Ludwig		CSU	1953 - 1976	–
Frenzel, Alfred	20	SPD	–	1953 - 1960
Friedrich, Bruno		SPD	–	1972 - 1980
Friedrich, Dr. Gerhard		CSU	1987 - 2002	–
Friedrich, Dr. Hans-Peter		CSU	2002 -	1998 - 2002
Friedrich, Horst		FDP	–	1990 -
Fritsch, Walter		SPD	–	1961 - 1972
Fröhlich, Hans-Gerd		WAV	–	1949 - 1953
Frühwald, Konrad		FDP	–	1949 - 1957
Fuchs, Gustav	27 30	CSU	1949 - 1961	–
Fuchs, Dr. Karl		CSU	1972 - 1980	1969 - 1972
Fürstenberg Freiherr von, Elimar		BP	1949 - 1953	–
Fugger von Glött Fürst, Josef		CSU	1949 - 1953	–
Funk, Friedrich		CSU	1949 - 1963	–
Gauweiler, Dr. Peter		CSU	2002 -	–
Geiger, Helmut		CSU	–	1965

¹⁾ Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger. ²⁾ Ab 1953 CSU. - ³⁾ Ab 1957 CSU.

Noch: Anhang 1. Verzeichnis der Bundestagsabgeordneten aus Bayern seit 1949

Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt	
			im Wahlkreis	auf Landesliste
			Jahr	
Geiger, Hugo	72	CSU	1953 - 1961	–
Geiger, Michaela		CSU	1987 - 1998	1980 - 1987
Geis, Norbert		CSU	1987 -	–
Geisendörfer, Ingeborg	31	CSU	–	1953 - 1972
Geisenhofer, Franz Xaver		CSU	–	1967 - 1980
Geldner, Karl	35	FDP	–	1965 - 1969, 1970 - 1976
Gerlach, Paul		CSU	1969 - 1987	–
Gerstl, Friedrich		SPD	–	1972 - 1987
Gierenstein, Karl Heinz	45, 70	CSU	1965 - 1980	–
Girisch, Georg		CSU	1998 -	–
Gleissner, Dr. Franz		CSU	1953 - 1972	–
Glos, Michael	45, 70	CSU	1976 -	–
Gloser, Günter		SPD	1998 - 2002	1994 - 1998, 2002 -
Glitz, Prof. Dr. Peter		SPD	–	1972 - 1977, 1983 - 1996
Göppel, Josef	55	CSU	2002 -	–
Götz, Dr. Eicke		CSU	1980 - 1983, 1987 - 1990	–
Goetzendorff, Günter		WAV	–	1949 - 1953
Götzer, Dr. Wolfgang	55	CSU	1990 -	1984 - 1987
Graf, Angelika		SPD	–	1994 -
Graf, Dr. Benno		CSU	1953 - 1957	–
Graf, Otto	40	SPD	1949 - 1953	–
Gröbl, Wolfgang		CSU	1987 - 1998	–
Grünbeck, Josef		FDP	–	1983 - 1994
Gumrum, Otto	40	CSU	1953 - 1957	–
Guttenberg Freiherr von und zu, Karl Theodor, sen. .		CSU	1957 - 1969	1969 - 1976
Guttenberg Freiherr von und zu, Karl-Theodor, jun. .		CSU	2002 -	–
Haack, Dr. Dieter	36	SPD	1969 - 1976	1976 - 1990
Haage, Hermann		SPD	–	1961 - 1970
Haas, Dr. Albrecht		FDP	–	1965 - 1970
Haas, Centa	27	CSU	–	1963 - 1965
Haase, Horst		SPD	1972 - 1976	1976 - 1987
Haberl, Fritz		CSU	–	1976 - 1980
Häfner, Gerald	74	GRÜNE	–	1987 - 1990, 1994 - 1998, 2001 - 2002
Hamm-Brücher, Dr. Hildegard		FDP	–	1976 - 1990
Handlos, Franz		CSU	1972 - 1987	–
Haniel-Niethammer von, Fritz	55	CSU	–	1957 - 1965
Hartmann, Klaus		CSU	1976 - 1984	–
Hasselfeldt, Gerda		CSU	1990 -	1987 - 1990
Hauffe, Herbert	60	SPD	1953 - 1957, 1961 - 1965	1957 - 1961, 1965 - 1969
Hauser, Hansgeorg		CSU	1990 - 2002	–
Henckel Graf von Donnersmarck, Dr. Georg		CSU	–	1953 - 1957, 1959 - 1961
Herold, Karl	19	SPD	–	1953 - 1976
Herrmann, Matthäus		SPD	1949 - 1953	–
Hicksch, Uwe		SPD ²⁾	1998 - 2002	1994 - 1998
Hinsken, Ernst	39	CSU	1983 -	1980 - 1983
Hirsch, Martin		SPD	1961 - 1971	–
Höcherl, Hermann		CSU	1953 - 1976	–
Höffkes, Peter	21	CSU	1983 - 1990	1976 - 1983
Hoegner, Dr. Wilhelm		SPD	–	1961 - 1962
Höhne, Franz		SPD	–	1949 - 1969

¹⁾ Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger. ²⁾ Ab 1999 PDS.

Noch: Anhang 1. Verzeichnis der Bundestagsabgeordneten aus Bayern seit 1949

Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt	
			im Wahlkreis	auf Landesliste
			Jahr	
Höpfinger, Stefan	44	CSU	1976 - 1990	–
Hörauf, Fritz-Wilhelm		SPD	–	1953 - 1969
Hösl, Alex		CSU	1961 - 1977	–
Hofbauer, Klaus		CSU	1998 -	–
Hofmann, Frank	75	SPD	–	1994 -
Hofmann, Karl		SPD	1965 - 1976	1976 - 1983
Holetschek, Klaus		CSU	–	1998 - 2002
Hollerith, Josef		CSU	1994 - 2002	1990 - 1994
Horlacher, Dr. Michael		CSU	1949 - 1957	–
Hudak, Dr. Albert	62	CSU	1965 - 1969	–
Huyn Graf, Hans		CSU	1976 - 1987	1988 - 1990
Ilk, Dr. Herta		FDP	–	1949 - 1957
Irber, Brunhilde		SPD	–	1994 -
Irmer, Ulrich	1	FDP	–	1987 - 2002
Jaeger, Dr. Richard		CSU	1949 - 1980	–
Jawurek, Helmut		CSU	–	1994 - 1998
Jobst, Dr. Dionys		CSU	1969 - 1998	–
Kahn, Karl	21, 36, 43	CSU	1949 - 1957	–
Kahn-Ackermann, Georg		SPD	–	1953 - 1957, 1962 - 1969, 1970 - 1974
Kalb, Bartholomäus		CSU	1987 -	–
Karpf, Hugo		CSU	1949 - 1957	–
Kastner, Susanne	63	SPD	–	1989 -
Kaup, Gerlinde		CSU	–	2002 -
Keller, Peter	64	CSU	–	1980 - 1987, 1990 - 1998
Keller, Dr. Wilfried	11	WAV ²⁾	–	1952 - 1957
Kelly, Petra	29	GRÜNE	–	1983 - 1990
Kemmer, Emil		CSU	1949 - 1964	–
Kempfle, Dr. Fritz		CSU	1957 - 1976	–
Kiechle, Ignaz		CSU	1972 - 1994	1969 - 1972
Kihn, Dr. Karl Alfred		CSU	1953 - 1957	–
Kißlinger, Karl	17	SPD	–	1983 - 1990
Klausner, Wolfgang		CSU	1953 - 1958	–
Klein, Hans		CSU	1976 - 1980, 1987 - 1990	1980 - 1987, 1990 - 1996
Kleindienst, Dr. Josef Ferdinand	71	CSU	1949 - 1957	–
Kley, Dr. Gisbert		CSU	–	1969 - 1972
Klötzer, Dr. Otto		GB/BHE	–	1953 - 1957
Knoeringen von, Waldemar	6	SPD	–	1949 - 1951
Knorr, Dr. Friedrich		CSU	1957 - 1965	–
Köhler, Dr. Heinz		SPD	–	2002 -
Kofler, Dr. Bärbel	79	SPD	–	2004 -
Kohlberger, Richard		SPD	–	1961 - 1972
Kolbow, Walter		SPD	–	1980 -
Koschyk, Hartmut	61, 64	CSU	1994 -	1990 - 1994
Kramel, Angelo		CSU	1953 - 1957	1957 - 1961
Kramme, Anette		SPD	–	1998 -
Kraus, Rudolf	6	CSU	1976 -	–
Kreile, Prof. Dr. Reinhold		CSU	–	1969 - 1987, 1988 - 1990
Kreuzeder, Matthias		GRÜNE	–	1987 - 1990
Kreyssig, Dr. Gerhard	6	SPD	–	1951 - 1965
Krone-Appuhn, Ursula		CSU	–	1976 - 1987

¹⁾ Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger. ²⁾ Ab 1953 GB/BHE.

Noch: Anhang 1. Verzeichnis der Bundestagsabgeordneten aus Bayern seit 1949

Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt	
			im Wahlkreis	auf Landesliste
			Jahr	
Krug, Georg		CSU	1957 - 1969	–
Kubatschka, Horst		SPD	–	1990 -
Kubitza, Werner		FDP	–	1961 - 1969
Kuchtner, Dr. Edeltraud		CSU	–	1953 - 1972
Kunz, Dr. Maximilian		CSU	1972 - 1990	–
Kurlbaum, Georg		SPD	1949 - 1953, 1965 - 1969	1953 - 1965
Laforet, Dr. Wilhelm		CSU	1949 - 1953	–
Lambinus, Uwe	45	SPD	–	1972 - 1976, 1977 - 1994
Lampl, Roman	4	BP	–	1950 - 1953
Lang, Georg	30	CSU	1957 - 1961	1953 - 1957, 1961 - 1965
Langenbeck, Walter		SPD	–	1961 - 1972
Lanzinger, Barbara		CSU	–	2002 -
Lattmann, Dieter		SPD	–	1972 - 1980
Lautenschlager, Hans	20	SPD	–	1960 - 1976
Leidinger, Robert		SPD	–	1987 - 2002
Lemmrich, Karl Heinz	62	CSU	1965 - 1988	1961 - 1965
Lermer, Josef	28	CSU	1953 - 1964	–
Leukert, Edmund	17, 24	CSU	–	1953 - 1957, 1958 - 1961, 1962 - 1969
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine		FDP	–	1990 -
Linnert, Dr. Fritz	1	FDP	–	1949
Linsmeier, Josef		CSU	1980 - 1990	–
Lintner, Eduard		CSU	1980 -	1976 - 1980
Löfflad, Hans		WAV	–	1949 - 1953
Loibl, Martin	7	CSU	1949 - 1951	–
Loritz, Alfred		WAV	–	1949 - 1953
Lowack, Ortwin		CSU	1980 - 1994	–
Lücker, Hans August		CSU	1953 - 1980	–
Lutz, Egon		SPD	1972 - 1983	1983 - 1990
Männle, Prof. Ursula	48	CSU	–	1979 - 1980, 1983 - 1994
Maerkl, Heinrich	12	BP	–	1952 - 1953
Mantel, Dorothee		CSU	–	2002 -
Manteuffel-Szoege Baron von, Dr. Georg	24	CSU	1953 - 1962	–
Marschall, Manfred		SPD	1972 - 1976	1976 - 1983
Martiny-Glotz, Dr. Anke (1972: Riedel-Martiny)	63	SPD	–	1972 - 1989
Marx, Franz		SPD	1949 - 1953, 1961 - 1972	1953 - 1961
Mascher, Ulrike		SPD	1990 - 2002	–
Mattischeck, Heide		SPD	–	1990 - 2002
Mayer, Dr. Martin		CSU	1990 -	–
Mayer, Stephan		CSU	2002 -	–
Mayerhofer, Georg		BP	1949 - 1953	–
Meitingner, Dr. Franz Xaver	8	BP	–	1951 - 1953
Memmel, Linus		CSU	1957 - 1976	–
Menth, Otto	42	CSU	–	1972
Metter, Rudolf		SPD	–	1957 - 1965
Meyer, Doris		CSU	–	2002 -
Meyer, Philipp	22	CSU	1953 - 1962	–
Michelbach, Hans		CSU	2002 -	1994 - 2002
Miller, Anton		CSU	–	1953 - 1957
Montag, Jerzy		GRÜNE	–	2002 -
Moosbauer, Christoph		SPD	1998 - 2002	–

¹⁾ Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger.

Noch: Anhang 1. Verzeichnis der Bundestagsabgeordneten aus Bayern seit 1949

Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt	
			im Wahlkreis	auf Landesliste
			Jahr	
Mortler, Marlene	7	CSU	2002 -	–
Mücke, Dr. Willibald		SPD	1949 - 1953	–
Müller, Dr. Gerd		CSU	1994 -	–
Müller, Dr. Günther		SPD ²⁾	1965 - 1972, 1976 - 1994	1972 - 1976
Müller, Hans		SPD	–	1953 - 1965
Müller, Richard		SPD	1972 - 1976	1976 - 1983
Müller, Rudolf		SPD	–	1972 - 1994
Müller, Stefan		CSU	2002 -	–
Murr, Leonhard		FDP	–	1957 - 1965
Nickl, Christof		CSU	1949 - 1953	–
Niederalt, Alois	19	CSU	1953 - 1969	–
Niegel, Lorenz		CSU	1969 - 1990	–
Niklas, Prof. Dr. Wilhelm		CSU	–	1951 - 1953
Nüßlein, Dr. Georg		CSU	2002 -	–
Oberländer, Prof. Dr. Theodor		GB/BHE	–	1953 - 1957
Obermeier, Franz		CSU	1998 -	–
Oesterle, Dr. Josef		CSU	1949 - 1959	–
Oettingen-Wallerstein Fürst zu, Eugen		BP	–	1951 - 1952
Op den Orth, Franz		SPD	–	1953 - 1957
Oßwald, Melanie		CSU	–	2002 -
Oswald, Eduard	11	CSU	1987 -	–
Ott, Anton		CSU	1965 - 1972	–
Paintner, Johann		FDP	–	1976 - 1994
Parzinger, Sepp		BP	1949 - 1953	–
Paschek, Wilhelm		WAV	–	1949 - 1952
Paula, Heinrich		SPD	–	2002 -
Pfaff, Prof. Dr. Martin		SPD	–	1990 - 2002
Pfannenstein, Georg		SPD	–	1994 - 2002
Pöppl, Ernst Josef		CSU	–	1985 - 1987
Pohle, Dr. Wolfgang		CSU	1969 - 1971	1965 - 1969
Popp, Karl-Heinz	32	FDP	–	1980 - 1983
Porsch, Werner		FDP	–	1967 - 1969
Porzner, Konrad		SPD	–	1962 - 1981, 1983 - 1990
Prennel, Karl		SPD	–	1955 - 1961
Probst, Dr. Albert		CSU	1969 - 1998	–
Probst, Dr. Maria		CSU	1949 - 1967	–
Prochazka, Herbert		CSU	–	1965 - 1969, 1972
Pronold, Florian		SPD	–	2002 -
Protzner, Dr. Bernd		CSU	1990 - 2002	–
Raab, Daniela		CSU	–	2002 -
Rahn, Wilhelm	2	BP	–	1950 - 1953
Raidel, Hans		CSU	1990 -	–
Rainer, Alois		CSU	1965 - 1983	–
Ramminger, Dr. August		CSU	1961 - 1965	–
Ramsauer, Dr. Peter		CSU	1990 -	–
Regenspurger, Otto		CSU	1976 - 1998	–
Reichold, Heinrich		CSU	–	1978 - 1979
Reichstein, Willi		GB/BHE	–	1953 - 1957
Reindl, Otto		WAV	–	1949 - 1953
Reischl, Dr. Gerhard		SPD	–	1961 - 1972

¹⁾ Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger. ²⁾ Ab 1972 CSU.

Noch: Anhang 1. Verzeichnis der Bundestagsabgeordneten aus Bayern seit 1949

Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt	
			im Wahlkreis	auf Landesliste
			Jahr	
Reitzner, Richard	23	SPD	–	1949 - 1962
Riederer Freiherr von Paar zu Schönau, Max		CSU	1953 - 1957	–
Riedl, Dr. Erich		CSU	1976 - 1998	1969 - 1976
Rind, Hermann		FDP	–	1987 - 1994
Rinke, Dr. Walter		CSU	–	1953 - 1957
Roedel, Hannelore		CSU	–	2002 -
Röhner, Paul	52	CSU	1965 - 1982	–
Rose, Dr. Klaus	44	CSU	1980 -	1977 - 1980
Rosenthal, Philip		SPD	–	1976 - 1983
Roser, Hans		CSU	–	1969 - 1976
Rossmann, Kurt		CSU	1980 -	–
Roth, Claudia	74	GRÜNE	–	1998 - 2001, 2002 -
Ruck, Dr. Christian		CSU	1990 -	–
Rupprecht, Albert		CSU	–	2002 -
Rupprecht, Marlene	70	SPD	–	1996 -
Rust, Bärbel		GRÜNE	–	1987 - 1990
Saibold, Halo		GRÜNE	–	1987 - 1990, 1994 - 1998
Sassnick, Walter	14	SPD	1949 - 1955	–
Sauter, Alfred	61	CSU	–	1980 - 1988
Schäffer, Fritz		CSU	1949 - 1961	–
Schätz, Hermann		SPD	–	1980 - 1983
Schatz, Dr. Josef		CSU	1949 - 1953	–
Schedl, Albert	37	CSU	1976 - 1980	1971 - 1976
Scheel, Christine		GRÜNE	–	1994 -
Scheu, Gerhard		CSU	1983 - 2002	–
Scheuer, Andreas		CSU	–	2002 -
Schiller, Christoph		SPD	–	1969 - 1972
Schily, Otto		SPD	–	1990 -
Schlager, Manfred		CSU	–	1965 - 1969
Schlee, Albrecht	25	CSU	1957 - 1961, 1965 - 1972	1963 - 1965
Schleicher, Ursula		CSU	–	1972 - 1980
Schmalz-Jacobsen, Cornelia		FDP	–	1990 - 1998
Schmidbauer, Horst		SPD	1998 - 2002	1990 - 1998, 2002 -
Schmidhuber, Peter	47	CSU	1976 - 1978	1965 - 1969, 1972 - 1976
Schmidt, Albert		GRÜNE	–	1994 -
Schmidt, Christian		CSU	1990 -	–
Schmidt, Hannsheinrich		FDP	–	1961 - 1983
Schmidt, Manfred		SPD	1969 - 1976, 1980 - 1987	1976 - 1980, 1987 - 1990
Schmidt, Renate		SPD	1980 - 1983	1983 - 1994
Schmidt, Wilhelm		WAV	–	1949 - 1953
Schneider, Dr. Oscar		CSU	1983 - 1990	1969 - 1983, 1990 - 1994
Schöfberger, Dr. Rudolf		SPD	1972 - 1976	1976 - 1994
Schönauer, Friedrich	3	SPD	1949 - 1950	–
Schösser, Friedrich		SPD	–	1998 -
Schuberth, Dr. Hans		CSU	1953 - 1957	–
Schütz, Hans	25	CSU	1949 - 1963	–
Schulze-Vorberg, Dr. Max		CSU	1965 - 1976	–
Schurer, Ewald		SPD	–	1998 - 2002
Schuster, Johann		WAV	–	1949 - 1953
Seehofer, Horst		CSU	1980 -	–

¹⁾ Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger.

Noch: Anhang 1. Verzeichnis der Bundestagsabgeordneten aus Bayern seit 1949

Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt	
			im Wahlkreis	auf Landesliste
			Jahr	
Seelos, Dr. Gebhard	8	BP	–	1949 - 1951
Segitz, Johann Adam	9	SPD	–	1951 - 1953
Sehling, Matthias		CSU	–	2002 -
Seib, Marion	71, 75	CSU	–	1996 - 1998, 2002 -
Seibert, Philipp		SPD	–	1961 - 1976
Seidel, Max		SPD	1953 - 1957, 1961 - 1965	1957 - 1961, 1965 - 1972
Seidl, Franz		CSU	1953 - 1965	–
Semler, Dr. Johannes	3	CSU	–	1950 - 1953
Seuffert, Walter	33	SPD	1949 - 1953, 1965 - 1967	1953 - 1965
Sieler, Wolfgang		SPD	–	1976 - 1990
Silberhorn, Thomas		CSU	2002 -	–
Simm, Erika		SPD	–	1990 -
Simon, Paul		SPD	–	1969 - 1976
Singhammer, Johannes		CSU	1994 - 1998	1998 -
Skarpelis-Sperk, Dr. Sigrid		SPD	–	1980 -
Solleder, Dr. Maximilian		CSU	1949 - 1953	–
Sornik, Dr. Paul		GB/BHE	–	1953 - 1957
Sowa, Ursula		GRÜNE	–	2002 -
Spies, Josef	34	CSU	1949 - 1965	1969
Spilker, Karl-Heinz		CSU	1972 - 1994	1969 - 1972
Spörl, Max		CSU	1953 - 1957	–
Spranger, Carl-Dieter		CSU	1972 - 2002	–
Spreti Graf von, Karl	15	CSU	1949 - 1956	–
Stadler, Dr. Maximilian		FDP	–	1994 -
Stammberger, Dr. Wolfgang		FDP ²⁾	1953 - 1957	1957 - 1969
Starke, Dr. Heinz		FDP ³⁾	1953 - 1957, 1976 - 1980	1957 - 1976
Stauffenberg Schenk Graf von, Franz Ludwig	56	CSU	1972 - 1984	–
Stiegler, Ludwig		SPD	–	1980 -
Stiller, Georg		CSU	1957 - 1961	1953 - 1957, 1961 - 1969
Stinner, Dr. Rainer		FDP	–	2002 -
Stöckl, Wilhelm		SPD	–	1976 - 1983
Straubinger, Max		CSU	1994 -	–
Strauß, Dr. h. c. Franz Josef	46, 60	CSU	1949 - 1978	1987
Strebl, Matthäus	68, 72	CSU	–	1995 - 1998, 1999 -
Strobel, Käte		SPD	1961 - 1972	1949 - 1961
Strobl, Reinhold	73	SPD	–	1999 - 2002
Strohmayr, Alois		SPD	–	1961 - 1972
Strosche, Dr. Johannes		GB/BHE	–	1953 - 1957
Stücklen, Richard		CSU	1949 - 1990	–
Sühler, Gustav		CSU	1957 - 1965	–
Supf, Dr. Ernst		FDP	–	1961 - 1965
Teuchner, Jella		SPD	–	1994 -
Thieme, Willy		SPD	–	1953 - 1957
Tichi, Hans		WAV	–	1949 - 1953
Titze-Stecher, Uta		SPD	–	1990 - 2002
Trischler, Dr. Josef		FDP	–	1949 - 1953
Ueberschär, Dr. Kurt	51	SPD	–	1981 - 1983
Uhl, Dr. Hans-Peter		CSU	1998 -	–
Unertl, Franz Xavier	37	CSU	1953 - 1970	–
Vahlberg, Jürgen		SPD	1972 - 1976	1983 - 1990

¹⁾ Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger.²⁾ Ab 1964 SPD.-³⁾ Ab 1970 CSU.

Noch: Anhang 1. Verzeichnis der Bundestagsabgeordneten aus Bayern seit 1949

Name	Nr. ¹⁾	Wahl- vorschlag	Gewählt	
			im Wahlkreis	auf Landesliste
			Jahr	
Verheugen, Günter	73	SPD	–	1983 - 1999
Vogel, Axel	57	GRÜNE	–	1985 - 1987
Vogel, Dr. Hans-Jochen	50	SPD	1976 - 1981	1972 - 1976
Vogt, Karl-Heinz		CSU	1957 - 1969	–
Voigt, Ekkehard	47, 52	CSU	–	1978 - 1980, 1982 - 1983
Volkholz, Ludwig		BP	1949 - 1953	–
Voss, Dr. Friedrich		CSU	–	1976 - 1990
Wacher, Gerhard	26	CSU	1957 - 1961	1953 - 1957, 1961 - 1963
Wagner, Josef		SPD	–	1953 - 1957
Wagner, Leo		CSU	1965 - 1976	1961 - 1965
Waigel, Dr. Theodor		CSU	1976 - 2002	1972 - 1976
Wallner, Josef		WAV	–	1949 - 1953
Warnke, Dr. Jürgen		CSU	1983 - 1998	1969 - 1983
Wartner, Johann		BP	1949 - 1953	–
Weickert, Stephan	10	WAV	–	1949 - 1952
Weigl, Franz		CSU	1961 - 1972	–
Weinhofer, Karl	66	SPD	–	1980 - 1987, 1990
Weinkamm, Otto		CSU	1957 - 1965	–
Weinzierl, Paul		CSU	1961 - 1965	–
Weiss, Michael		GRÜNE	–	1987 - 1990
Wellhausen, Dr. Hans		FDP	–	1949 - 1957
Wernitz, Dr. Axel		SPD	–	1972 - 1994
Wieninger, Karl		CSU	1953 - 1965	1965 - 1969
Wilhelm, Helmut		GRÜNE	–	1994 - 2002
Wimmer, Hermann		SPD	–	1976 - 1994
Wimmer, Manfred	43	SPD	–	1974 - 1976, 1980 - 1983
Winter, Dr. Friedrich	15, 22	CSU	1957 - 1961	1956 - 1957, 1962 - 1965
With de, Dr. Hans		SPD	–	1969 - 1994
Wittmann, Franz	29	CSU	–	1953 - 1961, 1964 - 1965
Wittmann, Dr. Friedrich	38, 69	CSU	1983 - 1994	1971 - 1983, 1994 - 1996
Wittmann, Konrad		WAV	–	1949 - 1953
Wittmann, Otto		SPD	–	1969 - 1980
Wittmann, Simon	56, 69	CSU	1990 - 1996	1984 - 1987
Wöhrl, Dagmar		CSU	1994 - 1998, 2002 -	1998 - 2002
Wönner, Max		SPD	1949 - 1953	–
Wohlleben, Verena		SPD	–	1990 -
Wolf, Aribert		CSU	–	1998 - 2002
Wolf, Hanna		SPD	–	1990 - 2002
Wright, Heidemarie		SPD	–	1994 -
Zawadiel, Dr. Walter		FDP	–	1949 - 1953
Zebisch, Franz		SPD	–	1965 - 1980
Zeitmann, Wolfgang		CSU	1987 -	–
Ziegler, Erich	26	CSU	–	1963 - 1980
Ziegler, Dr. Franz	2	BP	–	1949
Zierer, Benno		CSU	1980 - 2002	–
Zimmermann, Dr. Friedrich		CSU	1957 - 1990	–
Zöller, Wolfgang		CSU	1990 -	–
Zoglmann, Siegfried		CSU	–	1972 - 1976
Zühlke, Ernst		SPD	1949 - 1953	1953 - 1965

¹⁾ Nr. im Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger.

Anhang 2. Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger aus Bayern seit 1949

Nr.	Ausgeschiedene Abgeordnete						Einberufene Listennachfolger	
	Name	Wahl- vor- schlag	gewählt im Wahlkreis	auf Landes- liste	Datum	Grund	MdB ab	Name
Nach der Bundestagswahl am 14.08.1949								
1	Linnert, Dr. Fritz	FDP	–	LL	27.10.1949	verstorben	02.11.1949	Ilk, Dr. Herta
2	Ziegler, Dr. Franz	BP	–	LL	27.12.1949	verstorben	13.01.1950	Rahn, Wilhelm
3	Schönauer, Friedrich	SPD	Kulmbach	–	02.04.1950	verstorben	14.05.1950	Semler, Dr. Johannes (CSU)
4	Falkner, Dr. Ernst	BP	–	LL	27.10.1950	verstorben	10.11.1950	Lampl, Roman
5	Baumgartner, Dr. Joseph	BP	–	LL	01.01.1951	Verzicht	08.01.1951	Oettingen-Wallerstein Fürst zu, Eugen
6	Knoeringen von, Waldemar	SPD	–	LL	03.04.1951	Verzicht	10.04.1951	Kreyssig, Dr. Gerhard
7	Loibl, Martin	CSU	Donauwörth	–	16.04.1951	verstorben	27.05.1951	Niklas, Prof. Dr. Wilhelm
8	Seelos, Dr. Gebhard	BP	–	LL	25.09.1951	Verzicht	26.09.1951	Meitingen, Dr. Franz Xaver
9	Fischer, Wilhelm	SPD	Nürnberg-Fürth	–	21.10.1951	verstorben	02.12.1951	Segitz, Johann Adam
10	Weickert, Stephan	WAV	–	LL	16.03.1952	verstorben	24.03.1952	Bieganowski, Anna Maria
11	Paschek, Wilhelm	WAV	–	LL	22.04.1952	verstorben	24.04.1952	Keller, Dr. Wilfried
12	Oettingen-Wallerstein Fürst zu, Eugen	BP	Listennachfolger	–	01.09.1952	Verzicht	02.09.1952	Maerkl, Heinrich
Nach der Bundestagswahl am 06.09.1953								
14	Sassnick, Walter	SPD	Nürnberg	–	06.11.1955	verstorben	09.11.1955	Prennel, Karl
15	Spreti Graf von, Karl	CSU	Kempten	–	05.03.1956	Verzicht	06.03.1956	Winter, Dr. Friedrich
Nach der Bundestagswahl am 15.09.1957								
16	Feury Freiherr von auf Hilling, Otto	CSU	–	LL	10.12.1957	Verzicht	27.12.1957	Eckhardt, Dr. Walter
17	Klausner, Wolfgang	CSU	Traunstein	–	17.04.1958	verstorben	21.04.1958	Leukert, Edmund
18	Albrecht, Lisa	SPD	–	LL	16.05.1958	verstorben	19.05.1958	Folger, Erwin
19	Oesterle, Dr. Josef	CSU	Augsburg-Land	–	31.08.1959	verstorben	05.09.1959	Henckel Graf von Donnersmarck, Dr. Georg
20	Frenzel, Alfred	SPD	–	LL	04.11.1960	Verzicht	09.11.1960	Lautenschlager, Hans
Nach der Bundestagswahl am 17.09.1961								
21	Hoegner, Dr. Wilhelm	SPD	–	LL	04.01.1962	Verzicht	10.01.1962	Kahn-Ackermann, Georg
22	Meyer, Philipp	CSU	Donauwörth	–	29.01.1962	verstorben	02.02.1962	Winter, Dr. Friedrich
23	Reitzner, Richard	SPD	–	LL	11.05.1962	verstorben	21.05.1962	Porzner, Konrad
24	Manteuffel-Szoege Baron von, Dr. Georg ...	CSU	Schwabach	–	08.06.1962	verstorben	27.06.1962	Leukert, Edmund
25	Schütz, Hans	CSU	Dillingen	–	05.02.1963	Verzicht	14.02.1963	Schlee, Albrecht
26	Wacher, Gerhard	CSU	–	LL	26.03.1963	Verzicht	01.04.1963	Ziegler, Erich
27	Funk, Friedrich	CSU	Schweinfurt	–	05.08.1963	verstorben	09.08.1963	Haas, Centa
28	Lerner, Josef	CSU	Straubing	–	15.07.1964	verstorben	21.07.1964	Eckhardt, Dr. Walter
29	Kemmer, Emil	CSU	Bamberg	–	07.10.1964	Verzicht	26.10.1964	Wittmann, Franz
30	Lang, Georg	CSU	–	LL	01.06.1965	verstorben	08.06.1965	Geiger, Helmut
Nach der Bundestagswahl am 19.09.1965								
31	Probst, Dr. Maria	CSU	Karlstadt	–	01.05.1967	verstorben	03.05.1967	Geisenhofer, Franz Xaver
32	Dehler, Dr. Thomas	FDP	–	LL	21.07.1967	verstorben	27.07.1967	Porsch, Werner
33	Seuffert, Walter	SPD	München-Nord	–	18.10.1967 ¹⁾		27.10.1967	Bayerl, Dr. Alfons
34	Bayern Prinz von, Konstantin	CSU	München-Mitte	–	30.07.1969	verstorben	04.08.1969	Spies, Josef

¹⁾ Ernennung zum Richter beim Bundesverfassungsgericht.

Noch: Anhang 2. Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger aus Bayern seit 1949

Nr.	Ausgeschiedene Abgeordnete						Einberufene Listennachfolger	
	Name	Wahl- vor- schlag	gewählt im Wahlkreis	auf Landes- liste	Datum des Ausscheidens	Grund	MdB ab	Name

Nach der Bundestagswahl am 28.09.1969

35	Haas, Dr. Albrecht	FDP	–	LL	20.01.1970	verstorben	26.01.1970	Geldner, Karl
36	Haage, Hermann	SPD	–	LL	21.12.1970	verstorben	28.12.1970	Kahn-Ackermann, Georg
37	Unertl, Franz Xaver	CSU	Passau	–	31.12.1970	verstorben	07.01.1971	Schedl, Albert
38	Pohle, Dr. Wolfgang	CSU	Kempten	–	27.08.1971	verstorben	06.09.1971	Wittmann, Dr. Friedrich
39	Hirsch, Martin	SPD	Hof	–	08.12.1971	¹⁾	09.12.1971	Büchler, Hans
40	Guttenberg Frhr. von und zu, Karl Theodor	CSU	–	LL	06.06.1972	Verzicht	07.06.1972	Cantler, Roland
41	Dasch, Valentin	CSU	Altötting	–	15.09.1972	Verzicht	18.09.1972	Prochazka, Herbert
42	Ehnes, Georg	CSU	Ansbach	–	19.09.1972	Verzicht	19.09.1972	Menth, Otto

Nach der Bundestagswahl am 19.11.1972

43	Kahn-Ackermann, Georg	SPD	–	LL	18.09.1974	Verzicht	18.09.1974	Wimmer, Manfred
----	-----------------------------	-----	---	----	------------	----------	------------	-----------------

Nach der Bundestagswahl am 03.10.1976

44	Hösl, Alex	CSU	Bad Kissingen	–	20.03.1977	verstorben	24.03.1977	Rose, Dr. Klaus
45	Glotz, Dr. Peter	SPD	–	LL	16.05.1977	Verzicht	20.05.1977	Lambinus, Uwe
46	Strauß, Dr. h. c. Franz Josef	CSU	Weilheim	–	29.11.1978	Verzicht	04.12.1978	Reichold, Heinrich
47	Schmidhuber, Peter	CSU	München-West	–	06.12.1978	Verzicht	08.12.1978	Voigt, Ekkehard
48	Reichold, Heinrich	CSU	Listennachfolger	–	02.10.1979	verstorben	04.10.1979	Männle, Prof. Ursula

Nach der Bundestagswahl am 05.10.1980

50	Vogel, Dr. Hans-Jochen	SPD	München-Nord	–	28.01.1981	Verzicht	02.02.1981	Bamberg, Georg
51	Porzner, Konrad	SPD	–	LL	28.01.1981	Verzicht	02.02.1981	Ueberschär, Dr. Kurt
52	Röhner, Paul	CSU	Bamberg	–	11.05.1982	Verzicht	14.05.1982	Voigt, Ekkehard

Nach der Bundestagswahl am 06.03.1983

55	Hartmann, Klaus	CSU	Erlangen	–	04.06.1984	Verzicht	04.06.1984	Götzer, Wolfgang
56	Stauffenberg Schenk Graf von, Franz Ludwig	CSU	Starnberg	–	20.11.1984	Verzicht	20.11.1984	Wittmann, Simon
57	Burgmann, Dieter	GRÜNE	–	LL	16.03.1985	Verzicht	16.03.1985	Vogel, Axel
58	Bard, Dr. Sabine	GRÜNE	–	LL	01.04.1985	Verzicht	01.04.1985	Bueb, Eberhard
59	Althammer, Dr. Walter	CSU	Augsburg-Land	–	15.04.1985	Verzicht	15.04.1985	Pöpl, Ernst Josef

Nach der Bundestagswahl am 25.01.1987

60	Strauß, Dr. h. c. Franz Josef	CSU	–	LL	19.03.1987	Verzicht	24.03.1987	Hasselfeldt, Gerda
61	Sauter, Alfred	CSU	–	LL	06.07.1988	Verzicht	11.07.1988	Kreile, Prof. Dr. Reinhold
62	Lemrich, Karl Heinz	CSU	Donau-Ries	–	28.07.1988	Verzicht	02.08.1988	Huyn Graf, Hans
63	Martiny-Glotz, Dr. Anke	SPD	–	LL	22.05.1989	Verzicht	22.05.1989	Kastner, Susanne
64	Kreile, Prof. Dr. Reinhold	CSU	Listennachfolger	–	22.02.1990	Verzicht	23.02.1990	Keller, Peter
65	Biehle, Alfred	CSU	Main-Spessart	–	27.04.1990	Verzicht	05.05.1990	Brunner, Josef
66	Porzner, Konrad	SPD	–	LL	02.10.1990	Verzicht	03.10.1990	Weinhofer, Karl

Nach der Bundestagswahl am 02.12.1990

Keine ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten

¹⁾ Ernennung zum Richter beim Bundesverfassungsgericht.

Noch: Anhang 2. Verzeichnis der ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten und der einberufenen Listennachfolger aus Bayern seit 1949

Nr.	Ausgeschiedene Abgeordnete						Einberufene Listennachfolger	
	Name	Wahl- vor- schlag	gewählt im Wahlkreis	auf Landes- liste	Datum	Grund	MdB ab	Name
					des Ausscheidens			

Nach der Bundestagswahl am 16.10.1994

68	Faltlhauser, Prof. Dr. Kurt	CSU	München-West	–	19.11.1995	Verzicht	20.11.1995	Strebl, Matthäus
69	Wittmann, Simon	CSU	Weiden	–	21.08.1996	Verzicht	22.08.1996	Wittmann, Dr. Friedrich
70	Glitz, Prof. Dr. Peter	SPD	–	LL	24.09.1996	Verzicht	25.09.1996	Rupprecht, Marlene
71	Klein, Hans	CSU	–	LL	26.11.1996	verstorben	27.11.1996	Seib, Marion

Nach der Bundestagswahl am 27.09.1998

72	Geiger, Michaela	CSU	Weilheim	–	30.12.1998	verstorben	12.01.1999	Strebl, Matthäus
73	Verheugen, Günter	SPD	–	LL	16.09.1999	Verzicht	17.09.1999	Strobl, Reinhold
74	Roth, Claudia	GRÜNE	–	LL	31.03.2001	Verzicht	01.04.2001	Häfner, Gerald
75	Holetschek, Klaus	CSU	–	LL	06.05.2002	Verzicht	07.05.2002	Seib, Marion

Nach der Bundestagswahl am 22.09.2002

76	Stoiber, Dr. Edmund	CSU	–	LL	10.10.2002	Verzicht	17.10.2002	Oßwald, Melanie
77	Beckstein, Dr. Günther	CSU	–	LL	15.10.2002	Verzicht	17.10.2002	Lanzinger, Barbara
78	Deß, Albert	CSU	–	LL	19.07.2004	¹⁾	29.07.2004	Auernhammer, Artur
79	Büttner, Hans	CSU	–	LL	18.09.2004	verstorben	21.09.2004	Kofler, Dr. Bärbel

¹⁾ Wahl zum MdEP.

Anhang 3. Wahlkreiseinteilung Bayerns zur Bundestagswahl 2005

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
214	Altötting	Landkreise Altötting, Mühldorf a.Inn
215	Erding-Ebersberg	Landkreise Ebersberg, Erding
216	Freising	Landkreise Freising, Pfaffenhofen a.d.Ilm
217	Fürstenfeldbruck	Landkreise Dachau, Fürstenfeldbruck
218	Ingolstadt	Kreisfreie Stadt Ingolstadt, Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen
219	München-Nord	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 3, 4, 10 bis 12, 24 (übrige Stadtbezirke siehe Wahlkreise 220, 221, 222)
220	München-Ost	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 1, 5, 13 bis 16 (übrige Stadtbezirke siehe Wahlkreise 219, 221, 222)
221	München-Süd	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 6, 7, 17 bis 20 (übrige Stadtbezirke siehe Wahlkreise 219, 220, 222)
222	München-West/Mitte	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 2, 8, 9, 21 bis 23, 25 (übrige Stadtbezirke siehe Wahlkreise 219, 220, 221)
223	München-Land	Landkreis München, vom Landkreis Starnberg die Gemeinde Krailling (übrige Gemeinden siehe Wahlkreis 225)
224	Rosenheim	Kreisfreie Stadt Rosenheim, Landkreis Rosenheim
225	Starnberg	Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, vom Landkreis Starnberg die Gemeinden Andechs, Berg, Feldafing, Gauting, Gilching, Herrsching a.Ammersee, Inning a.Ammersee, Pöcking, Seefeld, Starnberg, St, Tutzing, Weißling, Wörthsee (übrige Gemeinde siehe Wahlkreis 223)
226	Traunstein	Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein
227	Weilheim	Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Weilheim-Schongau

Noch: Anhang 3. Wahlkreiseinteilung Bayerns zur Bundestagswahl 2005

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
228	Deggendorf	Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau
229	Landshut	Kreisfreie Stadt Landshut, Landkreise Kelheim, Landshut
230	Passau	Kreisfreie Stadt Passau, Landkreis Passau
231	Rottal-Inn	Landkreise Dingolfing-Landau, Rottal-Inn
232	Straubing	Kreisfreie Stadt Straubing, Landkreise Regen, Straubing-Bogen
233	Amberg	Kreisfreie Stadt Amberg, Landkreise Amberg-Sulzbach, Neumarkt i.d.OPf.
234	Regensburg	Kreisfreie Stadt Regensburg, Landkreis Regensburg
235	Schwandorf	Landkreise Cham, Schwandorf
236	Weiden	Kreisfreie Stadt Weiden i.d.OPf., Landkreise Neustadt a.d.Waldnaab, Tirschenreuth
237	Bamberg	<p>Kreisfreie Stadt Bamberg,</p> <p>vom Landkreis Bamberg</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Altendorf, Buttenheim, M, Frensdorf, Hallstadt, St, Hirschaid, M, Pettstadt, Pommersfelden, Schlüsselfeld, St, Strullendorf</p> <p>die Verwaltungsgemeinschaften</p> <p>Burgebrach (= Gemeinden Burgebrach, M, Schönbrunn i.Steigerwald),</p> <p>Ebrach (= Gemeinden Burgwindheim, M, Ebrach, M),</p> <p>Lisberg (= Gemeinden Lisberg, Priesendorf),</p> <p>Stegaurach (= Gemeinden Stegaurach, Walsdorf)</p> <p>(übrige Gemeinden siehe Wahlkreis 241)</p> <p>vom Landkreis Forchheim</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Eggolsheim, M, Forchheim, GKSt, Hallerndorf, Hausen, Heroldsbach, Igensdorf, M, Langensendelbach, Neunkirchen a.Brand, M</p> <p>die Verwaltungsgemeinschaften</p> <p>Dormitz (= Gemeinden Dormitz, Hetzles, Kleinsendelbach),</p> <p>Effeltrich (= Gemeinden Effeltrich, Poxdorf),</p> <p>Gosberg (= Gemeinden Kunreuth, Pinzberg, Wiesenthau),</p> <p>Kirchehrenbach (= Gemeinden Kirchehrenbach, Leutenbach, Weilersbach)</p> <p>(übrige Gemeinden siehe Wahlkreis 238)</p>

Noch: Anhang 3. Wahlkreiseinteilung Bayerns zur Bundestagswahl 2005

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
238	Bayreuth	Kreisfreie Stadt Bayreuth, Landkreis Bayreuth vom Landkreis Forchheim die Gemeinden Egloffstein, M, Gößweinstein, M, Obertrubach, Pretzfeld, M, Wiesental, M die Verwaltungsgemeinschaften Ebermannstadt (= Gemeinden Ebermannstadt, St, Unterleinleiter), Gräfenberg (= Gemeinden Gräfenberg, St, Hiltpoltstein, M, Weißenhohe) (übrige Gemeinden siehe Wahlkreis 237)
239	Coburg	Kreisfreie Stadt Coburg, Landkreise Coburg, Kronach
240	Hof	Kreisfreie Stadt Hof, Landkreise Hof, Wunsiedel i. Fichtelgebirge
241	Kulmbach	Landkreise Kulmbach, Lichtenfels, vom Landkreis Bamberg die Gemeinden Bischberg, Breitengüßbach, Gundelsheim, Heiligenstadt i. OFr., M, Kemmern, Litzendorf, Mem- melsdorf, Oberhaid, Rattelsdorf, M, Scheßlitz, St, Viereth-Trunstadt, Zapfendorf, M die Verwaltungsgemeinschaften Baunach (= Gemeinden Baunach, St, Gerach, Lauter, Reckendorf), Steinfeld (= Gemeinden Königsfeld, Stadelhofen, Wattendorf) (übrige Gemeinden siehe Wahlkreis 237)
242	Ansbach	Kreisfreie Stadt Ansbach, Landkreise Ansbach, Weißenburg-Gunzenhausen
243	Erlangen	Kreisfreie Stadt Erlangen, Landkreis Erlangen-Höchstadt
244	Fürth	Kreisfreie Stadt Fürth, Landkreise Fürth, Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim
245	Nürnberg-Nord	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 1 bis 13, 22 bis 30, 64, 65, 70 bis 87, 90 bis 95 (übrige Bezirke siehe Wahlkreis 246)
246	Nürnberg-Süd	Kreisfreie Stadt Schwabach, von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 14 bis 21, 31 bis 38, 40 bis 55, 60 bis 63, 96, 97 (übrige Bezirke siehe Wahlkreis 245)
247	Roth	Landkreise Nürnberger Land, Roth

Noch: Anhang 3. Wahlkreiseinteilung Bayerns zur Bundestagswahl 2005

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
248	Aschaffenburg	Kreisfreie Stadt Aschaffenburg, Landkreis Aschaffenburg
249	Bad Kissingen	Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld
250	Main-Spessart	Landkreise Main-Spessart, Miltenberg
251	Schweinfurt	Kreisfreie Stadt Schweinfurt, Landkreise Kitzingen, Schweinfurt
252	Würzburg	Kreisfreie Stadt Würzburg, Landkreis Würzburg
253	Augsburg-Stadt	Kreisfreie Stadt Augsburg, vom Landkreis Augsburg die Gemeinde Königsbrunn, St (übrige Gemeinden siehe Wahlkreis 254)
254	Augsburg-Land	Vom Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinden Affing, Aichach, St, Friedberg, St, Hollenbach, Kissing, Merching, Rehling, Ried die Verwaltungsgemeinschaften Dasing (= Gemeinden Adelzhausen, Dasing, Eurasburg, Obergriesbach, Sielenbach), Mering (= Gemeinden Mering, M, Schmiechen, Steindorf) (übrige Gemeinden siehe Wahlkreis 255) vom Landkreis Augsburg die Gemeinden Adelsried, Altenmünster, Aystetten, Biberbach, M, Bobingen, St, Diedorf, M, Dinkelscherben, M, Fischach, M, Gablingen, Gersthofen, St, Graben, Horgau, Kutzenhausen, Langweid a. Lech, Mei- tingen, M, Neusäß, St, Schwabmünchen, St, Stadtbergen, M, Thierhaupten, M, Wehringen, Zusmarshausen, M die Verwaltungsgemeinschaften Gessertshausen (= Gemeinden Gessertshausen, Ustersbach), Großaitingen (= Gemeinden Großaitingen, Kleinaitingen, Oberottmarshausen), Langerringen (= Gemeinden Hiltenfingen, Langerringen), Lechfeld (= Gemeinden Klosterlechfeld, Untermeitingen), Nordendorf (= Gemeinden Allmannshofen, Ehingen, Ellgau, Kühlenthal, Nordendorf, Westendorf), Stauden (= Gemeinden Langenneufnach, Mickhausen, Mittelneufnach, Scherstetten, Walkertsho- fen), Welden (= Gemeinden Bonstetten, Emersacker, Heretsried, Welden, M) (übrige Gemeinde siehe Wahlkreis 253)

Noch: Anhang 3. Wahlkreiseinteilung Bayerns zur Bundestagswahl 2005

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
255	Donau-Ries	Landkreise Dillingen a.d.Donau, Donau-Ries, vom Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinde Inchenhofen, M die Verwaltungsgemeinschaften Aindling (= Gemeinden Aindling, M, Petersdorf, Todtenweis), Kühbach (= Gemeinden Kühbach, M, Schiltberg), Pöttmes (= Gemeinden Baar (Schwaben), Pöttmes, M) <i>(übrige Gemeinden siehe Wahlkreis 254)</i>
256	Neu-Ulm	Landkreise Günzburg, Neu-Ulm, vom Landkreis Unterallgäu die Verwaltungsgemeinschaften Babenhausen (= Gemeinden Babenhausen, M, Egg a.d.Günz, Kettlershausen, Kirchhaslach, Oberschönegg, Winterrieden), Boos (= Gemeinden Boos, Fellheim, Heimertingen, Niederrieden, Pleß), Erkheim (= Gemeinden Erkheim, M, Kammlach, Lauben, Westerheim), Pfaffenhausen (= Gemeinden Breitenbrunn, Oberrieden, Pfaffenhausen, M, Salgen) <i>(übrige Gemeinden siehe Wahlkreis 258)</i>
257	Oberallgäu	Kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu), Landkreise Lindau (Bodensee), Oberallgäu
258	Ostallgäu	Kreisfreie Städte Kaufbeuren, Memmingen, Landkreis Ostallgäu, vom Landkreis Unterallgäu die Gemeinden Bad Wörishofen, St, Buxheim, Ettringen, Markt Rettenbach, M, Markt Wald, M, Mindelheim, St, Sontheim, Tussenhausen, M und das gemeindefreie Gebiet Ungerhauser Wald die Verwaltungsgemeinschaften Bad Grönenbach (= Gemeinden Bad Grönenbach, M, Wolfertschwenden, Woringen), Dirlewang (= Gemeinden Apfeltrach, Dirlewang, M, Stetten, Unteregg), Illerwinkel (= Gemeinden Kronburg, Lautrach, Legau, M), Kirchheim i.Schw. (= Gemeinden Eppishausen, Kirchheim i.Schw., M), Memmingerberg (= Gemeinden Benningen, Holzgünz, Lachen, Memmingerberg, Trunkelsberg, Ungerhausen), Ottobeuren (= Gemeinden Böhen, Hawangen, Ottobeuren, M), Türkheim (= Gemeinden Amberg, Rammingen, Türkheim, M, Wiedergeltingen) <i>(übrige Gemeinden siehe Wahlkreis 256)</i>

Anhang 4. Anschriften der Parteien zur Bundestagswahl 2002 in Bayern

Bezeichnung	Kurzbezeichnung	Anschrift
Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit	AUFBRUCH	Franz-Wüllner-Straße 39, 81247 München
Bayernpartei	BP	Untere Weidenstraße 14, 81543 München
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	GRÜNE	Sendlinger Straße 47, 80331 München
Bürgerrechtsbewegung Solidarität	BüSo	Ruppertstraße 18, 80337 München
CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten	CM	Lachner Straße 21, 80639 München
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	CSU	Nymphenburger Straße 64, 80335 München
DIE GRAUEN - Graue Panther	GRAUE	Postfach 16 32, 82515 Wolfratshausen
DIE REPUBLIKANER	REP	Peterhofstraße 15, 86438 Kissing
Feministische Partei DIE FRAUEN	DIE FRAUEN	Helmstraße 23, 90419 Nürnberg
Freie Demokratische Partei	FDP	Am Moosfeld 85, 81829 München
Mensch Umwelt Tierschutz	Die Tierschutzpartei	Keferloher Straße 57, 80809 München
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	Postfach 11 46, 94331 Geiselhöring
Ökologisch-Demokratische Partei	ödp	Heuwinkel 6, 94032 Passau
Partei Bibeltreuer Christen	PBC	Obere Stadtgasse 55a, 90427 Nürnberg
Partei des Demokratischen Sozialismus	PDS	Schwanthalerstraße 139, 80339 München
Partei Rechtsstaatlicher Offensive	Schill	Postfach 20 31 38, 20221 Hamburg
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD	Oberanger 38/II, 80331 München


Anhang 5. Zeitlicher Eingang der Schnellmeldungen der Wahlkreise beim Bundeswahlleiter bei der Bundestagswahl 2002

Datum, Uhrzeit	Vorliegende Meldungen insgesamt	In der angegebenen Zeitspanne eingegangene Ergebnisse nach Nr. des Wahlkreises (Name des Wahlkreises)	Landesergebnis (Nr. des letzten Wahlkreises)
22.09.2002			
20.17	1	214 (Südpfalz)	
20.18	2	236 (Weiden)	
20.20	3	231 (Rottal-Inn)	
20.28	4	211 (Neustadt-Speyer)	
20.29	5	228 (Deggendorf)	
20.33	6	210 (Ludwigshafen/Frankenthal)	
20.35	7	270 (Backnang-Schwäbisch Gmünd)	
20.37	9	255 (Donau-Ries), 205 (Bitburg)	
20.39	10	235 (Schwandorf)	
20.40 – 20.45	13	203, 265, 209	
20.46 – 21.00	29	276, 262, 263, 277, 240, 207, 226, 242, 249, 148, 264, 206, 150, 251, 286, 271	
21.01 – 21.15	47	201, 283, 230, 297, 291, 289, 149, 75, 280, 250, 200, 234, 218, 52, 27, 204, 299, 128	
21.16 – 21.30	66	268, 208, 227, 237, 241, 202, 229, 233, 126, 28, 108, 260, 257, 107, 213, 45, 247, 123, 243	
21.31 – 21.45	90	142, 151, 36, 248, 253, 296, 41, 285, 6, 261, 287, 273, 216, 110, 232, 238, 212, 138, 91, 147, 38, 116, 290, 113	Rheinland-Pfalz (212)
21.46 – 22.00	111	157, 166, 42, 254, 256, 117, 89, 112, 139, 143, 33, 144, 44, 90, 275, 269, 125, 34, 244, 71, 101	
22.01 – 22.15	142	279, 282, 158, 93, 152, 106, 99, 30, 92, 111, 114, 129, 217, 46, 169, 127, 215, 1, 97, 135, 252, 225, 196, 100, 35, 173, 49, 259, 288, 274, 258	
22.16 – 22.30	175	223, 8, 72, 70, 145, 141, 79, 192, 172, 22, 168, 190, 80, 24, 29, 21, 239, 81, 25, 85, 122, 3, 83, 32, 224, 65, 39, 131, 164, 11, 165, 167, 124	
22.31 – 22.45	204	51, 105, 137, 69, 198, 136, 37, 60, 104, 118, 66, 298, 278, 266, 40, 281, 294, 12, 2, 115, 132, 171, 197, 20, 284, 293, 295, 292, 267	Saarland (298)
22.46 – 23.00	232	73, 133, 109, 163, 9, 76, 26, 86, 23, 43, 160, 87, 193, 94, 183, 98, 74, 63, 53, 4, 191, 31, 78, 220, 134, 184, 159, 96	
23.01 – 23.15	251	194, 19, 221, 219, 5, 48, 177, 272, 161, 119, 50, 199, 222, 246, 59, 7, 154, 102, 130	Hamburg (19)
23.16 – 23.30	262	88, 245, 176, 103, 64, 10, 47, 174, 156, 82, 68	Baden-Württemberg (272)
			Bayern (245)
			Schleswig-Holstein (10)
			Niedersachsen (47)
23.31 – 23.45	272	15, 181, 18, 54, 121, 67, 146, 55, 155, 57	Sachsen-Anhalt (67)
			Bremen (55)
23.46 – 24.00	282	17, 189, 120, 84, 182, 140, 61, 77, 180, 16	Berlin (77)
23.09.2002			
00.01 – 00.15	287	186, 95, 162, 187, 13	Nordrhein-Westfalen (95)
00.16 – 00.30	289	153, 195	Sachsen (153)
			Thüringen (195)
00.32	290	175 (Gießen)	
00.39	291	178 (Wetterau)	
00.47	292	188 (Odenwald)	
00.49	293	14 (Rostock)	Mecklenburg-Vorpommern (14)
00.53	294	179 (Rheingau-Taunus – Limburg)	
00.58	295	185 (Groß-Gerau)	
01.03	296	58 (Oberhavel – Havelland II)	
01.08	297	56 (Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I)	
01.24	298	62 (Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I)	Brandenburg (62)
02.38	299	170 (Kassel)	Hessen (170)


Anhang 6. Muster-Stimmzettel zur Bundestagswahl 2002

Stimmzettel für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 199 Altdorf am 27. September 1998

Sie haben 2 Stimmen



hier 1 Stimme
für die Wahl
eines/einer
Wahlkreisabgeordneten
Erststimme



hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
- maßgebende Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -
Zweitstimme

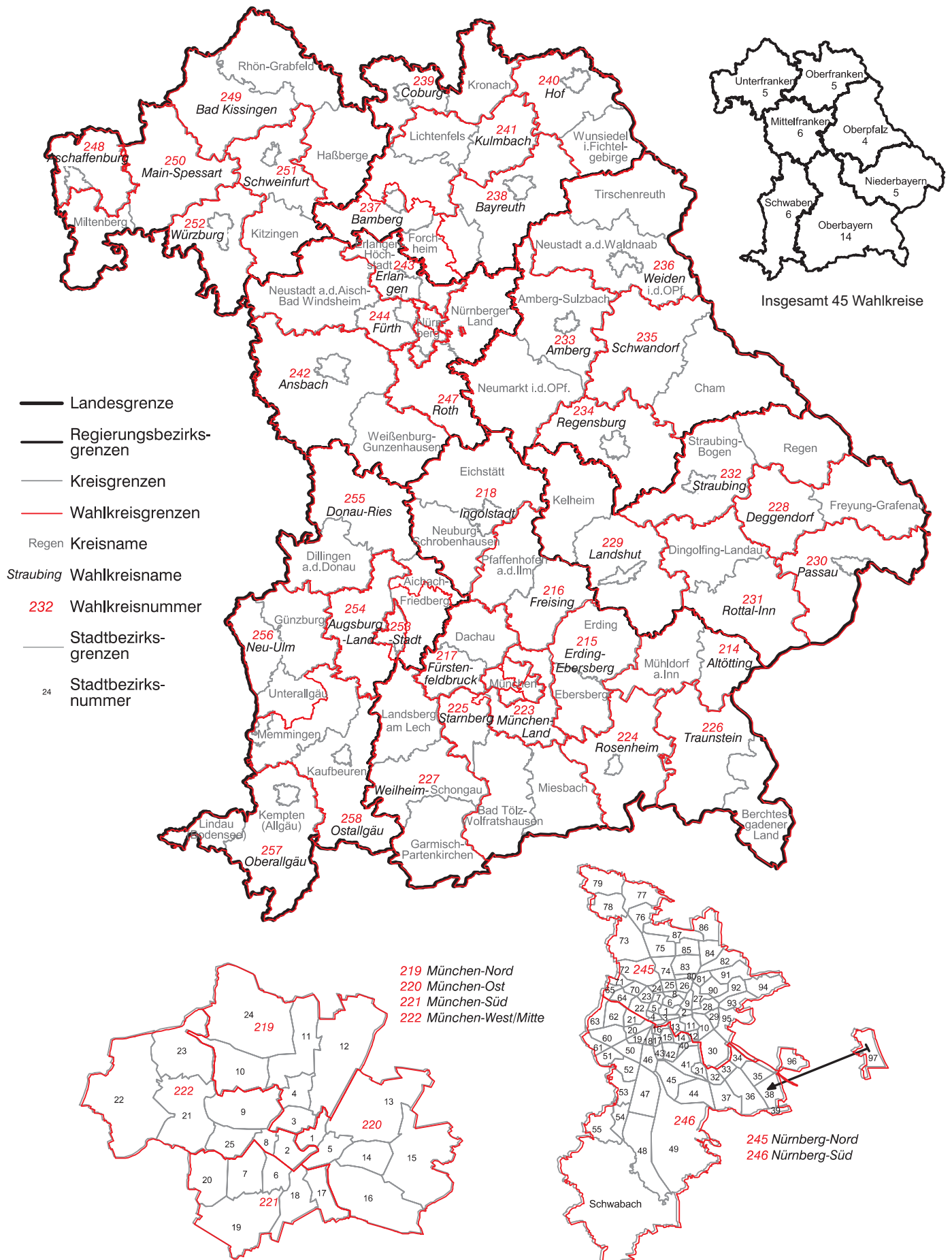
1	Hollerith, Josef Geschäftsführer, MdB Anzing, Holzfeldweg 2	CSU	Christlich- Soziale Union in Bayern e.V.	<input type="radio"/>
2	Schurer, Ewald Diplom-Betriebswirt Ebersberg, Hans-Sponholz-Anger 2	SPD	Sozial- demokratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
3	Gilch-Streck, Heidi Diplom-Vollwirtin Hsag i.O.B., Weinleigerstraße 1	F.D.P.	Freie Demokratische Partei	<input type="radio"/>
4	Peters, Ulrike Diplom-Politologin Grafing b.München, Poststraße 10	GRÜNE	BÜNDNIS 90 / Die Grünen	<input type="radio"/>
5	Bader, Franz Xaver Lehrer Markt Schwaben, Föhrenring 10	BFB - BUND FREIER BÜRGER - OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND Die Freiwirtschaften		<input type="radio"/>
6	Neudecker, Georg Franz Angestellter Hsag i.O.B., Sinkenbach 7	BüSo	Bürgerrechts- Bewegung Solidarität	<input type="radio"/>
14	Untersteller, Johann Industrieangestellter Altdorf, Stadel 59	REP REPUBLIKANER		<input type="radio"/>
20	Kerbl, Maximilian Rupert Chemielaborant Ermerding, Brucker Straße 2	NATUR- GESETZ	NATURGESETZ-PARTei AUFRUF ZU HOCH- SCHULEN	<input type="radio"/>
21	Bachmaier, Susanne Rita Diplom-Sozialpädagogin Taufkirchen (Mn), Bretzenwieser 1	ödp	Ökologisch- demokratische Partei	<input type="radio"/>
23	Herzog, Ulrich Johann Kommunikationselektroniker Hsag i.O.B., Langmooser Weg 20	HERZOG		<input type="radio"/>

<input type="radio"/>	CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. Dr. Theodor Wapler, Michael Geyer, Michael Dietz, Hans Eichenhorn, Hans Eichenhorn	1
<input type="radio"/>	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ludwig Stiller, Ulfke Meißner, Günter Verheugen, Dr. Bernd Gurspel, Stefan Weller, Stefan	2
<input type="radio"/>	F.D.P.	Freie Demokratische Partei Dr. Martin Breyer, Sabine Lauterbach, Schrammberger, Hans Friedrich, Ulrich Ems, Hans-Joachim Ems	3
<input type="radio"/>	GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Christine Schreyer, Albert Schreyer, Christine Schreyer, Hans-Joachim Ems, Ems	4
<input type="radio"/>	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus Eckhard Jähne, Jürgen Schramm, Jürgen Schramm, Jürgen Schramm, Jürgen Schramm	5
<input type="radio"/>	APPD	Anarchistische Partei Deutschlands Erich Jähne, Christian Schreyer, Michael Friedl, Andreas-Max Lohr, Peter Schreyer	6
<input type="radio"/>	BP	Bayerische Partei Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	7
<input type="radio"/>	BFB - Die Offensive	BUND FREIER BÜRGER - OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND Die Freiwirtschaften Johann Schreyer, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	8
<input type="radio"/>	BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität Erich Jähne, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	9
<input type="radio"/>		CHANCE 2000 Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	10
<input type="radio"/>	CM	CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	11
<input type="radio"/>	DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	12
<input type="radio"/>	GRAUE	DIE GRAUE - Graue Partei Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	13
<input type="radio"/>	REP	DIE REPUBLIKANER Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	14
<input type="radio"/>		Feministische Partei DIE FRAUEN Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	15
<input type="radio"/>	Pro DM	Initiative Pro D-Mark - Initiative Pro D-Mark Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	16
<input type="radio"/>	MLPD	Märkisch-Ländliche Partei Deutschlands Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	17
<input type="radio"/>	Die Tier- schutzpartei	Märkisch-Ländliche Partei Deutschlands Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	18
<input type="radio"/>	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	19
<input type="radio"/>	NATUR- GESETZ	NATURGESETZ PARTei AUFRUF ZU HOCH- SCHULEN Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	20
<input type="radio"/>	ödp	Ökologisch- demokratische Partei Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	21
<input type="radio"/>	PBC	Partei Biberacher Christen Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems, Hans-Joachim Ems	22

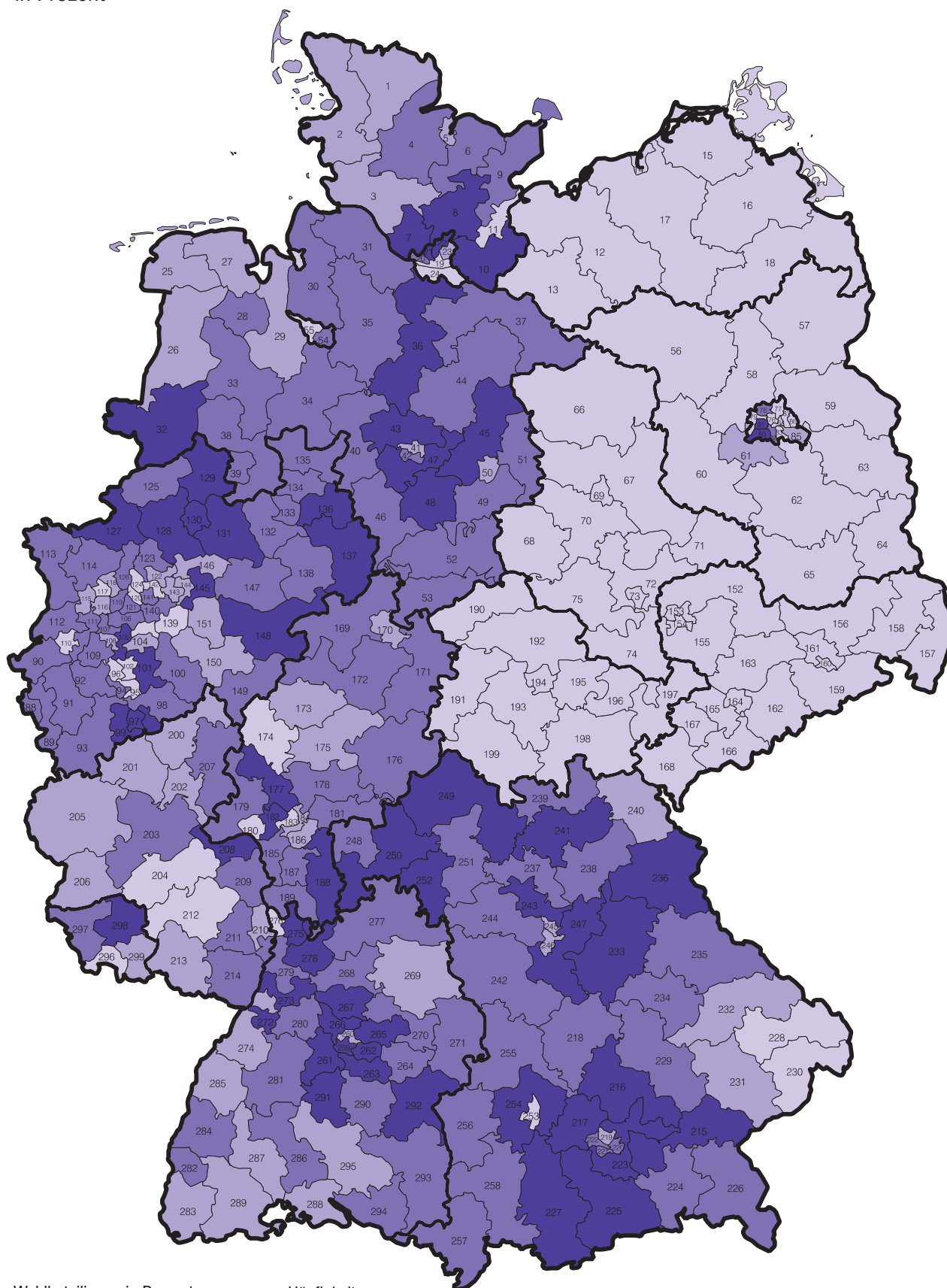
Schaubilder zur Bundestagswahl am 18. September 2005 in Bayern

Schaubild-Nr.	Titel
1	Wahlkreise Bayerns zur Bundestagswahl 2005
2	Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002 in den Wahlkreisen Deutschlands
3	Erststimmenmehrheiten bei der Bundestagswahl 2002 in den Wahlkreisen Deutschlands
4	Zweitstimmenanteile bei der Bundestagswahl 2002 nach Ländern
5	Wahlbeteiligung und Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahlen in Bayern seit 1949
6	Wahlbeteiligung und Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahlen im Bundesgebiet seit 1949
7	Sitzeverteilung im Deutschen Bundestag seit 1949

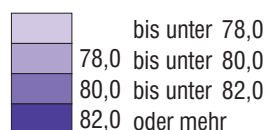
1. Wahlkreise Bayerns zur Bundestagswahl 2005



2. Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002 in den Wahlkreisen Deutschlands in Prozent



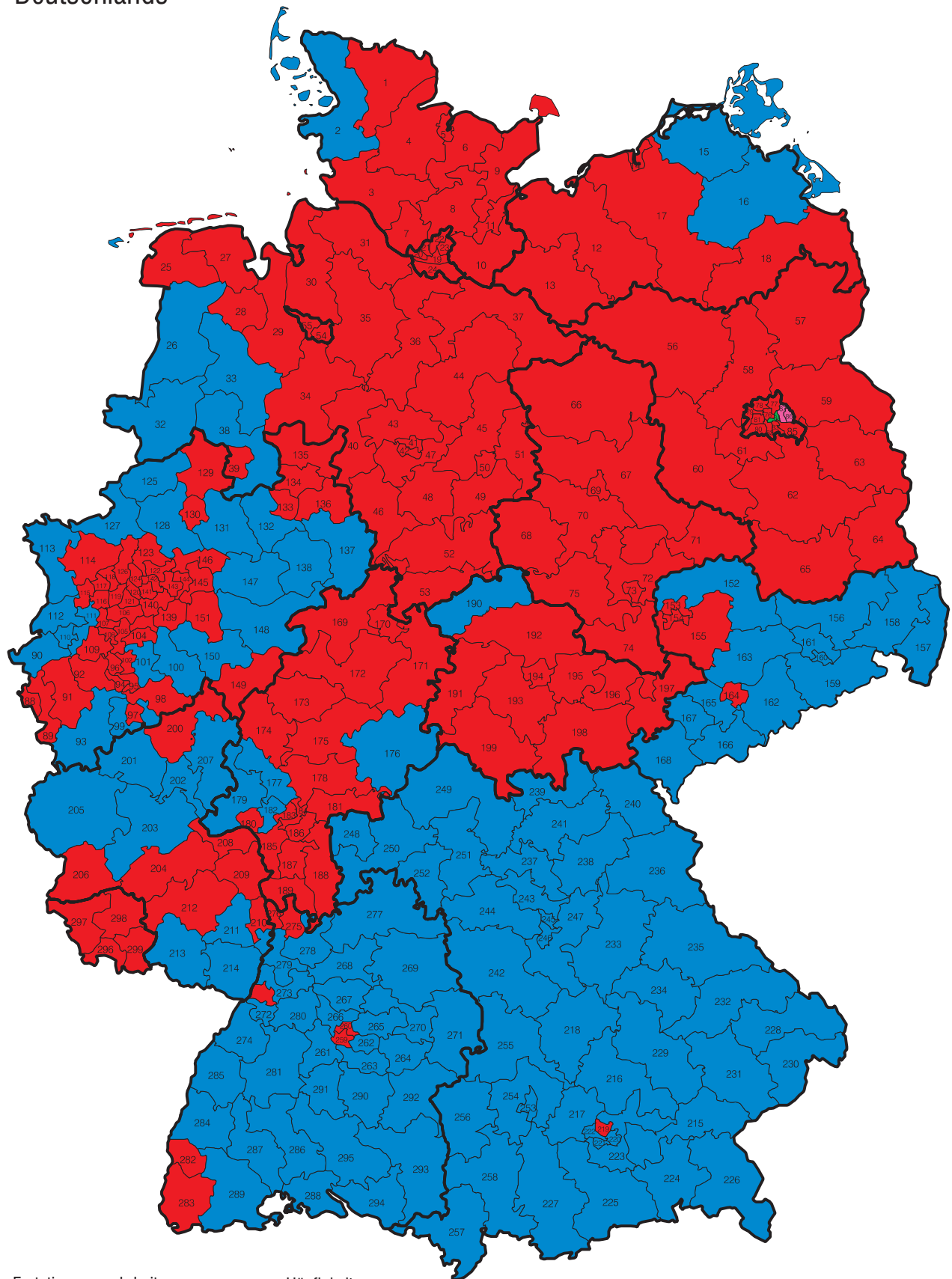
Wahlbeteiligung in Prozent



Häufigkeit

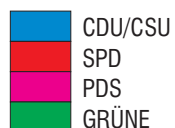
84
53
104
58

3. Erststimmenmehrheiten bei der Bundestagswahl 2002 in den Wahlkreisen Deutschlands



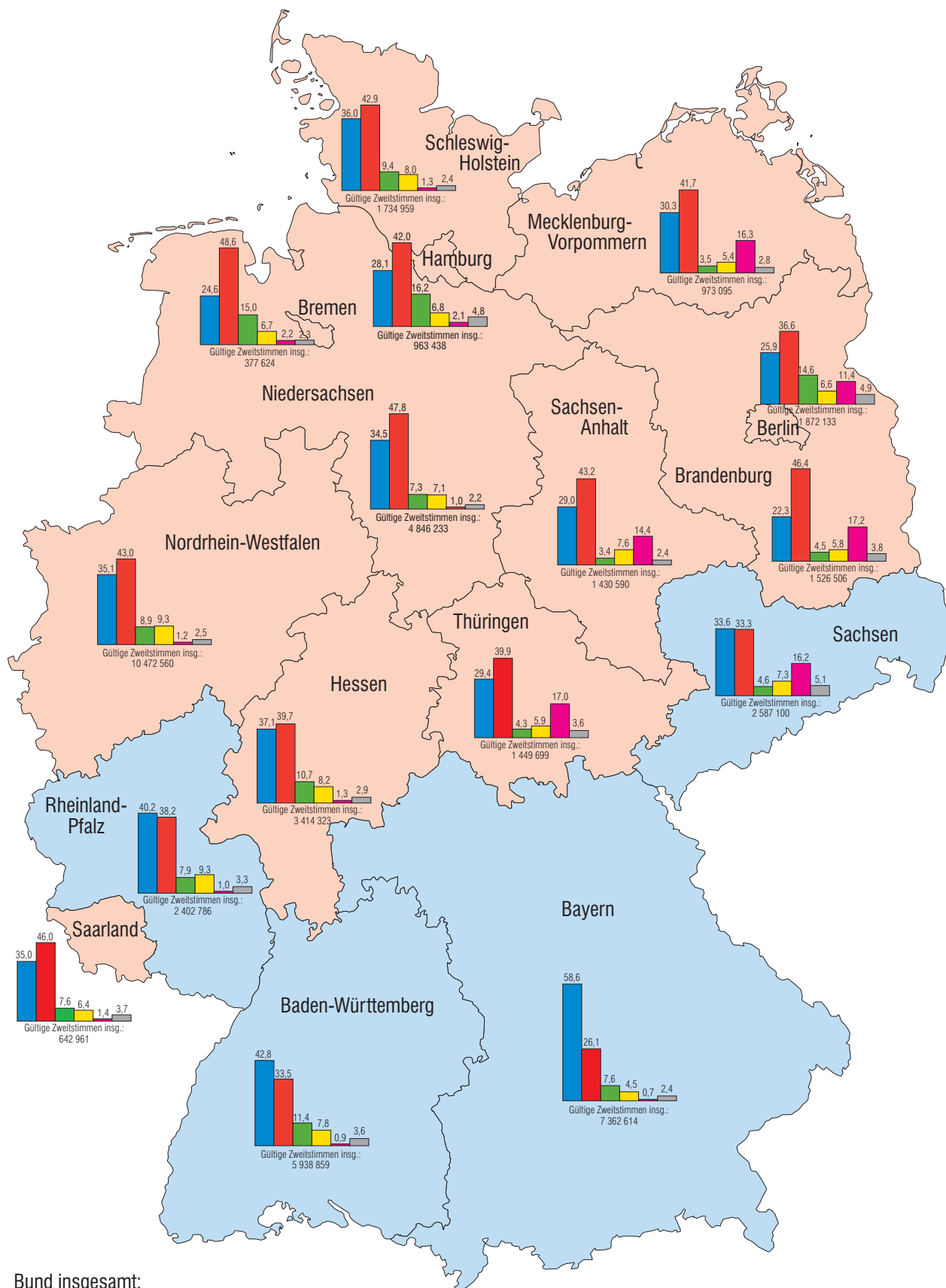
Erststimmenmehrheiten

Häufigkeit

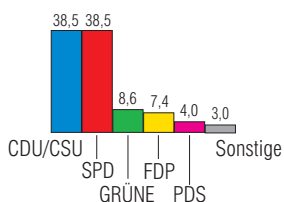


125
171
2
1

4. Zweitstimmenanteile bei der Bundestagswahl 2002 nach Ländern in Prozent



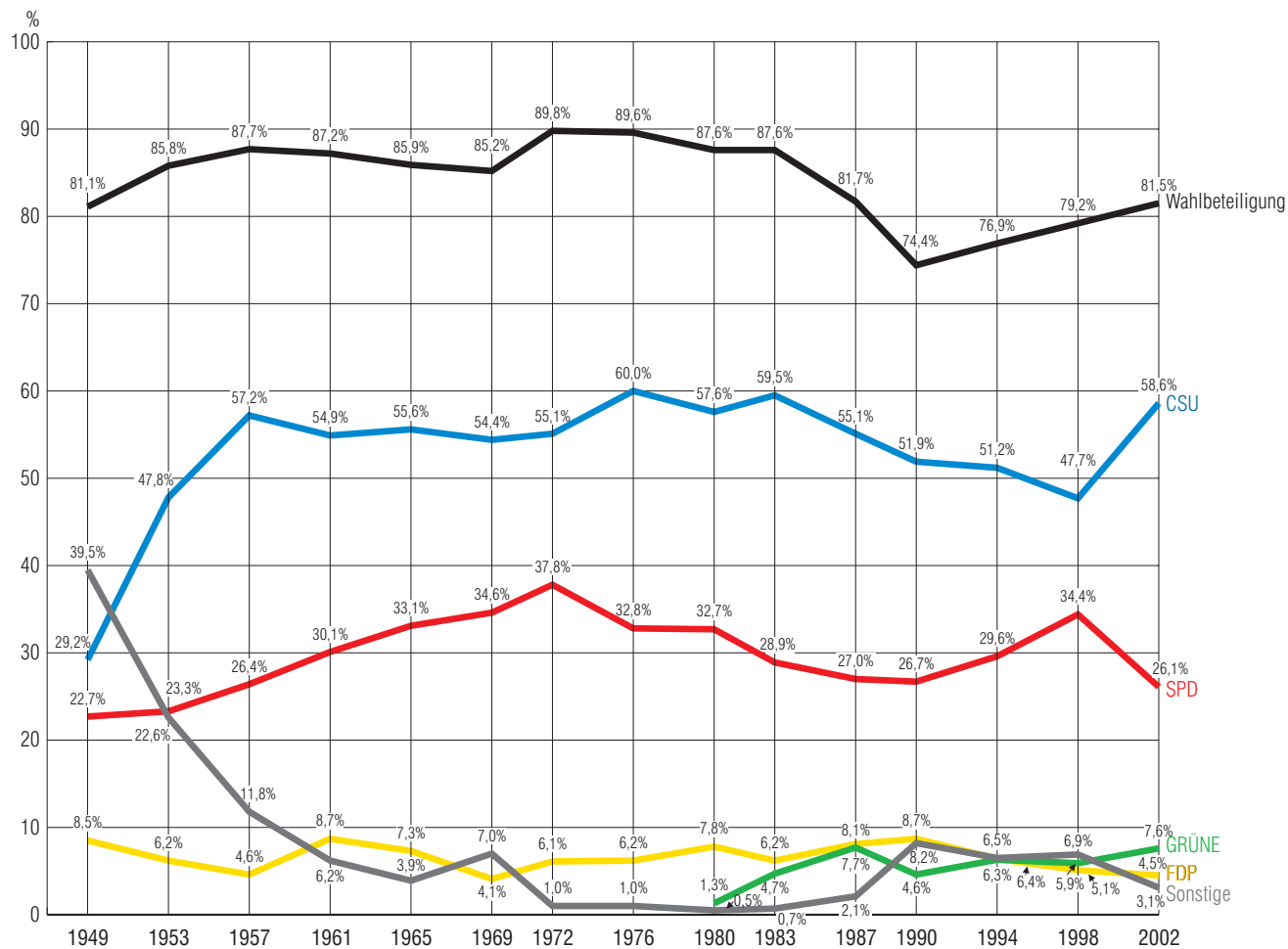
Bund insgesamt:



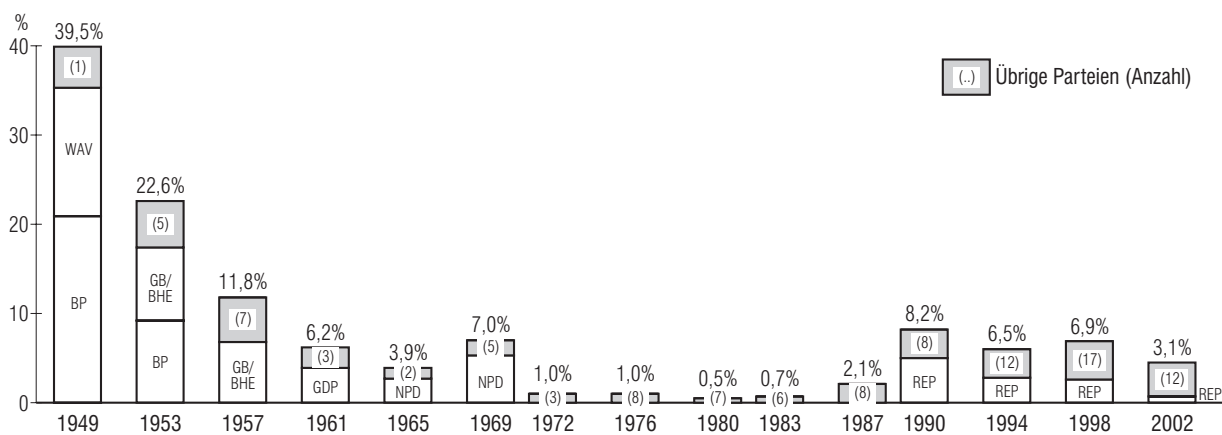
Zweitstimmenmehrheit:



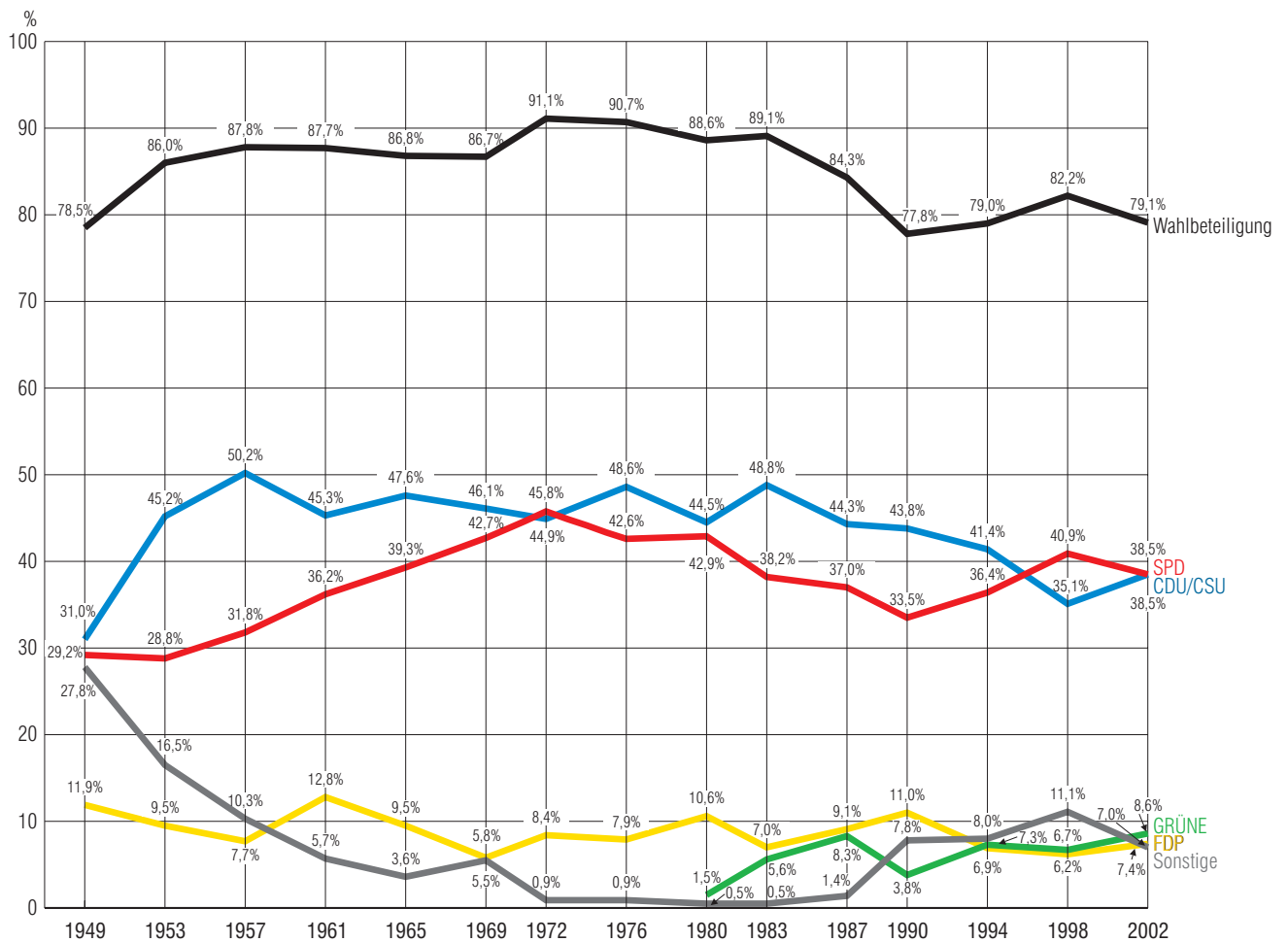
5. Wahlbeteiligung und Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahlen in Bayern seit 1949



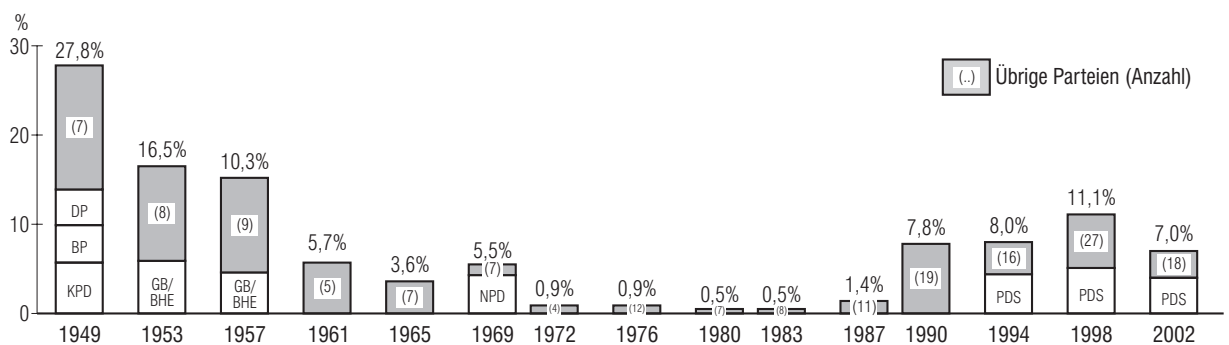
Ergebnisse der sonstigen Parteien



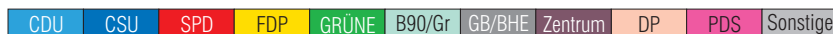
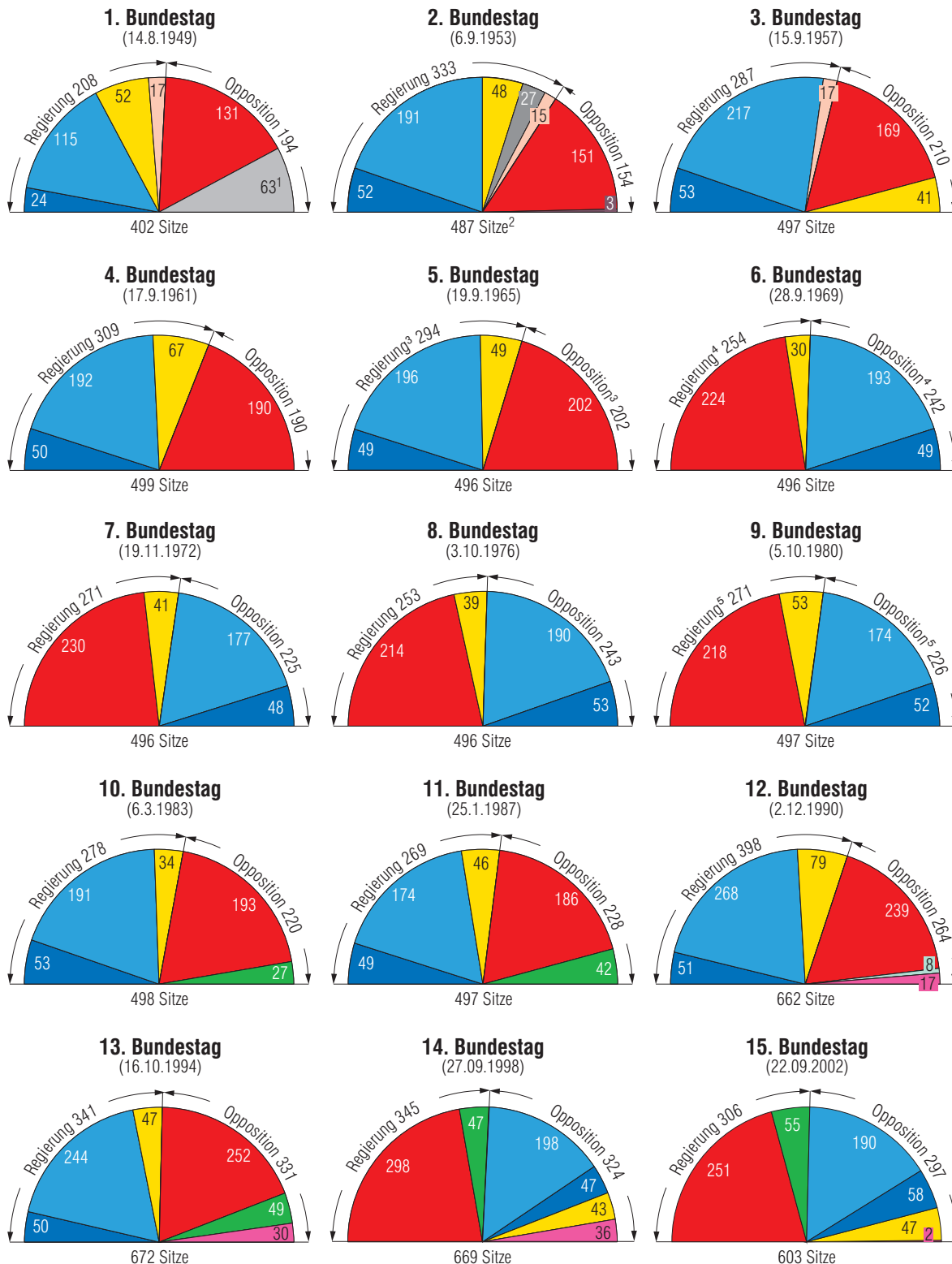
6. Wahlbeteiligung und Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahlen im Bundesgebiet seit 1949



Ergebnisse der sonstigen Parteien



7. Sitzverteilung im Deutschen Bundestag seit 1949 (bis 1987 ohne Berliner Abgeordnete)



¹ Sonstige: BP 17; KPD 15; WAV 12; Zentrum 10; DRP 5; Parteilos 3; SSW 1.

² Saarland (1.1.1957). Regierung: CDU 3, FDP 3; Opposition: SPD 2, CVP 2.

³ Ab 1.12.1966 Regierung: CDU/CSU + SPD 447 Sitze; Opposition: FDP 49 Sitze.

⁴ Stand am Ende der Legislaturperiode: Regierung: SPD 222 + FDP 26 = 248 Sitze; Opposition: CDU/CSU 248 Sitze.

⁵ Ab 1.10.1982 Regierung: CDU/CSU + FDP.

Veröffentlichungen zur Wahl zum 16. Deutschen Bundestag in Bayern 2005

Bestellnummer	Titel	Erscheinungstermin
B71003	Vergleichszahlen, Abgeordnete	Mai 2005
B71A03	Die Bundestagswahl von A bis Z	August 2005
B71103	Terminkalender	August 2005
B71113	Wahlleiter	August 2005
B71203	Wahlvorschläge, Bewerber	ca. August 2005
B71303	Vorläufiges Ergebnis	Montag nach dem Wahltag
B71413	Endgültiges Ergebnis	ca. 3 Wochen nach dem Wahltag
B71433	Bundestagswahlen in Bayern 1949 bis 2005	ca. Oktober 2005
B71503	Repräsentative Wahlstatistik	ca. Dezember 2005
B71423	Endgültiges Ergebnis Regionalergebnisse	ca. Februar 2006
B71443	Endgültiges Ergebnis Text - Tabellen - Schaubilder	ca. Mai 2006

Landtags-, Bundestags- und Europawahlen in Bayern seit 1946

Bestellnummer	Titel
B70012	Je Regionaleinheit (G, K, R, Bayern)
B7001A	Für alle 2056 Gemeinden sowie - aufsummiert - für Landkreise, Regierungsbezirke und Bayern

Bestellungen

Sämtliche Veröffentlichungen können bei der Verkaufsstelle des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, Neuhauser Str. 8, 80331 München bezogen werden.
E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de
Fax: 089 2119-457

Internet

Unter <http://www.wahlen.bayern.de> finden Sie umfangreiche Informationen zu Wahlen in Bayern.